Oldenburgische
Landesbank AG

Oldenburgische Landesbank Konzern
Finanzbericht 2012

Oldenburgische Landesbank Konzern – Übersicht

Mio. Euro	31.12.2012	31.12.2011	Veränderungen (%)
Bilanzsumme	**14.406,6**	**13.363,4**	**7,8**
Forderungen an Kreditinstitute[1]	414,5	924,1	– 55,1
Forderungen an Kunden[1]	10.338,7	9.792,3	5,6
Kreditvolumen[1]	10.338,2	9.784,3	5,7
Finanzanlagen	3.353,9	2.258,9	48,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.021,6	3.397,0	18,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	8.221,5	7.544,5	9,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	812,9	1.161,7	– 30,0
Eigenkapital	651,3	569,2	14,4

Mio. Euro	1.1.2012 – 31.12.2012	1.1.2011 – 31.12.2011	Veränderungen (%)
Zinsüberschuss	235,5	244,7	– 3,8
Provisionsüberschuss	90,2	81,9	10,1
Übrige lfd. Erträge	38,6	66,4	– 41,9
Laufender Personalaufwand	176,5	182,9	– 3,5
Sachaufwand	113,2	120,1	– 5,7
Risikovorsorge	42,6	88,4	– 51,8
Ergebnis vor Steuern	48,1	13,5	> 100
Ergebnis nach Steuern (Gewinn)	**38,6**	**16,9**	**> 100**

	31.12.2012	31.12.2011	
Ausschüttung je Stückaktie (in Euro)[2]	0,25	—	
Cost-Income-Ratio (in %)	80,4	77,4	
Kernkapitalquote (in %)[3]	8,2	8,5	
Gesamtkapitalquote (in %)[3]	11,6	12,4	
Mitarbeiter (Anzahl)	2.785	2.883	
Mitarbeiterkapazität	2.293	2.408	
Niederlassungen der Oldenburgische Landesbank AG Regionalbank	177	178	
Filialen und Fachagenturen der Allianz Bank	817	819	

1 Netto nach Risikovorsorge
2 Gemäß HGB-Gewinnverwendungsvorschlag
3 Gemäß § 10a KWG

Oldenburgische
Landesbank AG

Finanzbericht 2012

003
An die Aktionäre

027
Konzernlagebericht

069
Konsolidierter Konzernabschluss

141
Weitere Informationen

Inhalt

An die Aktionäre 003

Aktionärsbrief 004
Die Aktie 006
Corporate-Governance-Bericht 008
Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB 016
Vergütungsbericht 018

Konzernlagebericht 027

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen 028
Geschäftsentwicklung 030
Prognosebericht 043
Konzernrisikobericht 046

Konsolidierter Konzernabschluss 069

Konsolidierte Gesamtergebnisrechnung 070
Konsolidierte Bilanz 072
Entwicklung des konsolidierten Eigenkapitals 074
Konsolidierte Kapitalflussrechnung 075

Konzernanhang 076

Versicherung der gesetzlichen Vertreter 138
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers 139

Weitere Informationen 141

Mandate der Organmitglieder 142
Beirat 144
Leiter 146
Bericht des Aufsichtsrats 150
Niederlassungen 154
Das OLB-Geschäftsgebiet 155
Glossar 156
Impressum 160

003

An die Aktionäre

Aktionärsbrief 004

Die Aktie 006

Corporate-Governance-Bericht 008

Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB 016

Vergütungsbericht 018

Aktionärsbrief

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,
die Sie der OLB als Aktionäre sind Freunde verbunden sind!

Das Jahr 2012 verlief turbulent: Es wurde in den Wirtschaftsnachrichten von der Staatschuldenkrise im Euroraum bestimmt und führte auf dem Kapitalmarkt zu einem historisch niedrigen Zinsniveau. Obwohl die Europäische Zentralbank mit ihren Steuerungsmechanismen die Finanzmärkte beruhigen konnte und die Börsenkurse zum Jahresende wieder anstiegen, haben sich die Rahmenbedingungen für die Banken nicht verbessert. Das Zinsniveau drückte die Margen und stellte die gesamte Bankbranche vor Herausforderungen.

Für die OLB war 2012 in diesem schwierigen Marktumfeld dennoch ein gutes Geschäftsjahr. Dank des gewachsenen Kundengeschäfts blieben unsere Erträge aus dem operativen Geschäft stabil. Die Kosten hatten wir im Griff. Die Risikovorsorge normalisierte sich. Positiv wirkte sich außerdem aus, dass wir bei unseren Finanzanlagen Kursgewinne realisieren konnten. In Summe haben wir den Gewinn vor Steuern von 13,5 Mio. Euro im Vorjahr auf 48,1 Mio. Euro deutlich gesteigert.

Im vergangenen Jahr hatten wir uns vorgenommen, unseren Kunden und Aktionären mehr zu bieten. Das haben wir geschafft. Wir können der Hauptversammlung wieder die Ausschüttung einer Dividende vorschlagen und mit einer deutlichen Gewinnthesaurierung die Substanz der Bank stärken. Das ist wichtig, um unsere Kunden in ihrem Wachstum auch in Zukunft zu begleiten und die steigenden Kapitalanforderungen nach Basel III zu erfüllen.

Dr. Achim Kassow

Unser Kreditportfolio ist 2012 weiter gewachsen. Unseren Firmenkunden haben wir vor allem bei Investitionsvorhaben, unseren Privatkunden bei Immobilienkäufen als verlässlicher Partner die Wege geebnet. Im Schifffahrtsbereich konnten wir Risiken abbauen.

In unseren mehr als 170 Filialen haben wir erneut in die Qualifikation unserer Berater für Privat- und Geschäftskunden investiert. Auch für unsere vermögenden Kunden und Freiberufler haben wir uns weiterentwickelt – neu sind hier unsere Kompetenzzentren für Private Banking und Freie Berufe im gesamten Geschäftsgebiet. Und die Betreuung der Branchen Landwirtschaft und Erneuerbare Energien haben wir ebenso ausgebaut. Hier profitieren unsere Kunden davon, dass unsere Agraringenieure die Kundenbetreuer vor Ort mit hoher Fachkenntnis unterstützen.

Einen Einschnitt bedeutet die nicht leichte, aber notwendige Entscheidung, zum 30. Juni 2013 die Geschäftstätigkeit der Allianz Bank einzustellen. Unsere Erwartung, mit dem Geschäftsmodell Allianz Bank im hart umkämpften Privatkundengeschäft wachsen zu können, hat sich nicht erfüllt.

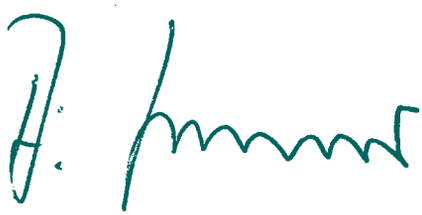
Leider unvermeidlich ist dieser Schritt mit dem Verlust von Arbeitsplätzen insbesondere an den bundesweiten Standorten der Allianz Bank verbunden. Wie wir diese schwierige Aufgabe mit Sorgfalt und Augenmaß angehen, beraten wir gemeinsam mit den Arbeitnehmergremien.

Die Entscheidung zur Allianz Bank betrifft nicht die Beteiligung der Allianz an der OLB. Unverändert ist die OLB Teil des Allianz Konzerns. Wir sind auch künftig die Hausbank für die Allianz Mitarbeiter und die Allianz Vertreter. Und wir sind im Versicherungsgeschäft im Nordwesten der wichtigste Partner der Allianz.

Was haben wir uns für das laufende Geschäftsjahr vorgenommen? Wir konzentrieren uns auf unser erfolgreiches Kerngeschäft als größte private Regionalbank mit langer Tradition im Nordwesten. Mit unserer guten Marktstellung in der Region, qualifizierten und engagierten Mitarbeitern und dem dichten Filialnetz als Fundament wollen wir unsere langfristig positive Entwicklung fortführen.

Dabei wird hohe Kostendisziplin unverändert wichtig sein. Das generelle Umfeld wird für Banken aktuell nicht einfacher. In unserer Region bleibt insbesondere die Lage der Schifffahrtsbranche schwierig. Unser Ziel ist deshalb, das operative Ergebnis stabil zu halten und die Substanz der Bank weiter zu stärken.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Achim Kassow
Vorsitzender des Vorstands

Die Aktie

Entwicklung der OLB-Aktie

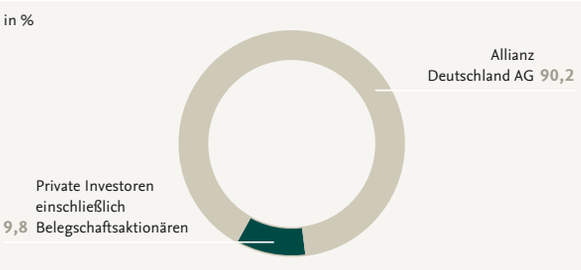
Der im Euroraum eingeschlagene Reform- und Sparkurs zur Überwindung der Staatsschuldenkrise sowie die anhaltende Niedrigzinspolitik der Notenbanken wirkten sich positiv auf die Aktienmärkte im Jahr 2012 aus. Viele europäische Börsen verzeichneten zum Jahresende deutliche Zuwachsraten. In Deutschland profitierten die Anleger darüber hinaus von einer stabilen Konjunkturlage, wenngleich sich der deutsche Aktienindex (DAX) im Jahresverlauf recht volatil zeigte. Nach einem guten Jahresstart mit einem zwischenzeitlichen Indexwert von rund 7.200 Punkten im März fielen die Kurse Anfang Juni wieder auf den Jahresanfangswert von etwa 6.000 Punkten zurück. In der zweiten Jahreshälfte stieg der Index stetig und schloss zum Jahresende 25 % höher bei mehr als 7.600 Punkten. Der DAX konnte seinen Wert zu Beginn des Jahres 2013 weiter leicht ausbauen.

siehe Glossar Seite 159

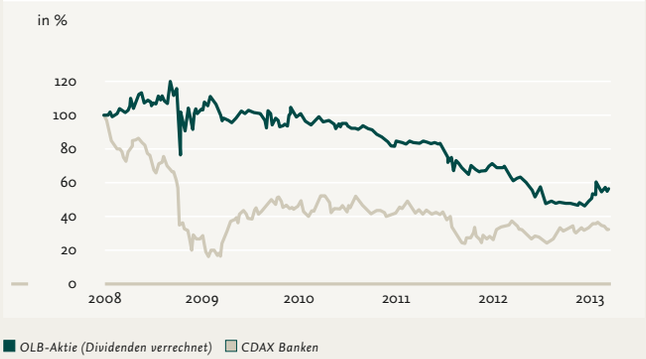
Bei Banken- und Finanzwerten führte die Nachrichtenlage im Börsenjahr 2012 stärker noch als beim DAX zu hohen Kursschwankungen. Per saldo lag der Branchenindex CDAX Banken im Jahresverlauf aber knapp 14 % über dem Jahresanfangswert. Die Aktie der OLB konnte hiervon nicht profitieren und notierte nach einem Jahrestiefstand von 17,50 Euro am Jahresende mit 21,00 Euro gut 31 % unter dem Jahresanfangswert von 30,50 Euro. Zu Beginn des Jahres 2013 zeigte sich der Aktienkurs leicht erholt und lag bei 25,50 Euro (15. März 2013). Im direkten Vergleich zur Wertentwicklung des Vergleichsindex CDAX Banken schneidet die OLB-Aktie auf Fünfjahressicht weiterhin etwas besser als der Branchendurchschnitt ab.

siehe Glossar Seite 156

Aktionärsstruktur



Wertentwicklung der OLB-Aktie im Vergleich zum CDAX Banken 2008–2013



Aktionärsstruktur

Die Allianz Deutschland AG, München, hält rund 90,2 % der Aktien an der Oldenburgische Landesbank AG (Stand 31.12.2012). Der verbleibende Anteil wird von privaten Investoren einschließlich Belegschaftsaktionären gehalten.

Die Aktien der Oldenburgische Landesbank AG werden unter der Wertpapierkennnummer (WKN) 808 600 an den Börsen in Berlin und Hamburg-Hannover im regulierten Markt, in Düsseldorf im Freiverkehr und in Frankfurt im Open Market gehandelt. Mit 101,6 Tausend Stück lag der Jahresumsatz in OLB-Aktien im Jahr 2012 unter dem Niveau des Vorjahres (134,2 Tausend Stück). Der Haupthandelsplatz mit den vergleichsweise höchsten Umsätzen war die Börse Hamburg-Hannover. Die Zahl der ausgegebenen Aktien beträgt knapp 23,3 Mio. Stück. Multipliziert mit dem Kurswert der Aktie ergibt sich eine Marktkapitalisierung von gut 590 Mio. Euro (Stand 15. März 2013).

Als einer der großen deutschen Nebenwerte kommt der Aktie der Oldenburgische Landesbank AG auch auf regionaler Ebene eine bedeutende Rolle zu. So ist die OLB als einziges Kreditinstitut im Niedersächsischen Aktienindex (NISAX20, WKN: 600 788) vertreten. Der im Mai 2002 aufgelegte Regionalindex enthält die 20 wichtigsten börsennotierten Gesellschaften des Bundeslandes Niedersachsen. Mit einem Indexgewicht von 0,8 % nimmt die OLB-Aktie hier Rang 14 ein.

Finanzkalender

2013

Veröffentlichung Zwischenmitteilung per 31.03.2013	**15. Mai 2013**
Hauptversammlung in Bremen	**5. Juni 2013**
Veröffentlichung Zwischenbericht per 30.06.2013	**14. August 2013**
Veröffentlichung Zwischenmitteilung per 30.09.2013	**13. November 2013**

Stammdaten

2013

Wertpapierkennnummer (WKN)	**808 600**
ISIN	**DE0008086000**
Aktienart	**Inhaberaktien**
Stückelung	**nennwertlose Stückaktien**
Börsennotierung	**Berlin, Hamburg-Hannover**
Anzahl der Aktien	**23,3 Mio.**
Marktkapitalisierung per 15.03.2013	**593,1 Mio. Euro**

Corporate-Governance-Bericht

Eine gute Corporate Governance ist unabdingbar für einen nachhaltigen Unternehmenserfolg. Bedeutende Aspekte guter Corporate Governance sind die vertrauensvolle und effiziente Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Aufsichtsrat als Bestandteil eines dualen Führungssystems, die Achtung der Interessen der Aktionäre, Fremdkapitalgeber, Arbeitnehmer und sonstiger mit dem Unternehmen verbundener Gruppen sowie Offenheit und Transparenz in der Unternehmenskommunikation.

Der Deutsche Corporate Governance Kodex gilt in der Fassung vom 15. Mai 2012. Er stellt die wesentlichen gesetzlichen Vorschriften zur Leitung und Überwachung deutscher börsennotierter Gesellschaften dar und enthält international und national anerkannte Standards einer guten und verantwortungsvollen Unternehmensführung und -überwachung in Form von Empfehlungen und Anregungen. Er verdeutlicht die Verpflichtung von Vorstand und Aufsichtsrat, im Einklang mit den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft für den Bestand des Unternehmens und seine nachhaltige Wertschöpfung zu sorgen.

Eine gesetzliche Pflicht zur Befolgung der im Kodex enthaltenen Empfehlungen und Anregungen besteht nicht. Nach § 161 Aktiengesetz sind die börsennotierten Gesellschaften jedoch verpflichtet, jährlich im Sinne eines „comply or explain“ eine Entsprechenserklärung zu den Kodex-Empfehlungen abzugeben. Abweichungen von den Kodex-Empfehlungen sind dabei zu erläutern. Im Einzelfall kann eine gut begründete Abweichung von einer Kodexempfehlung durchaus im Interesse einer guten Unternehmensführung liegen. Die von Vorstand und Aufsichtsrat im Dezember 2012 abgegebene Entsprechenserklärung finden Sie in der Erklärung zur Unternehmensführung.

siehe Seite 016

Beschreibung der Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat

Gemäß dem deutschen Aktienrecht verfügt die Oldenburgische Landesbank AG mit dem Vorstand und dem Aufsichtsrat über eine duale Führungs- und Kontrollstruktur. Vorstand und Aufsichtsrat arbeiten zum Wohle des Unternehmens eng und vertrauensvoll zusammen.

Neben den gesetzlichen Bestimmungen für die Führung und Kontrolle einer Aktiengesellschaft enthalten die von der Hauptversammlung beschlossene Satzung der Oldenburgische Landesbank AG sowie die Geschäftsordnungen für den Vorstand und den Aufsichtsrat Regelungen für die Unternehmensführung und -kontrolle.

Vorstand

Der Vorstand der Oldenburgische Landesbank AG leitet das Unternehmen mit dem Ziel nachhaltiger Wertschöpfung in eigener Verantwortung und im Unternehmensinteresse. Er bestimmt die Unternehmensziele, die strategische Ausrichtung und die Geschäftspolitik der Gesellschaft. Des Weiteren koordiniert und überwacht der Vorstand die Geschäftstätigkeit der Tochtergesellschaften der Oldenburgische Landesbank AG. Er hat für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien (Compliance) sowie für ein angemessenes Risikomanagement und Risikocontrolling im Unternehmen zu sorgen.

siehe Glossar Seite 159

Der Vorstand wird vom Aufsichtsrat bestellt. Er besteht aus mindestens zwei Mitgliedern; die tatsächliche Zahl der Vorstandsmitglieder wird durch den Aufsichtsrat festgelegt. Derzeit besteht der Vorstand aus vier Mitgliedern. Sie sind gemeinschaftlich für die Leitung der Oldenburgische Landesbank AG verantwortlich. Die Mitglieder des Vorstands unterrichten und verständigen sich gegenseitig über alle Belange des Unternehmens.

Der Aufsichtsrat hat ein Mitglied des Vorstands zu dessen Vorsitzendem bestellt. Dieser vertritt den Vorstand gegenüber dem Aufsichtsrat und der Öffentlichkeit. Ihm obliegt des Weiteren die Koordinierung innerhalb des Vorstands.

Der Vorstand kommt regelmäßig zu Sitzungen zusammen. Diese werden vom Vorstandsvorsitzenden einberufen. Der Gesamtvorstand trifft seine Entscheidungen mit einfacher Mehrheit der an der Beschlussfassung beteiligten Vorstandsmitglieder. Bei Stimmengleichheit hat der Vorstandsvorsitzende das Recht zum Stichentscheid.

Die Arbeit des Vorstands wird durch die Geschäftsordnung des Vorstands, die der Aufsichtsrat erlassen hat, weiter ausgestaltet. In der Geschäftsordnung des Vorstands sind insbesondere auch die der Begrenzung des Marktrisikos dienenden Berichtspflichten des Vorstands geregelt. Ferner enthält die Geschäftsordnung des Vorstands ein Kompetenzgefüge für das Kreditgeschäft und für Treasury.

Ein vom Vorstand aufgestellter Geschäftsverteilungsplan regelt die Ressortzuständigkeiten der Vorstandsmitglieder; hierdurch wird jedoch die gemeinsame Verantwortung aller Mitglieder des Vorstands für die Geschäftsführung nicht berührt. Der Geschäftsverteilungsplan und dessen Änderungen sind dem Aufsichtsrat unverzüglich zur Kenntnis zu bringen. Auf die Einrichtung von Vorstandsausschüssen wurde aufgrund der Größe des Vorstands verzichtet.

Der Vorstand berichtet dem Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle für die Gesellschaft relevanten Fragen der Geschäftsentwicklung, der Planung, der Risikolage, des Risikomanagements, der internen Revision und der Compliance. Im Rahmen seiner Berichterstattung geht der Vorstand auf Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den Planungen und Zielen unter Angabe von Gründen ein.

Geschäfte von besonderer Bedeutung sind an die Zustimmung des Aufsichtsrats bzw. seiner Ausschüsse gebunden. Die Zustimmungserfordernisse ergeben sich aus dem Gesetz, der Satzung sowie den Geschäftsordnungen für Vorstand und Aufsichtsrat. Zustimmungspflichtig sind unter anderem die Ausgabe neuer Aktien aus genehmigtem Kapital, der Abschluss von Unternehmensverträgen nach §§ 291 ff. Aktiengesetz, die Gewährung von Organ- bzw. Mitarbeiterkrediten gemäß § 15 Kreditwesengesetz, der Erwerb und die Veräußerung von Beteiligungen und Immobilien bei Überschreiten bestimmter Wertgrenzen sowie die Errichtung oder Auflösung von Zweigniederlassungen im Sinne von § 13 Handelsgesetzbuch.

Jedes Mitglied des Vorstands hat Interessenskonflikte unverzüglich gegenüber dem Vorstand und dem Aufsichtsrat offenzulegen. Wesentliche Geschäfte zwischen der Bank einerseits und einem Vorstandsmitglied bzw. ihm nahestehenden Personen oder von ihm kontrollierte Unternehmungen andererseits bedürfen der Zustimmung des Präsidialausschusses.

Die personelle Zusammensetzung des Vorstands im Geschäftsjahr 2012 ist dem Vergütungsbericht zu entnehmen.

siehe Seite 020

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der Oldenburgische Landesbank AG besteht aus zwölf Mitgliedern und ist gemäß dem deutschen Mitbestimmungsgesetz zu gleichen Teilen aus Vertretern der Anteilseigner und der Arbeitnehmer zusammengesetzt. Die Vertreter der Anteilseigner werden durch die Hauptversammlung gewählt, die weiteren Mitglieder durch die Arbeitnehmer. Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte für die Dauer der Amtszeit einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind dem Unternehmensinteresse verpflichtet; sie verfolgen bei ihren Entscheidungen keine persönlichen Interessen. Ehemalige Vorstandsmitglieder der Oldenburgische Landesbank AG sind nicht im Aufsichtsrat vertreten.

Der Aufsichtsrat, der über seinen Vorsitzenden in regelmäßigem Kontakt mit dem Vorstand steht, berät und überwacht den Vorstand bei der Leitung der Bank. Weiterhin ist er zuständig für die Bestellung und Abberufung der Vorstandsmitglieder und die Festsetzung der Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder sowie für die Prüfung des Jahresabschlusses der Oldenburgische Landesbank AG und des OLB-Konzerns, der Lageberichte, des Abhängigkeitsberichts und des Vorschlags zur Verwendung des Bilanzgewinns. Der Aufsichtsrat erlässt die Geschäftsordnung für den Vorstand und erteilt die Zustimmung zu Geschäften von wesentlicher Bedeutung, sofern die Zuständigkeit hierfür nicht einem Aufsichtsratsausschuss übertragen wurde.

Der Aufsichtsrat tritt regelmäßig entsprechend den gesetzlichen Vorgaben zu vier ordentlichen Sitzungen pro Geschäftsjahr zusammen, die durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrats einberufen werden. Nach Bedarf werden darüber hinaus außerordentliche Sitzungen abgehalten. Beschlüsse des Aufsichtsrats werden mit einfacher Mehrheit der Stimmen gefasst, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt. Im Falle der Stimmengleichheit hat in einer erneuten Abstimmung über den Beschlussgegenstand, sofern diese ebenfalls Stimmengleichheit ergibt, der Vorsitzende des Aufsichtsrats zwei Stimmen.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats koordiniert die Arbeit im Aufsichtsrat und leitet dessen Sitzungen.

Der Aufsichtsrat prüft regelmäßig die Effizienz seiner Tätigkeit. Die Effizienzprüfung wird vom Prüfungsausschuss vorbereitet. Anschließend erörtert das Plenum Verbesserungsmöglichkeiten und beschließt gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen.

Jedes Aufsichtsratsmitglied hat Interessenskonflikte, insbesondere solche, die aufgrund einer Beratung oder Organfunktion bei Kunden, Lieferanten, Kreditgebern oder sonstigen Dritten entstehenkönnen, gegenüber dem Aufsichtsrat offenzulegen.

Ziele des Aufsichtsrats hinsichtlich seiner Zusammensetzung und Stand der Umsetzung

Der Empfehlung in Ziff. 5.4.1 des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) in der Fassung vom 26. Mai 2010 folgend, hat der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 2. Dezember 2010 konkrete Ziele für seine Zusammensetzung beschlossen. Die neue Fassung des DCGK vom 15. Mai 2012 sieht in Ziff. 5.4.1 zusätzlich vor, dass auch die nach Einschätzung des Aufsichtsrats angemessene Anzahl unabhängiger Aufsichtsratsmitglieder in den Zielekatalog aufgenommen werden soll. Daher hat der Aufsichtsrat die Ziele für seine Zusammensetzung mit Beschluss vom 11. Dezember 2012 wie folgt neu gefasst:

Der Aufsichtsrat der Oldenburgische Landesbank AG (OLB) strebt eine Zusammensetzung an, die eine qualifizierte Aufsicht und Beratung der Geschäftsführung der OLB sicherstellt. Es sollen Kandidaten vorgeschlagen werden, die durch ihre Integrität, Leistungsbereitschaft und Persönlichkeit in der Lage sind, die Aufgaben eines Aufsichtsratsmitglieds in der OLB wahrzunehmen. Soweit sich die nachstehenden Anforderungen auf die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat beziehen, ist zu berücksichtigen, dass der Aufsichtsrat auf die Vorschläge zur Wahl der Arbeitnehmervertreter keine Einflussmöglichkeit hat. Auch die Vertreter der Anteilseigner im Aufsichtsrat werden nicht vom Aufsichtsrat bestimmt, sondern von der Hauptversammlung gewählt; der Aufsichtsrat unterbreitet jedoch der Hauptversammlung Wahlvorschläge.

1. Anforderungen an die einzelnen Aufsichtsratsmitglieder

- Sachkunde, insbesondere
  - unternehmerische Erfahrung;
  - allgemeines Verständnis des Bankgeschäfts;
  - Fähigkeit zum Verständnis und zur Bewertung von Jahresabschlussunterlagen und Berichten an den Aufsichtsrat;
  - nach Möglichkeit spezielle Fachkenntnisse, die für die Geschäftstätigkeit der Bank von Bedeutung sind.
- Zuverlässigkeit.
- Berücksichtigung der in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats festgelegten Regel-Altersgrenze von 70 Jahren.
- Einhaltung der vom Gesetz vorgeschriebenen sowie der vom Deutschen Corporate Governance Kodex empfohlenen Begrenzung der Mandatszahl.
- Bereitschaft und Fähigkeit zu ausreichendem zeitlichen Engagement.
- Keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei wesentlichen Wettbewerbern der OLB.

2. Anforderungen an die Zusammensetzung des Gesamtgremiums

- Mindestens sechs Mitglieder des Aufsichtsrats, darunter mindestens ein Vertreter der Anteilseigner, sollen unabhängig im Sinne von Ziffer 5.4.2 des Deutschen Corporate Governance Kodex sein. Ein Aufsichtsratsmitglied ist nach Maßgabe dieser Kodex-Empfehlung insbesondere dann nicht als unabhängig anzusehen, wenn es in einer persönlichen oder einer geschäftlichen Beziehung zur OLB, deren Organen, einem kontrollierenden Aktionär oder einem mit diesem verbundenen Unternehmen steht, die einen wesentlichen und nicht nur vorübergehenden Interessenkonflikt begründen kann. Hinsichtlich der Arbeitnehmervertreter wird davon ausgegangen, dass deren Unabhängigkeit durch den bloßen Umstand der Arbeitnehmervertretung und eines Beschäftigungsverhältnisses nicht berührt wird.
- Mindestens ein unabhängiges Mitglied mit Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung oder Abschlussprüfung im Sinne von § 100 Abs. 5 AktG.
- Mindestens ein Mitglied mit ausgeprägter Erfahrung im Bankgeschäft.
- Nicht mehr als zwei ehemalige Mitglieder des Vorstands der OLB.
- Angemessene Beteiligung von Frauen, d. h. Nominierung von mindestens jeweils einer weiblichen Kandidatin auf Anteilseigner- und Arbeitnehmerseite zur nächsten turnusmäßigen Aufsichtsratswahl im Jahre 2013; dies steht unter dem Vorbehalt, dass der Aufsichtsrat keine Auswahlmöglichkeit für Arbeitnehmervertreter hat.
- Ausgewogene Zusammensetzung dergestalt, dass die gewünschten Fachkenntnisse im Aufsichtsrat möglichst breit vertreten sind.

siehe Seite 024

Die personelle Zusammensetzung des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2012 ist dem Vergütungsbericht zu entnehmen. Die derzeitige Zusammensetzung des Aufsichtsrats entspricht mit Ausnahme einer angemessenen Beteiligung von Frauen schon jetzt obigem Anforderungsprofil. Zukünftige Wahlvorschläge des Aufsichtsrats zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern werden diese Ziele berücksichtigen. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Neuwahl des Aufsichtsrats im Frühjahr 2013. Der Aufsichtsrat empfiehlt seinen von den Arbeitnehmern gewählten Mitgliedern, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten um eine Berücksichtigung des Anforderungsprofils und der Ziele im Hinblick auf die von den zuständigen Gremien der Arbeitnehmer gemachten Wahlvorschläge zu bemühen.

Beschreibung der Zusammensetzung und Arbeitsweise der Ausschüsse des Aufsichtsrats

Zur Steigerung der Effizienz des Gremiums hat der Aufsichtsrat verschiedene Ausschüsse gebildet, nämlich einen Präsidialausschuss, einen Risikoausschuss, einen Prüfungsausschuss, einen Nominierungsausschuss und den Vermittlungsausschuss nach § 31 Abs. 3 Mitbestimmungsgesetz. Die Ausschüsse bereiten die Beschlüsse des Aufsichtsrats und die Arbeit des Aufsichtsratsplenums vor; in geeigneten Fällen wurden ihnen auch Beschlusszuständigkeiten übertragen. Die Zusammensetzung, Verantwortlichkeiten und Aufgaben der Ausschüsse sind in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats und der Geschäftsordnung des Vorstands geregelt.

Die Ausschüsse treten je nach Bedarf zu Sitzungen zusammen; sie fassen ihre Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit steht dem Vorsitzenden des Ausschusses das Recht zum Stichentscheid zu; dies gilt nicht für den Vermittlungsausschuss.

Die jeweiligen Ausschussvorsitzenden berichten dem Aufsichtsrat regelmäßig über die Arbeit der Ausschüsse und die dort gefassten Beschlüsse.

Der *Präsidialausschuss* besteht aus sechs Mitgliedern. Ihm gehören neben dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats und seinem Stellvertreter vier weitere vom Aufsichtsrat zu wählende Mitglieder an, von denen jeweils zwei Mitglieder auf Vorschlag der Arbeitnehmer- und der Anteilseignervertreter gewählt werden. Der Präsidialausschuss ist für die Personalangelegenheiten der Vorstandsmitglieder und für sonstige in die Zuständigkeit des Aufsichtsrats fallende Personalangelegenheiten zuständig, soweit diese nicht durch das Gesetz dem Aufsichtsratsplenum zugewiesen sind. Er bereitet die Bestellung von Vorstandsmitgliedern sowie die Entscheidungen des Plenums über das Vergütungssystem und die Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder vor und unterbreitet dem Plenum Beschlussvorschläge. Zu den Aufgaben des Präsidialausschusses zählen darüber hinaus die Zustimmung zur Ernennung von Generalbevollmächtigten, die Zustimmung zu Pensionsregelungen, die Zustimmung zu Organkrediten nach § 15 KWG sowie die Zustimmung zu genehmigungsbedürftigen Mandaten und Nebentätigkeiten von Vorstandsmitgliedern und Mitarbeitern.

Dem *Risikoausschuss* gehören neben dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats bis zu sechs weitere Aufsichtsratsmitglieder an, von denen jeweils bis zu drei Mitglieder auf Vorschlag der Anteilseigner- und der Arbeitnehmervertreter gewählt werden. Aktuell besteht der Risikoausschuss aus sechs Mitgliedern. Der Risikoausschuss befasst sich mit der Risikosituation und überwacht die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems der Bank. Ihm ist vom Vorstand zu berichten, wenn die festgelegten Marktrisikolimite überschritten werden. Er erteilt ferner die Zustimmung zu Krediten, die der Vorstand nicht in eigener Kompetenz entscheiden darf. Zudem bedarf die Gründung von Tochtergesellschaften mit Ausnahme von Vermögensverwaltungsgesellschaften seiner Zustimmung. Der Risikoausschuss genehmigt den Investitionsplan der Bank und erteilt die Zustimmung zu Erwerb und Veräußerung von Beteiligungen und Immobilien, sofern bestimmte Wertgrenzen überschritten werden.

Der *Prüfungsausschuss* besteht aus dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats sowie bis zu vier weiteren vom Aufsichtsrat zu wählenden Mitgliedern, von denen jeweils bis zu zwei Mitglieder auf Vorschlag der Anteilseigner- und der Arbeitnehmervertreter gewählt werden. Aktuell gehören ihm fünf Mitglieder an. Mindestens ein unabhängiges Mitglied des Prüfungsausschusses muss über Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung oder Abschlussprüfung verfügen. Der Aufsichtsrat hat festgestellt, dass Herr Prof. Dr. Andreas Georgi diese Voraussetzungen erfüllt.

Der Prüfungsausschuss hat die Aufgabe, den Jahres- und Konzernabschluss, die Lage- und Prüfungsberichte, den Gewinnverwendungsvorschlag sowie den Abhängigkeitsbericht vorab zu prüfen; er bereitet die Entscheidungen des Aufsichtsratsplenums über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Billigung des Konzernabschlusses sowie des Abhängigkeitsberichts vor. Er überwacht den Rechnungslegungsprozess und die Wirksamkeit des internen Revisions- sowie Compliancesystems und befasst sich darüber hinaus auch mit den Tätigkeitsschwerpunkten der beiden letztgenannten Bereiche. Die Entscheidung des Aufsichtsrats über den Vorschlag an die Hauptversammlung zur Bestellung des Abschlussprüfers stützt sich auf eine Empfehlung des Prüfungsausschusses. Der Ausschuss überwacht die Abschlussprüfung, insbesondere die Unabhängigkeit des Abschlussprüfers und die vom Abschlussprüfer zusätzlich erbrachten Leistungen. Er erteilt den Prüfungsauftrag und befasst sich in diesem Zusammenhang mit den Prüfungsschwerpunkten und dem Honorar des Abschlussprüfers. Des Weiteren erörtert er den Halbjahresfinanzbericht mit dem Vorstand vor seiner Veröffentlichung. Schließlich ist der Prüfungsausschuss auch zuständig für die Vorbereitung der jährlichen Entsprechenserklärung des Aufsichtsrats gemäß § 161 Aktiengesetz und der Effizienzprüfung der Aufsichtsratstätigkeit.

Dem *Nominierungsausschuss* gehören neben dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats zwei weitere Vertreter der Anteilseigner an. Aufgabe dieses Ausschusses ist es, geeignete Kandidaten für die Wahl von Anteilseignervertretern im Aufsichtsrat zu suchen und diese dem Aufsichtsrat für dessen Wahlvorschläge an die Hauptversammlung vorzuschlagen.

Der gemäß § 27 Abs. 3 Mitbestimmungsgesetz zu bildende Vermittlungsausschuss hat entsprechend den gesetzlichen Vorgaben vier Mitglieder. Ihm gehören neben dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats sowie seinem Stellvertreter je ein von den Aufsichtsratsmitgliedern der Anteilseigner und von den Aufsichtsratsmitgliedern der Arbeitnehmer gewähltes Mitglied an. Der Vermittlungsausschuss unterbreitet dem Aufsichtsratsplenum Vorschläge für die Bestellung von Vorstandsmitgliedern, wenn die für die Bestellung von Vorstandsmitgliedern vorgeschriebene Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen der Aufsichtsratsmitglieder im ersten Wahlgang nicht erreicht wird.

Die Aufsichtsratsausschüsse setzen sich personell wie folgt zusammen:

Präsidialausschuss
- Andree Moschner, Vorsitzender
- Manfred Karsten
- Prof. Dr. Andreas Georgi
- Stefan Lübbe
- Uwe Schröder
- Rainer Schwarz (ab 16.02.2012)

Risikoausschuss
- Prof. Dr. Andreas Georgi, Vorsitzender
- Carsten Evering
- Stefan Lübbe
- Andree Moschner
- Dr. Thomas Naumann (ab 30.05.2012)
- Rainer Schwarz

Prüfungsausschuss
- Prof. Dr. Andreas Georgi, Vorsitzender
- Carsten Evering
- Andree Moschner
- Uwe Schröder
- Rainer Schwarz

Nominierungsausschuss
- Andree Moschner, Vorsitzender
- Dr. Werner Brinker
- Prof. Dr. Andreas Georgi

Vermittlungsausschuss (§ 27 Abs. 3 MitbestG)
- Andree Moschner, Vorsitzender
- Manfred Karsten
- Prof. Dr. Andreas Georgi
- Jörg Thöle

Einzelheiten zu den im Geschäftsjahr 2012 abgehaltenen Sitzungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse sowie den behandelten Themen enthält der Bericht des Aufsichtsrats.

Hauptversammlung

In der Hauptversammlung nehmen die Aktionäre ihre Rechte wahr und üben ihr Stimmrecht aus. Bei der Beschlussfassung gewährt jede Aktie eine Stimme. Um die Stimmrechtsausübung zu erleichtern, bietet die Oldenburgische Landesbank AG ihren Aktionären an, sich in der Hauptversammlung durch von der Gesellschaft benannte Stimmrechtsvertreter vertreten zu lassen, die das Stimmrecht ausschließlich auf der Grundlage der vom Aktionär erteilten Weisungen ausüben. Die Teilnahme an der Hauptversammlung oder die Ausübung des Stimmrechts setzt die rechtzeitige Anmeldung des Aktionärs zur Hauptversammlung und den Nachweis seiner Berechtigung voraus.

In der jährlich stattfindenden ordentlichen Hauptversammlung legen Vorstand und Aufsichtsrat Rechenschaft über das abgelaufene Geschäftsjahr ab. Die Hauptversammlung hat die ihr nach dem Gesetz eingeräumten Rechte. Sie beschließt unter anderem über die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat, die Verwendung des Bilanzgewinns, Satzungsänderungen und kapitalverändernde Maßnahmen. Ferner wählt sie die Vertreter der Anteilseigner im Aufsichtsrat. Einzelheiten über die Tagesordnung und die Stimmrechtsausübung werden den Aktionären mit der Einladung mitgeteilt. Die für die Hauptversammlung notwendigen Berichte und Unterlagen werden zusammen mit der Tagesordnung leicht zugänglich auf der OLB Internetseite (www.olb.de) veröffentlicht.

Transparenz und Information

Anteilseigner und Dritte werden zeitnah über die wirtschaftliche Entwicklung durch die Veröffentlichung von Abschlüssen, Zwischenabschlüssen und Zwischenmitteilungen informiert. Bei der Erstellung werden die nationalen und internationalen Rechnungslegungsvorschriften berücksichtigt. Die Gesellschaft orientiert sich dabei am True-and-fair-View-Prinzip, sodass die Rechnungslegung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt. Darüber hinaus werden Tatsachen, die dazu geeignet sind, den Aktienkurs erheblich zu beeinflussen, als Ad-hoc-Meldung publiziert und es wird über weitere relevante Informationen berichtet. Alle Daten werden über geeignete Kommunikationsmedien veröffentlicht und stehen auf der Internetseite der Gesellschaft bereit (www.olb.de).

siehe Glossar Seite 159

Die Oldenburgische Landesbank AG informiert in einem Finanzkalender, der auf der Internetseite der Oldenburgische Landesbank AG im Bereich Investor Relations sowie im Geschäftsbericht veröffentlicht ist, über die Termine der wesentlichen Ereignisse und Veröffentlichungen (wie Hauptversammlung, Veröffentlichung des Geschäftsberichts).

siehe Seite 007

Meldepflichtige Wertpapiergeschäfte („Directors' Dealings")

Nach den Regelungen des § 15a Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) zur Veröffentlichung und Mitteilung von Geschäften müssen Personen, die bei einem Emittenten von Aktien Führungsaufgaben wahrnehmen, eigene Geschäfte mit Aktien des Emittenten oder mit sich darauf beziehenden Finanzinstrumenten, insbesondere Derivaten, dem Emittenten und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) mitteilen, sofern der Wert der getätigten Erwerbs- oder Veräußerungsgeschäfte 5.000 Euro innerhalb eines Kalenderjahres erreicht oder übersteigt. Diese Verpflichtung gilt für Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder. Darüber hinaus wurde die Anzeigepflicht auf Personen erweitert, die regelmäßig Zugang zu Insiderinformationen haben und zu wesentlichen unternehmerischen Entscheidungen ermächtigt sind. Daneben gilt diese Pflicht auch für Personen, die Personen mit Führungsaufgaben nahe stehen.

Im Geschäftsjahr 2012 wurden der Oldenburgische Landesbank AG keine meldepflichtigen Wertpapiergeschäfte gemäß § 15a WpHG gemeldet.

Anteilsbesitz von Vorstand und Aufsichtsrat

Der Gesamtbesitz aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder an Aktien der Oldenburgische Landesbank AG betrug zum 31. Dezember 2012 weniger als 1 % der ausgegebenen Aktien der Gesellschaft.

Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB

Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex

§ 161 Aktiengesetz verpflichtet den Vorstand und Aufsichtsrat börsennotierter Gesellschaften, jährlich im Sinne eines „comply or explain" eine Entsprechenserklärung zu den im Deutschen Corporate Governance Kodex enthaltenen Empfehlungen abzugeben. Abweichungen von den Empfehlungen sind offenzulegen und zu begründen.

Vorstand und Aufsichtsrat der Oldenburgische Landesbank AG haben im Dezember 2012 die turnusmäßige Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex abgegeben. Danach hat die Gesellschaft den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex seit Abgabe der letzten Entsprechenserklärung mit der einen Ausnahme entsprochen, dass die von der Hauptversammlung am 9. Juni 2011 beschlossene Vergütungsregelung für den Aufsichtsrat keine erfolgsorientierten Vergütungskomponenten vorsieht. Da die entsprechende Empfehlung im Deutschen Corporate Governance Kodex gestrichen wurde, wird die OLB künftig wieder sämtlichen Empfehlungen entsprechen. Die Entsprechenserklärung vom Dezember 2012 hat folgenden Wortlaut:

„Erklärung des Vorstands und des Aufsichtsrats der Oldenburgische Landesbank AG zu den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex" gemäß § 161 Aktiengesetz

1. Die Oldenburgische Landesbank AG entspricht sämtlichen vom Bundesministerium der Justiz im Amtlichen Teil des Bundesanzeigers bekannt gemachten Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex" in der Fassung vom 15. Mai 2012 und wird ihnen auch künftig entsprechen.

2. Seit Abgabe der letzten Entsprechenserklärung vom Dezember 2011 hat die Oldenburgische Landesbank AG den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex" in der Fassung vom 26. Mai 2010 mit der dort genannten Ausnahme entsprochen (abweichend von Ziffer 5.4.6 Abs. 2 Satz 1 des Deutschen Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 26. Mai 2010 keine erfolgsorientierte Vergütung des Aufsichtsrats). Diese Abweichung ist mit der Neufassung des Kodex vom 15. Mai 2012 entfallen, weil dort die Empfehlung einer erfolgsorientierten Vergütung für Aufsichtsratsmitglieder nicht mehr enthalten ist.

Oldenburg, im Dezember 2012
Oldenburgische Landesbank AG

Für den Vorstand:
gez. Dr. Achim Kassow
gez. Jörg Höhling

Für den Aufsichtsrat:
gez. Andree Moschner"

Diese Entsprechenserklärung sowie die Entsprechenserklärungen der vergangenen Jahre sind auf unserer Internetseite (www.olb.de) im Bereich Investor Relations in der Rubrik Corporate Governance dauerhaft öffentlich zugänglich gemacht.

Die Oldenburgische Landesbank AG beachtete im Geschäftsjahr 2012 zudem weitgehend die unverbindlichen Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex.

Angaben zu Unternehmensführungspraktiken

Die Oldenburgische Landesbank AG lebt vom Vertrauen ihrer Kunden, Aktionäre, Mitarbeiter und der Öffentlichkeit in die Leistung und Integrität der OLB-Gruppe. Dieses Vertrauen hängt wesentlich davon ab, wie sich Mitarbeiter, Führungskräfte und Geschäftsführung verhalten und wie sie ihre Fähigkeiten zum Nutzen der Kunden und Aktionäre einsetzen.

Die Oldenburgische Landesbank AG ist eine Gesellschaft der Allianz Gruppe. Die Allianz Gruppe integriert mit eigenen Initiativen für das UN-Global-Compact-Programm und der Anerkennung der OECD Richtlinie für multinationale Unternehmen Nachhaltigkeit und gesellschaftliche Verantwortung in das Geschäft. UN Global Compact ist eine Initiative des seinerzeitigen UN-Generalsekretärs Kofi Annan und internationaler Großunternehmen zur Anerkennung der Menschenrechte.

Die vom Vorstand der Oldenburgische Landesbank AG für alle Mitarbeiter, Führungskräfte und Mitglieder des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG übernommenen Verhaltensgrundsätze der Allianz Gruppe (Verhaltenskodex für Business Ethik und Compliance) setzen die im UN-Global-Compact-Programm enthaltenen Prinzipien um. Sie bilden Mindeststandards für alle Mitarbeiter. Mit diesen verbindlichen Grundsätzen und Verhaltensregeln sollen Situationen vermieden werden, die das Vertrauen in die Integrität der einzelnen Gesellschaften und ihrer Mitarbeiter erschüttern könnten. Neben den Themenbereichen Korruption, Geldwäsche und Diskriminierung gehen die Verhaltensgrundsätze vor allem auch auf mögliche Interessenkonflikte und deren Vermeidung ein.

Der Verhaltenskodex für Business Ethik und Compliance der Allianz Gruppe, der von der OLB-Gruppe übernommen wurde, ist auf der Internetseite der Allianz SE unter https://www.allianz.com/v_1339509001000/media/investor_relations/de/corporate_governance/verhaltenskodices/verhaltenskodex.pdf veröffentlicht.

Beschreibung der Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat sowie der Zusammensetzung und Arbeitsweise ihrer Ausschüsse

Die Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat ist im Corporate-Governance-Bericht beschrieben.

siehe Seiten 008 ff.

Die personelle Zusammensetzung des Vorstands und des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2012 ist im Vergütungsbericht dargestellt.

siehe Seiten 018 ff.

Die Zusammensetzung und Arbeitsweise der Ausschüsse des Aufsichtsrats ist im Corporate-Governance-Bericht abgebildet.

siehe Seiten 012 ff.

Vergütungsbericht

Dieser Vergütungsbericht fasst die Struktur, die Prinzipien und die Höhe der Vergütung des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG zusammen. Zudem legt er Zusammensetzung und Höhe der Vergütung des Aufsichtsrats dar. In diesem Vergütungsbericht wird außerdem die Ausgestaltung der Vergütungssysteme der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Oldenburgische Landesbank AG beschrieben und der Gesamtbetrag aller Vergütungen veröffentlicht.

Die diesbezüglichen Informationen sind als Bestandteil des Konzernlageberichts zu verstehen. Sie werden daher nicht im Konzernanhang wiederholt.

Vergütung des Vorstands

Die Konzeption der Vorstandsvergütung zielt auf Angemessenheit, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit. Ihre Struktur wird im Aufsichtsrat beraten und regelmäßig überprüft. Dies ist zuletzt im Dezember 2012 erfolgt. Der Aufsichtsrat hat daraufhin beschlossen, das bestehende Vergütungssystem für den Vorstand unverändert weiterzuführen.

Die folgenden Vergütungsgrundsätze sind maßgeblich für die Vorstandsvergütung:

- Die Gesamtvergütung ist in ihrer Höhe angemessen, um hoch qualifizierte Führungskräfte zu gewinnen und langfristig an das Unternehmen zu binden.
- Die Vergütungsstruktur gewährleistet eine ausgewogene Balance zwischen kurz-, mittel- und langfristigen Vergütungsbestandteilen.
- Das Anreizsystem ist wirksam ausgestaltet, auch bei einem sich gegebenenfalls ändernden Geschäftsumfeld.
- Die erfolgs- und leistungsbezogenen variablen Vergütungselemente stehen im Einklang mit den strategischen und finanziellen Interessen der Oldenburgische Landesbank AG.
- Die Gesamtvergütung richtet sich nach den jeweiligen Aufgaben- und Verantwortungsbereichen sowie den erbrachten Leistungen der einzelnen Vorstandsmitglieder.

Das derzeit geltende Vergütungssystem für den Vorstand besteht aus den folgenden Komponenten:

Erfolgsunabhängige Vergütung

Die erfolgsunabhängige Vergütung enthält fixe Bezüge und sonstige Vergütungsbestandteile:

a) *Fixe Bezüge.* Die Grundvergütung ist ein fester Betrag, bestehend aus zwölf monatlichen Zahlungen. Ihre Höhe wird zum einen von der übertragenen Funktion und Verantwortung bestimmt, zum anderen von den externen Marktbedingungen beeinflusst.

b) *Sonstige Vergütungsbestandteile.* Geldwerte Vorteile aus Sach- und Nebenleistungen werden je nach Funktion und Position in unterschiedlichem Umfang gewährt und müssen individuell versteuert werden. Es handelt sich dabei im Wesentlichen um marktübliche Versicherungsleistungen und die Bereitstellung von Dienstwagen. Darüber hinaus erhielten Mitglieder des Vorstands im Jahr 2012 Bezüge aus der Wahrnehmung von Mandaten in Aufsichtsorganen bei konzerneigenen Gesellschaften.

Erfolgsabhängige Vergütung

Die erfolgsabhängige Vergütung besteht aus verschiedenen Komponenten und gewährleistet eine angemessene Balance zwischen kurz- und mittelfristigen finanziellen Zielen, längerfristigem Erfolg und nachhaltiger Unternehmenswertsteigerung. Alle Bestandteile der erfolgsabhängigen Vergütung sind in einem im Allianz Konzern geltenden Modell, dem Allianz Sustained Performance Plan (ASPP), beschrieben. Zur Festlegung der erfolgsabhängigen Vergütung trifft der Aufsichtsrat jährlich eine Zielvereinbarung mit den einzelnen Mitgliedern des Vorstands, in der die quantitativen und qualitativen Ziele festgelegt werden. Der Aufsichtsrat kann in der Bewertung der Zielerfüllung die erfolgsabhängige Vergütung in der Bandbreite von 0 % bis maximal 165 % der jeweiligen Zielvergütung festsetzen.

siehe Glossar Seite 156

Die erfolgsabhängige Vergütung setzt sich aus den folgenden Bestandteilen zusammen:

a) *Jahresbonus.* Die Mitglieder des Vorstands erhalten in Abhängigkeit vom Erfüllungsgrad einer persönlichen Zielvereinbarung einen Jahresbonus. Die Ziele werden zu Beginn des Performance-Zeitraums definiert. In welchem Ausmaß diese Ziele erreicht wurden, wird nach Ablauf der jährlichen Leistungsperiode ermittelt und ist für die Höhe des zu zahlenden Jahresbonus ausschlaggebend.

b) *Mittelfristbonus.* Dem Vorstandsvorsitzenden wird zusätzlich zum Jahresbonus ein Drei-Jahre-Bonus gewährt. Hierzu wird in einem Zeitraum von drei Jahren für jedes Jahr ein Betrag in Höhe des festgesetzten Jahresbonus dotiert. Die Summe dieser Beträge bildet die vorläufige Grundlage für den Mittelfristbonus. Nach Ablauf des jeweiligen Drei-Jahre-Zeitraums prüft der Aufsichtsrat, inwieweit die Zielerreichung nachhaltig war, und legt auf Basis dieser Prüfung die Höhe des Mittelfristbonus fest. Die Abrechnung des Mittelfristbonus 2010–2012 erfolgt im Jahr 2013.

c) *Aktienbezogene Vergütung.* Die Vorstandsmitglieder nehmen ferner am gruppenweiten Allianz Programm der aktienbezogenen Vergütung (Allianz Equity Incentive = AEI) teil. Aktienbezogene Vergütung wird in Form von virtuellen Aktien, sogenannten Restricted Stock Units (RSU), gewährt. Die Zuteilung erfolgt nach Ablauf des Geschäftsjahres im Zusammenhang mit der Festlegung des Jahresbonus. Die Anzahl der RSU ergibt sich dabei aus der Höhe des Jahresbonus für das abgelaufene Geschäftsjahr, geteilt durch den berechneten Marktwert eines RSU zum Zeitpunkt der Zuteilung. Für die RSU besteht eine Haltefrist von vier Jahren ab Zuteilung. Nach Ablauf dieser Frist werden sie automatisch gemäß den Planbedingungen durch die Gesellschaft ausgeübt. Pro RSU erhalten die Vorstandsmitglieder den Gegenwert einer Aktie der Allianz SE zu dem nach den Planbedingungen maßgeblichen Ausübungskurs. Der entsprechende Betrag wird in bar, in Aktien der Allianz SE oder in sonstigen Ersatzwerten ausgezahlt. Der mögliche Wertzuwachs der RSU kann maximal 200 % des Aktienkurses bei Zuteilung betragen.

siehe Glossar Seite 156 und 158

Im Rahmen des bis zum Jahr 2010 geltenden Allianz Programms für die aktienbezogene Vergütung (Group Equity Incentive = GEI) wurden neben RSU auch sogenannte Stock Appreciation Rights (SAR) ausgegeben. Hierbei handelt es sich um virtuelle Optionen, die dazu berechtigen, den Unterschiedsbetrag zwischen dem Börsenkurs der Aktie der Allianz SE am Tage der Ausübung und dem Zuteilungskurs in bar ausgezahlt zu bekommen. Der maximale Unterschied ist auf 150 % des Zuteilungskurses beschränkt. Die bis 2008 gewährten SAR können nach einer Sperrfrist von zwei Jahren ausgeübt werden. Für SAR, die ab 2009 gewährt wurden, gilt eine Sperrfrist von vier Jahren. Voraussetzung für die Ausübung der SAR ist zum einen, dass der Kurs der Aktie der Allianz SE mindestens 20 % über dem Zuteilungskurs liegt. Zum anderen muss der Kurs der Aktie während der Planlaufzeit den Dow Jones EURO STOXX Price Index (600) mindestens einmal während einer Frist von fünf aufeinander folgenden Börsentagen übertroffen haben. Die SAR verfallen nach sieben Jahren, sofern sie bis dahin nicht gemäß den Planbedingungen ausgeübt wurden. Soweit die bis 2010 gewährten SAR noch nicht ausgeübt wurden, bleiben sie gültig, bis die entsprechenden Pläne ausgelaufen sind. Im Rahmen des neuen Allianz Equity Incentive Programms werden keine SAR mehr ausgegeben.

siehe Glossar Seite 157 – 159

siehe Glossar Seite 157

Zur Bewertung dieser Rechte beziehungsweise der Wertentwicklung verweisen wir auf die Angaben im Anhang des Konzernabschlusses des OLB-Konzerns.

Betriebliche Altersvorsorge

Die amtierenden Mitglieder des Vorstands erhalten im Rahmen ihres Dienstvertrags eine betriebliche Altersversorgung in Form einer beitragsorientierten Regelung.

Individualisierte Vorstandsvergütung 2012

Einzelheiten der Vergütung des Vorstands im Geschäftsjahr 2012 in individualisierter Form ergeben sich aus der nachfolgenden Tabelle.

Vergütung der Mitglieder des Vorstands

Tsd. Euro		Erfolgsunabhängige Vergütungsbestandteile		Erfolgsabhängige Vergütungsbestandteile			Gesamt
		Fixe Bezüge	Sonstige Vergütungs-bestandteile	Jahres-bonus (kurzfristig)	Drei-Jahre-Bonus (mittelfristig)	Aktien-bezogene Vergütung (langfristig)	
Dr. Achim Kassow	**2012**	**440,0**	**17,8**	**201,3**	**201,3** [1]	**201,3**	**1.061,7**
	2011	183,3	3,0	91,7	91,7	441,7 [2]	811,4
Dr. Thomas Bretzger (seit 1. Juli 2012)	**2012**	**110,0**	**2,5**	**92,9**	**—**	**92,9**	**298,3**
	2011	—	—	—	—	—	—
Jörg Höhling	**2012**	**220,0**	**15,2**	**188,0**	**—**	**188,0**	**611,2**
	2011	220,0	11,7	137,1	—	137,1	505,9
Karin Katerbau (seit 16. April 2012)	**2012**	**156,0**	**24,5**	**137,5**	**—**	**637,5** [3]	**955,5**
	2011	—	—	—	—	—	—
Dr. Stefan Friedmann (bis 30. Juni 2012)	**2012**	**110,0**	**10,9**	**97,0**	**—**	**97,0**	**314,9**
	2011	220,0	21,7	135,7	—	135,7	513,1
Gesamt-vergütung	**2012**	**1.036,0**	**70,9**	**716,7**	**201,3**	**1.216,7**	**3.241,6**
	2011 [4]	1.033,3	71,7	957,4	91,7	714,5	2.868,6

1 Der Drei-Jahre-Bonus bezieht sich auf die Periode 2010 – 2012. Da Herr Dr. Achim Kassow am 1. August 2011 in den Vorstand eingetreten ist, erhält er diesen Bonus zeitanteilig für den Zeitraum 01.08.2011 bis 31.12.2012. Für diesen Zeitraum hat der Aufsichtsrat die Bonushöhe auf insgesamt 293 Tsd. Euro festgelegt. Der hier ausgewiesene Betrag entspricht diesem Betrag abzüglich der bereits für 2011 für die Bonusdotierung gebildeten Rückstellung in Höhe von 91,7 Tsd. Euro.

2 Dieser Betrag setzt sich aus der vertragsgemäßen Zuteilung von Restricted Stock Units (RSU) für 2011 sowie einer Sonderzuteilung von RSU als Ausgleich verfallener Ansprüche bei Herrn Dr. Achim Kassows Vorarbeitgeber zusammen.

3 Dieser Betrag setzt sich aus der vertragsgemäßen Zuteilung von Restricted Stock Units (RSU) für 2012 sowie einer Sonderzuteilung von RSU als Ausgleich verfallener Ansprüche bei Frau Karin Katerbaus Vorarbeitgeber zusammen.

4 Die Gesamtsummen 2011 geben die Vergütung aller im Geschäftsjahr 2011 aktiven Mitglieder des Vorstands wieder. Sie enthalten daher auch die Vergütungen der 2011 aus dem Vorstand ausgeschiedenen Mitglieder Benedikt Buhl und Dr. Peter Schinzing.

Zum 31. Dezember 2012 betrug die Anzahl der von den Mitgliedern des Vorstands gehaltenen aktienbezogenen Rechte insgesamt 49.357 Stück SAR sowie 33.045 Stück RSU. Zur Bewertung dieser Rechte beziehungsweise der Wertentwicklung verweisen wir auf die Anhangangabe zur aktienbezogenen Vergütung.

siehe Seite 132

Die Gesamtvergütung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2012 betrug 3,2 Mio. Euro (Vorjahr: 2,9 Mio. Euro).

Die Kreditgewährung an Mitglieder des Vorstands stellt sich per 31. Dezember 2012 folgendermaßen dar: Die Einräumung von Dispositionslinien beträgt insgesamt 430 Tsd. Euro (Vorjahr: 524,3 Tsd. Euro), die per 31.12.2012 mit 21 Tsd. Euro (Vorjahr: 113 Tsd. Euro) in Anspruch genommen wurden. Die Zinssätze liegen jeweils bei 6,00 %. Die Verzinsung und die Ausgestaltung sind marktüblich. Kreditkartenlimite in Höhe von 75 Tsd. Euro (Vorjahr: 90,1 Tsd. Euro) wurden am Bilanzstichtag mit 0,5 Tsd. Euro (Vorjahr: 6 Tsd. Euro) ausgenutzt. Darlehenszusagen und Avalkreditzusagen an Mitglieder des Vorstands bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

Aus Mandaten bei konzerneigenen Gesellschaften erhielten die Mitglieder des Vorstands im Jahr 2012 darüber hinaus insgesamt 11,2 Tsd. Euro inklusive Umsatzsteuer.

Für die Betriebliche Altersversorgung und vergleichbare Leistungen wurden im Geschäftsjahr 2012 für Frau Katerbau 61 Tsd. Euro, für Herrn Dr. Kassow 162 Tsd. Euro, für Herrn Dr. Bretzger 42 Tsd. Euro, für Herrn Höhling 81 Tsd. Euro und für Herrn Dr. Friedmann 4 Tsd. Euro als Current Service Cost gemäß IAS 19 aufgewendet.

siehe Glossar Seite 156 – 157

Am 31. Dezember 2012 betrug der versicherungsmathematische Barwert – auf Basis IFRS – der Pensionsverpflichtungen für die im Geschäftsjahr 2012 aktiven Vorstandsmitglieder 763 Tsd. Euro (Vorjahr 4,6 Mio. Euro). Davon entfielen auf Frau Katerbau 59 Tsd. Euro, Herrn Dr. Kassow 222 Tsd. Euro, Herrn Dr. Bretzger 41 Tsd. Euro und Herrn Höhling 441 Tsd. Euro.

siehe Glossar Seite 157

An frühere Mitglieder des Vorstands oder deren Hinterbliebene wurden Ruhegehälter in Höhe von insgesamt 1,3 Mio. Euro gezahlt. Der versicherungsmathematische Barwert der Pensionsverpflichtungen auf Basis IFRS für frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene betrug 20,3 Mio. Euro (Vorjahr 16,4 Mio. Euro).

Vergütungssysteme für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Oldenburgische Landesbank AG

Vergütungssystem

Das Vergütungssystem der Oldenburgische Landesbank AG sieht prinzipiell die Zahlung von zwölf Bruttomonatsgehältern vor. Die Auszahlung erfolgt jeweils zur Mitte des Monats.

Sofern für das Vertragsverhältnis die Bestimmungen des Tarifvertrags für das private Bankgewerbe zur Anwendung kommen, besteht generell ein Anspruch auf eine tariflich garantierte Sonderzahlung in Höhe eines Bruttomonatsgehalts (sogenanntes 13. Bruttomonatsgehalt), das in der Regel im November eines Jahres zur Auszahlung kommt. Für diese Sonderzahlung gelten allgemeine Bedingungen, die zeitnah vor der Auszahlung veröffentlicht werden.

Weitere Gehaltsbestandteile sind in der Regel:

- Vermögenswirksame Leistungen in Höhe von 40,00 Euro pro Monat (bei Vollzeittätigkeit)
- Bausteine der Betrieblichen Altersvorsorge
- Provisionszahlungen (durch Vermittlung von Bausparverträgen, Versicherungen, Immobilien)

Im Folgenden werden die Vergütungssysteme für die Auszubildenden sowie die tariflich und die außertariflich angestellten Mitarbeiter erläutert.

Auszubildende

Auszubildende erhalten eine monatliche Ausbildungsvergütung gemäß Tarifvertrag für das private Bankgewerbe. Zusätzlich können die Auszubildenden Provisionen durch Vermittlung von Versicherungen, Immobilien und Bausparverträgen erwirtschaften.

Etwaige Sonderzahlungen, die über das sogenannte 13. Bruttomonatsgehalt hinaus gehen, erfolgen generell nur auf freiwilliger Basis. Hierunter fällt z. B. die mögliche Zahlung einer Abschlussvergütung. Die Entscheidung über die Zahlung einer Abschlussvergütung trifft der Vorstand unter Berücksichtigung der Geschäftslage der Bank. Die hierfür geltenden Bedingungen werden rechtzeitig vor dem Auszahlungstermin im April bekannt gegeben.

Tarif-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter

Im Tarifbereich richtet sich die Höhe der monatlichen Bruttogehaltsbezüge nach der entsprechenden tariflichen Eingruppierung und dem jeweiligen Berufsjahr gemäß der jeweils aktuellen Gehaltstabelle des Tarifvertrags für das private Bankgewerbe.

Zusätzlich können die tariflich bezahlten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Provisionen durch Vermittlung von Versicherungen, Immobilien und Bausparverträgen erwirtschaften. Variable Vergütungsbestandteile im Tarifbereich aufgrund von Zielvereinbarungen sind nicht vorgesehen.

Für etwaige Sonderzahlungen, die über das sogenannte 13. Bruttomonatsgehalt hinaus gehen, gilt das zu den Auszubildenden Aufgeführte entsprechend.

Außertarifliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Prokuristen

Im außertariflichen Bereich zahlt die Bank ein außertarifliches monatliches Bruttogrundgehalt. Darüber hinaus wird im Rahmen von Zielvereinbarungen eine variable Vergütung gezahlt, wobei der Zielerreichungsgrad eine Spanne zwischen 70 % und 120 % abdecken kann, was einer Bandbreite von 1,5 bis 3,5 Bruttomonatsgehältern entspricht. Zusätzlich können die außertariflich bezahlten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Provisionen durch Vermittlung von Versicherungen, Immobilien und Bausparverträgen erwirtschaften.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der zweiten Führungsebene

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der zweiten Führungsebene erhalten eine fixe Vergütung in Form eines monatlichen Bruttogehalts sowie eine individuelle Zieltantieme mit einem Zielerreichungsgrad zwischen 60 % und 140 %. Provisionen durch die Vermittlung von Versicherungen, Immobilien und Bausparverträgen können von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der zweiten Führungsebene nicht erwirtschaftet werden.

Gesamtvergütung

Die Gesamtvergütung im Oldenburgische Landesbank Konzern, unterteilt nach den Geschäftsbereichen, ist in der folgenden Tabelle aufgeführt:

	Gesamtvergütung 2012			
Euro	fix	variabel	Provisionen	Summe
OLB Regionalbank	89.459.031	17.155.400	4.007.265	110.621.696
Allianz Bank	20.853.436	3.693.547	15.841	24.562.824
Summe Oldenburgische Landesbank AG	**110.312.467**	**20.848.947**	**4.023.106**	**135.184.520**
Münsterländische Bank Thie & Co. KG	1.337.436	350.896	2.089	1.690.421
Bankhaus W. Fortmann & Söhne KG	1.263.923	228.520	39.251	1.531.694
OLB-Immobiliendienst GmbH	248.748	91.249	91	340.088
Grundstücksgesellschaft mbH	—	—	—	—
OLB Service GmbH	—	—	—	—
Summe Tochtergesellschaften	**2.850.107**	**670.665**	**41.431**	**3.562.203**
Gesamtsumme Oldenburgische Landesbank Konzern	**113.162.574**	**21.519.612**	**4.064.537**	**138.746.723**

An der variablen Vergütung nehmen grundsätzlich alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter teil, mit Ausnahme geringfügig Beschäftigter und kurzfristiger Aushilfskräfte.

Vergütung des Aufsichtsrats

Vergütungssystem

Die Vergütung des Aufsichtsrats wurde durch die Hauptversammlung festgelegt. Sie ist in § 13 der Satzung geregelt. Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten eine reine Festvergütung. Die Höhe der Aufsichtsratsvergütung orientiert sich an der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsmitglieder.

Vergütung für Aufsichtsratstätigkeit

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten eine jährliche Festvergütung in Höhe von 50.000 Euro. Der Vorsitzende erhält 100.000 Euro, sein Stellvertreter 75.000 Euro.

Vergütung für Ausschusstätigkeit

Die Mitglieder des Risiko- und Prüfungsausschusses erhalten eine zusätzliche jährliche Vergütung von jeweils 15.000 Euro. Die Mitgliedschaft im Präsidialausschuss wird mit 12.500 Euro vergütet. Die Vorsitzenden der Ausschüsse bekommen jeweils das Doppelte. Für die Mitgliedschaft im Nominierungs- und Vermittlungsausschuss ist keine zusätzliche Vergütung vorgesehen.

Sitzungsgeld

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für jede Aufsichtsrats- beziehungsweise Ausschusssitzung, an der sie persönlich teilnehmen, 500 Euro Sitzungsgeld. Es wird kein zusätzliches Sitzungsgeld gezahlt, wenn mehrere Sitzungen an einem Tag oder an aufeinanderfolgenden Tagen stattfinden.

Individualisierte Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats im Überblick

Die Aufsichtsratsmitglieder Moschner, Schwarz und Dr. Naumann hatten im Berichtsjahr gleichzeitig Vorstandsmandate in Gesellschaften des Allianz Konzerns inne und verzichteten deshalb auf eine Vergütung ihrer Aufsichtsratstätigkeit.

Euro		Festvergütung	Ausschuss-vergütung	Sitzungsgeld	Gesamt-vergütung
Andree Moschner[1], Vorsitzender	**2012**	**—**	**—**	**—**	**—**
	2011	—	—	—	—
Manfred Karsten, stellv. Vorsitzender	**2012**	**75.000**	**12.500**	**2.500**	**90.000**
	2011	75.000	12.500	3.000	90.500
Dr. Werner Brinker	**2012**	**50.000**	**—**	**2.500**	**52.500**
	2011	50.000	—	2.500	52.500
Claas E. Daun	**2012**	**50.000**	**—**	**2.500**	**52.500**
	2011	50.000	—	2.500	52.500
Carsten Evering	**2012**	**50.000**	**30.000**	**3.000**	**83.000**
	2011	50.000	30.000	3.000	83.000
Prof. Dr. Andreas Georgi	**2012**	**50.000**	**72.500**	**2.500**	**125.000**
	2011	50.000	72.500	3.000	125.500
Stefan Lübbe	**2012**	**50.000**	**27.500**	**2.500**	**80.000**
	2011	50.000	27.500	3.000	80.500
Dr. Thomas Naumann[1] (seit 20.02.2012)	**2012**	**—**	**—**	**—**	**—**
	2011	—	—	—	—
Horst Reglin	**2012**	**50.000**	**—**	**2.500**	**52.500**
	2011	50.000	—	2.500	52.500
Uwe Schröder	**2012**	**50.000**	**27.500**	**2.500**	**80.000**
	2011	50.000	27.500	3.500	81.000
Rainer Schwarz[1]	**2012**	**—**	**—**	**—**	**—**
	2011	—	—	—	—
Jörg Thöle	**2012**	**50.000**	**—**	**2.500**	**52.500**
	2011	50.000	—	2.500	52.500
Summe	**2012**	**475.000**	**170.000**	**23.000**	**668.000**
	2011	475.000	170.000	25.500	670.500

1 Verzichtserklärung gemäß § 13 Absatz 7 der Satzung.

Die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2012 einschließlich Sitzungsgeldern betrug 668.000 Euro (Vorjahr: 670.500 Euro).

Die auf die Gesamtvergütung und die Sitzungsgelder entfallende gesetzliche Umsatzsteuer in Höhe von 126.920 Euro wurde erstattet.

Des Weiteren hat Herr Claas E. Daun 2.000 Euro als Vergütung für seine Mitgliedschaft im Beirat der Oldenburgische Landesbank AG erhalten.

Kredite an Aufsichtsratsmitglieder

Die Kreditgewährung an Mitglieder des Aufsichtsrats stellt sich per 31. Dezember 2012 folgendermaßen dar: Die Einräumung von Dispositionslinien beträgt insgesamt 241,1 Tsd. Euro (Vorjahr: 247,0 Tsd. Euro), die per 31.12.2012 mit 14,1 Tsd. Euro (Vorjahr: 15,4 Tsd. Euro) in Anspruch genommen wurden. Die Zinssätze liegen zwischen 4,74 % und 8,49 %. Daneben bestanden Avalkredite in Höhe von 46,6 Tsd. Euro (Vorjahr: 46,6 Tsd. Euro), für die Avalprovisionen zwischen 0,50 % und 3,25 % gezahlt wurden. Weiterhin bestanden Darlehenszusagen in Höhe von 730,3 Tsd. Euro (Vorjahr: 230,5 Tsd. Euro), die per 31.12.2012 mit 640,3 Tsd. Euro in Anspruch genommen wurden. Die Zinssätze liegen zwischen 1,51 % und 5,06 %. Die Verzinsung und die Ausgestaltung sind marktüblich. Kreditkartenlimite in Höhe von 126,5 Tsd. Euro (Vorjahr: 121,2 Tsd. Euro) wurden am Bilanzstichtag mit 3,9 Tsd. Euro (Vorjahr: 4,3 Tsd. Euro) ausgenutzt.

027

Konzernlagebericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen 028

Geschäftsentwicklung 030

Prognosebericht 043

Konzernrisikobericht 046

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Der wirtschaftliche Aufschwung setzte sich in Deutschland im Jahr 2012 fort. Insbesondere wegen des guten ersten Halbjahres betrug der Zuwachs des realen Bruttoinlandsproduktes knapp 1 %.

Zu Jahresbeginn 2012 präsentierte sich die deutsche Konjunktur als wachstumsstark. Nach einem Anstieg der Wirtschaftsleistung im ersten Quartal um 0,5 % im Vergleich zur Vorperiode verlangsamte sich das Wachstumstempo allerdings im weiteren Jahresverlauf auf 0,3 % im zweiten und 0,2 % im dritten Vierteljahr. Für das Schlussquartal wird mit einer weiteren konjunkturellen Abkühlung gerechnet.

Positive Impulse kamen vom Außenhandel. Gestützt von der exzellenten Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen erwiesen sich die deutschen Ausfuhren insbesondere im ersten Halbjahr als widerstandsfähig gegenüber den konjunkturellen Schwächetendenzen in weiten Teilen Europas. Zwar haben sich die Ausfuhren in diese Länder spürbar abgeschwächt. Allerdings konnte die deutsche Industrie diesen Rückgang aufgrund ihrer stark diversifizierten Absatzmärkte und besserer Geschäfte mit anderen Wirtschaftsräumen auffangen.

Aus dem Inland kamen gemischte Signale. Steigende Konsumausgaben sorgten für Wachstumsbeiträge und stützten im Jahresverlauf die deutsche Konjunktur. Die stabile Arbeitsmarktsituation mit 2,9 Mio. Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt, die positive Lohn- und Gehaltsentwicklung sowie moderate 2,0 % Inflation im Jahresvergleich förderten die Planungssicherheit gerade im Hinblick auf größere, werthaltige Anschaffungen. Durch die robuste Konsumentwicklung konnte der gleichzeitige Rückgang der Investitionen zum Teil kompensiert werden. Die Unternehmen hielten sich bei der Anschaffung neuer Maschinen und Geräte zurück, sodass die Ausrüstungsinvestitionen abnahmen. Zudem belasteten schwache gewerbliche Bauinvestitionen die Entwicklung. Durch zunehmende Investitionen in Wohnbauten konnten die kräftigen Einbußen beim öffentlichen Bau nach Auslaufen der staatlich aufgelegten Konjunkturprogramme nicht vollständig ausgeglichen werden.

Fast spiegelbildlich zu der wirtschaftlichen Entwicklung hat sich die Stimmung der deutschen Unternehmen und Verbraucher im Jahresverlauf entwickelt. Der weit verbreitete Konjunkturoptimismus zu Jahresbeginn schwächte sich durch die Verschärfung der Turbulenzen im Euroraum zur Jahresmitte ab. Angesichts fortwährender Diskussionen um einen möglichen Austritt Griechenlands aus dem gemeinsamen Währungsraum sowie um die Zukunft der Europäischen Währungsunion machte sich zunehmend Verunsicherung breit und dämpfte das Konsumklima. Gleichzeitig litt die Investitionsneigung der Unternehmen unter den sich eintrübenden Konjunkturaussichten und abschwächenden außenwirtschaftlichen Wachstumsimpulsen. Insgesamt führte das im vierten Quartal 2012 zu einem Rückgang des deutschen Bruttoinlandsprodukts. Zum Jahresende verbreitete sich jedoch zunehmende Zuversicht, dass der Höhepunkt der Finanzkrise in der Eurozone überwunden sein dürfte.

Wirtschaft im Nordwesten

Die nordwestdeutsche Wirtschaft hat sich im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts weitgehend im Gleichklang mit der bundesdeutschen Wirtschaft entwickelt. Allerdings ist bemerkenswert, dass der Einbruch im Zuge der Finanzmarktkrise des Jahres 2009 im Nordwesten deutlich schwächer ausfiel als in der Bundesrepublik insgesamt. Ein wesentlicher Grund dafür dürfte die mit rd. 30 % im Bundesvergleich (ca. 45 %) deutlich geringere Exportquote im Weser-Ems-Raum sein. Dadurch wirken sich außenwirtschaftliche Einflüsse – positive wie negative – nicht so stark aus wie auf die bundesdeutsche Gesamtwirtschaft. Während dies auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise den Abschwung im Nordwesten abgemildert hat, wirkte die in den letzten Jahren weiter gesunkene Exportquote aber ebenso dämpfend auf den nachfolgenden Aufschwung, der im Wesentlichen durch außenwirtschaftliche Impulse getrieben war.

Der Gleichklang mit der gesamtdeutschen Konjunktur zeigte sich auch in der Entwicklung der nordwestdeutschen Wirtschaft im Jahr 2012. Nach einem guten Auftakt im ersten Halbjahr sank die konjunkturelle Dynamik im weiteren Jahresverlauf kontinuierlich. Besonders im Schlussquartal des Jahres klagten die regional besonders wichtigen Branchen Industrie, Baugewerbe und Einzelhandel über rückläufige Auftragseingänge bzw. die Kaufzurückhaltung der Verbraucher. Dies wirkte sich dämpfend auf die Investitionstätigkeit der Unternehmen im Nordwesten aus. Die Lage am Arbeitsmarkt zeigte sich im Wesentlichen unverändert.

Bankenumfeld

Die Finanzwirtschaft befindet sich nun schon seit Jahren in einer Phase des Umbruchs und der Erneuerung. Geschäftsmodelle werden auf den Prüfstand gestellt, regulatorische Anforderungen erhöhen Kosten und Aufwand und zwingen zu Anpassungen in ganzen Geschäftsfeldern. Die Rückbesinnung gerade der größeren Institute auf das vergleichsweise stabile Geschäft mit Privat- und Firmenkunden verschärft den ohnehin schon intensiven Wettbewerb um diese Kundensegmente und drückt die Margen. Auch der Eintritt neuer Akteure in die Finanzierung von Privat- und Firmenkunden senkt die Gewinnpotenziale für Banken in diesen Bereichen. Zudem belasten gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen die Erträge der Kreditinstitute. Die niedrigen Zinsen gepaart mit einer flachen Zinsstrukturkurve engen zum einen die Margen im Zinsgeschäft ein, zum anderen fehlen den Kreditinstituten damit die traditionellen Ertragsmöglichkeiten aus der Fristentransformation. Im Wertpapiergeschäft macht sich die Zurückhaltung der Privatanleger aufgrund der andauernden Verunsicherung infolge der verschiedenen Krisen bemerkbar, welche die Weltwirtschaft seit 2007 wesentlich prägen. Der Eigenhandel ist in vielen Instituten eingestellt bzw. deutlich eingeschränkt worden; mittelfristig könnte das die Liquidität in einigen Marktsegmenten belasten und zu einer erhöhten Volatilität führen.

siehe Glossar Seite 159

Die Banken werden sich auf absehbare Zeit auf dieses unvorteilhafte Umfeld einstellen müssen. Angesichts der öffentlichen Verschuldung werden die Zentralbanken weiterhin dazu tendieren, das Zinsniveau niedrig zu halten, um stärkere Verwerfungen an den Finanzmärkten zu verhindern. Auf Seiten der Gesetzgeber und der Aufsichtsbehörden sind zahlreiche Maßnahmen zur Stärkung von Liquidität und Eigenkapital der Banken sowie zum Verbraucherschutz auf den Weg gebracht bzw. bereits umgesetzt worden. Diese Maßnahmen werden die Renditeaussichten der Branche nachhaltig schmälern.

Geschäftsentwicklung

Ertragslage

Konzernergebnis

Folgende Tabelle stellt die Gesamtergebnisrechnung des OLB-Konzerns für 2012 und 2011 gegenüber:

Mio. Euro	2012	2011	Veränderungen	Veränderungen (%)
Zinserträge (und ähnliche Erträge)	532,0	551,9	– 19,9	– 3,6
Zinsaufwendungen (und ähnliche Aufwendungen)	296,5	307,2	– 10,7	– 3,5
Zinsüberschuss	235,5	244,7	– 9,2	– 3,8
Provisionserträge	134,8	128,0	6,8	5,3
Provisionsaufwendungen	44,6	46,1	– 1,5	– 3,3
Provisionsüberschuss	90,2	81,9	8,3	10,1
Laufendes Handelsergebnis	– 1,8	– 1,6	– 0,2	12,5
Übrige Erträge	40,4	68,0	– 27,6	– 40,6
Laufende Erträge	**364,3**	**393,0**	**– 28,7**	**– 7,3**
Laufender Personalaufwand	176,5	182,9	– 6,4	– 3,5
Sachaufwand	113,2	120,1	– 6,9	– 5,7
Verwaltungsaufwand	289,7	303,0	– 13,3	– 4,4
Übrige Aufwendungen	3,2	1,2	2,0	>100
Laufende Aufwendungen	**292,9**	**304,2**	**– 11,3**	**– 3,7**
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	42,6	88,4	– 45,8	– 51,8
Realisiertes Ergebnis aus Finanzanlagen	21,2	23,0	– 1,8	– 7,8
Nicht laufendes Handelsergebnis	– 1,9	– 4,0	2,1	– 52,5
Ergebnis aus Finanzanlagen	19,3	19,0	0,3	1,6
Restrukturierungsaufwand	—	5,9	– 5,9	– 100,0
Ergebnis vor Steuern	**48,1**	**13,5**	**34,6**	**>100**
Steuern	9,5	– 3,4	12,9	k. A.
Ergebnis nach Steuern (Gewinn)	**38,6**	**16,9**	**21,7**	**>100**
Unverwässertes sowie verwässertes Ergebnis je Aktie (Euro)	**1,66**	**0,73**	**0,93**	**>100**

Das Ergebnis des OLB-Konzerns hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr spürbar erholt und liegt mit einem Ergebnis vor Steuern von 48,1 Mio. Euro deutlich über dem durch eine hohe Risikovorsorge geprägten Vorjahr (13,5 Mio. Euro). Dennoch bleiben die Rahmenbedingungen für unser Geschäft anspruchsvoll, was sich auch in der Ertragslage widerspiegelt. Insbesondere das historisch niedrige Zinsniveau in Deutschland belastet das Einlagengeschäft und führt zu sinkenden Zinsmargen. In ihrem Anlageverhalten sind die Kunden weiterhin zurückhaltend. Während die OLB Regionalbank diese Belastungen durch ein gutes Kreditgeschäft abfedern konnte, konnte die Allianz Bank mit ihrer Ausrichtung auf das Einlagen- und Wertpapiergeschäft in diesem Umfeld die gesetzten Wachstumsziele nicht erreichen.

siehe Glossar Seite 159

Zu den Ergebniskomponenten im Einzelnen:

Zinsüberschuss

Mio. Euro	2012	2011	Veränderungen	Veränderungen (%)
Zinserträge (und ähnliche Erträge)	532,0	551,9	– 19,9	– 3,6
Zinsaufwendungen (und ähnliche Aufwendungen)	296,5	307,2	– 10,7	– 3,5
Zinsüberschuss	**235,5**	**244,7**	**– 9,2**	**– 3,8**
Kundenkreditvolumen zum Stichtag (vor Risikovorsorge)	10.415,8	9.914,3	501,5	5,1
Zinsmarge in %	2,26	2,47	– 0,21	– 8,5

Die Staatsschuldenkrise im Euroraum verbunden mit geldpolitischen Maßnahmen der EZB ließ bei den als sicher geltenden Ländern wie Deutschland die Marktzinsen weiter absinken. Diese Entwicklung führt zu rückläufigen Zinsmargen und belastet Banken mit einem starken Einlagengeschäft besonders.

Die durchschnittliche Zinsmarge des OLB-Konzerns sank von 2,47 % im Vorjahr auf 2,26 %. Das Volumen der Einlagen konnte dagegen um 9,0 % auf 8.221,5 Mio. Euro gesteigert werden und ist trotz sinkender Margen als stabile Refinanzierungsquelle für die OLB von hoher Bedeutung.

Günstig wirkten sich das niedrige Zinsniveau und die stabile konjunkturelle Entwicklung im Nordwesten auf die Kreditnachfrage aus. Die OLB Regionalbank konnte als verlässlicher Partner mittelständischer Firmenkunden in der Region davon profitieren. Das Kreditvolumen konnte bei stabilen Kundenmargen um 5,7 % auf 10,3 Mrd. Euro gesteigert werden.

Provisionsüberschuss

Mio. Euro	2012	2011	Veränderungen	Veränderungen (%)
Wertpapiergeschäft	52,6	50,4	2,2	4,4
Vermögensverwaltung	10,0	10,2	– 0,2	– 2,0
Zahlungsverkehr	26,3	26,0	0,3	1,2
Auslandsgeschäft	2,4	2,5	– 0,1	– 4,0
Versicherungs-, Bauspar-, Immobiliengeschäft	15,9	13,3	2,6	19,5
Kreditkartengeschäft	3,2	2,9	0,3	10,3
Treuhandgeschäft und andere treuhänderische Tätigkeiten	—	0,1	– 0,1	– 100,0
Sonstiges	– 20,2	– 23,5	3,3	– 14,0
Provisionsüberschuss	**90,2**	**81,9**	**8,3**	**10,1**

In ihrer privaten Vermögensanlage disponieren unsere Kunden weiterhin vorsichtig. Trotz niedriger Zinsen im Einlagenbereich und einer stabilen Aufwärtsentwicklung am deutschen Aktienmarkt werden Anlagen bevorzugt, die Kapitalerhalt und Wertstabilität versprechen. Dies zeigt sich in deutlich gestiegenen Umsätzen in der Immobilienvermittlung und beim Abschluss von Bausparverträgen. In beiden Bereichen konnte der Provisionsüberschuss im laufenden Geschäftsjahr signifikant ausgebaut werden. Im Bereich Wertpapiergeschäft und Vermögensverwaltung stehen im Segment Regionalbank unseren Kunden in der gesamten Region erfahrene Private-Banking-Berater zur Seite. Die Allianz Bank unterstützt die Allianz Versicherungsagenturen in der Kundenberatung durch qualifizierte Anlagespezialisten. Auf dieser Basis konnte das Wertpapiergeschäft gegenüber dem Vorjahr leicht gesteigert werden.

Laufendes Handelsergebnis

Der Wertpapierhandel auf eigene Rechnung hat für die OLB keine strategische Bedeutung. Wir haben uns im Zuge unserer Fokussierung auf Kernkompetenzen entschlossen, unsere Aktivitäten voll auf das Geschäft mit unseren Kunden zu konzentrieren und den Eigenhandel aufzugeben. Bestehende Positionen haben wir bis zum Jahresende abgebaut. Das Kundengeschäft mit Devisen und Zinssicherungsinstrumenten werden wir in gewohnter Weise weiterführen. Bis zum Jahresende 2012 wurde im Eigen- und Kundenhandel ein Ergebnis von –0,9 Mio. Euro (Vorjahr: –1,6 Mio. Euro) erzielt. Darin enthalten ist Aufwand in Höhe von –1,9 Mio. Euro (Vorjahr: –0,6 Mio. Euro) durch den Rückkauf eigener Schuldverschreibungen von unseren Kunden.

Im laufenden Handelsergebnis werden auch die Bewertungsergebnisse aus Sicherungsbeziehungen, die die OLB zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos einsetzt, in Höhe von –1,4 Mio. Euro (Vorjahr: 0,5 Mio. Euro) ausgewiesen.

In Summe ergab sich im Jahr 2012 somit ein laufendes Handelsergebnis von –1,8 Mio. Euro (Vorjahr: –1,6 Mio. Euro).

Übrige Erträge

Unter den Übrigen Erträgen wird im Wesentlichen die Erstattung des Ergebnisses der Allianz Bank durch die Allianz Deutschland AG ausgewiesen.

Verwaltungsaufwand

Mio. Euro	2012	2011	Veränderungen	Veränderungen (%)
Laufender Personalaufwand	176,5	182,9	– 6,4	– 3,5
Sachaufwand	113,2	120,1	– 6,9	– 5,7
Verwaltungsaufwand	**289,7**	**303,0**	**– 13,3**	**– 4,4**
Mitarbeiter (Anzahl) per 31. Dezember	2.785	2.883	– 98	– 3,4
Mitarbeiterkapazität per 31. Dezember	2.293	2.408	– 115	– 4,8
Cost-Income-Ratio in %	80,4	77,4	k. A.	k. A.

Der dem Marktumfeld geschuldeten schwächeren Ertragsentwicklung wurde auf der Kostenseite aktiv entgegengewirkt. Bei den Personalaufwendungen zeigten sich 2012 die Einsparungserfolge aus der Anpassung der Vertriebsaufstellung der Allianz Bank. So gelang es, trotz einer Tarifsteigerung von 2,9 % die Kosten unter das Niveau des Vorjahres zu senken. Im Sachkostenbereich wurden sämtliche Ausgaben einer kritischen Durchsicht unterzogen und neu priorisiert.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Das Vorjahr war durch Vorsorge für Risiken im Zusammenhang mit der branchenspezifischen Krisensituation im Bereich Schifffahrt und einer erheblichen Einzelwertberichtigung im Seeschiffsbereich geprägt. 2012 kam es nicht zu größeren Einzelproblemen, sodass die Risikovorsorge geringer ausfallen konnte. Weiterhin ist aufgrund der stabilen konjunkturellen Entwicklung im abgelaufenen Geschäftsjahr für den wesentlichen Teil unseres Kreditportfolios ein günstiger Verlauf der Vorsorge festzustellen.

Die Schifffahrtsbranche kämpft unverändert mit strukturellen Problemen, sodass trotz stabiler wirtschaftlicher Rahmenbedingungen in Deutschland hier keine schnelle Erholung in Sicht ist. Wir unterstützen unsere Kunden bei der Anpassung der Finanzierungsmodelle an die veränderten Rahmenbedingungen, die sich aufgrund der Strukturkrise verändert haben.

Im Schiffsfinanzierungsgeschäft ist insbesondere die langfristige Entwicklung der Charterraten über die gesamte Nutzungsdauer der Schiffe entscheidend. Aufgrund der langen Betriebslaufzeiten der Schiffe sind die der Bewertung zugrunde liegenden Prognosen naturgemäß mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. Erkennbaren Risiken haben wir im abgelaufenen Geschäftsjahr durch eine entsprechende Risikovorsorgebildung Rechnung getragen.

Ergebnis aus Finanzanlagen

Steigende Aktienkurse und die aufgrund des Marktzinsrückgangs hohe Bewertung festverzinslicher Wertpapiere wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr genutzt, um Kursgewinne in unseren Spezialfonds und der Liquiditätsreserve zu realisieren.

Ergebnis / Steuern

Das Ergebnis vor Steuern für das Geschäftsjahr 2012 beträgt 48,1 Mio. Euro und hat sich damit gegenüber dem Vorjahr (13,5 Mio. Euro) deutlich erholt. Für das Geschäftsjahr wurde ein Steueraufwand von 9,5 Mio. Euro ermittelt, sodass das Ergebnis nach Steuern 38,6 Mio. Euro beträgt.

Die Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) sehen insbesondere für die Bewertung von Finanzinstrumenten und Rückstellungen abweichende Bewertungsregelungen vor, sodass der Jahresüberschuss der Oldenburgische Landesbank AG nach HGB, der der Gewinnverwendung zugrunde gelegt wird, bei 43,1 Mio. Euro liegt. Der Gewinnverwendungsvorschlag sieht vor, davon einen Betrag von 5,8 Mio. Euro zur Zahlung einer Dividende in Höhe von 0,25 Euro je Stückaktie zu verwenden.

siehe Glossar Seite 159

Segmentergebnisse

Die nachfolgende Darstellung zeigt die Ergebnisentwicklung des OLB-Konzerns getrennt nach den Segmenten OLB Regionalbank für das klassische regionale Geschäft der Oldenburgische Landesbank Gruppe mit ihren 177 Filialen im Geschäftsgebiet und der Allianz Bank mit dem deutschlandweiten Angebot von Bankprodukten über die Allianz Bankagenturen. Weitere Informationen zur Segmentberichterstattung finden Sie im Konzernanhang unter Anhangsnummer 13.

siehe Seite 094

Segment: OLB Regionalbank

Mio. Euro	2012	2011	Veränderungen	Veränderungen (%)
Zinsüberschuss	221,3	227,4	–6,1	–2,7
Provisionsüberschuss	69,7	68,3	1,4	2,0
Laufendes Handelsergebnis	–1,9	–1,6	–0,3	18,8
Übrige Erträge	0,2	0,7	–0,5	–71,4
Laufende Erträge	**289,3**	**294,8**	**–5,5**	**–1,9**
Laufender Personalaufwand	145,6	144,8	0,8	0,6
Direkter Sachaufwand	79,5	74,9	4,6	6,1
Kostenverrechnung zwischen Segmenten	–11,5	–12,5	1,0	–8,0
Verwaltungsaufwand	213,6	207,2	6,4	3,1
Übrige Aufwendungen	2,0	0,2	1,8	>100
Laufende Aufwendungen	**215,6**	**207,4**	**8,2**	**4,0**
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	39,6	86,0	–46,4	–54,0
Operatives Ergebnis	**34,1**	**1,4**	**32,7**	**>100**
Realisiertes Ergebnis aus Finanzanlagen	19,5	19,0	0,5	2,6
Nicht laufendes Handelsergebnis	–1,9	–3,1	1,2	–38,7
Ergebnis aus Finanzanlagen	17,6	15,9	1,7	10,7
Restrukturierungsaufwand	—	2,0	–2,0	–100,0
Ergebnis vor Steuern (Segmentergebnis)	**51,7**	**15,3**	**36,4**	**>100**
Segmentvermögen in Mrd. Euro	12,6	11,4	1,2	10,5
Segmentschulden in Mrd. Euro	12,0	10,8	1,2	11,1
Cost-Income-Ratio in %	74,5	70,4	4,1	5,8
Risikokapital (Durchschnitt)	456,4	441,7	14,7	3,3
Risikoaktiva (Durchschnitt)	6.295,5	6.092,6	202,9	3,3

Die OLB Regionalbank hat im Jahr 2012 ihr stabiles Wachstum im Kundengeschäft weiter fortgesetzt. Das Kreditvolumen wurde weiter ausgebaut und lag zum Ende des Geschäftsjahres erstmals über 10 Mrd. Euro und damit 590 Mio. Euro über dem Stand des Vorjahres. Damit hat die OLB ihre Bedeutung für unsere Kunden und den regionalen Wirtschaftsraum im Nordwesten als stabiler Finanzierungspartner erneut unter Beweis gestellt. Das Volumen der Kundeneinlagen stieg gegenüber dem Vorjahr um 0,8 % auf 5,8 Mrd. Euro. Die positiven Impulse aus dem Volumenszuwachs im Kreditgeschäft konnten die Auswirkungen des Verfalls der Marktzinsen und den damit verbundenen Einbruch der Margen im Einlagengeschäft nicht auffangen. Der Zinsüberschuss sank leicht um 2,7 % auf 221,3 Mio. Euro.

Wir konnten im Jahr 2012 eine hohe Nachfrage bei der Vermittlung von Immobilien, Versicherungen und Bausparverträgen verzeichnen. Hierzu trugen auch die niedrigen Zinsen und die Inflationsbefürchtungen der Kunden bei. Das Geschäftsvolumen und die damit verbundenen Provisionseinnahmen konnten entsprechend deutlich gesteigert werden.

In ihrer privaten Vermögensanlage disponieren unsere Kunden weiterhin vorsichtig. Mit den erfahrenen Spezialisten der Abteilung Private Banking & Freie Berufe bietet die OLB Regionalbank ihren Kunden im Geschäftsgebiet eine persönliche strategische Finanzplanung an. Zur Nutzung von Synergieeffekten ist die Betreuung von gehobenen Privatkunden und Freiberuflern zusammengefasst. Damit folgt die OLB auch hier ihrem Leitbild der ganzheitlichen Betrachtung. Durch diese breite Aufstellung konnten wir das Wertpapiergeschäft 2012 auf dem Niveau des Vorjahres halten und von der stärkeren Nachfrage in anderen Bereichen profitieren.

Bei den Verwaltungsaufwendungen konnte der Anstieg der Personalkosten trotz einer Tariferhöhung von 2,9 % auf 0,8 Mio. Euro begrenzt werden. Dies ist auf einen leichten Rückgang der durchschnittlichen Mitarbeiterzahl im Jahr 2012 sowie eine geringere erfolgsabhängige Vergütung zurückzuführen. Der Sachaufwand im Vorjahr enthielt mit einer Steuererstattung für Vorjahre einen einmaligen Sondereffekt, der im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht wiederholt werden konnte und so zu einem Anstieg der Kosten führte. Darüber hinaus entstanden höhere IT-Aufwendungen durch Investitionen in die Umstellung der Systemplattform für unsere Kernbankenanwendung. In den Folgejahren werden wir durch dieses Projekt Einsparungen in den laufenden Betriebskosten erzielen.

Zur Erläuterung der Risikovorsorgeentwicklung der Regionalbank verweisen wir auf die entsprechenden Ausführungen zum Konzernergebnis.

Im Rahmen der Steuerung unserer Liquiditätsreserven wurden im ersten Halbjahr sowohl im Aktien- als auch im Rentenbereich Kursgewinne realisiert und damit ein Ergebnis aus Finanzanlagen in Höhe von 17,6 Mio. Euro erzielt.

Insgesamt lag das Segmentergebnis damit bei 51,7 Mio. Euro und hat sich gegenüber dem insbesondere mit hoher Risikovorsorge für einen Einzelfall belasteten Vorjahr wieder deutlich erholt.

Segment: Allianz Bank (Zweigniederlassung der Oldenburgische Landesbank AG)

Mio. Euro	2012	2011	Veränderungen	Veränderungen (%)
Zinsüberschuss	14,2	17,3	–3,1	–17,9
Provisionsüberschuss (brutto)	51,2	46,0	5,2	11,3
Bruttoerträge	**65,4**	**63,3**	**2,1**	**3,3**
Provisionsaufwand Zahlungsverkehr	3,2	2,9	0,3	10,3
Vermittlungsprovisionen	27,5	29,5	–2,0	–6,8
Übrige Erträge	40,3	67,9	–27,6	–40,6
Laufende Erträge	**75,0**	**98,8**	**–23,8**	**–24,1**
Laufender Personalaufwand	30,9	38,1	–7,2	–18,9
Direkter Sachaufwand	33,7	45,8	–12,1	–26,4
Kostenverrechnung zwischen Segmenten	11,5	12,5	–1,0	–8,0
Verwaltungsaufwand	76,1	96,4	–20,3	–21,1
Übrige Aufwendungen	1,2	1,0	0,2	20,0
Laufende Aufwendungen	**77,3**	**97,4**	**–20,1**	**–20,6**
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	3,0	2,4	0,6	25,0
Operatives Ergebnis	**–5,3**	**–1,0**	**–4,3**	**>100**
Ergebnis aus Finanzanlagen	1,7	3,1	–1,4	–45,2
Restrukturierungsaufwand	—	3,9	–3,9	–100,0
Ergebnis vor Steuern (Segmentergebnis)	**–3,6**	**–1,8**	**–1,8**	**100,0**
Segmentvermögen in Mrd. Euro	1,9	2,3	–0,4	–17,4
Segmentschulden in Mrd. Euro	1,9	2,3	–0,4	–17,4
Cost-Income-Ratio in %	103,1	98,6	4,5	4,6
Risikokapital (Durchschnitt)	27,3	30,8	–3,5	–11,4
Risikoaktiva (Durchschnitt)	376,5	424,2	–47,7	–11,2

Das Einlagen- und das Wertpapiergeschäft bilden die zwei wesentlichen Säulen des Kundengeschäfts der Allianz Bank. In der gegenwärtigen Marktsituation mit einem Rekordtief des Zinsniveaus in Deutschland konnte der Rückgang der Margen bei den Sicht- und Spareinlagen auf der Aktivseite nicht kompensiert werden, sodass der Zinsüberschuss um 3,1 Mio. Euro auf 14,2 Mio. Euro zurückging. Das Provisionsergebnis konnte infolge eines verbesserten Wertpapiergeschäfts gesteigert werden und stieg im abgelaufenen Geschäftsjahr um 5,2 Mio. Euro auf 51,2 Mio. Euro.

Insgesamt konnten die Bruttoerträge moderat um 3,3 % auf 65,4 Mio. Euro gesteigert werden. Trotz dieser Steigerung wurden die für das Jahr 2012 gesetzten Wachstumsziele deutlich verfehlt.

Bereits Ende 2011 haben wir dem schlechter als erwarteten Kunden-, Volumens- und Ertragswachstum durch gezielte Kostensenkungen entgegengewirkt. Diese Anstrengungen zeigten im abgelaufenen Geschäftsjahr deutlich Wirkung. So gelang es durch eine veränderte Aufstellung des Vertriebes, die Personalkosten deutlich zu senken und den Verwaltungsaufwand um mehr als 20 Mio. Euro auf 77,3 Mio. Euro zu reduzieren.

Dennoch schloss die Allianz Bank das Geschäftsjahr 2012 operativ – vor Verlustausgleich durch die Allianz – insgesamt erneut mit einem Verlust in Höhe von 45,2 Mio. Euro ab (Vorjahr: 68,7 Mio. Euro). Damit bleibt die Ergebnisentwicklung der Allianz Bank unterhalb der mittelfristigen Geschäftsplanung.

Zwischen der Oldenburgische Landesbank AG und der Allianz Deutschland AG ist vereinbart, dass die Allianz Deutschland AG den auf Basis der Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) ermittelten Verlust des Segments ausgleicht. Aufgrund abweichender Bewertungsvorschriften für Finanzinstrumente und Rückstellungen entstehen nach IFRS höhere Aufwendungen, sodass in der Segmentberichterstattung trotz des in der Position Übrige Erträge enthaltenen Verlustausgleichs ein Ergebnis vor Steuern von –3,6 Mio. Euro verbleibt.

Bilanzentwicklung

siehe Grafik Seite 038 links und Seite 039

Kreditvolumen

Im Kreditgeschäft wurde die konservative Risikopolitik beibehalten. Wir streben ein nachhaltig profitables Wachstum an und legen ein hohes Gewicht auf die Durchsetzung unserer Margenerfordernisse im Wettbewerb. Als gefragter Finanzierungspartner im Nordwesten gelang es, aufgrund der regen Kreditnachfrage das stetige Wachstum im Kreditgeschäft im abgelaufenen Geschäftsjahr fortzusetzen. Dabei überschritt das Kreditvolumen erstmals die Marke von 10 Mrd. Euro.

Mio. Euro	2012	2011	Veränderungen	Veränderungen (%)
Kundenkredite Inland	10.343,0	9.843,0	500,0	5,1
Kundenkredite Ausland	72,8	71,3	1,5	2,1
Kreditvolumen (vor Risikovorsorge)	**10.415,8**	**9.914,3**	**501,5**	**5,1**
abzüglich: Risikovorsorge	77,6	130,0	– 52,4	– 40,3
Kreditvolumen (nach Risikovorsorge)	**10.338,2**	**9.784,3**	**553,9**	**5,7**

Liquidität

Trotz einer deutlichen Normalisierung der Geld- und Kapitalmärkte im abgelaufenen Jahr steuert die OLB ihre Liquiditätsposition unter Berücksichtigung konservativer Sicherheitspuffer, um die Zahlungsfähigkeit auch im Fall plötzlich entstehender Zuspitzungen an den Finanzmärkten zu gewährleisten. Mit einer Liquiditätskennziffer von 1,55 (Vorjahr: 2,15) lag die OLB zum Bilanzstichtag wiederum deutlich über dem aufsichtsrechtlichen Mindestwert von 1,00. Eine Refinanzierung am Kapitalmarkt erfolgte im Jahr 2012 nicht.

Finanzanlagen

Die OLB hat im Wesentlichen in staatliche Schuldverschreibungen und Pfandbriefe investiert. Ein Teil der Zuwächse im Einlagengeschäft wurde in diese Wertpapiere erstklassiger Bonität investiert. Dies führte zu einem Anstieg der Finanzanlagen von 2.258,9 Mio. Euro auf 3.353,9 Mio. Euro. Der Buchwert der unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Beteiligungen und Anteilen an nicht konsolidierten Tochterunternehmen beträgt 1,0 Mio. Euro.

Fremde Gelder

Mio. Euro	2012	2011	Veränderungen	Veränderungen (%)
Kundengelder	**7.568,2**	**7.544,5**	**23,7**	**0,3**
täglich fällig	4.236,5	3.656,6	579,9	15,9
befristet	1.169,3	1.804,4	–635,1	–35,2
Spareinlagen	2.162,4	2.083,5	78,9	3,8
Verbindlichkeiten aus Repo-Geschäften mit zentralem Kontrahenten	**653,3**	**—**	**653,3**	**k. A.**
befristet	653,3	—	653,3	k. A.
Bankengelder	**4.021,6**	**3.397,0**	**624,6**	**18,4**
täglich fällig	151,9	102,9	49,0	47,6
befristet	3.869,7	3.294,1	575,6	17,5
Verbriefte Verbindlichkeiten	**812,9**	**1.161,7**	**–348,8**	**–30,0**
Nachrangige Verbindlichkeiten	**274,3**	**274,2**	**0,1**	**—**
Fremde Gelder insgesamt	**13.330,3**	**12.377,4**	**952,9**	**7,7**

Eigenkapital

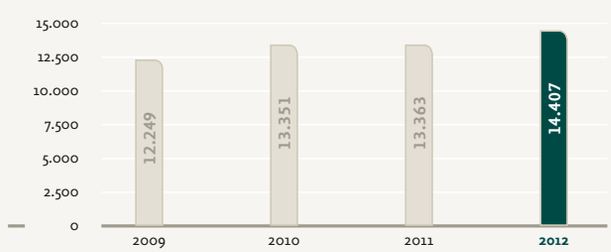
Das nach IFRS ausgewiesene Eigenkapital ist im Vergleich der Bilanzstichtage deutlich von 569,2 Mio. Euro auf 651,3 Mio. Euro angestiegen. Zum einen wurde der HGB-Überschuss des Vorjahres in Höhe von 1,6 Mio. Euro auf Beschluss der Hauptversammlung den Gewinnrücklagen zugeführt. Darüber hinaus sind die Bewertungsreserven auf festverzinsliche Wertpapiere aufgrund der sinkenden Marktzinsen deutlich von 1,1 Mio. Euro auf 44,7 Mio. Euro gestiegen. Dies führte zu dem signifikanten Anstieg des kumulierten Bewertungseffekts aus den Available-for-Sale-Finanzinstrumenten.

Die auf HGB-Basis ermittelte Kernkapitalquote lag aufgrund des stetigen Wachstums des Kreditvolumens zum Jahresende bei 8,2 % und damit leicht unter dem Vorjahr (8,5 %). Um weiteres Kreditwachstum bei einer stabilen Kapitalquote zu ermöglichen, schlägt die OLB ihren Aktionären in der Hauptversammlung am 5. Juni 2013 vor, einen Teil des Bilanzgewinns in Höhe von 37,3 Mio. Euro den Gewinnrücklagen zuzuführen.

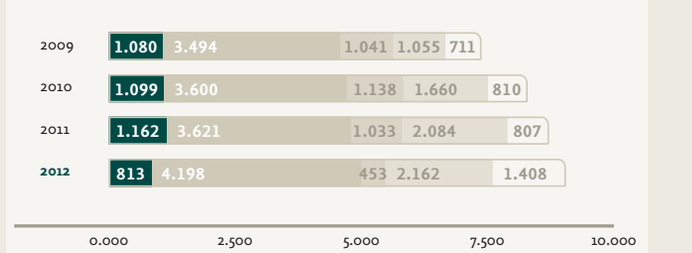
Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Mit dem Verkauf der Dresdner Bank im Jahr 2009 wurde die Allianz Bank als Zweigniederlassung der Oldenburgische Landesbank AG (OLB) gegründet. Ziel war es, das bis dahin über die Allianz Agenturen

Bilanzsumme



Kundeneinlagen und OLB-Schuldverschreibungen



vermittelte Bankgeschäft zu übernehmen und auszubauen. Die Wachstumserwartungen wurden in der Breite jedoch nicht erfüllt, das Geschäft der Allianz Bank blieb auch 2012 defizitär. Da eine dauerhafte Trendwende aufgrund der anhaltenden Finanzkrise und des niedrigen Zinsniveaus nicht in Sicht ist, wurde im Januar 2013 die Entscheidung getroffen, dass die Allianz Bank ihre Tätigkeit beenden und den operativen Betrieb zum 30.06.2013 einstellen wird. Die finanziellen Auswirkungen dieser Entscheidung werden im Prognosebericht beschrieben.

Angaben nach § 289 Abs. 4 und § 315 Abs. 4 HGB sowie erläuternder Bericht

Zusammensetzung des gezeichneten Kapitals

Das gezeichnete Kapital der Oldenburgische Landesbank AG in Höhe von 60.468.571,80 Euro ist in 23.257.143 Stückaktien zerlegt. Die Stückaktien lauten auf den Inhaber. Die Aktien sind voll eingezahlt. Mit allen Aktien sind die gleichen Rechte und Pflichten verbunden. Jede Stückaktie hat eine Stimme. Die Anteile der Aktionäre am Gewinn der Gesellschaft bestimmen sich nach ihrem Anteil am Grundkapital (§ 60 Aktiengesetz, AktG). Vom Stimmrecht und dem Gewinnbezugsrecht ausgenommen sind von der Gesellschaft gehaltene eigene Aktien (§ 71b AktG). Ein Anspruch der Aktionäre auf Verbriefung ihrer Aktien ist gemäß § 5 Abs. 2 Satz 2 der Satzung ausgeschlossen. Die Rechte und Pflichten der Aktionäre ergeben sich im Einzelnen aus den Regelungen des Aktiengesetzes, insbesondere aus den §§ 12, 53a ff., 118 ff. und 186 AktG.

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen

Stimmrechtsbeschränkungen oder Beschränkungen hinsichtlich der Übertragung von Aktien bestehen nach Kenntnis des Vorstands nicht.

Beteiligungen am Kapital, die mehr als 10 % der Stimmrechte überschreiten

Die Allianz Deutschland AG, München, hält rund 90,2 % der Aktien an der Oldenburgische Landesbank AG (Stand 31.12.2012). Alleingesellschafterin der Allianz Deutschland AG ist die Allianz SE, München.

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, bestehen nicht.

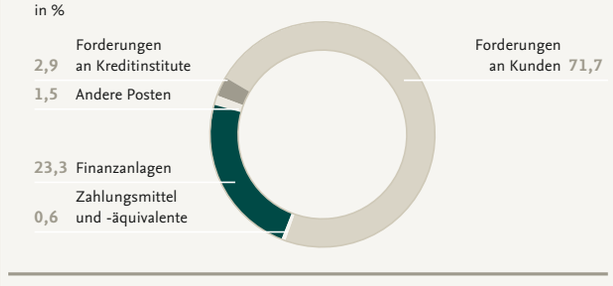
Art der Stimmrechtskontrolle bei von Arbeitnehmern gehaltenen Aktien

Sofern Arbeitnehmer am Kapital der Oldenburgische Landesbank AG beteiligt sind, nehmen diese ihre Kontrollrechte unmittelbar wahr.

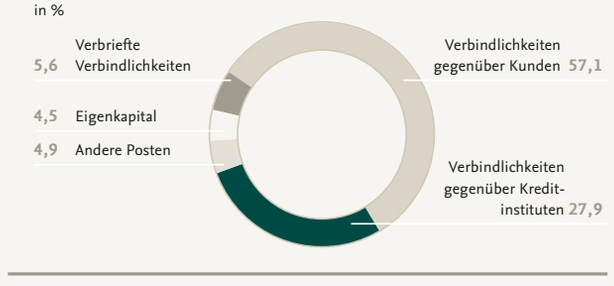
Gesetzliche Vorschriften und Satzungsbestimmungen über die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern sowie über Satzungsänderungen

Die Bestellung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands erfolgen gemäß § 84 AktG durch den Aufsichtsrat. Vorstandsmitglieder werden für eine Amtsdauer von höchstens fünf Jahren bestellt, wobei

Bilanzstruktur Aktiva



Bilanzstruktur Passiva



eine Verlängerung der Amtszeit und eine wiederholte Bestellung zulässig sind. Bei der Bestellung ist insbesondere darauf zu achten, dass die Vorstandsmitglieder zuverlässig und für die Leitung eines Kreditinstituts fachlich geeignet sind (vgl. § 33 Abs. 1 Nr. 4 Kreditwesengesetz, KWG). Die Absicht, ein neues Mitglied des Vorstands zu bestellen, sowie die Bestellung selbst sind der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) nach § 24 Abs. 1 Nr. 1 KWG anzuzeigen. Fehlt ein erforderliches Vorstandsmitglied, so hat in dringenden Fällen das Gericht auf Antrag eines Beteiligten nach § 85 AktG das Mitglied zu bestellen.

Der Vorstand besteht gemäß § 7 der Satzung aus mindestens zwei Personen. Im Übrigen bestimmt der Aufsichtsrat die Zahl der Vorstandsmitglieder.

Auf den Aufsichtsrat der Oldenburgische Landesbank AG finden die Bestimmungen des Mitbestimmungsgesetzes (MitbestG) Anwendung. Nach § 31 Abs. 2 MitbestG erfordert die Bestellung eines Vorstandsmitglieds eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Stimmen der Mitglieder des Aufsichtsrats. Kommt eine solche Mehrheit nicht zustande, richtet sich das weitere Verfahren nach § 31 Abs. 3 und 4 MitbestG.

Vorstandsmitglieder können vom Aufsichtsrat abberufen werden, wenn hierfür ein wichtiger Grund vorliegt (§ 84 Abs. 3 AktG). Die Beschlussfassung folgt denselben Regeln, die für die Bestellung gelten. Das Ausscheiden eines Vorstandsmitglieds ist der BaFin nach § 24 Abs. 1 Nr. 2 KWG anzuzeigen. § 36 KWG gibt der BaFin unter bestimmten Voraussetzungen die Befugnis, die Abberufung von Mitgliedern des Vorstands zu verlangen. Ein Abberufungsverlangen kommt insbesondere bei Unzuverlässigkeit oder mangelnder fachlicher Eignung eines Vorstandsmitglieds in Betracht.

Über Änderungen der Satzung hat die Hauptversammlung zu beschließen. Der Beschluss der Hauptversammlung bedarf der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen (§ 133 Abs. 1 AktG) und einer Kapitalmehrheit von mindestens drei Vierteln des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals (§ 179 Abs. 2 Satz 1 AktG). § 16 Abs. 5 Satz 2 der Satzung sieht vor, dass anstelle der in § 179 Abs. 2 Satz 1 AktG geforderten Kapitalmehrheit (mindestens drei Viertel des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals) die einfache Kapitalmehrheit ausreicht, soweit dies gesetzlich zulässig ist. Die Befugnis zu Änderungen, die nur die Fassung der Satzung betreffen, wurde in § 12 der Satzung dem Aufsichtsrat übertragen.

Befugnisse des Vorstands, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen

Gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 27. Mai 2010 ist der Vorstand ermächtigt, bis zum 26. Mai 2015 eigene Aktien der Oldenburgische Landesbank AG zum Zwecke des Wertpapierhandels mit der Maßgabe zu erwerben, dass der Handelsbestand der zu diesem Zweck zu erwerbenden Aktien fünf vom Hundert des Grundkapitals am Ende eines jeden Tages nicht übersteigen darf.

Gemäß § 6 der Satzung ist der Vorstand ferner ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 30. Mai 2017 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer Stückaktien gegen Bareinlagen einmalig oder mehrfach, jedoch insgesamt höchstens um 15 Mio. Euro, zu erhöhen. Dabei ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen; der Vorstand ist jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates Spitzenbeträge von dem Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen. Durch diese Ermächtigung wird der Vorstand in die Lage versetzt, schnell und flexibel einen etwaigen Kapitalbedarf zu decken.

Im Übrigen richten sich die Möglichkeiten des Vorstands, Aktien auszugeben oder zurückzuerwerben, nach den gesetzlichen Vorschriften.

Wesentliche Vereinbarungen der Gesellschaft, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen

Die Oldenburgische Landesbank AG ist Vertragspartei folgender Vereinbarungen, die bestimmte Bedingungen für den Fall eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots beinhalten:

siehe Glossar Seite 156 – 159

- Im Rahmen des Allianz Sustained Performance Plan (ASPP) werden Restricted Stock Units (RSU), also virtuelle Allianz Aktien, als aktienbasierter Vergütungsbestandteil weltweit an das Top-Management der Allianz Gruppe, einschließlich der Oldenburgische Landesbank AG, ausgegeben. Darüber hinaus wurden bis 2010 im Rahmen des Group-Equity-Incentive (GEI)-Programms auch Stock Appreciation Rights (SAR), also virtuelle Optionen auf Allianz Aktien, ausgegeben, die teilweise noch bestehen. Die Bedingungen für diese RSU und SAR enthalten Regelungen für den Fall eines Kontrollwechsels (Change-of-Control-Klauseln). Diese kommen zur Anwendung, wenn die Mehrheit des stimmberechtigten Kapitals an der Oldenburgische Landesbank AG durch einen oder mehrere Dritte, die nicht zum Allianz Konzern gehören, unmittelbar oder mittelbar erworben wird. Die Change-of-Control-Klauseln sehen eine Ausnahme von den ordentlichen Ausübungsfristen vor. Die RSU werden gemäß den Rahmenbedingungen für die RSU-Pläne am Tag des Kontrollwechsels durch die Gesellschaft für die betroffenen Planteilnehmer ohne Berücksichtigung der ansonsten geltenden Sperrfrist ausgeübt. Die Barzahlung je RSU muss mindestens dem in einem vorangehenden Übernahmeangebot gebotenen Preis entsprechen. Die SAR werden gemäß den Rahmenbedingungen für die SAR-Pläne am Tag des Kontrollwechsels abweichend von den ordentlichen Ausübungsfristen durch die Gesellschaft für die betroffenen Planteilnehmer ausgeübt. Die Ausübung der SAR setzt aber voraus, dass die Erfolgshürden erfüllt sind. Der für den Fall eines Kontrollwechsels vorgesehene Wegfall der Ausübungssperrfrist trägt dem Umstand Rechnung, dass sich die Bedingungen für die Aktienkursentwicklung bei einem Kontrollwechsel wesentlich ändern.
- Zwischen der Allianz Deutschland AG und der Oldenburgische Landesbank AG besteht eine Vereinbarung, die vorsieht, dass die Allianz Deutschland AG Verluste vor Steuern, die bei der Oldenburgische Landesbank AG im Segment „Allianz Bank“ entstehen, bis zum Ablauf des am 31.12.2014 endenden Geschäftsjahres übernimmt. Sofern die Oldenburgische Landesbank AG aus dem Allianz-Konzern als Konzerngesellschaft ausscheidet, stellt dies einen wichtigen Grund für die außerordentliche Kündigung der Verlustübernahmevereinbarung dar. Im Falle der Beendigung der Verlustübernahmevereinbarung entscheidet die Oldenburgische Landesbank AG, ob sie das Segment Allianz Bank ohne Verlustausgleich fortführt oder aufgibt. Im Falle der Aufgabe übernimmt die Allianz Deutschland AG die hierdurch entstehenden Kosten.

Entschädigungsvereinbarungen für den Fall eines Übernahmeangebots

Entschädigungsvereinbarungen mit Mitgliedern des Vorstands oder Arbeitnehmern für den Fall eines Übernahmeangebots bestehen nicht.

Aufsichtsrechtliches Kapital (§ 10a KWG)

Mio. Euro	2012	2011	Veränderungen	Veränderungen (%)
Kernkapital	**544,0**	**550,0**	**– 6,0**	**– 1,1**
Ergänzungskapital[1]	229,0	256,0	– 27,0	– 10,5
Eigenmittel (§ 10a KWG)	**773,0**	**806,0**	**– 33,0**	**– 4,1**
Risikoaktiva Adressenrisiken	6.066,0	5.950,0	116,0	1,9
Risikoaktiva Marktrisiken	34,0	25,0	9,0	36,0
Risikoaktiva Operationelle Risiken	538,0	500,0	38,0	7,6
Risikoaktiva	**6.638,0**	**6.475,0**	**163,0**	**2,5**

1 Maximal 100 % des Kernkapitals

%	2012	2011
Kernkapitalquote	8,2	8,5
Gesamtkapitalquote	11,6	12,4

Die bankaufsichtsrechtlichen Eigenmittel des OLB-Konzerns setzen sich aus Kernkapital und Ergänzungskapital zusammen. Das Kernkapital umfasst in erster Linie das gezeichnete Kapital, die Rücklagen sowie den Sonderposten für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB.

Mit Bilanzfeststellung betrug das Kernkapital per 31. Dezember 2012 544,0 Mio. Euro. Das Ergänzungskapital belief sich auf 229,0 Mio. Euro und bestand im Wesentlichen aus Nachrangigen Verbindlichkeiten und nicht realisierten Reserven in Wertpapieren. Die Eigenmittel betrugen mit Bilanzfeststellung somit 773,0 Mio. Euro (Vorjahr: 806,0 Mio. Euro).

Durch das Kreditwachstum im laufenden Geschäftsjahr erhöhten sich die Risikoaktiva von 6.475,0 Mio. Euro auf 6.638,0 Mio. Euro per 31. Dezember 2012. Mit Bilanzfeststellung betrug die Kernkapitalquote per 31. Dezember 2012 gemäß § 10a KWG 8,2 % (Vorjahr: 8,5 %), die Gesamtkapitalquote 11,6 % nach 12,4 % im Vorjahr.

Vergütungsbericht

Der Vergütungsbericht ist Teil des Lageberichts und ist dem Corporate-Governance-Bericht zu entnehmen. Auf einen Abdruck an dieser Stelle verzichten wir aus Gründen der Übersichtlichkeit.

Prognosebericht

Unsere Erwartung, mit dem Geschäftsmodell für die Allianz Bank im hart umkämpften Privatkundengeschäft profitabel wachsen zu können, hat sich nicht erfüllt. Eine dauerhafte Trendwende ist aufgrund des anhaltend schwierigen Marktumfelds nicht in Sicht. Es wurde daher im Januar 2013 die Entscheidung getroffen, dass die Allianz Bank ihre Tätigkeit beenden und den operativen Betrieb zum 30.06.2013 einstellen wird. Das Geschäft der OLB Regionalbank ist davon nicht berührt, die OLB wird ihr erfolgreiches Kundengeschäft im Nordwesten weiter fortsetzen.

Allianz Bank

Die Lage des Segments Allianz Bank wird im kommenden Jahr durch die Umsetzung der Entscheidung zur Beendigung der Geschäftstätigkeit bestimmt. Das Geschäft mit Konten, Karten, Krediten und Einlagen wird eingestellt, die 45 Bankfilialen in Allianz Agenturen werden geschlossen. Insgesamt fallen damit bundesweit rund 450 Arbeitsplätze weg.

Bis zur Einstellung des operativen Geschäftsbetriebes am 30.06.2013 werden die Zins- und Provisionserträge aufgrund der erwarteten Neuorientierung der bisherigen Kunden bereits deutlich abnehmen. In der zweiten Jahreshälfte werden geringere Erträge aus fortgeführten Geschäftsbeziehungen zu Mitarbeitern und Vertretern der Allianz Gruppe sowie der Abwicklung von Kundengeschäft mit fest vereinbarter Laufzeit anfallen. Neben den Kosten für den laufenden Betrieb wird die Schließung der Allianz Bank erhebliche Einmalaufwendungen nach sich ziehen. Dadurch wird die Allianz Bank im Jahr 2013 einen deutlich erhöhten Verlust aufweisen, der auf Basis der zwischen der Oldenburgische Landesbank AG und der Allianz Deutschland AG getroffenen Vereinbarung durch die Allianz Deutschland AG ausgeglichen wird. Diese Vereinbarung gilt bis einschließlich 31. Dezember 2014.

OLB Regionalbank

Die Oldenburgische Landesbank AG wird als Regionalbank ihr Geschäft im Nordwesten Deutschlands unverändert fortsetzen.

Mit Blick auf das konjunkturelle Umfeld in der Region erwarten wir – dem Bundestrend folgend – eine Abschwächung des Wachstums im Jahr 2013. Die Abkühlung der regionalen Konjunktur zum Jahresende 2012 wirkt vor allem aufgrund der nachlassenden Investitionsbereitschaft der Unternehmen nach. Der stabile Arbeitsmarkt und die günstigen Finanzierungsbedingungen dürften die Binnenkonjunktur jedoch auch 2013 stärken und in Verbindung mit sich aufhellenden Exportaussichten zu einer anziehenden Konjunktur im Jahresverlauf 2013 führen. Damit liegen gute Rahmenbedingungen für eine stabile wirtschaftliche Entwicklung unserer Kunden vor, was sich sowohl auf die Risikovorsorge als auch auf die Kreditnachfrage positiv auswirken sollte.

Zusätzlich unterstützt wird das Kreditgeschäft mit unseren Kunden durch das aktuell niedrige Zinsniveau. Die Entwicklung der Zinsen am Geld- und Kapitalmarkt wird seit Ausbruch der Staatsschuldenkrise im Euroraum stark durch politische Ereignisse und das Verhalten der Europäischen Zentralbank gegenüber den Krisenländern beeinflusst. Eine Veränderung des Zinsniveaus wirkt sich auf die Vermögens- und Ertragslage der Bank kurzfristig bei der Bewertung der Wertpapiere der Liquiditätsreserve und mittelfristig auf die Verzinsung unserer Aktiva und Passiva aus. Insbesondere ein weiteres dauerhaftes Absinken des Zinsniveaus würde die Ertragskraft der Bank signifikant negativ beeinflussen. Auch wenn sich in den letzten Monaten scheinbar eine Beruhigung eingestellt hat und

eine Zuspitzung der Krisensituation vermieden werden konnte, ist eine Prognose der Zinsentwicklung in den kommenden Jahren und der resultierenden Auswirkungen auf das Ergebnis der Bank mit hohen Unsicherheiten behaftet.

Eine Zuspitzung der Staatsschuldenkrise im Euroraum könnte auch zu einer drastischen Verschlechterung der Liquidität an den Geld- und Kapitalmärkten führen, was die Möglichkeiten zur Finanzierung einschränkt oder nur zu hohen Zinsaufschlägen erlaubt. Mit unserem starken Einlagengeschäft verfügen wir über eine stabile Refinanzierungsbasis. Darüber hinaus hat die OLB im Rahmen ihrer Liquiditätsreserve nur in Wertpapiere erstklassiger Bonität investiert. Wir tragen den bestehenden Unsicherheiten durch eine vorsichtige Ausrichtung und Einhaltung ausreichend bemessener Sicherheitspuffer Rechnung. Vorübergehende Liquiditätsengpässe im Geld- und Kapitalmarkt wirken sich somit nicht unmittelbar belastend auf unsere Vermögens- und Ertragslage aus. Insgesamt rechnen wir mit keinen signifikanten Ergebnisbelastungen aus der Entwicklung an den Geld- und Kapitalmärkten.

siehe Glossar Seite 156

Trotz der jüngsten Verschiebung der Umsetzung der Basel III-Regelungen in europäisches Recht beeinflussen die geplanten Vorschriften und Verschärfungen in der Bankenaufsicht die Rahmenbedingungen für das Geschäft der Banken bereits deutlich. Für die Einführung und laufende Umsetzung der neuen Regeln fallen erhebliche Kosten an. Darüber hinaus begrenzen erhöhte Anforderungen an Liquidität und Eigenkapitalunterlegung Ertragspotenziale der Banken.

Der Wettbewerb mit anderen in der Region vertretenen Instituten, aber auch insbesondere im Privatkundengeschäft mit Direktbanken bleibt auch in den kommenden Jahren intensiv. Der Druck auf Margen und Preise bleibt damit unverändert hoch.

Mit über 450.000 Kunden ist die OLB die führende private Regionalbank im Nordwesten. Wir konnten unseren Kundenstamm 2012 weiter ausbauen und 3.400 Kunden netto dazugewinnen. Wir wollen auch in den kommenden Jahren mit unseren Leistungen neue Kunden von uns überzeugen und so unseren Marktanteil im Geschäftsgebiet stetig ausbauen.

Vor dem Hintergrund des stabilen wirtschaftlichen Ausblicks für die Region und der niedrigen Kundenzinsen rechnen wir mit einer anhaltend lebhaften Kreditnachfrage. Die OLB Regionalbank konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr eine deutliche Steigerung des Kreditvolumens um 6,2 % auf 10,0 Mrd. Euro verzeichnen. Die verbesserte Aufstellung in Betreuung und Beratung und Fortschritte in der Abwicklung der Kreditprozesse werden das Kreditgeschäft weiter stärken. Wir planen, fällige Tilgungen in den kommenden Jahren durch Kreditneugeschäft mehr als ausgleichen zu können und auch in den kommenden Jahren ein stabiles Wachstum zu erreichen.

Seit der Staatsschuldenkrise im Euroraum ist das Sicherheitsbedürfnis bei der Geldanlage insbesondere bei Privatkunden deutlich gestiegen. Daraus resultiert besonders eine deutliche Zurückhaltung im Wertpapiergeschäft. Stattdessen vertrauen die Kunden mit ihren Einlagen der OLB. Wir erwarten, dass die OLB Regionalbank in den kommenden Jahren das Volumen der uns anvertrauten Kundengelder weiter steigern kann. Wir sehen hier insbesondere in der Neukundengewinnung im Bereich Private Banking gute Marktchancen. Für unser Wertpapiergeschäft erwarten wir, dass unsere Kunden – auch aufgrund des niedrigen Zinsniveaus – wieder allmählich an die Kapitalmärkte zurückkehren. Ein leichtes Wachstum des damit verbundenen Provisionsgeschäfts scheint damit möglich.

Unter Berücksichtigung der beschriebenen Rahmenbedingungen für das geschäftliche Umfeld erwarten wir für die beiden kommenden Jahre eine stabile bis leicht positive Entwicklung des Zins- und Provisionsüberschusses gegenüber 2012.

Tariferhöhungen und die allgemeinen Kostensteigerungen werden auch in den kommenden Jahren Effizienzsteigerungen in unserer Ablauforganisation notwendig machen, um ein nachhaltig tragfähiges Verhältnis von Aufwand und Ertrag zu gewährleisten. Ansatzpunkte für Verbesserungen in den Geschäftsprozessen bietet insbesondere die Standardisierung von Abläufen im Kreditbereich und der Geschäftsabwicklung. Die Auswirkung der Restrukturierung der Allianz Bank ist auf wenige zentrale Funktionen beschränkt und führt in der OLB Regionalbank dazu, dass bisher bestehende Kostendegressionseffekte entfallen.

Aufgrund der erwarteten stabilen konjunkturellen Rahmenbedingungen in der Region erwarten wir in der Breite unseres Kreditportfolios weiterhin eine unauffällige Entwicklung der Risikovorsorge. Im Bereich Schifffahrt ist wegen der strukturellen Probleme auch in den kommenden Jahren mit einer anhaltend schwierigen Situation zu rechnen. Die Marktauswirkungen des angekündigten Rückzugs führender Schiffsfinanzierer bleiben abzuwarten. Im Schiffsfinanzierungsgeschäft ist insbesondere die langfristige Entwicklung der Charterraten über die gesamte Nutzungsdauer der Schiffe entscheidend. Die der Bewertung zugrunde liegenden Prognosen sind mit Blick auf die langen Laufzeiten der Schiffe naturgemäß mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. Erkennbaren Risiken haben wir im abgelaufenen Geschäftsjahr durch eine entsprechende Risikovorsorgebildung Rechnung getragen. Der Unsicherheit einer später als erwarteten Erholung der Charterraten haben wir in der Planung der Risikovorsorge Rechnung getragen.

Insgesamt prognostizieren wir für die OLB Regionalbank im Rahmen der beschriebenen Erwartungen an das wirtschaftliche Umfeld und des Ausbleibens einer Zuspitzung der Branchensituation im Bereich Schifffahrt stabile operative Ergebnisse in den kommenden beiden Jahren. Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2012 wurden Marktchancen genutzt und ein hohes Finanzanlageergebnis erzielt. Im Rahmen unserer Planung rechnen wir nicht mit einer Wiederholung dieses Einmaleffekts.

Nach Einstellung des Betriebs der Allianz Bank wird die wirtschaftliche Lage des OLB-Konzerns in den kommenden zwei Jahren im Wesentlichen durch die OLB Regionalbank bestimmt. Da die Allianz Deutschland AG den Verlust der Allianz Bank ausgleicht, ergibt sich aus diesem Geschäftsbereich keine Auswirkung auf das Ergebnis vor Steuern. Für das Ergebnis des OLB-Konzerns insgesamt gilt damit die für die OLB Regionalbank getroffene Einschätzung.

Die OLB verfügt über eine solide Kapitalquote von 8,2 %. Um weiteres Wachstum im Kundengeschäft zu ermöglichen, planen wir, auch in Zukunft signifikante Teile unseres Jahresüberschusses zur Stärkung des Eigenkapitals zu verwenden. Darüber hinaus werden wir unsere Eigenmittel wie bisher durch Nachrangmittel ergänzen.

Konzernrisikobericht

Grundsätze der gesamtbankweiten Risikosteuerung

Risikostrategie

Die geschäftspolitische Grundlage für alle risikobehafteten Geschäftsaktivitäten des OLB-Konzerns ist die Risikostrategie. Sie wird vom Vorstand der Oldenburgische Landesbank AG beschlossen und mindestens einmal jährlich überprüft, um veränderte Rahmenbedingungen zeitnah zu berücksichtigen. Der Vorstand orientiert sich bei der Ausgestaltung der Strategie an dem Rahmenwerk des Allianz Konzerns. Dabei werden ausgewählte, für die OLB relevante Elemente in die eigene Risikostrategie übernommen.

Ziel des Risikomanagementprozesses der OLB ist die Beherrschung aller eingegangenen Risiken zur Generierung zusätzlicher Erträge für den kontinuierlichen Ausbau des Risikodeckungspotenzials. Die Optimierung der Ertrags-Risiko-Relation unter Vorgabe eines Gesamtbankrisikos steht hierbei im Mittelpunkt der Steuerung. Der Rahmen für die grundsätzliche Risikobereitschaft in den einzelnen Risikofeldern ergibt sich dabei aus der Geschäftsstrategie und den Gesamtbankertragszielen.

Die Risikostrategie leitet sich aus den geplanten und bestehenden Geschäftsaktivitäten ab. Dabei wird sichergestellt, dass

- Risikoaspekte bei der Entscheidung über die Geschäftsstrategie der OLB berücksichtigt sind,
- die zukünftige Risikotragfähigkeit der OLB sichergestellt ist und die sich aus der geplanten Geschäftsstrategie ergebenden Risiken abgedeckt sind,
- eine maximale Risikoauslastung definiert ist, die sich am Risikodeckungspotenzial abzüglich eines durch den Vorstand definierten Risikopuffers orientiert,
- der Risikomanagementprozess der OLB eine unabhängige Identifizierung der wesentlichen Risiken sowie deren Bewertung mittels geeigneter Risikomessverfahren gewährleistet und
- eine angemessene Risikoberichterstattung und -überwachung vorhanden sind.

Im Rahmen der Risikostrategie werden das Adressrisiko, das Marktpreisrisiko, das Liquiditätsrisiko und das operationelle Risiko als wesentliche Risiken definiert, die aufgrund ihrer Höhe und Ausprägung materiell für den Fortbestand des Unternehmens sind und deshalb aktiv gesteuert werden.

Die Entscheidung über das strategische Vorgehen wird unter Abwägung der mit den Risiken verbundenen Chancen bzw. im Falle von operationellen Risiken unter Abwägung der Kosten, die mit einer Reduzierung oder Vermeidung dieser Risiken einhergehen, getroffen. Das Eingehen von Risiken erfolgt generell nur bei ausreichend vorhandenem Risikodeckungspotenzial.

Um die Konsistenz der Risikostrategien im Teilkonzern zu gewährleisten, stimmen die Tochterinstitute ihre relevanten Strategien und Konzepte mit der Oldenburgische Landesbank AG ab.

Definition der Risikoarten

Adressrisiken

Das Adressrisiko ist definiert als potenzieller Verlust, der durch die Verschlechterung der Kreditwürdigkeit oder den Ausfall eines Geschäftspartners (Kontrahent, Emittent, anderer Vertragspartner) entstehen kann, also durch die mögliche Unfähigkeit oder fehlende Bereitschaft, vertragliche Verpflichtungen zu erfüllen.

Das Länderrisiko – als Teilbereich des Adressrisikos – bildet das Transfer- und Konvertibilitätsrisiko von Forderungen gegenüber Kreditnehmern mit Sitz im Ausland ab. Es ist ein Maß für den Einfluss, den politische sowie volkswirtschaftliche Verhältnisse des betrachteten Landes auf das Zahlungsverhalten des Schuldners haben. Das Länderrisiko ist nicht in der Bonität und damit der Zahlungsfähigkeit des Schuldners begründet. Beispiele für Länderrisiken sind Zahlungsverbote, eine Entwertung der Landeswährung oder Embargos.

Darüber hinaus ist auch das Credit-Spread-Risiko als Ausprägung des Adressrisikos anzusehen. Es bezeichnet die Gefahr, dass sich die Credit Spreads am Kapitalmarkt durch eine veränderte Wahrnehmung von Adressrisiken erhöhen und dadurch mit Adressrisiken behaftete Wertpapiere trotz konstanter Bonität der Emittenten eine Abwertung erfahren.

siehe Glossar Seite 156

Marktpreisrisiken

Das Marktpreisrisiko bezeichnet die Gefahr, dass die Bank Verluste aufgrund von Änderungen der Marktpreise oder der die Marktpreise beeinflussenden Parameter erleidet. Beispiele hierfür sind unerwartete Änderungen bei Aktienkursen, Zinssätzen oder Preisen für Rohstoffe, Edelmetalle und Immobilien. Es beinhaltet zudem das Risiko von Wertänderungen, die entstehen, wenn der Kauf oder der Verkauf von großen Positionen innerhalb einer vorgegebenen Zeitspanne nur zu nicht marktgerechten Preisen möglich ist.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko ist das Risiko, dass die Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen nicht oder nur durch Inkaufnahme erhöhter Eindeckungsaufwendungen (Refinanzierungsrisiko) gewährleistet werden kann.

Operationelle Risiken

Das operationelle Risiko ist das Risiko eines direkten oder indirekten Verlusts durch Unzulänglichkeiten oder Versäumnisse bei Projekten, Prozessen oder Kontrollen aufgrund von technischen, personellen, organisatorischen oder externen Faktoren. Hierzu zählt auch das Kriminalitätsrisiko, das Verluste aufgrund krimineller Handlungen von Mitarbeitern und/oder externen Dritten umfasst. Beispiele für operationelle Risiken sind Fehler in der Sachbearbeitung, Ausfall der EDV, Naturkatastrophen und Betrug.

Rechtsrisiken

Das Rechtsrisiko ist das Risiko eines Verlusts durch den Erlass neuer bzw. die Änderung bestehender Gesetze oder Vorschriften sowie durch eine nachteilige Interpretation oder Anwendung von Gesetzen oder Vorschriften durch Gerichte. Das beinhaltet auch das Risiko, dass vertragliche Vereinbarungen rechtlich nicht durchsetzbar sind oder dass ein Gericht entscheidet, dass stattdessen für die Bank andere nachteilige Regelungen gelten.

Reputationsrisiken

Das Reputationsrisiko ist das Risiko eines direkten oder indirekten Verlustes durch eine Verschlechterung des Ansehens der Bank aus Sicht der Anteilsinhaber, Kunden, Mitarbeiter, Geschäftspartner oder der breiten Öffentlichkeit.

Strategische Risiken/Geschäftsrisiken

Das strategische Risiko ist das Risiko, dass langfristige Geschäftsziele wegen eines ungeeigneten strategischen Entscheidungsprozesses oder wegen unzureichender Überwachung der Umsetzung von Strategien nicht erreicht werden. Das Geschäftsrisiko beinhaltet zudem Risiken, die aufgrund veränderter externer Rahmenbedingungen entstehen, beispielsweise durch Veränderungen im Marktumfeld oder im Kundenverhalten sowie durch technischen Fortschritt.

Konzentrationsrisiken

Konzentrationsrisiken bilden keine eigene Risikoart, sondern können als zusätzliche Ausprägung der oben beschriebenen Risikoarten auftreten. Sie liegen dann vor, wenn innerhalb einer Risikoart oder über verschiedene Risikoarten hinweg eine einzelne Risikoposition oder mehrere miteinander korrelierte Risikopositionen eine so hohe Bedeutung für ein Institut haben, dass das Eintreten des entsprechenden Risikos die Existenz des Kreditinstituts gefährdet. Als Beispiel kann der Ausfall eines einzelnen Großengagements oder zahlreicher Engagements einer Branche genannt werden.

Risikotragfähigkeit

Die OLB verwendet für die Feststellung ihrer Risikotragfähigkeit zwei Sichtweisen: eine wertorientierte und eine periodenorientierte Sicht.

Wertorientierte Risikotragfähigkeit

Zur Beurteilung der wertorientierten Risikotragfähigkeit stellt die OLB ihr Risikodeckungspotenzial den bankweiten Risiken gegenüber. Dabei wird das Risikodeckungspotenzial über die Barwerte der Vermögenspositionen abzüglich der Barwerte der Schuldpositionen berechnet. Um Risikotragfähigkeit zu konstatieren, muss das Risikodeckungspotenzial die bankweiten Risiken stets übersteigen. Zur Sicherung der Unternehmensexistenz und des geschäftspolitischen Handlungsspielraums ist in der Risikostrategie der OLB zusätzlich ein über diese Minimalanforderung hinausgehender Risikopuffer definiert.

Das bankweite Risiko wird durch Addition der Risikobeiträge der einzelnen Risikoarten ermittelt. Bei dieser konservativen Sichtweise bleiben Diversifikationseffekte zwischen den Risikoarten außen vor. Zur Berechnung des Risikos sind für die verschiedenen Risikoarten in der OLB ein Konfidenzniveau in Höhe von 99,93 % und eine Haltedauer von einem Jahr definiert, das heißt, dass in nur 0,07 % der Fälle ein Verlust eintritt, der höher als das berechnete Risiko ist.

siehe Glossar Seite 158

Die wertorientierte Risikotragfähigkeitsbetrachtung analysiert zudem zwei Sichtweisen. Die erste orientiert sich konsequent an einem Liquidationsszenario. Die zweite ergänzt die erste um Going-Concern-Aspekte, die sich an aufsichtsrechtlichen Vorgaben orientieren. Kernaktiva bleiben hierbei als Risikodeckungspotenzial unberücksichtigt, da sie für den Geschäftsbetrieb erforderlich sind. Gleichzeitig wird sichergestellt, dass die aufsichtsrechtlichen Mindestkapitalanforderungen auch nach Schlagendwerden des kalkulierten Risikos erfüllt sind.

Periodenorientierte Risikotragfähigkeit

Die periodenorientierte Risikotragfähigkeitsanalyse setzt auf der Mehrjahres-Bilanz- und Gewinn-und-Verlust-Planung auf. Es werden die geplanten Entwicklungen bilanzieller Risiko- und Kapitalgrößen betrachtet und die Einflussgrößen der Veränderungen eruiert. Dabei wird die Entwicklung unter normalen, aber auch unter extremen Marktbedingungen untersucht. Die OLB hat hierzu extreme, aber nicht unwahrscheinliche Szenarien zur wirtschaftlichen Entwicklung definiert, um den Einfluss auf mehrere Risikofaktoren gleichzeitig und auf die Bewertung der Portfolien zu untersuchen. Ziel ist es, Handlungsimpulse für die Steuerung zu generieren, um die Risikotragfähigkeit der OLB sicherzustellen und die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen der Solvabilitätsverordnung zu gewährleisten.

Organisation des Risikomanagements und -controllings

Das zentrale Gremium, in dem alle strategisch risikorelevanten Themen diskutiert und abgestimmt werden, ist das Risikokomitee. Im Risikokomitee sind der Risikovorstand, der für den Bereich Treasury zuständige Vorstand sowie die Leiter der Abteilungen Kreditmanagement, Risikocontrolling, Treasury, Finanzen / Controlling, Revision und Vorstandsbüro vertreten. Die abschließende Entscheidung über strategisch risikorelevante Aspekte trifft der Gesamtvorstand. Er ist dabei an die vom Aufsichtsrat erlassene Geschäftsordnung gebunden, die die erforderlichen Rahmenbedingungen definiert. Darüber hinausgehende Entscheidungen außerhalb der Kompetenz des Vorstands werden mit dem Aufsichtsrat abgestimmt.

Risikomanagement

Für das Risikomanagement sind die Leiter der folgenden Zentralabteilungen verantwortlich:

Risikoart	Zentralabteilung
Adressrisiken	Kreditmanagement Gesamtbank
Marktpreis- und Liquiditätsrisiken	Treasury
Operationelle Risiken	Organisation
Rechtsrisiken	Rechtsabteilung
Strategische Risiken / Geschäftsrisiken	Finanzen / Controlling
Reputationsrisiken	Unternehmenskommunikation

Sie haben unter Berücksichtigung der vom Vorstand in der Geschäfts- und Risikostrategie definierten strategischen Ausrichtung und Ziele sowie der erlassenen Kompetenzen die Aufgabe, die Risiken auf Basis ihrer Analysen und Bewertungen angemessen zu steuern. Dazu gehören die adäquate Gestaltung von organisatorischen Strukturen, Prozessen und Zielvereinbarungen im Allgemeinen genauso wie die individuelle Kreditentscheidung im Speziellen.

Risikoüberwachung

Die Risikoüberwachung erfolgt in den Abteilungen Risikocontrolling und Compliance. Sie sind als vom Risikomanagement organisatorisch unabhängige Instanzen implementiert. Aufgabe des Risikocontrollings ist es, die Risiken vollständig und konsistent zu analysieren, zu messen und zu kontrollieren. Es stellt dem Risikomanagement die zur aktiven und risikoadäquaten Steuerung erforderlichen Risikoanalysen und Risikoinformationen (beispielsweise Limitauslastungen) zur Verfügung. Die Stabsstelle Compliance ist für die Überwachung der Einhaltung verschiedener Gesetze und Richtlinien verantwortlich, wie zum Beispiel der Regelungen zur Verhinderung von Insiderhandel, Geldwäsche oder betrügerischen Handlungen.

Zusätzlich nimmt die interne Revision eine prozessunabhängige Einschätzung der Angemessenheit des Risikomanagement- und -controllingsystems vor, um Funktionsfähigkeit und Effektivität des gesamten Risikoprozesses und damit zusammenhängender Prozesse zu prüfen.

Risikoreporting

Im Rahmen des Risikoreportings berichtet das Risikocontrolling in regelmäßigen Abständen an die Entscheidungsträger (Aufsichtsrat, Vorstand, Risikokomitee, betroffene Abteilungsleiter). Dabei ist die Häufigkeit der Berichterstattung von der Bedeutung des Risikos sowie von aufsichtsrechtlichen Anforderungen abhängig. Unter Risikogesichtspunkten wesentliche Informationen werden unverzüglich an die Geschäftsleitung, die jeweiligen Verantwortlichen und gegebenenfalls an die interne Revision weitergeleitet.

Die das Kreditgeschäft betreffenden externen Risikomeldungen an die Deutsche Bundesbank sind Aufgabe der Abteilungen Kreditmanagement Gesamtbank sowie Finanzen / Controlling.

Die Tochterinstitute der Oldenburgische Landesbank AG haben an ihre Größenordnung angepasste organisatorische Verfahrensweisen implementiert.

Management und Controlling spezifischer Risiken

Adressrisiken

Risikomanagement Kundenkreditgeschäft

Die Steuerung sämtlicher Adressrisiken im Kundenkreditgeschäft obliegt dem Kreditmanagement Gesamtbank. Sie basiert auf einem integrierten Konzept klar definierter Richtlinien, Kompetenzstrukturen und Anreizsysteme, das in Einklang steht mit der strategischen Ausrichtung und den Zielen des Hauses.

Konsistent zu diesem Konzept ist der Kreditentscheidungsprozess gestaltet. Eine organisatorische und disziplinarische Trennung von Markt und Marktfolge ist auf allen Ebenen gewährleistet. Das Kreditmanagement ist dabei in regionale und zentrale Einheiten aufgeteilt.

Abhängig vom zu entscheidenden Kreditrisiko sind unterschiedliche organisatorische Regelungen getroffen. Ziel ist es, mit der Struktur und Aufgabenverteilung eine risikoadäquate und effiziente Entscheidungsfindung und Bearbeitung von Kreditengagements in Abhängigkeit von Losgrößen, Risikogehalt und Komplexität zu erreichen. So ist in der OLB für die Kredite an Kunden ein adressbezogenes Gesamtengagementvolumen von bis zu 250 Tsd. Euro als homogenes, risikoarmes Geschäft definiert. Diese Engagements unterliegen vereinfachten Votierungs-, Entscheidungs- und Überwachungsprozessen. Die Engagements des inhomogenen Portfolios (Gesamtengagementvolumen über 250 Tsd. Euro und alle Spezialfinanzierungen) werden aufgrund ihres spezifischen Risikogehalts – innerhalb festgelegter Regeln – individuell votiert, entschieden und überwacht.

Die Risikobeurteilung und die Genehmigung der Kredite erfolgt im homogenen Portfolio in Abhängigkeit von der Geschäftsart und Betreuungszuständigkeit des Kunden. Kredite an Privat- und Geschäftskunden im Filialgeschäft entscheidet bei Finanzierungen bis 50 Tsd. Euro und bei privaten Baufinanzierungen bis 250 Tsd. Euro der Markt, soweit angemessene Bonität gegeben ist. Kreditgewährungen an Kunden der Segmente „Private Banking“, „Freie Berufe“ und „Firmenkunden“ werden durch die zuständigen marktseitigen Betreuer bis 250 Tsd. Euro – bei angemessener Bonität – entschieden. Im Rahmen der Eigenkompetenz des Marktes unterstützt die Marktfolge den Markt bei der Durchführung der Bonitätsprüfung und Ratingerstellung. Bei allen übrigen Engagements erfolgen die Beurteilung der Risiken und die Kreditentscheidung in Zusammenarbeit von Markt und Marktfolge.

Im Neugeschäft wird für jeden Kreditnehmer auf Basis von statistischen Bonitätsbeurteilungsverfahren das Risiko seiner Zahlungsunfähigkeit in Form einer Bonitätsklasse ermittelt. Parallel dazu wird die Bewertung der vom Kunden gestellten Sicherheiten vorgenommen. Diese findet in Abhängigkeit von Umfang und Komplexität unter Einbeziehung der Marktfolge oder durch interne und externe zertifizierte Gutachter statt. Zusammen ergeben Kreditvolumen, Bonitätsklasse und Besicherung ein absolutes Maß für das Kreditrisiko des Kunden.

Während der Laufzeit der Kredite unterliegen die Engagements einer laufenden Kreditüberwachung. Bei Engagements mit einem Volumen über 250 Tsd. Euro (ohne private Baufinanzierungen) werden jährlich eine individuelle Aktualisierung der Bonitätsklasse und eine Überprüfung der Sicherheitenbewertung vorgenommen. Zudem unterliegen alle Engagements verschiedenen maschinellen Überwachungsverfahren, die bei Auftreten von Risikosignalen eine individuelle Neubewertung auslösen.

Vor dem Hintergrund der besonderen Bedeutung von Realsicherheiten für die OLB ist zentral ein Immobilienmonitoring installiert, das regionale Preisentwicklungen am Immobilienmarkt verfolgt und bei wesentlichen Veränderungen ebenfalls eine individuelle Neubewertung der betroffenen Engagements veranlasst.

Die Genehmigung der Kreditvergabe und -überwachung ist an das Risiko gekoppelt. In Abhängigkeit von Volumen und Bonitätsklasse sind entsprechende Kompetenzen definiert, sodass Kreditentscheidungen risikoabhängig immer auf adäquater Ebene getroffen werden.

Um das Risiko des Kreditportfolios insgesamt auf ein angemessenes Maß zu begrenzen, existieren Anreiz- und Anforderungssysteme. So regeln z. B. Richtlinien die Hereinnahme und Bewertung von Sicherheiten. Limite, z. B. je Kreditnehmer oder je Finanzierung, führen dazu, dass bei Bedarf entsprechend Konsortialpartner eingebunden werden. Risikoabhängige Preise in Verbindung mit einer risikobereinigten Ertragsmessung der Vertriebseinheiten schaffen Anreize, Neugeschäft nur bei entsprechender Bonität und angemessener Besicherung einzugehen.

Um eine angemessene Beurteilung der Risiken auf Dauer sicherzustellen, wird auf eine hohe Qualität der Prozesse Wert gelegt. Eine umfangreiche Aus- und Fortbildung der Mitarbeiter und eine regelmäßige Überprüfung der Prozesse sind dabei von entscheidender Bedeutung. Nachgelagerte Analysen und Validierungen erlauben zudem ein Urteil darüber, wie aussagekräftig die Ergebnisse der Bonitätsbeurteilung und Sicherheitenbewertung tatsächlich sind, und ermöglichen eine Prognose über die zukünftige Risikosituation.

Um auf Portfolioebene Risikokonzentrationen zu vermeiden, sind über die Kompetenzen hinaus in der Risikostrategie Einzelengagement- und Teilportfoliolimite definiert. Die Überwachung dieser Limite ist Aufgabe der Abteilung Risikocontrolling.

Darüber hinaus wird vierteljährlich durch das Risikocontrolling die Entwicklung der Kreditrisiken insgesamt untersucht. Dabei werden Strukturanalysen des Portfolios (Rating, Sicherheiten, Größenklassen, Branchen, Neugeschäft etc.) vorgenommen und die Auswirkungen auf den erwarteten Verlust (Expected Loss) und die ökonomischen sowie aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen eruiert. Die Ergebnisse sind Teil der vierteljährlichen Risikoberichterstattung an das Risikokomitee, den Vorstand und den Aufsichtsrat.

siehe Glossar Seite 157 – 158

Risikomanagement Eigenhandel

Die OLB ist keine Investmentbank. Ihren Eigenbestand unterscheidet sie zum einen in ein vom Umfang und Risiko eher untergeordnetes Handelsbuch und zum anderen in ein Anlagebuch.

siehe Glossar Seite 157

Zum Handelsbuch gehören überwiegend Wertpapiere und Kontrakte, die mit dem Ziel gehalten werden, durch kurzfristige Handelsaktivitäten wirtschaftliche Erfolge zu erzielen. Darüber hinaus sind Zins- und Währungspositionen, die aus dem Kundengeschäft resultieren, dem Handelsbuch zugeordnet.

Die kurzfristigen Handelsaktivitäten auf eigene Rechnung sind nicht von strategischer Bedeutung. Die OLB hat sich entschlossen, diese Aktivitäten einzustellen, und hat bis Jahresende 2012 die Positionen abgebaut. Das Kundengeschäft mit Währungs- und Zinssicherungsinstrumenten wird weitergeführt.

Im Anlagebuch werden Handelsgeschäfte mit dem Ziel getätigt, die Liquidität der Bank langfristig zu sichern und Zinsänderungsrisiken im Rahmen der definierten Limite zu steuern. Sie dienen damit der Sicherung der langfristigen Unternehmensexistenz. Geschäftsfelder des Anlagebuches sind im Wesentlichen der Geldhandel sowie der Handel bzw. die Emission von Schuldverschreibungen. Ergänzt werden diese durch Derivatgeschäfte. Die Anlagen in zwei Spezialfonds, die im Wesentlichen in Schuldverschreibungen und Aktien investiert sind, vervollständigen das Portfolio und diversifizieren das Risiko.

Den Emittenten- und Kontrahentenausfallrisiken im Handelsgeschäft mit Banken und bei Wertpapieranlagen begegnet die OLB mit einer grundsätzlichen Beschränkung auf Handelspartner erstklassiger Bonität und auf zentrale Kontrahenten, einem dezidierten Limitsystem sowie einem weit diversifizierten Portfolio. Die strategische Ausrichtung ist in der Risikostrategie fixiert.

Die Kreditrisiken aus dem Handelsgeschäft werden im Rahmen der Genehmigung analog zum kommerziellen Geschäft behandelt.

Risikomessung

Zur internen Messung der Kreditrisiken insgesamt verwendet die OLB ein Verfahren, das auf der Methodik des IRB-Ansatzes nach Solvabilitätsverordnung basiert. Damit lässt sich ein erwarteter Verlust für das Kreditportfolio auf Sicht eines Jahres ermitteln.

siehe Glossar Seite 159

Darauf aufbauend hat die OLB ein Portfoliomodell implementiert, das die Abbildung aller Kreditrisiken in Form eines Value-at-Risk ermöglicht. Als Value-at-Risk wird dabei der potenzielle Verlust bezeichnet, der unter normalen Marktbedingungen mit einer festgelegten Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) für einen vorgegebenen Zeitraum nicht überschritten wird. Das Ergebnis für den Value-at-Risk bei einem Konfidenzniveau in Höhe von 99,93 % und einer Haltedauer von einem Jahr stellt die Risikoposition für die Adressrisiken in der Risikotragfähigkeitsbetrachtung dar.

Darüber hinaus wird monatlich der Value-at-Risk für das Teilportfolio der Forderungen und das der Wertpapiere im Anlagebuch berechnet. Diese Größen sind in der Risikostrategie limitiert.

Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken unterliegt die OLB im Wesentlichen im Kundengeschäft sowie im Eigenhandel. Nennenswerte Faktoren dabei sind:

- die Entwicklung von Zinssätzen und Zinsstrukturkurven,
- der Preis gehandelter Aktien und
- die Währungskursverhältnisse

sowie die Schwankungen (Volatilitäten) dieser Größen.

Bei der Messung und Limitierung von Marktpreisrisiken wird zwischen Handels- und Anlagebuch unterschieden. Das Handelsbuch der OLB beschränkte sich im Jahr 2012 auf Aktien-, Devisen- und Zinsgeschäfte; es war damit auf die genannten Risikokategorien begrenzt. Das Risiko im Anlagebuch liegt im Wesentlichen in der Zinsentwicklung. Darüber hinaus sind in begrenztem Umfang Aktien- und Devisenkursrisiken aus den Spezialfonds zu nennen.

Risikomessung

Die Quantifizierung und Limitierung der Marktpreisrisiken erfolgt auf Gesamthausebene insbesondere mittels statistischer Value-at-Risk-Modelle.

Das Value-at-Risk-Modell für das Anlagebuch basiert auf einer historischen Simulation, in die die Zins- und Aktienkursveränderungen seit 1988 zeitlich gleichgewichtet einbezogen werden. Zur Quantifizierung des Zinsrisikos werden die Veränderungen des Zinsbuchbarwertes ermittelt, die sich bei Eintritt der historisch beobachteten Zinsänderungen ergeben würden. Für die variablen Produkte wird dabei eine Ablauffiktion auf Basis ihres historischen Zinsanpassungsverhaltens geschätzt.

Der Value-at-Risk für das Handelsbuch wird über einen Delta-Normal-Ansatz berechnet. Die Risikopositionen werden dabei zum einen für den Handelsbestand insgesamt und zum anderen für die Bereiche Aktien, Zinsen und Devisen ermittelt. Als Risikofaktoren finden dabei Aktienkurse und Aktienindizes, Wechselkurse und Zinsstrukturkurven Berücksichtigung. Diese werden über die RiskMetrics-Methodik

modelliert. Hierbei finden Haltedauer, Volatilität und die stochastische Verteilung des entsprechenden Risikofaktors Berücksichtigung.

Die zur Berechnung der Value-at-Risk-Kennzahl des Handelsbuches notwendigen Korrelationen werden über eine Korrelationsmatrix berücksichtigt. Nichtlineare Risiken (z. B. Aktienoptionen) werden entsprechend dem Delta-Plus-Ansatz nach Solvabilitätsverordnung behandelt und als Add-on den jeweiligen Portfolios zugeordnet.

siehe Glossar Seite 157

Bei den Simulationen werden folgende Parameter verwendet:

	Handelsbuch	Anlagebuch
Risikoarten	Aktienkurs-, Zinsänderungs- und Währungsrisiken	Aktienkurs- und Zinsänderungsrisiken
Marktdaten	250 Handelstage, gleichgewichtet	Seit Anfang 1988, gleichgewichtet
Portfoliohaltedauer	10 Tage	1 Jahr
Konfidenzniveau	99 %	99,93 %

Zur Qualitätssicherung der Risikomessung im Handelsbuch findet zudem regelmäßig ein Backtesting der Value-at-Risk-Ergebnisse statt. Beim sogenannten „Clean Backtesting“ werden die durch die tatsächlichen Preisbewegungen entstandenen, hypothetischen Gewinne und Verluste eines konstant gehaltenen Portfolios mit den durch das Value-at-Risk-Modell prognostizierten Werten verglichen.

siehe Glossar Seite 156

Risikomanagement

Verantwortlich für die Steuerung der Marktpreisrisiken ist die Abteilung Treasury. Über die Positionierung im Anlagebuch wird ergänzend im Risikokomitee beraten und durch den Vorstand entschieden.

Um die Risiken insgesamt zu begrenzen, sind Limite definiert. Als Messgrößen dienen

- der Value-at-Risk für das Anlagebuch (99,93 %/1 Jahr)
- der Value-at-Risk für das Handelsbuch (99 %/10 Tage) sowie
- der wirtschaftliche Verlust im Handelsbuch.

Neben dem Limit für das Gesamtinstitut bestehen im Anlagebuch Einzellimite für das Segment OLB Regionalbank sowie das Segment Allianz Bank. Darüber hinaus sind separate Limite für Aktienpositionen sowie die Anleihepositionen der Liquiditätsreserve in den Segmenten Regionalbank und Allianz Bank definiert.

Das Value-at-Risk-Limit für das Handelsbuch wurde durch Vorstandsbeschluss im Juli 2012 von vorher 4 Mio. Euro auf 2 Mio. Euro halbiert. Das Einstellen der Handelsaktivitäten im Handelsbuch führt aktuell zu sehr geringen Auslastungen der Risikolimite, die aus den weiter bestehenden Zins- und Währungspositionen des Kundengeschäftes resultieren. Eine Neugestaltung der Limitstruktur zum Handelsbuch ist in Arbeit.

Zur Bewertung der Marktpreisrisiken werden ergänzend verschiedene Stressszenarien gerechnet. Für das Anlagebuch findet dabei eine Überprüfung der Zinsänderungsrisiken nach aufsichtsrechtlichen Anforderungen statt. Für das Handelsbuch sind verschiedene Szenarien definiert, die insbesondere die Veränderung von Aktien- und Devisenkursen, Zinssätzen sowie deren Volatilitäten betrachten. Sie wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr überarbeitet und an veränderte gesetzliche Anforderungen angepasst.

Risikoüberwachung

Die Überwachung der Risikopositionen erfolgt durch das Risikocontrolling. Die Auslastung der vorgegebenen Risikolimite des Handelsbuches wird täglich auf Basis der Tagesendbestände vom Risikocontrolling festgestellt. Der Risikovorstand wird zu Beginn eines jeden Handelstages über die Entwicklung des Marktpreisrisikos, der Limitauslastungen sowie der Gewinne und Verluste informiert. Über die Marktpreisrisiken im Anlagebuch wird monatlich berichtet.

Liquiditätsrisiken

Risikomessung

Die Messung und Steuerung der kurzfristigen Liquiditätsrisiken erfolgt auf Basis täglich verfügbarer Liquiditätsablaufbilanzen mit einer Vorausschau auf die nächsten 30 Tage. Diese Sicht dient der Sicherstellung der kurzfristigen Zahlungsbereitschaft insbesondere durch Halten einer angemessenen Liquiditätsreserve. Die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffer ist dabei strenge Nebenbedingung.

Darüber hinaus nutzt die OLB eine Anwendung zur Messung und Steuerung von mittel- bis langfristigen Liquiditätsrisiken. Mit ihr wird die Liquiditätssituation monatlich durch das Risikocontrolling überwacht. Basis sind u. a. Auswertungen, die den zukünftigen Liquiditätscashflow analysieren. Der Liquiditätscashflow stellt dabei den Saldo aller zukünftigen Ein- und Auszahlungen bis zum jeweiligen Zeitpunkt dar. In diesem Zusammenhang findet die Geschäftsentwicklung sowohl unter normalen Marktbedingungen als auch unter Stressszenarien Berücksichtigung.

Im „Normal Case“ werden für das erste Jahr auf Basis von Plan- bzw. Erfahrungswerten Wachstumsannahmen für die Bestände an Krediten und Einlagen getroffen. Nach diesem Zeitraum wird grundsätzlich ein konstantes Geschäftsvolumen unterstellt. Dieses Szenario stellt die Liquiditätssituation unter normalen Geschäftsbedingungen dar.

Das Szenario „Rezession“ beschreibt die Folgen einer rezessiven wirtschaftlichen Entwicklung. Aufgrund zunehmender Kreditausfälle, einer verstärkten Inanspruchnahme von Kreditlinien sowie einer abnehmenden Sparquote kommt es mittelfristig zu Mittelabflüssen. Durch die zusätzlich unterstellten höheren Bewertungsabschläge bei den Wertpapieren der Liquiditätsreserve enthält das Szenario darüber hinaus Elemente einer Marktkrise.

Das Szenario „Downgrade“ unterstellt eine Bonitätsverschlechterung der OLB. Dabei wird von einem kurzfristigen Mittelabfluss bei Termingeldern, Sicht- und Spareinlagen sowie OLB-Anleihen ausgegangen. Das Szenario enthält damit Elemente eines Bankruns.

Das Szenario „Kombiniert“ verbindet die Annahmen des Szenarios „Rezession“ mit denen des Szenarios „Downgrade“.

Ergänzend zu den beschriebenen Szenarien wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr Konzentrationsrisikoanalysen in die Liquiditätsrisikobetrachtung aufgenommen. Dazu wird der Mittelabfluss der Top-10-Einlagenkunden untersucht und die Auswirkungen auf die Risikokennzahlen analysiert.

Über die Ergebnisse der Analysen wird der Vorstand im Risikokomitee monatlich informiert.

Risikomanagement

Die kurzfristigen Liquiditätsrisiken sind auf Basis der aufsichtsrechtlichen Kennziffer der Liquiditätsverordnung limitiert. Forderungen und Verbindlichkeiten werden dazu auf Laufzeitbänder verteilt. Das Verhältnis von Zahlungsmitteln zu Verbindlichkeiten darf gemäß aufsichtsrechtlicher Anforderung im ersten Laufzeitband (täglich oder bis zu einem Monat) die Zahl 1 nicht unterschreiten. Um die Einhaltung dieser Anforderung jederzeit sicherzustellen, ist ein internes Limit definiert, das bei Erreichen entsprechende risikoreduzierende Maßnahmen auslöst. Über die Entwicklung dieser Kennzahl wird regelmäßig dem Risikokomitee berichtet.

Die Limitierung der mittel- bis langfristigen Liquiditätsrisiken basiert auf der Kennzahl der „kumulierten relativen Liquiditätsüberhänge". Diese stellt für definierte Laufzeitbänder den Liquiditätscashflow ins Verhältnis zum Gesamtbestand an Verbindlichkeiten. Limite existieren dabei für die Stressszenarien „Rezession", „Downgrade" sowie das Szenario „Kombiniert". Ein Unterschreiten der Limite löst entsprechend risikoreduzierende Maßnahmen aus.

Das Liquiditätsrisiko wird im Bereich Treasury gesteuert. Das Management kann bei Bedarf jederzeit auf die Wertpapierbestände der Liquiditätsreserve zurückgreifen und durch Verkauf, durch Verpfändung für Bundesbank-Refinanzierungsfazilitäten oder durch Terminverkauf im Rahmen von Repo-Geschäften zusätzlichen Liquiditätsbedarf decken. Langfristiger Liquiditätsbedarf wird außer über das Kundengeschäft durch die Aufnahme von Refinanzierungsdarlehen oder durch die Platzierung von Schuldscheindarlehen gedeckt.

siehe Glossar Seite 158

Details zur Messung, Limitierung und Steuerung der Liquiditätsrisiken sind in der Liquiditäts-Strategie der OLB fixiert.

Operationelle Risiken

Risikomessung

Zur Identifikation und Bewertung operationeller Risiken werden im OLB-Konzern einheitliche und aufeinander abgestimmte Instrumente eingesetzt. Die Basis dafür bildet eine Kategorisierung der Geschäftsprozesse der Bank. Darauf aufbauend erfolgt eine systematische Erfassung und Zuordnung von Verlust- und Risikodaten.

Seit Januar 2003 werden relevante Verlustdaten aus operationellen Schadensfällen in einer Datenbank erfasst. Die Erkenntnisse aus den erfassten Schadensfällen bilden die Basis für eine zielgerichtete und detaillierte Ursachenanalyse und Ursachenbehebung.

Zur Ermittlung des Risikopotenzials aus operationellen Risiken werden im OLB-Konzern jährliche Szenarioanalysen durchgeführt. Hierbei werden kritische Szenarien ausgewählt, die bei geringer Eintrittswahrscheinlichkeit eine hohe finanzielle Auswirkung auf den OLB-Konzern hätten.

Die Szenarien werden mit den entsprechenden Prozessverantwortlichen besprochen und von ihnen hinsichtlich möglicher Schadenshöhe und -häufigkeit bewertet. Auf der Grundlage der Ergebnisse der Szenarioanalyse erfolgt die Ermittlung des Potenzials operationeller Risiken für die laufende Risikotragfähigkeitsrechnung.

Nach Genehmigung durch die BaFin wird der regulatorische Kapitalbedarf für das operationelle Risiko nach dem Standardverfahren ermittelt. Der Einsatz eines fortschrittlichen Messansatzes zur Ermittlung des operationellen Risikos ist in Vorbereitung.

Risikomanagement

Das Management von operationellen Risiken basiert auf den durchgeführten Szenarioanalysen, den Analysen der eingetretenen Schadensfälle und den Risikoindikatoren für bedeutende operationelle Risiken. Je nach Bedeutung der erkannten Risikofelder gilt es, Maßnahmen zu ergreifen, die unter Berücksichtigung von Kosten-Nutzen-Erwägungen die Risiken begrenzen. Dazu gehören die Optimierung von Prozessen oder die adäquate Information der Mitarbeiter (unter anderem durch Fortbildung und Nutzung moderner Kommunikationsverfahren) genauso wie die Versicherung gegen Großschadensfälle (beispielsweise Gebäudebrand der Zentrale) oder ein angemessenes Backup-System für EDV-technische Daten.

Bzgl. Kriminalitäts- und Korruptionsrisiken sind im abgelaufenen Geschäftsjahr Gefährdungsanalysen durch Compliance durchgeführt worden. Die Fraud-Präventions-Richtlinie sowie eine Antikorruptionsrichtlinie regeln das Management dieser Risiken.

Rechtsrisiken

Der Prozess zur Identifikation, Messung und Steuerung von Rechtsrisiken ist identisch mit dem der operationellen Risiken. Auf Basis von Szenarioanalysen werden die Risiken rechtlicher Veränderungen quantifiziert und in Abhängigkeit von der Bedeutung entsprechende Maßnahmen zur Risikobegrenzung ergriffen.

Das Management der Rechtsrisiken ist dabei Aufgabe der Rechtsabteilung. Beispielsweise werden zur Risikobegrenzung für etablierte Produkte geprüfte Standardverträge verwendet. In diesem Zusammenhang unterstützt die Rechtsabteilung die entsprechenden Fachabteilungen bei der Produktgestaltung, damit die verwendeten Verträge stets den aktuellen rechtlichen Rahmenbedingungen entsprechen und notwendige Konsequenzen aus Änderungen in der Gesetzgebung sowie aktuellen Rechtsprechungen zeitnah umgesetzt werden.

Bei individuellen Verträgen werden zudem die rechtlichen Risiken des Einzelfalls geprüft und durch eine adäquate Vertragsgestaltung begrenzt.

Reputationsrisiken

Der Prozess zur Identifikation, Messung und Steuerung von Reputationsrisiken ist ebenfalls identisch mit dem operationeller Risiken. Er liegt in der Verantwortung der Unternehmenskommunikation. Auch hier werden Szenarien entwickelt und dafür geeignete Maßnahmen zur Schadensbegrenzung aufgestellt. Dazu gehören zum einen präventive Maßnahmen wie beispielsweise die Definition von Unternehmensleitlinien und Verhaltensregeln für Mitarbeiter, die den positiven Auftritt des OLB-Konzerns nach außen fördern, und zum anderen die bewusste Zurückhaltung bei Geschäften, die zu einer Rufschädigung führen können. Zusätzlich werden für den Eintritt verschiedener Schadensszenarien Maßnahmen festgelegt, die potenzielle Schäden begrenzen.

Strategische Risiken / Geschäftsrisiken

Zur Einschätzung strategischer Risiken werden im OLB-Konzern die klassischen Instrumente der Simulation von Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung eingesetzt. Die Geschäftsstrategie wird in einem jährlich stattfindenden Prozess überprüft und weiterentwickelt und dabei an geänderte Rahmenbedingungen angepasst. Die Überwachung der Strategieumsetzung erfolgt auf Basis geeigneter Schlüsselgrößen (Key Performance Indicator), die im Strategieprozess für die Implementierung der jeweiligen Teilstrategien festgelegt werden.

Konzentrationsrisiken

Das Management von Konzentrationsrisiken findet im Rahmen der Steuerung der einzelnen Risikoarten in den jeweils verantwortlichen Abteilungen statt.

Risikolage

Risikotragfähigkeit

Für die Feststellung der Risikotragfähigkeit der OLB ergeben sich die folgenden Risikopositionen:

Mio. Euro	2012	2011
Adressrisiko	370,0	325,0
Marktpreisrisiko Anlagebuch	120,9	81,3
Marktpreisrisiko Handelsbuch	2,8	5,5
Operationelles Risiko	38,3	39,9
Liquiditätsrisiko	4,4	0,9
Bankweites Risiko	**536,4**	**452,6**

Ein Vergleich des bankweiten Risikos mit dem wertorientiert ermittelten Risikodeckungspotenzial zeigt, dass für die OLB auf Basis eines Konfidenzniveaus in Höhe von 99,93 % die Risikotragfähigkeit gegeben ist.

Adressrisiko

Das Adressrisiko wird auf Basis eines Credit-Value-at-Risk aus einem Kreditportfoliomodell nach CreditMetrics™ berechnet. Der Anstieg der Ergebnisse liegt in der Portfolioentwicklung im Jahr 2012 begründet.

Marktpreisrisiko des Anlagebuches

Das Marktpreisrisiko des Anlagebuches wird wertorientiert über die historischen Zins- und Aktienkursveränderungen bewertet und limitiert. Die Entwicklung des Value-at-Risk im Jahr 2012 zeigt bis Mai einen sukzessiven Anstieg bis auf 136,1 Mio. Euro. Hintergrund ist zum einen ein gesunkenes Zinsniveau, was zu einem Anstieg des Zinsbuchbarwerts und damit der Risikokennzahlen führt. Zum anderen wurde mit Blick auf die Zinserwartung das Volumen der Wertpapiere in der Liquiditätsreserve aufgestockt, um Ertragschancen zu nutzen. Im zweiten Halbjahr wurde den zinsrisikoerhöhenden Tendenzen aus dem Kreditgeschäft durch risikoreduzierende Maßnahmen begegnet, um die definierten Limite einzuhalten.

Marktpreisrisiko des Handelsbuches

Das Marktpreisrisiko des Handelsbuches wird ebenfalls über einen Value-at-Risk abgebildet. Zum Ansatz kommt ein skaliertes Limit für den Value-at-Risk (99,93 % / 10 Tage). Die Halbierung des Value-at-Risk-Limits (99 % / 10 Tage) im abgelaufenen Geschäftsjahr führt auch an dieser Stelle zu einem veränderten Ansatz.

Operationelles Risiko

Für das operationelle Risiko wird der Risikobetrag auf Basis eines Value-at-Risk aus einer OLB-individuellen Szenarioanalyse ermittelt. Der leichte Rückgang resultiert aus der jährlichen Neubewertung.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko wird mittels eines Value-at-Risk-Modells berechnet. Es bildet das Risiko ab, dass sich die OLB aufgrund erhöhter Credit Spreads am Kapitalmarkt Refinanzierungsmittel zu erhöhten Konditionen besorgen muss. Das Niveau des Liquiditätsrisikos ist trotz Anstieg im Jahr 2012 nach wie vor gering.

Bankweites Risiko

Das bankweite Risiko ergibt sich durch Addition der einzelnen Risikopositionen. Dieser konservative Ansatz zur Berechnung des Risikos berücksichtigt keine Diversifikationseffekte zwischen den Risikoarten. Unter dieser Annahme beträgt das bankweite Risiko zum Stichtag 31. Dezember 2012 536,4 Mio. Euro.

Adressrisiken

Als Ergebnis des laufenden Kreditentscheidungs- und überwachungsprozesses lässt sich das Kreditportfolio des OLB-Konzerns wie folgt strukturiert darstellen. Die genannten Volumina stellen dabei das maximale Kreditausfallrisiko im Sinne IFRS 7.36(a) dar (Buchwerte nach Abzug der Risikovorsorge):

Kreditportfolio nach Forderungsklassen

Mio. Euro	2012	2011
Forderungen an Kunden	10.338,7	9.792,3
Forderungen an Kreditinstitute	414,5	924,0
Finanzanlagen	3.353,9	2.258,9
Handelsaktiva	14,1	18,5
Eventualverbindlichkeiten	319,7	337,2
Offene Kreditzusagen	591,6	494,0
Summe	**15.032,5**	**13.824,9**

Das Kreditportfolio des OLB-Konzerns wird mit 75 % (Vorjahr: 77 %) zum überwiegenden Teil aus dem Kundenkreditgeschäft gebildet. Diesem sind die Positionen Forderungen an Kunden, Eventualverbindlichkeiten und offene Kreditzusagen zugeordnet.

Kreditportfolio nach Qualität der Forderung

Mio. Euro	Forderungen an Kunden	Eventual-verbindlich-keiten	Offene Kreditzusagen	Sonstige Klassen	Gesamt	Gesamt Vorjahr
Nicht überfällig und nicht einzelwertberichtigt	9.712,3	299,9	584,2	3.780,9	14.377,3	13.393,3
Überfällig, aber nicht einzelwertberichtigt	301,0	15,1	1,6	0,1	317,8	201,7
Überfällig und einzelwertberichtigt	325,4	4,7	5,8	1,5	337,4	229,9
Summe	**10.338,7**	**319,7**	**591,6**	**3.782,5**	**15.032,5**	**13.824,9**

siehe Glossar Seite 156

Als „überfällig“ werden Kunden eingestuft, die entsprechend der Basel II-Definition eine wesentliche Überziehung aufweisen. Diese ist definiert als eine Kontoüberziehung oder ein Darlehensrückstand in Höhe von mindestens 100 Euro und mindestens 2,5 % des genehmigten Kreditvolumens des Kunden. Zudem werden in der OLB Überziehungen bzw. Rückstände ab 250 Tsd. Euro unabhängig vom Kreditvolumen des Kunden als wesentlich eingestuft.

Besteht eine wesentliche Überziehung mehr als 90 Tage, gilt der Kunde als ausgefallen. Er wird in das Verfahren zur Bildung von Einzelwertberichtigungen aufgenommen und bei Bedarf wertberichtigt (Kategorie „Überfällig und einzelwertberichtigt“).

Bonitätsklassen

Die folgende Übersicht zeigt das nicht überfällige und nicht einzelwertberichtigte Kreditportfolio der OLB gegliedert nach Bonitätsklassen. Dabei beruht die Einstufung, sofern vorhanden, auf der internen Ratingklasse. Diese liegt für das Kundenkreditportfolio, die Bankenforderungen sowie für den überwiegenden Teil der Finanzanlagen vor. Lediglich bei fehlender interner Einstufung werden externe Ratings herangezogen. Bei staatlich garantierten Papieren wird auf das Länderrating des Garanten abgestellt.

Nicht überfällige und nicht einzelwertberichtigte Forderungen – Gliederung nach Bonitätsklassen –

Mio. Euro	Forderungen an Kunden	Forderungen an Kreditinstitute	Finanzanlagen	Handelsaktiva	Eventualverbindlichkeiten	Offene Kreditzusagen	Gesamt	Gesamt Vorjahr
I – II	452,1	226,5	2.587,9	—	1,3	13,3	3.281,1	2.604,1
III – IV	844,8	185,0	682,4	1,9	22,6	61,1	1.797,8	1.846,8
V – VI	1.866,5	0,1	1,0	2,9	115,3	155,9	2.141,7	1.998,7
VII – VIII	3.358,0	0,3	—	1,9	100,3	237,3	3.697,8	3.275,2
IX – X	2.398,7	—	—	1,7	44,3	70,6	2.515,3	2.693,9
XI – XII	670,0	—	—	0,4	15,8	40,0	726,2	826,1
XIII – XIV	100,6	—	—	—	0,2	3,1	103,9	51,1
n. a.	21,6	2,6	82,6	3,7	0,1	2,9	113,5	97,4
Summe	**9.712,3**	**414,5**	**3.353,9**	**12,5**	**299,9**	**584,2**	**14.377,3**	**13.393,3**

Bonitätsklasse	Bewertung
I – II	Unzweifelhafte Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung
III – IV	Große Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung
V – VI	Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung auch in schwierigen Konjunkturphasen
VII – VIII	Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung mit kleineren Einschränkungen
IX – X	Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung mit Einschränkungen
XI – XII	Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung beeinträchtigt
XIII – XIV	Erhöhte bis ausgeprägte Anfälligkeit für Zahlungsverzug

In der Kategorie der nicht überfälligen und nicht einzelwertberichtigten Forderungen wird für rund 93 % (Vorjahr: 93 %) der Volumina die Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen als gegeben angesehen (Bonitätsklasse I – X), bei 5,1 % (Vorjahr: 6,2 %) ist unter negativen Umständen von einer Beeinträchtigung auszugehen (Bonitätsklasse XI – XII). Wahrscheinlich ist die Zahlungsunfähigkeit bei lediglich 0,7 % (Vorjahr: 0,4 %) (Bonitätsklasse XIII – XIV).

Sicherheiten

Die Sicherheiten im Kreditportfolio des OLB-Konzerns entstammen dem Kundenkreditgeschäft und sind entsprechend den Forderungsklassen Forderungen an Kunden, Eventualverbindlichkeiten und Offene Kreditzusagen zuzuordnen. Die Volumina der übrigen Forderungsklassen sind unbesichert.

Kreditvolumen und zugeordnete Sicherheiten im Kundenkreditgeschäft

Mio. Euro	Forderungen an Kunden	Eventual-verbindlich-keiten	Offene Kreditzusagen	Gesamt	Gesamt Vorjahr
Volumen der Forde-rungsklasse	10.338,7	319,7	591,6	**11.250,0**	10.623,5
Zugeordnete Sicher-heiten	5.749,8	70,3	—	**5.820,1**	5.676,4

Die Kreditvolumina des Kundenkreditgeschäftes sind zu rund 52 % (Vorjahr: 53 %) besichert.

Den wesentlichen Anteil der Sicherheiten bilden Grundpfandrechte an wohnwirtschaftlichen und gewerblichen Immobilien mit 77 % (Vorjahr: 80 %), gefolgt von liquiden Sicherheiten wie Kontoguthaben, Bausparverträgen und Lebensversicherungen mit 12 % (Vorjahr: 9 %). Auf die sonstigen Sicherheiten, im Wesentlichen Sicherungsübereignungen, entfallen etwa 11 % (Vorjahr: 11 %).

Der OLB-Konzern hat im abgelaufenen Geschäftsjahr weder an finanziellen noch an nichtfinanziellen Vermögensgegenständen Besitz erlangt, die als Sicherheit für an Kunden vergebene Kredite gedient haben. Relevante Sachverhalte gemäß IFRS 7.38 liegen damit nicht vor.

Rückstände

Überfällige, aber nicht einzelwertberichtigte Forderungen – Gliederung nach Dauer des Rückstands –

Mio. Euro	Forderun-gen an Kunden	Eventual-verbindlich-keiten	Offene Kreditzusa-gen	Sonstige Klassen	Gesamt	Gesamt Vorjahr
Bis 30 Tage	287,1	14,9	1,5	0,1	303,6	169,3
31 – 60 Tage	11,4	0,2	—	—	11,6	28,6
61 – 90 Tage	2,5	—	0,1	—	2,6	3,8
Summe	**301,0**	**15,1**	**1,6**	**0,1**	**317,8**	**201,7**

In der Kategorie der überfälligen, aber nicht einzelwertberichtigten Forderungen ist der überwiegende Teil in Höhe von 95,5 % (Vorjahr: 83,9 %) maximal 30 Tage rückständig. Auf längerfristige Rückstände entfallen 4,5 % (Vorjahr: 16,1 %).

Konzentrationsrisiken

Konzentrationsrisiken im Bereich des Adressrisikos werden im Rahmen der vierteljährlichen Risikoberichterstattung analysiert. Dabei finden Analysen auf Basis von Einzelengagements (Größenkonzentration), Branchen oder darüber hinaus definierter Teilportfolios statt.

Das Kreditportfolio der OLB zeigte in den vergangenen Jahren ein überproportionales Wachstum in den oberen Engagementgrößenklassen. Dennoch weist das Kundenkreditportfolio zum 31. Dezember 2012 lediglich drei Engagements auf, deren Kreditvolumina die aufsichtsrechtliche Meldegrenze für Großkredite nach § 13a KWG überschreiten. Um die Größenkonzentrationsrisiken aktiver zu steuern, wurden im Geschäftsjahr 2011 Limite auf Engagementebene in die Risikostrategie aufgenommen. Das Wachstum in den oberen Größenklassen über 10 Mio. Euro bewegte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr unterhalb des Portfoliodurchschnitts.

Die Branchenverteilung des Kreditportfolios ist geprägt durch die in der Geschäftsregion ansässige Kundschaft. Das Kreditgeschäft im Bereich der erneuerbaren Energien, insbesondere die Finanzierung von Windkraft-, Biogas- und Fotovoltaikanlagen, haben dabei in den vergangenen Jahren deutlich an Bedeutung gewonnen und zu nennenswerten Volumina im Kreditportfolio des OLB-Konzerns geführt. Diese Entwicklung hat sich im Jahr 2012 weiter fortgesetzt. Hier spiegelt sich die führende Kompetenz der OLB in diesen Geschäftsfeldern wider.

Zur Begrenzung von Branchenkonzentrationsrisiken im Kreditportfolio sind Teilportfoliolimite für den Bereich der erneuerbaren Energien definiert. Alle Limitierungen wurden das ganze Geschäftsjahr über eingehalten.

Schiffsfinanzierungen

Die OLB hat in den vergangenen Jahren als breit aufgestellter Partner der Unternehmen im Nordwesten in einem überschaubaren Rahmen ein Teilkreditportfolio im Bereich der Schiffsfinanzierungen aufgebaut. Die Schifffahrtsbranche kämpft weiterhin mit strukturellen Problemen, sodass trotz guter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen in Deutschland keine schnelle Erholung in Sicht ist.

Im Schiffsfinanzierungsgeschäft ist insbesondere die langfristige Entwicklung der Charterraten über die gesamte Nutzungsdauer der Schiffe entscheidend. Aufgrund der langen Laufzeiten der Schiffe sind die der Bewertung zugrunde liegenden Prognosen naturgemäß mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. Erkennbaren Risiken haben wir im abgelaufenen Geschäftsjahr durch eine entsprechende Risikovorsorgebildung Rechnung getragen. Die Entwicklung der betroffenen Kredite unterliegt einer strengen Überwachung.

Sicherheiten

Neben der Konzentration auf einzelne Kreditnehmer können Konzentrationsrisiken auch durch die Fokussierung auf einzelne Sicherheitengeber hervorgerufen werden. Da die Sicherheiten dem breit gestreuten Portfolio der Kundenkredite entstammen, sehen wir dort jedoch keine relevanten Konzentrationsrisiken für den OLB-Konzern.

Kreditinstitute

Die Adressrisiken aus Forderungen an Kreditinstitute und von Kreditinstituten begebenen Anleihen sind insgesamt gering. Die Volumina entfallen vollständig auf Bonitätsklassen im Bereich Investment Grade (I–VI), 99,8 % der Forderungen liegen im Bereich I–IV.

siehe Grafik Seite 062 links

Die Bonitätsklassenstruktur der Forderungen an Kreditinstitute hat sich verglichen mit dem Vorjahr leicht verbessert, das Volumen insgesamt reduziert. Die OLB verfolgt in diesem Segment weiterhin eine konservative Risikopolitik.

Länderrisiken

Länderrisiken als spezifische Ausprägung des Adressrisikos spielen im OLB-Konzern keine wesentliche Rolle.

Marktpreisrisiken

Handelsbuch

Value-at-Risk des Handelsbuches (99 % / 10 Tage) nach Risikokategorien im Jahr 2012:

Die hier veröffentlichten Zahlen beinhalten die Anwendung eines Backtesting-Faktors in Höhe von 2, der im Rahmen der Modell-Kalibrierung ermittelt wurde.

Mio. Euro	Aktienrisiken	Devisenrisiken	Zinsrisiken	Handel gesamt
Mittelwert	0,53	0,02	0,34	**0,65**
Minimum	—	—	0,01	**0,01**
Maximum	2,55	0,13	1,63	**2,79**

siehe Grafik unten

Die Marktpreisrisiken des Handelsbuches (VaR-Modell 99 % / 10 Tage) bewegten sich im Jahr 2012 durchweg im Rahmen der definierten Limite (4 Mio. Euro bis 17.07.2012, anschließend 2 Mio. Euro). Die durchschnittliche Auslastung des neuen Limits lag bei 33 %. Die maximale Auslastung ergab sich im März und betrug 70 % des damals gültigen Limits von 4 Mio. Euro.

Das Marktumfeld war im Jahr 2012 weiterhin von den krisenhaften Entwicklungen in mehreren europäischen Staaten geprägt. Der Handel wurde bereits im zweiten Quartal 2012 deutlich reduziert und zum Jahresende schließlich eingestellt.

Anlagebuch

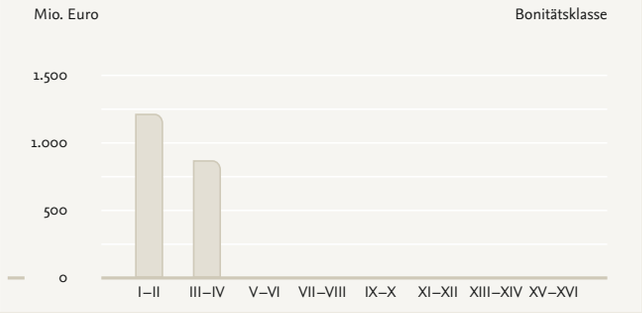
Value-at-Risk des Anlagebuches (99,93 % / 1 Jahr) im Jahr 2012:

Mio. Euro	VaR
Mittelwert	118,0
Minimum	86,2
Maximum	136,1

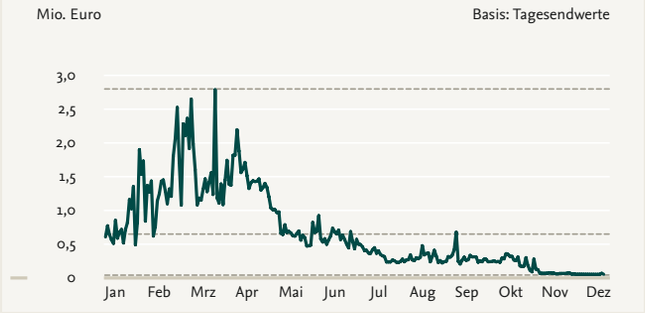
siehe Grafiken Seite 063

Die Marktpreisrisiken des Anlagebuches (VaR-Modell 99,93 % / 1 Jahr) bewegten sich im Jahr 2012 im Durchschnitt oberhalb des Niveaus des Vorjahres. So lag der durchschnittliche Value-at-Risk mit 118,0 Mio. Euro deutlich über dem Wert für 2011 in Höhe von 57,4 Mio. Euro. Das Limit wurde durchweg eingehalten.

Bonitätsklassenverteilung der Forderungen an Kreditinstitute und Anleihen von Kreditinstituten per 31. Dezember 2012



VaR-Handelsbuch 2012 (99 % / 10 Tage)



In der ersten Jahreshälfte ist der Value-at-Risk aufgrund der Zinsentwicklung, aber auch durch gezielte Maßnahmen angestiegen. Der Zinsbuchbarwert hat sich durch das absinkende Zinsniveau erhöht, was zu einem Anstieg der Risikokennzahlen führt. Zudem wurde mit Blick auf die Zinserwartung das Volumen der Wertpapiere in der Liquiditätsreserve aufgestockt, um über höhere Zinsänderungsrisiken Ertragschancen zu nutzen.

Im zweiten Halbjahr wirkte das lebhafte Kreditgeschäft erhöhend auf die Zinsänderungsrisiken. Dieser Entwicklung wurde durch zinsrisikoreduzierende Maßnahmen begegnet, um die definierten Limite einzuhalten.

Seit Ende Mai bis zum Jahresende 2012 war die Meldegrenze für den Basel II-Koeffizienten überschritten. Die Überschreitung wurde der Aufsicht entsprechend angezeigt.

Liquiditätsrisiken

Entwicklung der aufsichtsrechtlichen Meldekennziffer

Mio. Euro	2012	2011
Mittelwert	1,96	1,77
Minimum	1,55	1,56
Maximum	2,20	2,15

Der Mindestwert der Meldekennziffer in Höhe von 1 wurde das ganze Jahr über eingehalten. Im Durchschnitt lag die Kennziffer 96 % über der Mindestanforderung. Zum 31. Dezember 2012 betrug die Kennziffer 1,55.

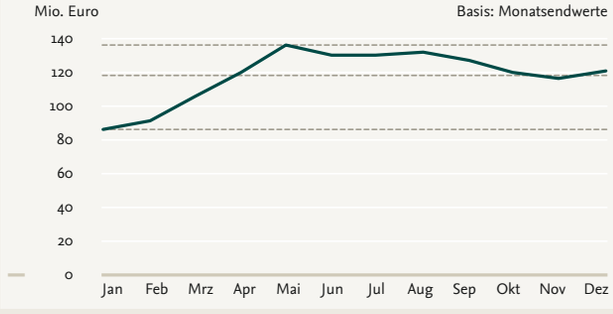
Der Anstieg der Liquiditätskennziffer im abgelaufenen Geschäftsjahr ist das Resultat aus einer erhöhten Liquiditätsvorsorge als Reaktion auf die nach wie vor unsichere Situation an den Finanzmärkten.

Fälligkeiten

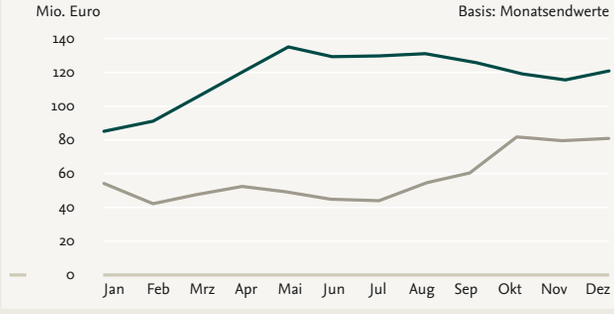
Zur Bemessung und Steuerung der Liquiditätsrisiken bedarf es diverser Fälligkeitsannahmen für Forderungen und Verbindlichkeiten. Die OLB folgt diesbezüglich den Annahmen der Liquiditätsverordnung.

Unabhängig von den Annahmen der Liquiditätsverordnung ist in den folgenden Tabellen dargestellt, in welche Restlaufzeiten sich die Forderungen und Verbindlichkeiten tatsächlich gliedern. Bei den Angaben handelt es sich um Buchwerte vor Abzug der Risikovorsorge.

VaR-Anlagebuch 2012 (99,93 %/1 Jahr)



Vergleich VaR-Anlagebuch 2011/2012 (99,93 %/1 Jahr)



Forderungen 2012

Mio. Euro	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	2012 Gesamt
Befristete Forderungen an Kreditinstitute	300,1	—	—	—	300,1
Forderungen an Kunden[1]	1.432,8	649,5	2.604,8	5.729,2	10.416,3
Forderungen zum 31. Dezember 2012	**1.732,9**	**649,5**	**2.604,8**	**5.729,2**	**10.716,4**

1 In den Forderungen an Kunden mit einer Restlaufzeit bis drei Monate sind Forderungen in Höhe von 977,9 Mio. Euro mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Verbindlichkeiten 2012

Mio. Euro	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	2012 Gesamt
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	151,9	—	—	—	151,9
Befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	466,6	514,8	1.273,9	1.614,4	3.869,7
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.236,5	—	—	—	4.236,5
Spareinlagen	1.896,4	240,2	25,8	—	2.162,4
Andere befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	827,8	374,3	183,0	437,5	1.822,6
Verbriefte Verbindlichkeiten	170,9	147,6	90,6	403,8	812,9
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten	79,2	39,3	120,4	169,0	407,9
Steuerschulden	—	—	7,1	—	7,1
Nachrangige Verbindlichkeiten	60,0	10,0	146,0	58,3	274,3
Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2012	**7.889,3**	**1.326,2**	**1.846,8**	**2.683,0**	**13.745,3**

Daneben existieren Forderungen und Verbindlichkeiten aus derivativen Finanzinstrumenten. Die folgende Tabelle weist die Verbindlichkeiten aus Derivaten aus. Dazu wurden die negativen Marktwerte mit ihrem Fälligkeitsdatum eingestellt.

Verbindlichkeiten aus Derivaten 2012

Mio. Euro	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	2012 Gesamt
Zinsswaps	—	7,0	84,6	69,5	161,1
Devisentermingeschäfte / Devisenswaps	0,8	0,5	—	—	1,3
Devisenoptionen	—	0,1	—	—	0,1
Aktienindexoptionen	—	—	—	—	—
Futuresoptionen	—	—	—	—	—
Aktienoptionen	—	—	—	—	—
Caps	—	—	—	—	—
Summe zum 31. Dezember 2012	**0,8**	**7,6**	**84,6**	**69,5**	**162,5**

Forderungen 2011

Mio. Euro	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	2011 Gesamt
Befristete Forderungen an Kreditinstitute	695,0	—	—	—	695,0
Forderungen an Kunden[1]	1.729,3	589,8	2.430,3	5.172,9	9.922,3
Forderungen zum 31. Dezember 2011	**2.424,3**	**589,8**	**2.430,3**	**5.172,9**	**10.617,3**

1 In den Forderungen an Kunden mit einer Restlaufzeit bis drei Monate sind Forderungen in Höhe von 1.159,7 Mio. Euro mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Verbindlichkeiten 2011

Mio. Euro	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	2011 Gesamt
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	102,8	—	—	—	102,8
Befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	313,4	182,1	1.205,1	1.593,6	3.294,2
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.656,6	—	—	—	3.656,6
Spareinlagen	1.368,3	543,8	171,4	—	2.083,5
Andere befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	589,1	365,2	375,0	475,1	1.804,4
Verbriefte Verbindlichkeiten	19,9	172,4	449,4	520,0	1.161,7
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten	95,4	40,0	84,6	169,7	389,7
Steuerschulden	—	—	11,4	—	11,4
Nachrangige Verbindlichkeiten	—	—	132,9	141,3	274,2
Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2011	**6.145,5**	**1.303,5**	**2.429,8**	**2.899,7**	**12.778,5**

Daneben existieren Forderungen und Verbindlichkeiten aus derivativen Finanzinstrumenten. Die folgende Tabelle weist die Verbindlichkeiten aus Derivaten aus. Dazu wurden die negativen Marktwerte mit ihrem Fälligkeitsdatum eingestellt.

Verbindlichkeiten aus Derivaten 2011

Mio. Euro	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	2011 Gesamt
Zinsswaps	2,7	1,4	48,8	64,2	117,1
Devisentermingeschäfte / Devisenswaps	3,1	1,6	0,1	—	4,8
Devisenoptionen	0,2	0,1	0,1	—	0,4
Aktienindexoptionen	—	—	—	—	—
Futuresoptionen	—	—	—	—	—
Aktienoptionen	—	—	—	—	—
Caps	—	—	—	0,1	0,1
Summe zum 31. Dezember 2011	**6,0**	**3,1**	**49,0**	**64,3**	**122,4**

Deckung der Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten werden insgesamt gedeckt durch bilanzielle Aktiva wie die Kassenposition, Guthaben bei Zentralnotenbanken, Wertpapiere und gedeckte Schuldverschreibungen, Anteile an Spezialfonds sowie Forderungen an Kunden und Kreditinstitute. Durch einen Verkauf der Schuldverschreibungen der Kategorie Available-for-Sale (AfS) können eventuelle Liquiditätsanforderungen aus bestehenden Verbindlichkeiten kurzfristig erfüllt werden. Sollte eine Veräußerung aufgrund der Marktsituation nicht möglich sein, können diese Schuldverschreibungen alternativ im Rahmen von Offenmarktgeschäften mit der EZB zur Beschaffung von kurzfristiger Liquidität herangezogen werden.

siehe Glossar Seite 156

Die OLB verfügt mit ihren rund 840 Tsd. Kunden über sehr unterschiedliche Finanzierungsquellen und besitzt wegen dieser kleinteiligen Engagements weder bei Vermögenswerten noch Finanzierungsquellen wesentliche Konzentrationen von Liquiditätsrisiken.

siehe Grafik unten

Liquiditätscashflows per 31. Dezember 2012

Neben den oben dargestellten Übersichten zur Restlaufzeitenstruktur der Forderungen und Verbindlichkeiten zeigt die folgende Grafik die Liquiditätscashflows über einen Zeitraum von 7 Jahren. Dabei wird unterstellt, dass die Liquiditätsreserve – sobald verfügbar – zur Liquiditätsgenerierung eingesetzt wird.

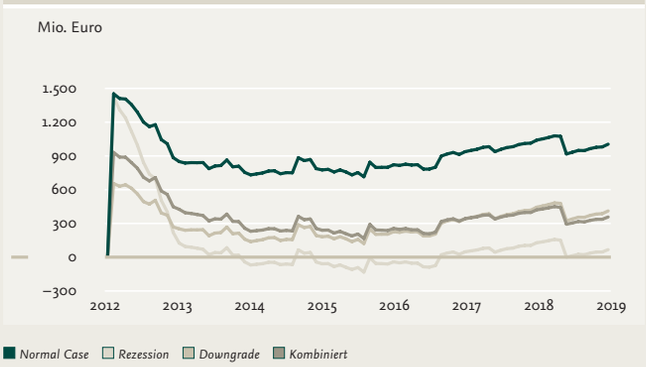
Der Liquiditätscashflow signalisiert für die kommenden sieben Jahre bei normalem Geschäftsverlauf („Normal Case“) eine komfortable sowie in den fiktiven Szenarien „Downgrade“ und „Kombiniert“ eine ausreichende Liquiditätssituation der OLB. In einem wirtschaftlichen Rezessionsszenario wäre die Liquidität der OLB für zwei Jahre noch ausreichend sichergestellt. Um auch längerfristige wirtschaftliche Schwächephasen mit ausreichender Sicherheit durchleben zu können, besteht innerhalb dieses Zeitraums Handlungsbedarf, durch die Aufnahme langfristiger Mittel am Kapitalmarkt oder durch das Einwerben von Kundeneinlagen die Liquiditätsreserven der OLB aufzustocken.

Wesentliche Merkmale des Internen Kontrollsystems und des Risikomanagementprozesses im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Nach den durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz eingeführten §§ 289 Abs. 5, 315 Abs. 2 Nr. 5 HGB, mit denen die Vorgaben einer EU-Richtlinie in nationales Recht umgesetzt wurden, haben kapitalmarktorientierte Unternehmen im Konzernlagebericht die wesentlichen Merkmale des Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Konzernrechnungslegungsprozess zu beschreiben. Die Abschlussadressaten sollen sich ein Bild von den wesentlichen Merkmalen des Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Konzernrechnungslegungsprozess machen können.

Nach der Gesetzesbegründung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes umfasst das Interne Kontrollsystem die Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Rechnungslegung, zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sowie zur Sicherung der Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften. Dazu gehört auch das Interne Revisionssystem, soweit es sich auf die Rechnungslegung bezieht. Das Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess bezieht sich als Teil des Internen Kontrollsystems wie Letzteres auf Kontroll- und

Liquiditätscashflows über sieben Jahre



Überwachungsprozesse der Rechnungslegung und den Bereich der Finanzberichterstattung. Der Vorstand der OLB gestaltet Umfang und Ausrichtung der eingerichteten Systeme in eigener Verantwortung anhand der unternehmensspezifischen Anforderungen aus. Bei der Errichtung und Beurteilung des Internen Kontrollsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess werden die Kriterien des Rahmenwerkes „Internal Control – Integrated Framework“ des „Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission“ (COSO) angewandt. Grundlegende Elemente des COSO-Rahmenwerkes bilden die Elemente Überwachung, Information und Kommunikation, Effektivität der Kontrollen, Umgang mit Risiko und Unternehmensphilosophie.

Das Interne Kontrollsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess und die eingesetzten IT-Systeme der OLB zielt darauf ab, Risiken in Bezug auf die Finanzberichterstattung zu identifizieren, zu bewerten, durch geeignete Maßnahmen zu begrenzen und zu überprüfen. Es umfasst Richtlinien und definierte Vorgehensweisen bezüglich der vollständigen Bereitstellung von Daten und Unterlagen, die ein sachgerechtes und angemessen genaues Bild der Geschäftsvorfälle und Vermögenslage der OLB widerspiegeln. Diese Richtlinien und Vorgehensweisen stellen ebenso sicher, dass angewandte Rechnungslegungsvorschriften erfüllt werden können. Alle Verfügungen und Ausgaben werden dem Rahmen festgelegter Genehmigungsverfahren der OLB-Unternehmensleitung unterworfen; ein eventueller Missbrauch mit materiellen Auswirkungen auf die Ertrags- und Vermögenslage kann mit angemessener Sicherheit ausgeschlossen werden.

Wesentliche Elemente der Richtlinien und Vorgehensweisen sind dabei die Einhaltung des Vier-Augen-Prinzips für wesentliche Kontrollen, Funktionstrennung in der Aufbauorganisation und Transparenz.

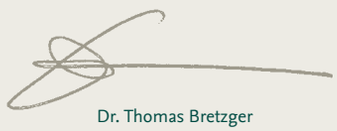
Am Rechnungslegungsprozess sind neben den eingebundenen Tochtereinheiten im Wesentlichen die Zentralabteilung Finanzen/Controlling mit den Gruppen Bilanz, Finanzbuchhaltung, Controlling und Allianz Bank Controlling sowie die beiden Zentralabteilungen Risikocontrolling und Informationstechnologie beteiligt. Die Organisation und Kontrolle der Buchhaltung unterliegt der Gruppe Finanzbuchhaltung. Die Organisation und Kontrolle der Abschlusserstellung wird von der Gruppe Bilanz wahrgenommen und durch die Gruppe Finanzbuchhaltung unterstützt. Mit qualitätssichernden Maßnahmen unterstützen die Gruppen Controlling und Allianz Bank Controlling den Abschlussprozess, speziell an den Schnittstellen zwischen interner und externer Berichterstattung. Die Zentralabteilung Risikocontrolling liefert insbesondere Daten zur Bewertung von Geschäften, die zu Barwerten in den Rechnungslegungsprozess einfließen. Die Zentralabteilung Informationstechnologie liefert die Infrastruktur für die am Rechnungslegungsprozess beteiligten Systeme. Die eingesetzten Systeme sind durch entsprechende Einrichtungen im EDV-Bereich gegen unbefugte Zugriffe geschützt. Im Bereich der eingesetzten Systeme wird, soweit wie möglich, Standardsoftware eingesetzt. Die Einhaltung der Richtlinien und definierten Vorgehensweisen wird durch interne Prüfungen der Revision und der Organisationsabteilung sowie durch externe Prüfungen regelmäßig einer Kontrolle unterzogen. Dem Prüfungsausschuss des Aufsichtsrates wird hierüber Bericht erstattet. Die Vorstandszuständigkeit für die Zentralabteilungen Finanzen/Controlling, Risikocontrolling und Revision sind getrennt voneinander geregelt.

Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass auch angemessen und funktionsfähig eingerichtete Systeme keine absolute Sicherheit zur Identifikation und Steuerung der Risiken gewähren können.

Oldenburg, 12. März 2013
Oldenburgische Landesbank AG

Der Vorstand

Dr. Achim Kassow
Vorsitzender



Dr. Thomas Bretzger

Jörg Höhling

Karin Katerbau

069

Konsolidierter Konzernabschluss

Konsolidierte Gesamtergebnisrechnung 070
Konsolidierte Bilanz 072
Entwicklung des konsolidierten Eigenkapitals 074
Konsolidierte Kapitalflussrechnung 075

Konsolidierte Gesamtergebnisrechnung des Oldenburgische Landesbank Konzerns für den Zeitraum 1.1. – 31.12.2012

Gewinn- und Verlustrechnung

Mio. Euro	2012	2011	Veränderungen	Veränderungen (%)	Anhang / Seite
Zinserträge (und ähnliche Erträge)	532,0	551,9	– 19,9	– 3,6	
Zinsaufwendungen (und ähnliche Aufwendungen)	296,5	307,2	– 10,7	– 3,5	
Zinsüberschuss	235,5	244,7	– 9,2	– 3,8	*02 / 088*
Provisionserträge	134,8	128,0	6,8	5,3	
Provisionsaufwendungen	44,6	46,1	– 1,5	– 3,3	
Provisionsüberschuss	90,2	81,9	8,3	10,1	*03 / 089*
Laufendes Handelsergebnis	– 1,8	– 1,6	– 0,2	12,5	*04 / 090*
Übrige Erträge	40,4	68,0	– 27,6	– 40,6	*05 / 090*
Laufende Erträge	**364,3**	**393,0**	**– 28,7**	**– 7,3**	
Laufender Personalaufwand	176,5	182,9	– 6,4	– 3,5	
Sachaufwand	113,2	120,1	– 6,9	– 5,7	
Verwaltungsaufwand	289,7	303,0	– 13,3	– 4,4	*06 / 091*
Übrige Aufwendungen	3,2	1,2	2,0	>100	*07 / 091*
Laufende Aufwendungen	**292,9**	**304,2**	**– 11,3**	**– 3,7**	
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	42,6	88,4	– 45,8	– 51,8	*08 / 092*
Realisiertes Ergebnis aus Finanzanlagen	21,2	23,0	– 1,8	– 7,8	
Nicht laufendes Handelsergebnis	– 1,9	– 4,0	2,1	– 52,5	
Ergebnis aus Finanzanlagen	19,3	19,0	0,3	1,6	*09 / 092*
Restrukturierungsaufwand	—	5,9	– 5,9	– 100,0	*10 / 093*
Ergebnis vor Steuern	**48,1**	**13,5**	**34,6**	**>100**	
Steuern	9,5	– 3,4	12,9	k. A.	*11 / 093*
Ergebnis nach Steuern (Gewinn)	**38,6**	**16,9**	**21,7**	**>100**	
Unverwässertes sowie verwässertes Ergebnis je Aktie (Euro)	**1,66**	**0,73**	**0,93**	**>100**	*12 / 093*

Sonstiges Ergebnis

Mio. Euro	2012	2011	Veränderungen	Veränderungen (%)
Ergebnis nach Steuern (Gewinn)	**38,6**	**16,9**	**21,7**	**> 100**
unrealisierte Marktwertveränderungen brutto	86,2	0,1	86,1	> 100
Umbuchung in die Gewinn- und Verlustrechnung wegen Realisierung brutto				
wegen realisierter Gewinne (–) und Verluste (+)	– 22,4	– 26,9	4,5	– 16,7
wegen Wertberichtigungen	0,4	3,2	– 2,8	– 87,5
Steuern auf unrealisierte Marktwertveränderungen	– 26,2	– 1,2	– 25,0	> 100
Steuern auf Umbuchung in die Gewinn- und Verlustrechnung wegen Realisierung	5,6	4,6	1,0	21,7
Sonstige Kapitalveränderungen	– 0,1	—	– 0,1	k. A.
Sonstiges Ergebnis	**43,5**	**– 20,2**	**63,7**	**k. A.**
Gesamtergebnis	**82,1**	**– 3,3**	**85,4**	**k. A.**

Gemäß den Änderungen zu IAS 1 ist das Sonstige Ergebnis danach aufzuteilen, ob die darin erfassten Aufwendungen und Erträge zu einem späteren Zeitpunkt in die Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht werden können oder nicht. Da es sich aktuell ausschließlich um den kumulierten Bewertungseffekt unrealisierter Marktwertveränderungen von Wertpapieren aus Available-for-Sale-Finanzinstrumenten handelt, können sämtliche Aufwendungen und Erträge zu einem späteren Zeitpunkt in die Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht werden.

Alle Positionen nach dem Ergebnis nach Steuern werden in der Note 36a zum kumulierten Bewertungseffekt aufgegriffen.

Konsolidierte Bilanz des Oldenburgische Landesbank Konzerns zum 31.12.2012

Aktiva Mio. Euro	**31.12.2012**	**31.12.2011**	Veränderungen	Veränderungen (%)	Anhang/Seite
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	84,1	144,3	–60,2	–41,7	*14 / 098*
Handelsaktiva	14,1	18,5	–4,4	–23,8	*15 / 098*
Forderungen an Kreditinstitute (netto nach Risikovorsorge in Höhe von 0,1 Mio. Euro, Vorjahr: 0,1 Mio. Euro)	414,5	924,1	–509,6	–55,1	*16 / 098*
Forderungen an Kunden (netto nach Risikovorsorge in Höhe von 77,6 Mio. Euro, Vorjahr: 130 Mio. Euro)	10.338,7	9.792,3	546,4	5,6	*17 / 099*
Finanzanlagen	3.353,9	2.258,9	1.095,0	48,5	*20 / 101*
Sachanlagen	91,0	97,5	–6,5	–6,7	*21 / 103*
Immaterielle Vermögenswerte	9,9	10,0	–0,1	–1,0	*22 / 104*
Sonstige Aktiva (netto nach Risikovorsorge in Höhe von 0 Mio. Euro, Vorjahr: 0 Mio. Euro)	83,7	78,9	4,8	6,1	*23 / 104*
Ertragsteueransprüche	8,8	19,9	–11,1	–55,8	*24 / 105*
Aktive latente Steuern	7,9	19,0	–11,1	–58,4	*34 / 111*
Summe der Aktiva	**14.406,6**	**13.363,4**	**1.043,2**	**7,8**	

Passiva Mio. Euro	**31.12.2012**	**31.12.2011**	Veränderungen	Veränderungen (%)	Anhang / Seite
Handelspassiva	10,0	15,7	– 5,7	– 36,3	*26 / 106*
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.021,6	3.397,0	624,6	18,4	*27 / 106*
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	8.221,5	7.544,5	677,0	9,0	*28 / 106*
Verbriefte Verbindlichkeiten	812,9	1.161,7	– 348,8	– 30,0	*29 / 107*
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten	407,9	389,7	18,2	4,7	*30 / 107*
Ertragsteuerschulden	7,1	11,4	– 4,3	– 37,7	*33 / 111*
Nachrangige Verbindlichkeiten	274,3	274,2	0,1	—	*35 / 112*
Eigenkapital	**651,3**	**569,2**	**82,1**	**14,4**	*36 / 113*
Gezeichnetes Kapital	60,5	60,5	—	—	
Kapitalrücklage	202,9	202,9	—	—	
Gewinnrücklagen	272,7	271,2	1,5	0,6	
Kumulierter Bewertungseffekt aus Available-for-Sale-Finanzinstrumenten	44,7	1,1	43,6	>100	
Bilanzgewinn	70,5	33,5	37,0	>100	
Summe der Passiva	**14.406,6**	**13.363,4**	**1.043,2**	**7,8**	

Entwicklung des konsolidierten Eigenkapitals des Oldenburgische Landesbank Konzerns für den Zeitraum 1.1. – 31.12.2012

Mio. Euro	Gezeichnetes Kapital	Kapital-rücklage	Gewinn-rücklagen	Kumulierter Bewertungs-effekt	Bilanzgewinn	Eigenkapital gesamt
31. Dezember 2010	**60,5**	**202,9**	**244,8**	**21,3**	**66,2**	**595,7**
Dividendenausschüttung aus Gewinnvortrag	—	—	—	—	– 23,2	– 23,2
Periodengewinn	—	—	—	—	16,9	16,9
Bewertungsänderungen aus Available-for-Sale-Finanzinstrumenten	—	—	—	– 20,2	—	– 20,2
Zuführung zu den Gewinnrücklagen	—	—	26,4	—	– 26,4	—
31. Dezember 2011	**60,5**	**202,9**	**271,2**	**1,1**	**33,5**	**569,2**
Dividendenausschüttung aus Gewinnvortrag	—	—	—	—	—	—
Periodengewinn	—	—	—	—	38,6	38,6
Bewertungsänderungen aus Available-for-Sale-Finanzinstrumenten	—	—	—	43,6	—	43,6
Zuführung zu den Gewinnrücklagen	—	—	1,6	—	– 1,6	—
Sonstige Kapitalveränderungen	—	—	– 0,1	—	—	– 0,1
31. Dezember 2012	**60,5**	**202,9**	**272,7**	**44,7**	**70,5**	**651,3**

Im Berichtsjahr 2012 wurde von einer Dividendenzahlung aus dem Ergebnis des Geschäftsjahres 2011 abgesehen (Vorjahr: 1,00 Euro je Aktie).

Weitere Angaben zu den Bestandteilen des Eigenkapitals folgen im Anhang unter Note 36.

Konsolidierte Kapitalflussrechnung des Oldenburgische Landesbank Konzerns für den Zeitraum 1.1. – 31.12.2012

Mio. Euro	2012	2011	Anhang / Seite
Laufende Geschäftstätigkeit			
Gewinn	38,6	16,9	
Abschreibungen auf Investitionen	0,4	3,2	
Zuschreibungen auf Investitionen	—	—	
Abschreibungen und Zuschreibungen auf Sachanlagen und Immaterielle Anlagewerte	20,8	16,6	*21, 22 / 103, 104*
Veränderung der Rückstellungen und der Risikovorsorge im Kreditgeschäft	42,7	120,2	*08, 30 / 092, 107*
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten	– 173,6	– 45,7	
Gewinne aus der Veräußerung von Sach- und Finanzanlagen	– 22,6	– 27,0	
Sonstige Anpassungen	– 204,4	– 229,1	
Zwischensumme	– 298,1	– 144,9	
Veränderung der Forderungen an Kreditinstitute	509,6	606,6	*16 / 098*
Veränderung der Forderungen an Kunden	– 494,0	– 400,6	*17 / 099*
Veränderung des Handelsbestands	– 1,3	4,1	*15, 26 / 098, 106*
Veränderung der Anderen Aktiva	1,5	– 10,4	
Veränderung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	624,6	– 419,5	*27 / 106*
Veränderung der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	677,0	336,3	*28 / 106*
Veränderung der Verbrieften Verbindlichkeiten	– 348,8	62,4	*29 / 107*
Veränderung der Anderen Passiva	39,7	22,1	*30 / 107*
Erhaltene Zinsen	533,9	549,1	
Erhaltene Dividenden	0,8	1,3	
Gezahlte Zinsen	– 302,3	– 305,0	
Ertragsteuerzahlungen	– 28,0	– 16,3	
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	**914,6**	**285,2**	
Investitionstätigkeit			
Erlöse aus der Veräußerung von Finanzanlagen	1.002,3	1.663,4	
Erlöse aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,4	2,0	
Zahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	– 1.963,3	– 1.945,3	
Zahlungen für den Erwerb von Sachanlagen und Immateriellen Vermögenswerten	– 14,3	– 16,4	*21, 22 / 103, 104*
Cashflow aus Investitionstätigkeit	**– 974,9**	**– 296,3**	
Finanzierungstätigkeit			
Erlöse aus Kapitalveränderungen	—	—	
Dividendenzahlungen	—	– 23,2	
Veränderung der Nachrangverbindlichkeiten	0,1	19,8	*35 / 112*
Nettoausgabe von Genussrechtskapital	—	—	
Zinsaufwand für Genussrechtskapital	—	—	
Mittelveränderungen aus Sonstiger Finanzierungstätigkeit	—	—	
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	**0,1**	**– 3,4**	
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente			
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente zum 1. Januar	144,3	158,8	*14 / 098*
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente zum 31. Dezember	84,1	144,3	*14 / 098*
Veränderung der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	**– 60,2**	**– 14,5**	

Die Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten in der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von –173,6 Mio. Euro ergibt sich im Wesentlichen aus dem Verbrauch an Risikovorsorge in Höhe von 112,8 Mio. Euro (vgl. Note 19) und im Sonstigen Ergebnis aus unrealisierten Marktwertveränderungen brutto von 86,2 Mio. Euro und der Umbuchung in die Gewinn- und Verlustrechnung brutto wegen realisierter Gewinne von –22,4 Mio. Euro (vgl. Note 36a).

Konzernanhang

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

01 Grundlagen der Rechnungslegung

Die Oldenburgische Landesbank AG (OLB) ist gemäß § 290 Abs. 1 HGB verpflichtet, für den Teilkonzern OLB einen Konzernabschluss aufzustellen, da die Befreiungstatbestände des § 291 Abs. 1 wegen der Ausschlussklausel in § 291 Abs. 3 Nr. 1 HGB nicht greifen.

Der Konzernabschluss ist nach den Vorschriften der International Financial Reporting Standards (IFRS) und Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC), wie sie durch die EU verabschiedet sind, als verpflichtender Konzernabschluss gemäß Art. 4 der IAS-VO aufgestellt. Darüber hinaus regelt § 340i Abs. 2 HGB i. V. m. § 315a Abs. 1 HGB die Anwendung der genannten Vorschriften des HGB, wie z. B. zum Konzernlagebericht, die auch auf den IFRS-Konzernabschluss anzuwenden sind, sowie weitere explizite Zusatzangaben.

Bei der Erstellung des vorliegenden Konzernabschlusses wurden alle Standards angewandt, deren Anwendung für die Geschäftsjahre Pflicht war, sofern sie für den OLB-Konzern einschlägig sind.

Folgende Änderungen bzw. Ergänzungen bestehender Vorschriften waren erstmals verpflichtend für das Geschäftsjahr 2012 anzuwenden, sofern sie für den OLB-Konzern einschlägig sind:

- Änderung IFRS 7 Finanzinstrumente: Angaben
  - Übertragung finanzieller Vermögenswerte

Folgende Änderungen bzw. Ergänzungen bestehender Vorschriften wurden vorzeitig freiwillig umgesetzt:

- Änderung IAS 1 Darstellung des Abschlusses (verpflichtend für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Juli 2012 beginnen)
  - Darstellung von Posten des sonstigen Ergebnisses

Folgende Änderungen bzw. Ergänzungen bestehender Vorschriften wurden nicht vorzeitig umgesetzt:

- IAS 19 (überarbeitet 2011) Leistungen an Arbeitnehmer (erstmalige Anwendung für Geschäftsjahre ab 1.1.2013)

Diese Änderungen werden im Jahr 2013 zu einem erstmaligen Ausweis versicherungsmathematischer Verluste im Sonstigen Ergebnis führen. Diese betrugen per 31.12.2012 64,3 Mio. Euro. Dieser Belastung des Sonstigen Ergebnisses steht eine Entlastung korrespondierender latenter Steuern in Höhe von 19,9 Mio. Euro gegenüber, so dass sich ein Nettoaufwand von 44,4 Mio. Euro ergibt, der mit Erstanwendung verlustneutral im Sonstigen Ergebnis erfasst wird.

Außerdem wurden eine Reihe weiterer Standards und Interpretation verabschiedet, die nach unseren Erwartungen keinen wesentlichen Einfluss auf den Konzernabschluss haben werden:

- Änderungen im IAS 27 – Einzelabschlüsse (erstmalige Anwendung für Geschäftsjahre ab 1.1.2014)
- Änderungen im IAS 28 – Beteiligungen an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen (erstmalige Anwendung für Geschäftsjahre ab 1.1.2014)
- Änderungen im IAS 32 – Saldierung finanzieller Vermögenswerte und Schulden (erstmalige Anwendung für Geschäftsjahre ab 1.1.2014)
- IFRS 10 – Konzernabschlüsse (erstmalige Anwendung für Geschäftsjahre ab 1.1.2014)
- IFRS 11 – Gemeinschaftliche Tätigkeiten (erstmalige Anwendung für Geschäftsjahre ab 1.1.2014)
- IFRS 12 – Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen (erstmalige Anwendung für Geschäftsjahre ab 1.1.2014)
- IFRS 13 – Bewertung zum beizulegenden Zeitwert (erstmalige Anwendung für Geschäftsjahre ab 1.1.2013)

Die Änderungen (abgesehen von IAS 19) haben keine wesentlichen Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des OLB-Konzerns.

Der Konzernabschluss ist Bestandteil des Jahresfinanzberichts im Sinne des Transparenzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (§ 37v WpHG) vom 5. Januar 2007.

Die im OLB-Konzern angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden stehen im Einklang mit den Normen der europäischen Bilanzrichtlinien. Die von den EU-Richtlinien geforderten zusätzlichen Angaben wurden in den Anhang mit aufgenommen. Die Regelungen des Aktiengesetzes (AktG) sowie des Bilanzrechtsreformgesetzes wurden beachtet. Berichtswährung ist der Euro, Berichtsjahr das Kalenderjahr. Beträge sind in der Regel auf Mio. Euro mit einer Nachkommastelle kaufmännisch gerundet.

Gegenstand der Bank ist gemäß § 2 der Satzung der Betrieb von Bank- und Finanzgeschäften aller Art mit Ausnahme des Investmentgeschäfts i. S. v. § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 6 KWG a. F.

Konsolidierungskreis

Unter Anwendung der Erwerbsmethode konsolidiert die Bank Tochterunternehmen, bei denen sie sämtliche Stimmrechte und Anteile am Kapital hält. Konsolidiert wurden:

- W. Fortmann & Söhne KG, Oldenburg,
- Münsterländische Bank Thie & Co. KG, Münster.

Spezialfonds werden gemäß SIC 12 konsolidiert, da die Bank Entscheidungsmacht über diese ausüben kann und die Mehrheit der Chancen und Risiken trägt. Hierbei handelt es sich um:

- AGI-Fonds Ammerland,
- AGI-Fonds Weser-Ems.

Diese werden von der Allianz Global Investors (AGI) verwaltet.

Die im Vorjahr noch konsolidierte Grundstücksgesellschaft mbH ist nach Maßgabe des Verschmelzungsvertrags vom 15. September 2011 mit Wirkung zum 1. Januar 2012 mit der Oldenburgische Landesbank AG verschmolzen. Es handelte sich aus Sicht der OLB AG um eine vertikale Fusion mit einem nachgelagerten Unternehmen („upstream merger“). Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 14. Februar 2012.

Die im Vorjahr nicht konsolidierte OLB-Beteiligungsgesellschaft mbH, die Anteile an der Oldenburgische Landesbank AG hielt, ist nach Maßgabe des Verschmelzungsvertrags vom 13. März 2012 mit Wirkung zum 1. Januar 2012 mit der Oldenburgische Landesbank AG verschmolzen. Es handelte sich aus Sicht der OLB AG um eine vertikale Fusion mit einem vorgelagerten Unternehmen („downstream merger“). Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 14. Juni 2012.

In beiden Fällen lag sowohl für die Oldenburgische Landesbank AG als auch für die Grundstücksgesellschaft mbH, bzw. die OLB-Beteiligungsgesellschaft mbH ein Zusammenschluss unter gemeinsamer Beherrschung der übergeordneten Allianz SE vor.

Zum Ende des Jahres 2011 wurde die operative Geschäftstätigkeit der im Vorjahr noch konsolidierten OLB Service GmbH eingestellt. Zum 1. Januar 2012 wurde die Gesellschaft für den Abschluss des Oldenburgische Landesbank Konzerns entkonsolidiert.

In keinem der Fälle ergaben sich Effekte mit wesentlicher Auswirkung auf den Jahresabschluss des Oldenburgische Landesbank Konzerns per 31. Dezember 2012.

Alle aus konzerninternen Geschäften resultierenden Forderungen und Verbindlichkeiten, Erträge und Aufwendungen sowie Zwischenergebnisse werden eliminiert.

Finanzinstrumente

Ein Finanzinstrument ist ein Vertrag, der gleichzeitig bei einem Unternehmen zur Entstehung eines finanziellen Vermögenswertes und bei dem anderen zur Entstehung einer finanziellen Verbindlichkeit oder eines Eigenkapitalinstruments führt.

Die Käufe und Verkäufe der finanziellen Vermögenswerte werden zum Handelstag (trade date) angesetzt bzw. ausgebucht.

Kategorien der Finanzinstrumente

Gemäß IAS 39 sind alle Finanzinstrumente in der Bilanz zu erfassen, in vorgegebene Bestandskategorien einzuteilen und in Abhängigkeit von dieser Einteilung zu bewerten:

- Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte oder Schulden (Held-for-Trading) dienen hauptsächlich dazu, Gewinne aus kurzfristigen Preisschwankungen oder der Händlermarge zu erzielen.
- Bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzanlagen (Held-to-Maturity) sind Vermögenswerte mit festen Zahlungen und fester Laufzeit, die die Bank bis zur Endfälligkeit halten kann und will. Die Halteabsicht und -fähigkeit ist bei Erwerb und zu jedem Bilanzstichtag zu dokumentieren. Zum Berichtsstichtag hat die Bank keine Vermögenswerte in diese Kategorie eingestuft.
- Vom Unternehmen ausgereichte Kredite und Forderungen (Loans and Receivables) sind finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbaren Zahlungen, die nicht in einem aktiven Markt notiert sind. Diese Kategorie beinhaltet im Wesentlichen die Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden.
- Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available-for-Sale) sind die Residualgröße, also alle finanziellen Vermögenswerte, die nicht einer der vorstehenden Kategorien zuzuordnen sind, d. h. die Bank nutzt diese Kategorie nicht als Designationskategorie. Die Bank weist diese Bestände als Finanzanlagen aus.
- Von der Möglichkeit, finanzielle Vermögenswerte bzw. finanzielle Verpflichtungen als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet einzustufen (Designated as at Fair Value), wird nicht Gebrauch gemacht.

Zu den finanziellen Verbindlichkeiten, die nicht Handelszwecken dienen, zählen insbesondere Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie Verbriefte Verbindlichkeiten.

Die Erstbewertung sämtlicher Finanzinstrumente erfolgt zu Anschaffungskosten (unter Einbeziehung von Transaktionskosten), die dem beizulegenden Zeitwert (Fair Value, bzw. Marktwert) der hingegebenen (beim Erwerb finanzieller Vermögenswerte) oder erhaltenen (beim Erwerb finanzieller Verpflichtungen) Gegenleistung entsprechen. In der Folge werden finanzielle Vermögenswerte grundsätzlich mit dem Fair Value bewertet. Ausgenommen hiervon sind ausgereichte Kredite und Forderungen, die nicht zu Handelszwecken gehalten werden, und bestimmte finanzielle Vermögenswerte, deren Fair Value nicht zuverlässig ermittelt werden kann. Diese Ausnahmen werden mit fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Sofern es sich um Eigenkapitalinstrumente handelt, für die kein auf einem aktiven Markt notierter Preis vorliegt, werden diese finanziellen Vermögenswerte zu Anschaffungskosten (at cost) bewertet. Finanzielle Verbindlichkeiten werden – sofern sie nicht zum Fair Value bewertete Handelspassiva sind – ebenfalls mit fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Von der Fair-Value-Option macht die OLB keinen Gebrauch.

Die entsprechende Klassifizierung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen in die oben genannten Kategorien wird bei Ersterfassung festgelegt. Umwidmungen haben im Berichtsjahr nicht stattgefunden.

Die Ausbuchung eines finanziellen Vermögenswerts erfolgt bei Verlust der Kontrolle über die vertraglichen Rechte aus diesem Vermögenswert. Eine finanzielle Verbindlichkeit wird ausgebucht, wenn diese getilgt ist.

Bezüglich der Bewertungs- und Bilanzierungsgrundlagen der einzelnen Bilanzposten und GuV-Positionen verweisen wir auf die Angaben in den ergänzenden Erläuterungen (Notes).

Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung erfolgt nach den Vorschriften des IAS 21. Danach werden auf Fremdwährung lautende monetäre Vermögenswerte und Schulden sowie am Bilanzstichtag nicht abgewickelte Kassageschäfte zu Kassamittelkursen des Bilanzstichtags in Euro umgerechnet. Devisentermingeschäfte werden zu aktuellen, für die Restlaufzeit gültigen Terminkursen bewertet. Nichtmonetäre Vermögenswerte, die mit ihrem beizulegenden Zeitwert bewertet sind, werden mit dem aktuellen Wechselkurs in Euro umgerechnet.

Aufwendungen und Erträge, die sich aus der Währungsumrechnung ergeben, schlagen sich grundsätzlich in den entsprechenden Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung nieder. Es bestanden keine wesentlichen offenen Nettodevisenpositionen zum Ende des Geschäftsjahres.

Aufrechnung

Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden aufgerechnet und als Saldo in der Bilanz ausgewiesen, wenn gegenüber dem Geschäftspartner ein einklagbares Recht auf Aufrechnung der Beträge besteht und die Erfüllung der Geschäfte auf Nettobasis erfolgt oder gleichzeitig mit der Realisierung des Vermögenswertes die Verbindlichkeit beglichen wird.

Zinsüberschuss

Zinserträge und Zinsaufwendungen werden periodengerecht abgegrenzt. Zu Zinserträgen gehören Zinserträge aus Forderungen und Wertpapieren sowie aufgelaufene Agien und Disagien.

Unter den laufenden Erträgen werden Dividenden aus Aktien, Dividenden aus Anteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen ausgewiesen.

Dividenden werden zum Zeitpunkt der rechtlichen Entstehung des Dividendenanspruchs erfolgswirksam. Bei Zinsen für finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert berechnet werden, erfolgt der Ansatz nach der Effektivzinsmethode.

Das Unwinding als Barwertveränderung wertberichtigter oder abgeschriebener Forderungen erfolgt im Wege der Verwendung des Wertberichtigungskontos zugunsten des Zinsertrages. Die Bruttoforderung wird insoweit nicht verändert.

Zinserträge und -aufwendungen aus Repo- und Reverse-Repo-Geschäften werden ebenfalls periodengerecht abgegrenzt und im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Provisionsüberschuss

In dieser Position sind Provisionen aus dem Wertpapiergeschäft, der Vermögensverwaltung, dem Zahlungsverkehr, dem Auslandsgeschäft und Provisionen aus Dienstleistungen für Treuhandgeschäfte sowie aus der Vermittlung von Bankgeschäften, Versicherungen, Kreditkarten, Bausparverträgen und Immobilien enthalten. Provisionen werden zum Zeitpunkt der Erbringung der Dienstleistung erfolgswirksam.

Laufendes Handelsergebnis

Das Laufende Handelsergebnis umfasst alle realisierten und unrealisierten Gewinne und Verluste aus den Handelsaktiva und -passiva, soweit sie dem laufenden Geschäft zugeordnet sind. Darüber hinaus sind Provisionen sowie sämtliche aus Handelsaktivitäten resultierenden Zinserträge/-aufwendungen und Dividendenerträge im Laufenden Handelsergebnis enthalten. Die durch Hedge Accounting auftretenden Ineffektivitäten in den definierten Schranken des IAS 39 schlagen sich ebenfalls im Laufenden Handelsergebnis nieder.

Fair Value Hedge Accounting

Die Bank bildet Sicherungsbeziehungen nach den strengen Regeln des IAS 39 ab.

Es werden nur „Fair Value-Hedges“ zur Absicherung von Marktwertveränderungen bilanzierter Vermögenswerte bezüglich des Zinsänderungsrisikos gebildet. Als das abgesicherte Risiko wird das Risiko der Veränderung des beizulegenden Zeitwerts der abgesicherten Grundgeschäfte angesehen, das auf eine Veränderung des zugrunde liegenden Referenzzinssatzes zurückgeführt werden kann.

Als Sicherungsderivate dienen Zinsswaps mit definierten Laufzeiten. Die Festzinsseite wird über die Laufzeit fixiert. Der variable Zinssatz ist an den Referenzzinssatz als Index gekoppelt.

Die zugeordnete Zinsstrukturkurve korrespondiert dabei – hinsichtlich der Laufzeit – mit der vertraglich vereinbarten Laufzeit der variablen Seite des jeweiligen Swaps; dies gilt für die zugeordneten Grundgeschäfte entsprechend.

Die abgesicherten Grundgeschäfte betreffen homogene Portfolios gleichartiger Kredite der Kategorie „Loans and Receivables“ sowie einzelne Wertpapiere aus dem Finanzanlagebestand der Available-for-Sale-Finanzinstrumente.

Für diese Fair Value-Hedges werden sowohl die Bewertung der Sicherungsderivate als auch die Bewertung der Grundgeschäfte bezüglich des Zinsänderungsrisikos im Ergebnis des laufenden Geschäftsjahres gezeigt. Gegenläufige Bewertungsänderungen kompensieren einander; auftretende Ineffektivitäten in den definierten Schranken des IAS 39 schlagen sich im Laufenden Handelsergebnis nieder.

Positive Marktwerte von Sicherungsderivaten im Rahmen des Hedge Accountings werden der Position „Sonstige Aktiva“ zugeordnet. Positive Marktwerte der Derivate, die nicht im Hedge Accounting als Sicherungsbeziehung designiert sind, werden den Handelsaktiva zugeordnet.

Negative Marktwerte von Sicherungsderivaten im Rahmen des Hedge Accountings werden den Sonstigen Passiva in der Bilanzposition „Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten“ zugeordnet. Negative Marktwerte der Derivate, die nicht im Hedge Accounting als Sicherungsbeziehung designiert sind, werden den Handelspassiva zugeordnet.

Nicht laufendes Handelsergebnis

Das Bewertungsergebnis von Derivaten der Spezialfonds Ammerland und Weser-Ems, die beide dem Finanzanlagevermögen zugeordnet sind, wird im Nicht laufenden Handelsergebnis ausgewiesen. Die Derivate werden zur Steuerung der Anlageposition dieser Fonds eingesetzt und unterliegen einer vollen Marktbewertung. Das Nicht laufende Handelsergebnis wird zusammen mit dem realisierten Ergebnis aus Finanzanlagen zum Ergebnis aus Finanzanlagen zusammengefasst.

Restrukturierungsaufwand

Die Berücksichtigung von Restrukturierungsaufwendungen erfolgt zu dem Zeitpunkt, zu dem die Bank einen detaillierten Restrukturierungsplan für bestimmte Programme verabschiedet hat, dem formell zugestimmt und mit dessen Umsetzung begonnen wurde. Die Bemessung der erfassten Aufwendungen erfolgt auf der Basis qualifizierter Schätzungen über die zu erwartenden Kosten der einzelnen Maßnahmen.

Künftige Verpflichtungen, die über den Horizont eines Jahres hinausgehen, werden dabei auf den zugrunde liegenden Barwert abgezinst. Die vorgenommenen Schätzungen werden regelmäßig auf ihre Angemessenheit hin überprüft und ggf. angepasst. Nicht rückstellungsfähige Restrukturierungskosten werden in der Periode erfasst, in der sie angefallen sind.

Restrukturierungsaufwendungen beziehen sich auf aufgegebene Aktivitäten oder Geschäftsbereiche, die so klar abgegrenzt sind, dass sie mit der zukünftigen Unternehmensfortführung nicht in Zusammenhang gebracht werden können. Im Jahr 2012 sind keine Restrukturierungsaufwendungen angefallen.

Steuern

Auf den Gewinn zu zahlende Ertragsteuern auf Basis der geltenden Steuergesetzgebung werden periodengerecht als Aufwand erfasst. Latente Ertragsteuern werden unter Anwendung des bilanzorientierten Ansatzes für temporäre Differenzen zwischen dem steuerlichen Ansatz von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten und ihren Buchwerten in den Abschlüssen vollständig, unabhängig vom Zeitpunkt ihrer Umkehr, erfasst. Der Ausweis erfolgt zu den gesetzlich bereits verabschiedeten oder gesetzlich angekündigten Steuersätzen, die voraussichtlich zu dem Zeitpunkt, zu dem sich die Steuerlatenz umkehrt, gelten werden. Für zusätzliche Steuerzahlungen oder fällige Erstattungen werden Ertragsteueransprüche und Ertragsteuerschulden erfasst. Latente Steueransprüche werden in der Höhe erfasst, in

der es wahrscheinlich ist, dass künftig zu versteuernde Gewinne zur Verfügung stehen, gegen die die temporären Differenzen verwendet werden können.

Sonstige Steuern werden unter dem Verwaltungsaufwand ausgewiesen.

Angaben zur Segmentberichterstattung

Im OLB-Konzern wird nach den Segmenten „OLB Regionalbank“ und „Allianz Bank“ unterschieden. Das Segment „OLB Regionalbank“ spiegelt das regionale Universalbankgeschäft der Oldenburgische Landesbank Gruppe mit ihren Filialen im bekannten Geschäftsgebiet wider. Das Segment „Allianz Bank“ zeigt das Allianz Bankgeschäft mit Beratung/Vertrieb von Bankprodukten (Vertrieb von Investmentfonds und Wertpapieren, Kredit- und Einlagengeschäft) über die Allianz Agenturen deutschlandweit.

Basis der Segmentberichterstattung bilden im Einklang mit IFRS 8 die Group Management Accounts als ein monatlich erstelltes, entscheidungsorientiertes Instrument zur Unterstützung der Konzernsteuerung und -kontrolle und zur Abbildung der Risiken und Chancen. Änderungen der Organisationsstruktur sowie Modifikationen der Ertrags- und Kostenzuordnung werden rückwirkend in der Berichterstattung des laufenden Jahres und auch in der Darstellung des Vorjahres berücksichtigt. Im Jahr 2012 haben sich hierzu keine Änderungen ergeben.

Der Zinsüberschuss wird auf Basis einer getrennten Bestandsführung kostenstellengerecht ermittelt und den Segmenten zugeordnet.

Der Verwaltungsaufwand beinhaltet sowohl direkte Kosten als auch solche Kosten, die aufgrund eines konzerninternen Leistungsaustausches im Rahmen von Verrechnungen zwischen den Segmenten zugeordnet werden.

Basis für alle Verrechnungsvorgänge bilden die getroffenen Regelungen in der „Vereinbarung zwischen der Allianz Deutschland AG, München und der Oldenburgische Landesbank AG, Oldenburg im Zusammenhang mit der Übernahme des so genannten Geschäftsbereichs ‚Allianz Banking’ von der Dresdner Bank AG“ und den dazugehörigen Dienstleistungsvereinbarungen sowie der Vertrag mit der Allianz Deutschland AG über „Vorgehen bei innerbetrieblicher Kosten- und Erfolgszurechnung innerhalb der Oldenburgische Landesbank AG auf die Zweigniederlassung Allianz Bank“.

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente beinhalten den Kassenbestand sowie täglich fällige Guthaben bei Zentralnotenbanken. Bilanziert sind die Bestände zum Nennwert.

Handelsaktiva und Handelspassiva

Handelsaktiva umfassen Schuldtitel, Aktien und positive Marktwerte von Derivaten. In den Handelspassiva sind ausschließlich negative Marktwerte aus Derivaten enthalten. Marktwerte aus Sicherungsderivaten, die im Rahmen der internen Risikosteuerung eingesetzt werden, jedoch nicht für das Hedge Accounting gemäß IAS 39 qualifizieren, werden ebenfalls hier ausgewiesen.

Handelsaktiva und -passiva werden am Handelstag zum Fair Value zuzüglich Transaktionskosten erfasst und in der Folge ebenfalls mit dem beizulegenden Zeitwert (Fair Value) bewertet. Dadurch werden Transaktionskosten sofort erfolgswirksam erfasst.

In Fällen, in denen keine Börsennotierungen vorliegen, werden zur Bestimmung des Fair Values die Marktpreise vergleichbarer Instrumente oder anerkannte Bewertungsmodelle herangezogen, insbesondere Barwertmethoden oder Optionspreismodelle. Dabei werden angemessene Anpassungen für Bewertungsrisiken vorgenommen. Gewinne oder Verluste aus der Bewertung werden erfolgswirksam im Handelsergebnis erfasst.

Fair Value-Option

Der Fair Value-Option zugeordnete Vermögenswerte bzw. Verbindlichkeiten. Diese Kategorie wird von der Bank zurzeit nicht genutzt.

Finanzanlagen

Die Finanzanlagen des Konzerns bestehen aus Schuldverschreibungen einschließlich anderer festverzinslicher Wertpapiere, aus Aktien einschließlich anderer nicht festverzinslicher Wertpapiere, aus Beteiligungen und aus Anteilen an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen.

Die *Anteile an verbundenen Unternehmen* betreffen eine Gesellschaft, an der der OLB-Konzern eine Mehrheitsbeteiligung hält, diese aber wegen untergeordneter Bedeutung nicht in den Konzernabschluss einbezieht.

Beteiligungen sind Unternehmen, auf die die Bank keinen maßgeblichen Einfluss ausüben kann und deren Zweck der Herstellung einer dauernden Verbindung zu den betreffenden Unternehmen dient.

Alle Finanzanlagen werden als jederzeit veräußerbare finanzielle Vermögenswerte angesehen und bei der Erstbewertung mit ihrem Fair Value zuzüglich der dem Kauf direkt zuordenbaren Transaktionskosten angesetzt. In der Folgebewertung werden sie grundsätzlich zum Fair Value bilanziert. Sind jedoch bei nicht börsennotierten Aktien sowie Anteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen weder ein liquider Marktpreis noch die für Bewertungsmodelle relevanten Faktoren zuverlässig bestimmbar, werden diese zu Anschaffungskosten angesetzt.

Für zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available-for-Sale) stellt der OLB-Konzern Gewinne und Verluste aus der Bewertung erfolgsneutral in das „Sonstige Ergebnis“ ein. Bei Veräußerung sowie bei Abschreibung (Impairment) eines Available-for-Sale-Finanzinstruments wird der bisher im „Sonstigen Ergebnis“ erfasste Betrag der kumulierten Bewertungsgewinne und -verluste erfolgswirksam realisiert.

Ein Impairmenttest für die als zur Veräußerung verfügbar klassifizierten Wertpapiere (Available-for-Sale) wird regelmäßig zur Prüfung auf Wertminderung durchgeführt. Dabei wird hinsichtlich der Indikatoren zwischen Aktienwerten und Schuldtiteln unterschieden.

Eigenkapitalinstrumente der „Available-for-Sale“-Kategorie werden als wertgemindert betrachtet, wenn ihr Fair Value entweder signifikant oder dauerhaft unter die Anschaffungskosten gesunken ist; jedes Kriterium stellt für sich allein ein Abschreibungsindiz dar. Signifikanz besteht, wenn der Fair Value mindestens 20 % unterhalb der fortgeführten Anschaffungskosten liegt. Dauerhaftigkeit liegt vor, wenn der Fair Value für mindestens neun Monate permanent unterhalb der Anschaffungskosten liegt. Der Betrag der Wertminderungen wird erfolgswirksam in der Position Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst. Bei Eigenkapitalinstrumenten der „Available-for-Sale“-Kategorie sind ergebniswirksame Zuschreibungen bis zu den Anschaffungskosten bei Wegfall des Abschreibungsgrunds nicht mehr zulässig („once impaired – always impaired“). Weitere Wertverluste werden erfolgswirksam in der Position Ergebnis aus Finanzanlagen ausgewiesen. Wertaufholungen werden stattdessen erfolgsneutral im „Sonstigen Ergebnis“ erfasst. Erst bei Veräußerung eines Vermögenswerts wird die Rücklage erfolgswirksam in der Position Ergebnis aus Finanzanlagen aufgelöst.

Wenn der Marktwert (Fair Value) von *Schuldtiteln der „Available-for-Sale“-Kategorie* deutlich unter den fortgeführten Anschaffungskosten liegt, ist dies ein Indiz für eine Wertminderung. Dabei bedeutet ‚deutlich’, dass der Fair Value mehr als sechs Monate permanent mindestens 20 % unterhalb der fortgeführten Anschaffungskosten liegt. Um einen Wertminderungsbedarf objektiviert nachzuweisen, analysiert die Bank als Auslösekriterien ebenfalls erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Emittenten, Vertragsbruch, Zugeständnisse an den Emittenten aufgrund wirtschaftlicher oder rechtlicher Gründe (sogenannte „Forbearance-Maßnahmen“), die im Zusammenhang mit dessen finanziellen Schwierigkeiten stehen, Wahrscheinlichkeit der Insolvenz oder Sanierungsnotwendigkeit des Emittenten und Verschwinden eines aktiven Marktes für den finanziellen Vermögenswert aufgrund von finanziellen Schwierigkeiten. Wertminderungen auf festverzinsliche Wertpapiere, die jederzeit veräußerbar sind, werden dann ergebniswirksam erfasst, wenn objektive Hinweise darauf vorliegen, dass ein Verlustereignis eingetreten ist, das die erwarteten Zahlungsströme reduziert. Die Minderung des Zeitwerts unter die fortgeführten Anschaffungskosten aufgrund von Änderungen des risikofreien Zinssatzes

stellt keinen objektiven Hinweis auf ein Verlustereignis dar. Der Betrag der Wertminderungen wird erfolgswirksam in der Position Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst. Wenn die Gründe für die vorherige Abschreibung entfallen sind, wird eine spätere Wertaufholung erfolgswirksam maximal bis zur Höhe des fortgeschriebenen ursprünglichen Anschaffungswerts in der Position Ergebnis aus Finanzanlagen vorgenommen.

Der Ausweis der Laufenden Erträge aus Schuldverschreibungen einschließlich über die Laufzeit abgegrenzter Agien oder Disagien erfolgt im Zinsüberschuss. Dividendenerträge aus Aktien sowie Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen fließen in die gleiche Position ein. Die beim Verkauf dieser Wertpapiere realisierten Gewinne und Verluste werden unter dem Ergebnis aus Finanzanlagen ausgewiesen. Die Ergebniseffekte aus Derivaten, die den Spezialfonds ökonomisch zuzuordnen sind und nicht für Hedge Accounting qualifizieren, werden unter dem Nicht laufenden Handelsergebnis ausgewiesen.

Repo-Geschäfte

Bei einem Repo-Geschäft verkauft der Konzern Wertpapiere und vereinbart gleichzeitig, diese Wertpapiere zu einem bestimmten Termin zu einem vereinbarten Kurs zurückzukaufen. Die mit den Wertpapieren verbundenen Chancen und Risiken aus Zinsänderung und Adressenausfall bleiben während der gesamten Laufzeit der Geschäfte im Konzern. Entsprechend werden die Wertpapiere weiterhin in der Bilanz des Konzerns als Handelsaktiva oder Finanzanlagen ausgewiesen. Der Gegenwert aus dem rechtlichen Verkauf ist in der Bilanzposition Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bzw. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden enthalten und als Verbindlichkeit aus Repo-Geschäften ausgewiesen.

Zinsaufwendungen aus Repo-Geschäften werden periodengerecht abgegrenzt und im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Reverse-Repo-Geschäfte

Bei einem Reverse-Repo-Geschäft kauft der Konzern Wertpapiere und vereinbart gleichzeitig, diese Wertpapiere zu einem bestimmten Termin zu einem vereinbarten Kurs zurückzugeben. Die mit den Wertpapieren verbundenen Chancen und Risiken aus Zinsänderung und Adressenausfall bleiben während der gesamten Laufzeit der Geschäfte beim Kontrahenten. Entsprechend werden die Wertpapiere nicht in der Bilanz des Konzerns als Handelsaktiva oder Finanzanlagen ausgewiesen. Der Gegenwert aus dem rechtlichen Kauf ist in der Bilanzposition Forderungen an Kreditinstitute bzw. Forderungen an Kunden enthalten und als Forderung aus Reverse-Repo-Geschäften ausgewiesen.

Zinserträge aus Reverse-Repo-Geschäften werden periodengerecht abgegrenzt und im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden

Originäre Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie angekaufte Forderungen, die nicht zu Handelszwecken dienen und nicht an einem aktiven Markt notiert sind, werden zu fortgeführten Anschaffungskosten, ggf. abzüglich Wertberichtigungen, angesetzt. Die Erstbewertung dieser Forderungen erfolgt zum Transaktionspreis, der dem dem Schuldner zur Verfügung gestellten Geldbetrag entspricht. Der Buchwert dieser Forderungen bei Ersterfassung beinhaltet deswegen auch eingepreiste Transaktionskosten.

Zinserträge werden nach der Effektivzinsmethode erfasst. Ein Unterschiedsbetrag zwischen Auszahlungsbetrag und Nennbetrag sowie Kreditbearbeitungsgebühren werden – sofern Zinscharakter vorliegt – effektivzinsgerecht erfolgswirksam abgegrenzt. Kreditforderungen werden als ausfallgefährdet eingestuft, wenn es auf Basis aktueller Informationen oder Ereignisse wahrscheinlich ist, dass ein Kunde seine Zins- oder Tilgungsleistungen bei Fälligkeit nicht vertragsgemäß erbringen wird. Ungeachtet eines Rechtsanspruchs werden Zinsen auf die bestehenden Forderungen nicht mehr vereinnahmt, wenn die Kapitalrückzahlung zweifelhaft und deshalb mit einer Risikovorsorge belegt wird. Von diesem Zeitpunkt an werden sämtliche Zahlungen zunächst zur Rückführung der Kapitalforderung verwandt. Das Unwinding als Barwertveränderung wertberichtigter oder abgeschriebener Forderungen erfolgt im Wege der Verwendung des Wertberichtigungskontos zugunsten des Zinsertrages. Bezüglich der Effekte aus Unwinding wird auf die Tabelle zum Zinsüberschuss verwiesen und unterschieden, ob es sich um Effekte aus wertgeminderten oder aus abgeschriebenen finanziellen Vermögenswerten handelt.

Bei Anwendung von Hedge Accounting wird die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführende Bewertungsänderung (Fair Value-Änderung) der betrachteten Grundgeschäfte – soweit es sich um Forderungen an Kunden handelt – als Ausgleich zur Bewertungsänderung der korrespondierenden Zinsswaps in die Position Forderungen an Kunden eingebucht. Der Marktwert der Zinsswaps wird in den Positionen Sonstige Aktiva / Sonstige Passiva gezeigt.

Wertberichtigungen und Rückstellungen im Kreditgeschäft (Risikovorsorge)

Um einen Wertminderungsbedarf objektiviert nachzuweisen, analysiert die Bank als Auslösekriterien erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Emittenten oder Schuldners, Vertragsbruch, Zugeständnisse an den Kreditnehmer aufgrund wirtschaftlicher oder rechtlicher Gründe, die im Zusammenhang mit dessen finanziellen Schwierigkeiten stehen, Wahrscheinlichkeit der Insolvenz oder Sanierungsnotwendigkeit des Kreditnehmers sowie das Anzeigen beobachtbarer Daten, dass eine messbare Minderung der erwarteten künftigen Zahlungsströme einer Gruppe von finanziellen Vermögenswerten seit erstmaligem Ansatz eingetreten ist, obwohl die Minderung nicht einem einzelnen finanziellen Vermögenswert der Gruppe zugerechnet werden kann.

Die Ausfallgefährdung eines Kunden ist insbesondere dann zu überprüfen, wenn Anhaltspunkte darauf hindeuten, dass die Bank nicht alle im Kreditvertrag bestimmten und fälligen Forderungen termingerecht erzielen wird. Eine Ausfallgefährdung ist dann gegeben, wenn es für die Bank auf Basis der aktuellen Informationen und Ereignisse wahrscheinlich ist, dass sie nicht alle im Kreditvertrag bestimmten und fälligen Forderungen termingerecht erzielen wird. Dabei kann die Zahlung des Kapitaldienstes in der durch den Kreditvertrag geregelten Höhe oder dem dort geregelten Zeitpunkt in Frage stehen.

Die Risikovorsorge stellt den Erwartungswert der Wertminderungen der Kreditforderungen dar, wobei neben den eingetretenen Wertminderungen auch latente Risiken aus der Struktur und Qualität des Kreditportfolios berücksichtigt werden. Die Bemessung der Risikovorsorge ist aufgrund der verwendeten Verfahren einer Schätzungsunsicherheit unterworfen. Wir halten die gebildete Risikovorsorge für ausreichend.

Grundsätzlich kann die Bemessungsmethodik von der Bedeutung der Forderung für das Kreditinstitut abhängig gemacht werden (signifikante bzw. nicht signifikante Forderungen). Die OLB unterscheidet daher das Mengenkreditgeschäft mit nahezu gleich verteiltem Risiko (homogenes Portfolio), das Einzelkreditgeschäft mit individuellem Risikogehalt (nicht homogenes Kreditportfolio) und die Länderrisiken (s. u.) sowie die dazugehörenden Vorsorgearten:

Nicht-homogenes Portfolio

Zur Berücksichtigung festgestellter individuell signifikanter Ausfälle werden im nicht-homogenen Portfolio Einzelwertberichtigungen (Specific Loan Loss Provision = SLLP) gebildet. Die Höhe bemisst sich – unter Berücksichtigung der diskontierten Sicherheitenwerte – nach dem Unterschiedsbetrag zwischen dem Buchwert der Forderung und dem Barwert der erwarteten Zahlungseingänge auf diese Forderung. Darüber hinaus werden für Wertminderungen im nicht individuell vorgesorgten Forderungsvolumen Portfoliowertberichtigungen (General Loan Loss Provision = GLLP) gebildet, da erwartet werden muss, dass Ausfälle am Bilanzstichtag zwar schlagend geworden sind, diese aber noch nicht identifiziert werden können. Für die Beurteilung der Wertminderung fasst die Bank finanzielle Vermögenswerte mit ähnlichen Risikoeigenschaften zusammen. Die Höhe der Risikovorsorge für das nicht-homogene Portfolio ergibt sich unter Berücksichtigung der diskontierten Sicherheitenwerte aus den historischen Ausfallwahrscheinlichkeiten und abgeleiteten Verlustquoten.

Homogenes Portfolio

Den ermittelten Ausfällen des homogenen Portfolios wird mit pauschalierten Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen. Darüber hinaus werden Pauschalwertberichtigungen für am Bilanzstichtag zwar vorhandene, aber noch nicht identifizierte Ausfälle gebildet. Beide Risikovorsorgebeträge zusammen bilden die Portfolio Loan Loss Provision (PLLP). Die Höhe errechnet sich – unter Berücksichtigung von Sicherheiten – aus den historischen Ausfallwahrscheinlichkeiten und abgeleiteten Verlustquoten.

Jährliche Schätzung der Parameter

Die Parameter zur Ermittlung der GLLP, PLLP und Rückstellungen auf Avale werden jährlich aktualisiert. Für die GLLP und PLLP wird bei Bedarf zusätzlich ein Risikozuschlag im Sinne von IAS 39 AG 89 zur Berücksichtigung konjunkturell bedingter, höherer Insolvenzwahrscheinlichkeiten einkalkuliert.

Länderrisiken

Die Länderrisikovorsorge bildet das Transfer- und Konvertibilitätsrisiko von Forderungen gegenüber Kreditnehmern mit Sitz im Ausland ab. Die Höhe der Vorsorge wird – unter Berücksichtigung werthaltiger Sicherheiten und einer eventuell bestehenden Kundenrisikovorsorge – als erwartete Ausfallquote (Länderrisikovorsorgequote) auf die Kundeninanspruchnahme berechnet.

Zum Bilanzstichtag war eine Länderrisikovorsorge nicht erforderlich.

Risikovorsorge wird grundsätzlich von der betroffenen Bilanzposition abgesetzt. Soweit die Risikovorsorge außerbilanzielles Kreditgeschäft (Eventualverbindlichkeiten, Kreditzusagen) betrifft, wird die gebildete Risikovorsorge hingegen unter den Rückstellungen ausgewiesen.

Ausbuchung von Forderungen

Sobald eine Forderung uneinbringlich ist, wird sie zu Lasten einer bestehenden Einzelwertberichtigung oder aber direkt zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung ausgebucht.

Wertberichtigte Kredite gelten spätestens nach Ablauf von längeren Fristen als für die Zwecke der Rechnungslegung uneinbringlich. Die Länge der Fristen ist insbesondere abhängig von der Besicherung und von unseren Erfahrungswerten. Bestand und Verfolgung unserer rechtlichen Ansprüche werden hiervon nicht berührt.

Eingänge auf abgeschriebene Forderungen

Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam in der Position Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

Restrukturierung von Forderungen

Die Bank nimmt in signifikanten Einzelfällen bei bestimmten Forderungen, die aufgrund verschlechterter wirtschaftlicher Verhältnisse des Kreditnehmers sonst überfällig oder wertgemindert würden, eine Neuverhandlung der Vertragskonditionen vor. Im Rahmen von Troubled Debt Restructuring macht die Bank Zugeständnisse wie Stundung, Zins- oder Kapitalverzicht, Verlängerung der Laufzeit o. ä. an den Kreditnehmer, sodass von einer Einzelwertberichtigung abgesehen werden kann. Nähere Angaben sind im Risikobericht enthalten.

Sachanlagen

Grundstücke und Gebäude sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung werden zu fortgeführten Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten ausgewiesen. Nachträgliche Anschaffungs-/Herstellungskosten werden aktiviert, soweit sie den wirtschaftlichen Nutzen der entsprechenden Vermögenswerte erhöhen. Reparaturen, Wartungen und andere Instandhaltungskosten werden als Aufwand der jeweiligen Periode erfasst. Sachanlagen werden – entsprechend der voraussichtlichen wirtschaftlichen Nutzung – über folgende Zeiträume linear abgeschrieben:

- Gebäude 25 bis 50 Jahre
- Betriebs- und Geschäftsausstattung 3 bis 13 Jahre.

Die Abschreibungen sind unter den Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen. Gewinne oder Verluste aus dem Verkauf von Sachanlagen bzw. bei selbst genutzten Grundstücken und Gebäuden werden unter den Übrigen Erträgen oder den Übrigen Aufwendungen ausgewiesen.

Finanzierungs-Leasingverhältnisse

Die OLB hat einen Vertrag über das Leasing von Geldautomaten und Serviceterminals abgeschlossen, der als Finanzierungs-Leasingverhältnis einzustufen ist und in den Sachanlagen ausgewiesen wird. Die Fälligkeit der Vereinbarungen beträgt zwischen drei und fünf Jahren. Der Barwert der Mindestleasingraten wird auf Basis eines aufgrund der Vertragsbedingungen ermittelten kalkulatorischen Zinssatzes ermittelt. Es werden keine bedingten Mietzahlungen in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Immaterielle Vermögenswerte

Unter dieser Position weisen wir erworbene Software aus, die unter den Sonstigen Verwaltungsaufwendungen linear über die voraussichtliche wirtschaftliche Nutzungsdauer abgeschrieben wird.

Nach erstmaligem Ansatz zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden immaterielle Vermögenswerte mit diesen historischen Werten abzüglich aller kumulierten planmäßigen und außerplanmäßigen Abschreibungen angesetzt. Grundsätzlich werden Hostanwendungen über sieben Jahre und Client-Server-Anwendungen über fünf Jahre abgeschrieben. Die Kosten für die Wartung der Softwareprogramme werden bei Anfall erfolgswirksam erfasst.

Verzinsliche und unverzinsliche Verbindlichkeiten

Verzinsliche und unverzinsliche Verbindlichkeiten werden grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Berücksichtigung direkt zurechenbarer Transaktionskosten bilanziert. Ein Disagio wird zeitanteilig gemäß der Effektivzinsmethode erfolgswirksam abgegrenzt.

Rückstellungen

Rückstellungen werden gemäß IAS 37 gebildet, wenn der Konzern bestehende rechtliche oder faktische Verpflichtungen hat, die aus zurückliegenden Transaktionen oder Ereignissen resultieren. Bei diesen Rückstellungen ist es wahrscheinlich, dass zur Erfüllung der Verpflichtung ein Abfluss von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen erforderlich ist und eine verlässliche Schätzung der Höhe der Verpflichtung möglich ist. Rückstellungen unterliegen einer jährlichen Überprüfung und Neufestsetzung.

Rückstellungen für Bonitätsrisiken in außerbilanziell abgebildeten Kreditzusagen werden zu Lasten der Risikovorsorge im Kreditgeschäft gebildet. Die übrigen Zuführungen zu den Rückstellungen werden grundsätzlich dem Verwaltungsaufwand belastet. Auflösungen werden unter den Positionen, unter denen die Rückstellungen gebildet wurden, erfasst.

Altersversorgungsverpflichtungen

Die Mehrzahl der Mitarbeiter des Konzerns ist in eine betriebliche Altersversorgung eingebunden, die in Form von Altersversorgungs-, Erwerbsunfähigkeits- und Hinterbliebenenrenten gezahlt wird. Der andere Teil der Mitarbeiter erhält eine Kapitalzusage, die bei Erreichen der Altersgrenze, bei Erwerbsunfähigkeit oder bei Tod ausgezahlt wird.

Pensionspläne werden im Allgemeinen durch Zahlungen der entsprechenden Konzerngesellschaften finanziert, darüber hinaus gibt es auch Regelungen mit Eigenbeiträgen der Mitarbeiter.

Für die versicherungsmathematische Berechnung des Barwertes der erdienten Pensionsansprüche, des Netto-Pensionsaufwands sowie ggf. der Mehrkosten aus Änderungen leistungsorientierter Pensionspläne werden die Pensionsverpflichtungen jährlich von unabhängigen qualifizierten Versicherungsmathematikern nach der Projected-Unit-Credit-Method berechnet, es handelt sich dabei um ein Anwartschaftsansammlungsverfahren.

Die Pensionsverpflichtung wird zum Barwert der zum Bewertungsstichtag erdienten Pensionsansprüche angesetzt. Dabei werden ein den aktuellen Marktkonditionen entsprechender Zinssatz (für fristenkongruente, erstklassige, festverzinsliche Industrieanleihen) angewandt und angenommene Lohn- und Gehaltssteigerungen, Rententrends und erwartete Erträge des Planvermögens berücksichtigt. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste – die sich aus erfahrungsbedingten Anpassungen, Änderungen versicherungsmathematischer Annahmen und Planänderungen ergeben – werden über die durchschnittliche Restdienstzeit der Mitarbeiter erfasst, wenn sie 10 % des Barwerts der leistungsorientierten Verpflichtungen oder 10 % des beizulegenden Zeitwerts des Planvermögens übersteigen, wobei der jeweils höhere Wert zugrunde gelegt wird. Der Pensionsaufwand wird unter dem Verwaltungsaufwand als Aufwendungen für Altersversorgung ausgewiesen.

Darüber hinaus erwerben Mitarbeiter eine Anwartschaft auf Versorgungsansprüche aufgrund einer mittelbaren Versorgungszusage. Zur Finanzierung werden unter Beteiligung der Mitarbeiter festgelegte Beiträge an externe Versorgungsträger, unter anderem an den Versicherungsverein des Bankgewerbes a. G.,

Berlin, geleistet. Die Beiträge an die externen Versorgungsträger werden als laufender Aufwand erfasst und in der Position „Verwaltungsaufwand“ als Aufwendungen für Altersversorgung ausgewiesen.

Treuhandgeschäft

Vermögenswerte und Schulden, die der Konzern im eigenen Namen, aber für fremde Rechnung hält, sind nicht in die Bilanz aufgenommen. Die im Rahmen dieser Geschäfte angefallenen Vergütungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung als Provisionsertrag ausgewiesen.

Angaben zur Kapitalflussrechnung

In der Kapitalflussrechnung wird die Veränderung der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente des OLB-Konzerns durch die Zahlungsströme aus laufender Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit dargestellt. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit wird nach der indirekten Methode aus dem Konzernabschluss generiert. Die Zahlungsströme der Investitionstätigkeit, die nach der direkten Methode ermittelt werden, umfassen vor allem Erlöse aus der Veräußerung sowie Zahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen und Sachanlagen. Die Finanzierungstätigkeit, die ebenfalls nach der direkten Methode ermittelt wird, bildet sämtliche Zahlungsströme aus Transaktionen mit Eigenkapital sowie mit Nachrangkapital und Genussrechtskapital ab. Alle übrigen Zahlungsströme werden – internationalen Usancen für Kreditinstitute entsprechend – der laufenden Geschäftstätigkeit zugeordnet. Die dargestellten Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente umfassen den Kassenbestand und das Guthaben bei Zentralnotenbanken.

Schätzunsicherheiten und Ermessensentscheidungen

Schätzunsicherheiten und Ermessensentscheidungen bestehen insbesondere bei zukunftsbezogenen Annahmen. Diese wirken sich unter anderem bei der Bestimmung beizulegender Zeitwerte (Fair Values) sowie im Rahmen der Ermittlung von Pensionsverpflichtungen, bei der Bestimmung der angenommenen Zahlungszeitpunkte und Zahlungsströme sowie der notwendigen Höhe für Rückstellungen, im Rahmen der Risikovorsorgeermittlung und beim Ansatz von latenten Steuern aus.

Rückwirkende Anpassungen

Die vorliegenden Anhangangaben zu Finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten (44a) und (44b) enthalten Anpassungen der Vorjahreszahlen bei den Fair Value-Angaben. Unter Anwendung des IAS 8.41 und IAS 8.42 ergeben sich durch die Verwendung eines veränderten risikoadjustierten Diskontierungszinssatzes korrigierte Werte für den Fair Value der zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierten Positionen „Forderungen an Kunden (netto nach Risikovorsorge)“, „Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten“ und „Verbindlichkeiten ggü. Kunden“ laut nachfolgender Tabelle:

Fair Value (Mio. Euro)	2011 korrigiert	2011 veröffentlicht	Korrektur
Forderungen an Kunden	10.773,9	9.917,4	856,5
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	3.507,7	3.798,1	– 290,4
Verbindlichkeiten ggü. Kunden	7.525,2	7.617,9	– 92,7

Diese Änderung der Anhangangabe hat keine Auswirkung auf die im Vorjahr vorgelegten Abschlusszahlen in der Konzerngesamtergebnisrechnung und in der Konzernbilanz. Es ergeben sich ebenfalls keine Auswirkungen auf das im Vorjahr ausgewiesene verwässerte und unverwässerte Ergebnis je Aktie.

Angaben zu Art und Ausmaß der Risiken

Zusätzlich zu den in einzelnen Anhangangaben enthaltenen Darstellungen zu Risiken aus dem Einsatz von Finanzinstrumenten enthält der Risikobericht weiterführende qualitative und quantitative Informationen, insbesondere zu Kredit-, Markt- und Liquiditätsrisiken.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung und Segmentberichterstattung

02 Zinsüberschuss

Mio. Euro	2012	2011
Zinserträge aus		
Kredit- und Geldmarktgeschäften	458,0	473,9
wertgeminderten finanziellen Vermögenswerten[1]	1,2	1,2
abgeschriebenen finanziellen Vermögenswerten[1]	0,5	0,3
Festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	52,6	55,0
Zinsswaps	18,3	19,6
Laufende Erträge aus		
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen	0,8	1,3
Sonstiges	0,6	0,6
Zinserträge insgesamt	**532,0**	**551,9**
Zinsaufwendungen für		
Einlagen	208,5	224,6
Verbriefte Verbindlichkeiten	22,1	22,1
Nachrangige Verbindlichkeiten	13,8	13,7
Zinsswaps	47,2	42,3
Sonstiges	4,9	4,5
Zinsaufwendungen insgesamt	**296,5**	**307,2**
Zinsüberschuss	**235,5**	**244,7**

1 Aufgelaufen gemäß IAS 39 (Unwinding)

Der gesamte Zinsertrag für finanzielle Vermögenswerte, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, betrug 513,7 Mio. Euro (Vorjahr: 532,3 Mio. Euro). Der gesamte Zinsaufwand für finanzielle Verbindlichkeiten, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, betrug 249,3 Mio. Euro (Vorjahr: 264,9 Mio. Euro).

03 Provisionsüberschuss

Mio. Euro	2012	2011
Wertpapiergeschäft	**52,6**	**50,4**
Erträge	55,5	53,6
Aufwendungen	2,9	3,2
Vermögensverwaltung	**10,0**	**10,2**
Erträge	10,4	10,4
Aufwendungen	0,4	0,2
Zahlungsverkehr	**26,3**	**26,0**
Erträge	28,6	28,0
Aufwendungen	2,3	2,0
Auslandsgeschäft	**2,4**	**2,5**
Erträge	2,4	2,5
Aufwendungen	—	—
Versicherungs-, Bauspar-, Immobiliengeschäft	**15,9**	**13,3**
Erträge	20,5	17,7
Aufwendungen	4,6	4,4
Kreditkartengeschäft	**3,2**	**2,9**
Erträge	7,4	7,3
Aufwendungen	4,2	4,4
Treuhandgeschäft und andere treuhänderische Tätigkeiten	**—**	**0,1**
Erträge	—	0,1
Aufwendungen	—	—
Sonstiges	**–20,2**	**–23,5**
Erträge	10,0	8,4
Aufwendungen	30,2	31,9
Provisionsüberschuss	**90,2**	**81,9**
Erträge	134,8	128,0
Aufwendungen	44,6	46,1

Der unter Sonstiges ausgewiesene Provisionsaufwand ist im Wesentlichen auf die Vergütung des Vertriebes der Allianz in Deutschland für die Geschäftszuführung in Höhe von 27,5 Mio. Euro (Vorjahr: 29,5 Mio. Euro) zurückzuführen.

Der gesamte Provisionsertrag für finanzielle Vermögenswerte, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, betrug 5,2 Mio. Euro (Vorjahr: 6,5 Mio. Euro).

04 Laufendes Handelsergebnis

Bei der Fair Value-Ermittlung von Handelsaktiva und Handelspassiva werden grundsätzlich Börsenkurse zugrunde gelegt. Für nicht börsennotierte Produkte werden die Fair Values nach der Barwertmethode oder anhand geeigneter Optionspreismodelle ermittelt. Im Handelsergebnis ist neben dem realisierten Ergebnis auch das Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten der OLB enthalten, die der Bewertungskategorie „Held for Trading“ zugeordnet sind.

Das Zins- und Dividendenergebnis resultiert aus laufenden Aufwendungen und Erträgen bei Zins- und Aktienprodukten.

Handelsbezogene Provisionen bestehen aus Aufwendungen der Bank für die Börsenabwicklung und verdienten Margen im Devisen- und Edelmetallgeschäft.

Die Position „Effekt aus Grundgeschäften und Derivaten zur Steuerung des Zinsbuches“ zeigt die Bewertungsänderungen dieser Geschäfte.

In der Position Sonstiges sind im Wesentlichen Ergebnisse aus Sicherungsgeschäften bezüglich der aktienbasierten Vorstandsvergütung abgebildet.

04 a Laufendes Handelsergebnis nach Produkten

Mio. Euro	2012	2011
Handel in Zinsprodukten	– 3,8	– 0,4
Handel in Aktienprodukten	0,4	– 2,2
Devisen- und Edelmetallgeschäft	2,5	1,0
Effekt aus Grundgeschäften und Derivaten zur Steuerung des Zinsbuches	– 1,4	0,5
Sonstiges	0,5	– 0,5
Laufendes Handelsergebnis	**– 1,8**	**– 1,6**

04 b Laufendes Handelsergebnis nach Realisierungs- und Bewertungsergebnis

Mio. Euro	2012	2011
Realisierungsergebnis (netto)	– 2,8	– 4,1
Bewertungsergebnis (netto)[1]	– 1,0	0,9
Zuschreibungen	3,0	2,6
Abschreibungen	4,0	1,7
Zins- und Dividendenergebnis im Handel	0,4	0,3
Handelsbezogene Provisionen	1,6	1,3
Laufendes Handelsergebnis	**– 1,8**	**– 1,6**

1 Inklusive Effekt aus Grundgeschäften und Derivaten zur Steuerung des Zinsbuches

Die im Handelsergebnis enthaltenen Ineffektivitäten aus dem Hedge Accounting werden in der Anhangangabe zum Derivategeschäft erläutert.

05 Übrige Erträge

Mio. Euro	2012	2011
Übrige Erträge	40,4	68,0

Die Übrigen Erträge im laufenden Jahr bestehen im Wesentlichen aus Erstattungen für die Übernahme des laufenden Ergebnisses der Allianz Bank durch die Allianz Deutschland AG in Höhe von 39,9 Mio. Euro (Vorjahr: 67,6 Mio. Euro).

06 Verwaltungsaufwand

Mio. Euro	2012	2011
Löhne und Gehälter	117,8	121,3
Soziale Abgaben	23,4	24,2
Gratifikationen, Boni	18,8	19,6
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	16,5	17,8
Laufender Personalaufwand insgesamt	**176,5**	**182,9**
Aufwendungen für EDV	27,7	22,7
Aufwendungen für Vertriebsunterstützung und Serviceleistungen im Rahmen des Allianz-Konzernverbundes	14,7	22,4
Raumkosten	16,0	17,3
Aufwendungen für Werbung und Repräsentation	5,1	5,9
Aufwendungen für Betriebs- und Geschäftsausstattung	2,8	4,5
Sonstige Verwaltungsaufwendungen	29,9	30,7
Sachaufwand vor Laufenden Abschreibungen	**96,2**	**103,5**
Laufende Abschreibungen auf Sachanlagen und Immaterielle Vermögenswerte	**17,0**	**16,6**
Verwaltungsaufwand	**289,7**	**303,0**

In den sonstigen Verwaltungsaufwendungen sind im Wesentlichen Kosten für die Einlagensicherung und Bankenabgabe sowie Kosten für die technische Führung von Kundenkonten und Kundenzahlungsverkehr (EC-Karten, Postversand von Kontoauszügen und Belegbearbeitung von Überweisungsaufträgen) enthalten. Außerdem enthält diese Position Aufwendungen für eingekaufte Dienstleistungen und Beratung, sowie Ausbildungs- und Reisekosten und Kosten für die Nutzung von Marktinformationssystemen.

Im Jahresdurchschnitt beschäftigten wir – ohne Auszubildende – 2.814 Mitarbeiter (Vorjahr: 2.926).

07 Übrige Aufwendungen

Mio. Euro	2012	2011
Übrige Aufwendungen	3,2	1,2

Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um Kulanz- und Schadenersatzzahlungen an unsere Kunden.

08 Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Mio. Euro	2012	2011
Nettoergebnis aus Wertberichtigungen	60,2	108,0
Zuführungen zu Wertberichtigungen	83,4	127,3
Auflösungen von Wertberichtigungen	23,2	19,3
Nettoergebnis aus Rückstellungen	1,2	–2,2
Zuführungen zu Rückstellungen	2,1	0,3
Auflösungen von Rückstellungen	0,9	2,5
Direktabschreibungen	0,1	0,2
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	18,9	17,6
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	**42,6**	**88,4**

09 Realisiertes Ergebnis aus Finanzanlagen und Nicht laufendes Handelsergebnis

Das Ergebnis aus Finanzanlagen umfasst Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse aus Wertpapieren des Finanzanlagebestandes, Beteiligungen und Anteilen an Tochterunternehmen, die nicht konsolidiert werden, sowie den nicht laufenden Teil des Handelsergebnisses.

In der Position Nicht laufendes Handelsergebnis sind die Komponenten enthalten, die nicht dem Laufenden Handelsergebnis zuzurechnen sind. Hier werden Handelsergebnisbeiträge der Spezialfonds AGI-Fonds Weser-Ems und Ammerland abgebildet, die aus dem Abschluss von Derivategeschäften resultieren.

Mio. Euro	2012	2011
Realisierungsergebnis (netto)	21,2	26,2
Bewertungsergebnis (netto)	—	–3,2
Zuschreibungen	—	—
Abschreibungen	—	3,2
Realisiertes Ergebnis aus Finanzanlagen	**21,2**	**23,0**
Realisierungsergebnis (netto)	–2,3	–3,1
Bewertungsergebnis (netto)	0,4	–0,9
Zuschreibungen	0,4	—
Abschreibungen	—	0,9
Nicht laufendes Handelsergebnis	**–1,9**	**–4,0**
Ergebnis aus Finanzanlagen	**19,3**	**19,0**

Das Realisierungsergebnis in Höhe von 21,2 Mio. Euro im Realisierten Ergebnis aus Finanzanlagen resultiert aus Realisierungen von Wertpapieren der Kategorie „Available-for-Sale“ (AfS). Das Bewertungsergebnis liegt bei 0,0 Mio. Euro.

Das Realisierungsergebnis in Höhe von –2,3 Mio. Euro im Nicht laufenden Handelsergebnis resultiert aus dem Ergebnis bei Verkauf oder Fälligkeit von Derivaten in den Spezialfonds. Das Bewertungsergebnis liegt bei 0,4 Mio. Euro.

Mio. Euro	2012	2011
Ergebnis aus dem zur Veräußerung bestimmten Wertpapierbestand	21,2	23,0
Veräußerungs- und Bewertungsergebnis aus verbundenen Unternehmen	—	—
Ergebnis aus sonstigen Finanzanlagen	—	—
Nicht laufendes Handelsergebnis	– 1,9	– 4,0
Ergebnis aus Finanzanlagen	**19,3**	**19,0**

Das Ergebnis aus Finanzanlagen enthält Realisierungsgewinne in Höhe von 2,6 Mio. Euro einer zu Anschaffungskosten in Höhe von 0,4 Mio. Euro erfassten nicht börsennotierten Aktienanlage.

10 Restrukturierungsaufwand

Restrukturierungsaufwendungen beziehen sich auf aufgegebene Aktivitäten oder Geschäftsbereiche, die so klar abgegrenzt sind, dass sie mit der zukünftigen Unternehmensfortführung nicht in Zusammenhang gebracht werden können. Hierzu gehören zukünftige Zahlungen im Rahmen von Altersteilzeit- und Vorruhestandsregelungen sowie Abfindungszahlungen zu den Projekten „Neuausrichtung des Allianz Bank Vertriebes“, und Fortführung der Projekte „ProFil II“ und „Kostenbenchmarking“. Im Jahr 2012 sind keine Restrukturierungsaufwendungen angefallen.

Mio. Euro	2012	2011
Restrukturierungsaufwand	—	5,9

11 Steuern

Mio. Euro	2012	2011
Tatsächliche Steuern (lfd. Jahr)	19,8	2,5
Tatsächliche Steuern (Vorjahre)	– 0,7	– 2,3
Latente Steuern (lfd. Jahr)	– 6,9	– 1,1
Latente Steuern (Vorjahre)	– 2,7	– 2,5
Steuern	**9,5**	**– 3,4**

12 Unverwässertes sowie verwässertes Ergebnis je Aktie

Für das Unverwässerte sowie verwässerte Ergebnis je Aktie wird der Gewinn durch die während des Geschäftsjahres im Umlauf befindliche durchschnittliche gewichtete Aktienanzahl dividiert.

	2012	2011
Gewinn (Mio. Euro)	38,6	16,9
Durchschnittliche Stückzahl im Umlauf befindlicher Aktien (Mio. Stück)	23,3	23,3
Unverwässertes sowie verwässertes Ergebnis je Aktie (Euro)	**1,66**	**0,73**

Es gibt keine Verwässerungseffekte im OLB-Konzern. Ein differenzierter Ausweis des Ergebnisses je Aktie ergibt sich somit nicht.

13 Segmentberichterstattung

Zu Grundlagen und Methoden der Segmentberichterstattung verweisen wir auf die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aus Note 1.

Mio. Euro	Segment OLB Regionalbank	Segment Allianz Bank	Konsolidierung	OLB-Konzern gesamt
				2012
Laufende Erträge	289,3	75,0	—	364,3
Laufende Aufwendungen	215,6	77,3	—	292,9
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	39,6	3,0	—	42,6
Operatives Ergebnis	34,1	–5,3	—	28,8
Ergebnis aus Finanzanlagen	17,6	1,7	—	19,3
Restrukturierungsaufwand	—	—	—	—
Ergebnis vor Steuern (Segmentergebnis)	**51,7**	**–3,6**	**—**	**48,1**
Segmentvermögen in Mrd. Euro	12,6	1,9	–0,1	14,4
Segmentschulden in Mrd. Euro	12,0	1,9	–0,1	13,8
Cost-Income-Ratio in %	74,5	103,1	—	80,4
Risikokapital (Durchschnitt)	456,4	27,3	—	483,7
Risikoaktiva (Durchschnitt)	6.295,5	376,5	—	6.672,0

Mio. Euro	Segment OLB Regionalbank	Segment Allianz Bank	Konsolidierung	OLB-Konzern gesamt
				2011
Laufende Erträge	294,8	98,8	–0,6	393,0
Laufende Aufwendungen	207,4	97,4	–0,6	304,2
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	86,0	2,4	—	88,4
Operatives Ergebnis	1,4	–1,0	—	0,4
Ergebnis aus Finanzanlagen	15,9	3,1	—	19,0
Restrukturierungsaufwand	2,0	3,9	—	5,9
Ergebnis vor Steuern (Segmentergebnis)	**15,3**	**–1,8**	**—**	**13,5**
Segmentvermögen in Mrd. Euro	11,4	2,3	–0,3	13,4
Segmentschulden in Mrd. Euro	10,8	2,3	–0,3	12,8
Cost-Income-Ratio in %	70,4	98,6	—	77,4
Risikokapital (Durchschnitt)	441,7	30,8	—	472,5
Risikoaktiva (Durchschnitt)	6.092,6	424,2	—	6.516,8

Nachfolgend stellen wir die Entwicklung der Unternehmensbereiche dar:

Segment: OLB Regionalbank

Mio. Euro	2012	2011	Veränderungen	Veränderungen (%)
Zinsüberschuss	221,3	227,4	–6,1	–2,7
Provisionsüberschuss	69,7	68,3	1,4	2,0
Laufendes Handelsergebnis	–1,9	–1,6	–0,3	18,8
Übrige Erträge	0,2	0,7	–0,5	–71,4
Laufende Erträge	**289,3**	**294,8**	**–5,5**	**–1,9**
Laufender Personalaufwand	145,6	144,8	0,8	0,6
Direkter Sachaufwand	79,5	74,9	4,6	6,1
Kostenverrechnung zwischen Segmenten	–11,5	–12,5	1,0	–8,0
Verwaltungsaufwand	213,6	207,2	6,4	3,1
Übrige Aufwendungen	2,0	0,2	1,8	>100
Laufende Aufwendungen	**215,6**	**207,4**	**8,2**	**4,0**
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	39,6	86,0	–46,4	–54,0
Operatives Ergebnis	**34,1**	**1,4**	**32,7**	**>100**
Realisiertes Ergebnis aus Finanzanlagen	19,5	19,0	0,5	2,6
Nicht laufendes Handelsergebnis	–1,9	–3,1	1,2	–38,7
Ergebnis aus Finanzanlagen	17,6	15,9	1,7	10,7
Restrukturierungsaufwand	—	2,0	–2,0	–100,0
Ergebnis vor Steuern (Segmentergebnis)	**51,7**	**15,3**	**36,4**	**>100**
Segmentvermögen in Mrd. Euro	12,6	11,4	1,2	10,5
Segmentschulden in Mrd. Euro	12,0	10,8	1,2	11,1
Cost-Income-Ratio in %	74,5	70,4	4,1	5,8
Risikokapital (Durchschnitt)	456,4	441,7	14,7	3,3
Risikoaktiva (Durchschnitt)	6.295,5	6.092,6	202,9	3,3

Wesentliche zahlungsunwirksame Posten vor Steuern, bei denen es sich nicht um planmäßige Abschreibungen handelt:

Mio. Euro	2012	2011
Zuführung aktivische Risikovorsorge	79,7	123,5
Auflösung aktivische Risikovorsorge	24,4	20,2
Rückstellungsbildung	35,9	34,3
Rückstellungsauflösung	6,0	10,1
Nettobetrag aus Zuschreibungen und Abschreibungen auf Handelsinstrumente	–1,0	0,9
Nettobetrag aus Zuschreibungen und Abschreibungen auf Finanzanlagen	–0,4	–3,5
Zinsertrag aus Zinsabgrenzungen	40,3	44,2
Zinsaufwand aus Zinsabgrenzungen	37,8	39,0

Planmäßige Abschreibungen für Sachanlagen und Immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 14,5 Mio. Euro (Vorjahr: 15,0 Mio. Euro) und außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 1,7 Mio. Euro (Vorjahr: 0,0 Mio. Euro) betrafen das Segment OLB Regionalbank.

Im Lagebericht werden die wesentlichen Ergebniskomponenten des Segments OLB Regionalbank erläutert.

Segment: Allianz Bank (Zweigniederlassung der Oldenburgische Landesbank AG)

Mio. Euro	2012	2011	Veränderungen	Veränderungen (%)
Zinsüberschuss	14,2	17,3	–3,1	–17,9
Provisionsüberschuss (brutto)	51,2	46,0	5,2	11,3
Bruttoerträge	**65,4**	**63,3**	**2,1**	**3,3**
Provisionsaufwand Zahlungsverkehr	3,2	2,9	0,3	10,3
Vermittlungsprovisionen	27,5	29,5	–2,0	–6,8
Übrige Erträge	40,3	67,9	–27,6	–40,6
Laufende Erträge	**75,0**	**98,8**	**–23,8**	**–24,1**
Laufender Personalaufwand	30,9	38,1	–7,2	–18,9
Direkter Sachaufwand	33,7	45,8	–12,1	–26,4
Kostenverrechnung zwischen Segmenten	11,5	12,5	–1,0	–8,0
Verwaltungsaufwand	76,1	96,4	–20,3	–21,1
Übrige Aufwendungen	1,2	1,0	0,2	20,0
Laufende Aufwendungen	**77,3**	**97,4**	**–20,1**	**–20,6**
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	3,0	2,4	0,6	25,0
Operatives Ergebnis	**–5,3**	**–1,0**	**–4,3**	**>100**
Ergebnis aus Finanzanlagen	1,7	3,1	–1,4	–45,2
Restrukturierungsaufwand	—	3,9	–3,9	–100,0
Ergebnis vor Steuern (Segmentergebnis)	**–3,6**	**–1,8**	**–1,8**	**100,0**
Segmentvermögen in Mrd. Euro	1,9	2,3	–0,4	–17,4
Segmentschulden in Mrd. Euro	1,9	2,3	–0,4	–17,4
Cost-Income-Ratio in %	103,1	98,6	4,5	4,6
Risikokapital (Durchschnitt)	27,3	30,8	–3,5	–11,4
Risikoaktiva (Durchschnitt)	376,5	424,2	–47,7	–11,2

Wesentliche zahlungsunwirksame Posten vor Steuern, bei denen es sich nicht um planmäßige Abschreibungen handelt:

Mio. Euro	1.1.2012 – 31.12.2012	1.1.2011 – 31.12.2011
Zuführung aktivische Risikovorsorge	3,7	3,8
Auflösung aktivische Risikovorsorge	—	0,4
Rückstellungsbildung	16,6	22,7
Rückstellungsauflösung	6,5	1,3
Nettobetrag aus Zuschreibungen und Abschreibungen auf Handelsinstrumente	—	—
Nettobetrag aus Zuschreibungen und Abschreibungen auf Finanzanlagen	—	0,3
Zinsertrag aus Zinsabgrenzungen	0,5	0,9
Zinsaufwand aus Zinsabgrenzungen	8,3	15,1

Planmäßige Abschreibungen für Sachanlagen und Immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 2,4 Mio. Euro (Vorjahr: 2,5 Mio. Euro) und außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 2,1 Mio. Euro (Vorjahr: 0,0 Mio. Euro) betrafen das Segment Allianz Bank.

Angaben zur Bilanz – Aktiva

14 Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

Mio. Euro	2012	2011
Kassenbestand	81,5	69,3
Guthaben bei Zentralnotenbanken	2,6	75,0
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	2,6	75,0
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	**84,1**	**144,3**

Die Guthaben bei der Deutschen Bundesbank dienen unter anderem dazu, die Mindestreserveanforderungen zu erfüllen.

15 Handelsaktiva

Der Wertpapierhandel auf eigene Rechnung war bislang von keiner strategischen Bedeutung. Der Eigenhandel wurde aufgegeben und bis Jahresende wurden die Positionen abgebaut. Das Kundengeschäft mit Devisen und Zinssicherungsinstrumenten wird in gewohnter Weise weitergeführt.

Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten sind unter den Handelsaktiva ausgewiesen. Zinszahlungen der als Sicherungsinstrumente eingesetzten Derivate zur Steuerung des Zinsbuches werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Mio. Euro	2012	2011
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	—	0,7
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	10,1	15,7
Positive Marktwerte der als Sicherungsinstrumente eingesetzten Zinsswaps des Bankbuches	—	—
Positive Marktwerte aus Sicherung der aktienbezogenen Vergütung	4,0	2,1
Sonstige Handelsbestände	—	—
Handelsaktiva	**14,1**	**18,5**

16 Forderungen an Kreditinstitute

	2012			2011		
Mio. Euro	Inland	Ausland	Gesamt	Inland	Ausland	Gesamt
Börsen- und Zahlungsabwicklung	9,4	8,1	17,5	5,0	6,1	11,1
Sonstige Forderungen	247,0	150,1	397,1	783,1	130,0	913,1
Kredite	—	—	—	—	—	—
Forderungen an Kreditinstitute	**256,4**	**158,2**	**414,6**	**788,1**	**136,1**	**924,2**
abzüglich: Risikovorsorge	0,1	—	0,1	0,1	—	0,1
Forderungen an Kreditinstitute (nach Risikovorsorge)	**256,3**	**158,2**	**414,5**	**788,0**	**136,1**	**924,1**

17 Forderungen an Kunden

Mio. Euro	2012 Inland	2012 Ausland	2012 Gesamt	2011 Inland	2011 Ausland	2011 Gesamt
Firmenkunden	4.204,9	30,1	4.235,0	3.992,1	26,1	4.018,2
Öffentliche Haushalte	30,3	—	30,3	6,2	—	6,2
Privatkunden	6.108,3	42,7	6.151,0	5.852,6	45,3	5.897,9
Forderungen an Kunden	**10.343,5**	**72,8**	**10.416,3**	**9.850,9**	**71,4**	**9.922,3**
abzüglich: Risikovorsorge	77,6	—	77,6	130,0	—	130,0
Forderungen an Kunden (nach Risikovorsorge)	**10.265,9**	**72,8**	**10.338,7**	**9.720,9**	**71,4**	**9.792,3**

Die Forderungen an Kunden werden banküblich besichert. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Grundpfandrechte, schuldrechtliche Sicherungsvereinbarungen, Depots und sonstige Barunterlegungen.

Im Rahmen von Hedge Accounting wurden seit Beginn der Hedgebeziehungen aufgelaufene positive bereinigte Marktwertveränderungen in Höhe von 92,3 Mio. Euro (Vorjahr: 76,0 Mio. Euro) den fortgeführten Anschaffungskosten zugerechnet.

17 a Aufgliederung nach Branchen (vor Risikovorsorge)

Mio. Euro	2012 Inland	2012 Ausland	2012 Gesamt	2011 Inland	2011 Ausland	2011 Gesamt
Verarbeitendes Gewerbe	544,2	7,6	551,8	534,5	8,0	542,5
Baugewerbe	126,5	—	126,5	123,5	0,1	123,6
Handel	401,1	7,0	408,1	360,6	2,8	363,4
Finanzierungsinstitutionen und Versicherungsunternehmen	7,8	—	7,8	7,8	—	7,8
Transport	452,0	9,0	461,0	505,3	9,2	514,5
Dienstleistungen	1.013,4	6,5	1.019,9	955,6	5,6	961,2
Energie- und Wasserversorgung	1.413,1	—	1.413,1	1.314,2	—	1.314,2
Sonstige	246,8	—	246,8	190,6	0,4	191,0
Firmenkunden	4.204,9	30,1	4.235,0	3.992,1	26,1	4.018,2
Öffentliche Haushalte	30,3	—	30,3	6,2	—	6,2
Privatpersonen	6.108,3	42,7	6.151,0	5.852,6	45,3	5.897,9
Forderungen an Kunden	**10.343,5**	**72,8**	**10.416,3**	**9.850,9**	**71,4**	**9.922,3**

17 b Aufgliederung nach Geschäftsarten (vor Risikovorsorge)

Mio. Euro	2012 Inland	2012 Ausland	2012 Gesamt	2011 Inland	2011 Ausland	2011 Gesamt
Kredite	10.327,5	72,8	10.400,3	9.840,7	71,4	9.912,1
darunter: Hypothekendarlehen	—	—	—	—	—	—
darunter: Kommunalkredite	108,6	1,3	109,9	114,7	1,0	115,7
darunter: Andere durch Grundpfandrechte gesicherte Kredite	4.859,7	29,2	4.888,9	4.824,8	31,2	4.856,0
Sonstige Forderungen	16,0	—	16,0	10,2	—	10,2
Forderungen an Kunden	**10.343,5**	**72,8**	**10.416,3**	**9.850,9**	**71,4**	**9.922,3**

Als Sicherheitsleistungen für eigene Verbindlichkeiten wurden Forderungen an Kunden in Höhe von 2.838,9 Mio. Euro (Vorjahr: 2.678,4 Mio. Euro) übertragen.

18 Kreditvolumen

Im Kreditvolumen werden nur solche Forderungen gezeigt, für die besondere Kreditvereinbarungen mit den Kreditnehmern geschlossen wurden.

Mio. Euro	2012 Inland	2012 Ausland	2012 Gesamt	2011 Inland	2011 Ausland	2011 Gesamt
Firmenkunden	4.204,9	30,1	4.235,0	3.985,0	26,0	4.011,0
Öffentliche Haushalte	30,3	—	30,3	6,2	—	6,2
Privatkunden	6.107,8	42,7	6.150,5	5.851,8	45,3	5.897,1
Kredite an Kunden	10.343,0	72,8	10.415,8	9.843,0	71,3	9.914,3
Kredite an Kreditinstitute	—	—	—	—	—	—
Kreditvolumen	**10.343,0**	**72,8**	**10.415,8**	**9.843,0**	**71,3**	**9.914,3**
abzüglich: Risikovorsorge	77,6	—	77,6	130,0	—	130,0
Kreditvolumen (nach Risikovorsorge)	**10.265,4**	**72,8**	**10.338,2**	**9.713,0**	**71,3**	**9.784,3**

19 Entwicklung des Bestands an Risikovorsorge

Neben der in der Bilanz aktivisch abgesetzten Risikovorsorge in Höhe von 77,6 Mio. Euro (Vorjahr: 130,0 Mio. Euro) sind im Bestand der Risikovorsorge auch die passivisch ausgewiesenen Rückstellungen in Höhe von 3,9 Mio. Euro (Vorjahr: 4,1 Mio. Euro) für Eventualverbindlichkeiten enthalten.

Mio. Euro	SLLP	PLLP	GLLP[3]	Rückstellungen	Gesamt
Bestand zum 1. Januar 2012	**92,3**	**11,4**	**26,3**	**4,1**	**134,1**
Verbrauch	98,1	13,3	—	1,4	112,8
Auflösungen[1]	7,3	—	15,9	0,9	24,1
Auflösungen aus Unwinding[2]	1,2	—	—	—	1,2
Zuführungen	60,8	14,9	7,7	2,1	85,5
Umbuchung	—	—	—	—	—
Bestand zum 31. Dezember 2012	**46,5**	**13,0**	**18,1**	**3,9**	**81,5**

1 Ohne Unwinding
2 Zugunsten von Zinserträgen aus wertgeminderten, finanziellen Vermögenswerten, aufgelaufen gemäß IAS 39 (Unwinding)
3 Davon betreffen 0,0 Mio. Euro Veränderungen der Position Forderungen an Kreditinstitute und 0,1 Mio. Euro den Bestand dieser Position.

20 Finanzanlagen

Die Finanzanlagen, die der Kategorie Available-for-Sale (AfS-Bestand) zugeordnet werden, beinhalten Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen sowie Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen.

Per 31. Dezember 2012 waren in den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren (Fair Value) sowie in den Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren Wertpapiere in Höhe von 1.478,4 Mio. Euro (Vorjahr: 1.176,4 Mio. Euro) enthalten, die aus dem Passivüberhang des übernommenen Kundengeschäfts der Allianz Bank finanziert wurden.

Der Finanzanlagebestand gliedert sich wie folgt:

Mio. Euro	2012	2011
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (Fair Value)	3.306,9	2.238,8
Aktien (Fair Value)	—	4,3
Aktien (at Cost)	1,1	1,9
Investmentfonds (Fair Value)	44,9	13,0
Wertpapiere insgesamt	3.352,9	2.258,0
Beteiligungen (at Cost)	0,9	0,9
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen (at Cost)	0,1	—
Finanzanlagen	**3.353,9**	**2.258,9**

Die Buchwerte der zu Anschaffungskosten bewerteten Beteiligungen betrugen 0,9 Mio. Euro (Vorjahr: 0,9 Mio. Euro).

Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen (at Cost) in Höhe von 52 Tsd. Euro (Vorjahr: 26 Tsd. Euro) sind kaufmännisch gerundet ausgewiesen.

20 a Aufgliederung der Schuldverschreibungen und anderer festverzinslicher Wertpapiere

Mio. Euro	2012	2011
Anleihen und Schuldverschreibungen von öffentlichen Emittenten	1.220,6	650,1
Anleihen und Schuldverschreibungen von anderen Emittenten	2.086,3	1.588,7
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	**3.306,9**	**2.238,8**
darunter: börsenfähige Werte	3.289,9	2.186,0
darunter: börsennotiert	3.289,9	2.186,0

Im Jahr 2013 werden Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere mit einem Nominalvolumen in Höhe von 352,0 Mio. Euro fällig (Vorjahr: 383,0 Mio. Euro).

20b Aufgliederung der Aktien und anderer nicht festverzinslicher Wertpapiere

Mio. Euro	2012	2011
Aktien	1,1	6,2
Sonstige	45,8	13,9
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	**46,9**	**20,1**
darunter: börsenfähige Werte	30,1	10,3
darunter: börsennotiert	30,1	10,3

Bei den sonstigen nicht festverzinslichen Wertpapieren handelt es sich im Wesentlichen um Anteile an Investmentfonds.

20c Bestandsentwicklung

Mio. Euro	2012		2011	
	Beteiligungen	Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen	Beteiligungen	Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen
Historische Anschaffungskosten	0,9	—	0,9	—
Historische Zuschreibungen	—	—	—	—
Historische Abschreibungen	—	—	—	—
Buchwert zum 1. Januar	**0,9**	**—**	**0,9**	**—**
Zugänge bewertet zu Anschaffungskosten	—	—	—	—
Abgänge bewertet zu Anschaffungskosten	—	—	—	—
In den Abgängen des Jahres enthaltene historische Zuschreibungen	—	—	—	—
In den Abgängen des Jahres enthaltene historische Abschreibungen	—	—	—	—
Zugänge durch Umbuchungen	—	0,1	—	—
Abgänge durch Umbuchungen	—	—	—	—
Bestandsveränderungen des Geschäftsjahres	**—**	**0,1**	**—**	**—**
Zuschreibungen des Geschäftsjahres	—	—	—	—
Abschreibungen des Geschäftsjahres	—	—	—	—
Bewertungsänderungen des Geschäftsjahres	**—**	**—**	**—**	**—**
Buchwert zum 31. Dezember	**0,9**	**0,1**	**0,9**	**—**

Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen beinhalten zum 31. Dezember 2012 den Buchwert der nicht konsolidierten 100 %igen Tochtergesellschaften OLB-Immobiliendienst GmbH, Oldenburg und OLB Service GmbH, Oldenburg in Höhe von jeweils 26 Tsd. Euro.

21 Sachanlagen

Mio. Euro	2012 Grundstücke und Gebäude	2012 Betriebs- und Geschäftsausstattung	2012 Gesamt	2011 Grundstücke und Gebäude	2011 Betriebs- und Geschäftsausstattung	2011 Gesamt
Historische Anschaffungskosten	146,0	128,5	274,5	149,3	120,0	269,3
Historische Zuschreibungen	—	—	—	—	—	—
Historische Abschreibungen	84,5	92,5	177,0	83,6	85,0	168,6
Buchwert zum 1. Januar	**61,5**	**36,0**	**97,5**	**65,7**	**35,0**	**100,7**
Zugänge bewertet zu Anschaffungskosten	—	8,4	8,4	—	11,8	11,8
Abgänge bewertet zu Anschaffungskosten	—	10,0	10,0	2,5	3,0	5,5
In den Abgängen des Jahres enthaltene historische Zuschreibungen	—	—	—	—	—	—
In den Abgängen des Jahres enthaltene historische Abschreibungen	—	9,8	9,8	1,7	2,0	3,7
Zugänge durch Umbuchungen	—	—	—	—	—	—
Abgänge durch Umbuchungen	—	—	—	—	—	—
Bestandsveränderungen des Geschäftsjahres	**—**	**8,2**	**8,2**	**–0,8**	**10,8**	**10,0**
Zuschreibungen des Geschäftsjahres	—	—	—	—	—	—
Abschreibungen des Geschäftsjahres (planmäßig)	3,3	10,9	14,2	3,4	9,8	13,2
Abschreibungen des Geschäftsjahres (außerplanmäßig)	—	0,5	0,5	—	—	—
Bewertungsänderungen des Geschäftsjahres	**–3,3**	**–11,4**	**–14,7**	**–3,4**	**–9,8**	**–13,2**
Buchwert zum 31. Dezember	**58,2**	**32,8**	**91,0**	**61,5**	**36,0**	**97,5**
nachrichtlich: kumulierte Abschreibung zum 31. Dezember	87,8	94,1	181,9	85,3	92,8	178,1

Im Konzern wurden Grundstücke und Gebäude mit einem Buchwert von 58,2 Mio. Euro genutzt (Vorjahr: 61,7 Mio. Euro).

Im Geschäftsjahr 2012 wurden keine Zuschreibungen (Wertaufholungen) aufgrund früherer Abschreibungen (Wertminderungen) vorgenommen.

Alle außerplanmäßigen Abschreibungen wurden im Jahr der Abschreibung im Sachaufwand erfasst.

Zum Bilanzstichtag waren wie im Vorjahr keine Sachanlagen als Sicherheitsleistungen für eigene Verbindlichkeiten übertragen.

21 a Finanzierungs-Leasingverhältnisse

Die OLB hat einen Vertrag über das Leasing von Geldautomaten und Serviceterminals abgeschlossen, der als Finanzierungs-Leasingverhältnis einzustufen ist und in den Sachanlagen ausgewiesen wurde. Der Nettobuchwert der angeschafften Geräte betrug zum Jahresende 0,2 Mio. Euro (Vorjahr: 0,3 Mio. Euro). Die Fälligkeit der Vereinbarungen mit Mindestleasingraten in Höhe von 0,3 Mio. Euro (Vorjahr: 0,4 Mio. Euro) liegt zwischen drei und fünf Jahren. Der Barwert dieser Mindestleasingraten wurde auf Basis eines aufgrund der Vertragsbedingungen ermittelten kalkulatorischen Zinssatzes ermittelt und verteilt sich auf den Zeitraum bis zu einem Jahr mit 0,1 Mio. Euro (Vorjahr: 0,2 Mio. Euro) und auf den Zeitraum von 1 bis zu 5 Jahren mit 0,2 Mio. Euro (Vorjahr: 0,2 Mio. Euro). Es sind keine bedingten Mietzahlungen in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst worden.

22 Immaterielle Vermögenswerte

Mio. Euro	2012	2011
Historische Anschaffungskosten	28,3	23,7
Historische Zuschreibungen	—	—
Historische Abschreibungen	18,3	15,7
Buchwert zum 1. Januar	**10,0**	**8,0**
Zugänge bewertet zu Anschaffungskosten	6,0	4,6
Abgänge bewertet zu Anschaffungskosten	0,8	—
In den Abgängen des Jahres enthaltene historische Zuschreibungen	—	—
In den Abgängen des Jahres enthaltene historische Abschreibungen	0,8	—
Zugänge durch Umbuchungen	—	—
Abgänge durch Umbuchungen	—	—
Bestandsveränderungen des Geschäftsjahres	**6,0**	**4,6**
Zuschreibungen des Geschäftsjahres	—	—
Abschreibungen des Geschäftsjahres (planmäßig)	2,8	2,6
Abschreibungen des Geschäftsjahres (außerplanmäßig)	3,3	—
Bewertungsänderungen des Geschäftsjahres	**–6,1**	**–2,6**
Buchwert zum 31. Dezember	**9,9**	**10,0**
nachrichtlich: kumulierte Abschreibungen zum 31. Dezember	23,6	18,3

Bei den Immateriellen Vermögenswerten handelt es sich um Software.

Alle außerplanmäßigen Abschreibungen wurden im Jahr der Abschreibung im Sachaufwand erfasst.

23 Sonstige Aktiva

Mio. Euro	2012	2011
Zinsabgrenzung	40,8	45,1
Positive Marktwerte aus Sicherungsderivaten des Bankbuches	—	—
Sonstige Vermögenswerte	42,9	33,8
Sonstige Aktiva	**83,7**	**78,9**

In den sonstigen Vermögenswerten sind neben den Forderungen an die Allianz Deutschland AG wegen eines für das Jahr 2012 noch offenen Teilbetrages der zu erstattenden Aufwendungen für den Betrieb des Allianz Bankgeschäftes in Höhe von 12,4 Mio. Euro (Vorjahr: 8,4 Mio. Euro) außerdem Forderungen aus dem Personalbereich in Höhe von 2,8 Mio. Euro für Altersteilzeit (Vorjahr: 3,8 Mio. Euro) enthalten. Im Jahr 2012 bestand ausgelagertes Planvermögen im Rahmen eines „Contractual Trust Agreement“ (CTA) für Altersteilzeitverpflichtungen in Höhe von 4,6 Mio. Euro (Vorjahr: 3,6 Mio. Euro) und wurde in der Position Andere Rückstellungen gegen Sonstige Aktiva saldiert.

Darüber hinaus sind diverse Provisionsforderungen und zum Einzug erhaltene Papiere enthalten.

24 Ertragsteueransprüche

Mio. Euro	2012	2011
Ertragsteueransprüche	**8,8**	**19,9**

Die Ertragsteueransprüche beziehen sich auf Steuerpositionen gemäß IAS 12, d. h., in dieser Bilanzposition werden Ertragsteueransprüche aus Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer als Steuern vom Einkommen und Ertrag gezeigt. Weitere Steuerforderungen aus sonstigen Steuern werden in der Bilanzposition Sonstige Aktiva ausgewiesen.

25 Übertragene Vermögenswerte

Es wurden Schuldverschreibungen im Rahmen von Repo-Geschäften, Sicherheitenverpfändungen und Offenmarktgeschäften übertragen, deren Zinsänderungs- und Adressenausfallrisiken bei der Bank verbleiben. Die Bank bilanziert diese Schuldverschreibungen in den Finanzanlagen zum Fair Value in Höhe von 1.587,7 Mio. Euro (Vorjahr: 403,6 Mio. Euro). Die zugehörigen Verbindlichkeiten betragen 1.486,2 Mio. Euro (Vorjahr: 320,2 Mio. Euro). Diese Verbindlichkeiten sind in den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und Kreditinstituten und als negative Marktwerte aus Swapvereinbarungen in den Sonstigen Passiva ausgewiesen.

Im Rahmen des Refinanzierungsgeschäfts mit Instituten und Versicherungen wurden aus einem Gesamtbestand an Kundenforderungen in Höhe von 2.838,9 Mio. Euro (Vorjahr: 2.686,5 Mio. Euro) Forderungen an die Refinanzierer übertragen, deren Zinsänderungs- und Adressenausfallrisiken bei der Bank verbleiben. Der Fair Value der Kundenforderungen des Refinanzierungsgeschäfts betrug 3.111,4 Mio. Euro (Vorjahr: 2.930,8 Mio. Euro). Die zugehörigen Verbindlichkeiten der Refinanzierungsgelder betrugen 2.836,0 Mio. Euro (Vorjahr: 2.683,6 Mio. Euro). Diese sind in den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und Kreditinstituten ausgewiesen.

Angaben zur Bilanz – Passiva

26 Handelspassiva

Mio. Euro	2012	2011
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	10,0	15,7
Negative Marktwerte aus Sicherungsderivaten außerhalb des Hedge Accounting	—	—
Negative Marktwerte aus Sicherung der aktienbezogenen Vergütung	—	—
Handelspassiva	**10,0**	**15,7**

27 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Mio. Euro	2012	2011
Sichteinlagen	115,0	98,4
Verbindlichkeiten aus Repo-Geschäften	662,5	228,7
genommene Barsicherheiten	7,8	—
Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe	55,0	75,0
Börsen- und Zahlungsabwicklung	29,1	4,5
Termineinlagen	331,6	313,6
Befristete andere Verbindlichkeiten	2.820,6	2.676,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	**4.021,6**	**3.397,0**
davon inländische Kreditinstitute	4.000,5	3.380,5
davon ausländische Kreditinstitute	21,1	16,5

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beinhalten festverzinsliche Verbindlichkeiten von 3.877,5 Mio. Euro (Vorjahr: 3.294,2 Mio. Euro) sowie variabel verzinsliche Verbindlichkeiten von 144,1 Mio. Euro (Vorjahr: 102,8 Mio. Euro).

Die erhaltenen Barmittel im Zuge der Übertragung von Vermögenswerten bei gleichzeitiger Vereinbarung von Rückkaufverpflichtungen im Rahmen von Repo-Geschäften inklusive genommener Barsicherheiten betrugen 670,3 Mio. Euro (Vorjahr: 228,7 Mio. Euro).

28 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Mio. Euro	2012	2011
Sichteinlagen	4.198,4	3.621,1
Verbindlichkeiten aus Repo-Geschäften	653,3	—
Spareinlagen	2.162,4	2.083,5
Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe	706,2	759,2
Börsen- und Zahlungsabwicklung	38,1	35,5
Termineinlagen	453,0	1.032,8
Befristete andere Verbindlichkeiten	10,1	12,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	**8.221,5**	**7.544,5**

28 a Aufgliederung nach Kundengruppen

Mio. Euro	2012 Inland	2012 Ausland	2012 Gesamt	2011 Inland	2011 Ausland	2011 Gesamt
Firmenkunden	2.934,4	27,6	2.962,0	2.354,8	30,0	2.384,8
Öffentliche Haushalte	192,0	—	192,0	165,8	—	165,8
Privatkunden	5.006,1	61,4	5.067,5	4.944,3	49,6	4.993,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	**8.132,5**	**89,0**	**8.221,5**	**7.464,9**	**79,6**	**7.544,5**

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden beinhalten festverzinsliche Verbindlichkeiten in Höhe von 3.511,4 Mio. Euro (Vorjahr: 3.476,2 Mio. Euro) sowie variabel verzinsliche Verbindlichkeiten in Höhe von 4.710,1 Mio. Euro (Vorjahr: 4.068,3 Mio. Euro).

Die erhaltenen Barmittel im Zuge der Übertragung von Vermögenswerten bei gleichzeitiger Vereinbarung von Rückkaufverpflichtungen im Rahmen von Repo-Geschäften betrugen 653,3 Mio. Euro (Vorjahr: 0,0 Mio. Euro). Kontrahent ist in zwei Fällen die Bundesrepublik Deutschland, sodass diese Verbindlichkeiten unter inländischen öffentlichen Haushalten ausgewiesen werden. Die übrigen Geschäfte werden über eine zentrale Clearingstelle der Börse (Nichtbank) abgewickelt. Diese Verbindlichkeiten werden unter inländischen Firmenkunden ausgewiesen.

29 Verbriefte Verbindlichkeiten

Mio. Euro	2012	2011
Begebene Schuldverschreibungen	812,9	1.161,7
Verbriefte Verbindlichkeiten	**812,9**	**1.161,7**

Verbriefte Verbindlichkeiten setzen sich ausschließlich aus begebenen eigenen Schuldverschreibungen zusammen. Von den begebenen Schuldverschreibungen werden im Jahr 2013 Tranchen mit einem Nominalwert von 319,0 Mio. Euro (Vorjahr: 192,4 Mio. Euro) fällig. Die Verbrieften Verbindlichkeiten enthalten variabel verzinsliche Anleihen in Höhe von 403,7 Mio. Euro (Vorjahr: 522,0 Mio. Euro).

30 Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten

Mio. Euro	2012	2011
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	127,6	135,5
Andere Rückstellungen	59,0	64,7
Zinsabgrenzung	46,1	54,1
Negative Marktwerte aus Sicherungsderivaten im Hedge Accounting	152,5	109,4
Andere Verbindlichkeiten	22,7	26,0
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten	**407,9**	**389,7**

Die Rückstellungen sind überwiegend mittel- bis langfristiger Natur.

Andere Rückstellungen betreffen im Wesentlichen Abschlussvergütungen, die Geschäftsplanvergütung im Vertrieb der Allianz Bank, Altersteilzeit sowie Rückstellungen für Avalverbindlichkeiten.

In den Anderen Verbindlichkeiten sind unter anderem noch nicht abgerechnete Lieferungen und Leistungen sowie noch abzuführende Gehaltsabzüge enthalten. In den Anderen Verbindlichkeiten sind Ertragsteuerschulden in Höhe von 7,2 Mio. Euro (Vorjahr: 6,4 Mio. Euro) enthalten.

31 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Mio. Euro	2012	2011	2010	2009	2008
Pensionsverpflichtungen zum 1. Januar	**163,1**	**155,3**	**131,7**	**112,4**	**120,0**
Abzüglich versicherungsmathematischem Verlust zum 1. Januar	27,6	26,7	9,6	5,6	19,0
Ausgewiesene Pensionsrückstellungen zum 1. Januar	**135,5**	**128,6**	**122,1**	**106,8**	**101,0**
Laufender Dienstzeitaufwand	4,6	5,1	3,4	2,8	3,1
Kalkulatorischer Zinsaufwand	7,8	7,5	6,9	6,6	6,5
Erwarteter Vermögensertrag	– 0,8	– 0,3	– 0,1	—	—
Tilgung der Kosten aus Planänderung	—	—	1,6	—	—
Tilgung der versicherungsmathematischen Gewinne (–)/Verluste (+)	0,9	0,8	—	0,1	—
Netto-Pensionsaufwand	**12,5**	**13,1**	**11,8**	**9,5**	**9,6**
Amortisation und Transfer	– 0,1	– 0,1	0,4	11,1	0,5
Pensionszusagen durch Entgeltumwandlung	– 0,7	– 0,8	– 0,7	– 0,6	0,3
Dotierung zum Beitragsorientierten Pensionsvertrag	– 14,2	—	—	—	—
Erbrachte Pensionsleistungen im Berichtsjahr	– 5,4	– 5,3	– 5,0	– 4,7	– 4,6
Ausgewiesene Pensionsrückstellungen zum 31. Dezember	**127,6**	**135,5**	**128,6**	**122,1**	**106,8**
Versicherungsmathematischer Verlust zum 31. Dezember	64,3	27,6	26,7	9,6	5,6
Gesamte Pensionsverpflichtungen zum 31. Dezember	**191,9**	**163,1**	**155,3**	**131,7**	**112,4**

Im Folgenden werden die Veränderungen beim Verpflichtungsumfang und beim Zeitwert des Fondsvermögens sowie der Stand der Bilanzwerte für die verschiedenen leistungsorientierten Pensionspläne dargestellt.

Mio. Euro	2012	2011
Veränderung des Verpflichtungsumfanges		
Barwert der erdienten Pensionsansprüche zum 1. Januar	170,6	160,8
Laufender Dienstzeitaufwand	4,6	5,1
Kalkulatorischer Zinsaufwand	7,8	7,5
Mitarbeiterbeiträge	1,1	0,9
Kosten aus Planänderungen	—	—
Versicherungsmathematische Gewinne (–)/Verluste (+)	37,6	1,7
Pensionszahlungen	– 5,4	– 5,3
Akquisitionen	—	—
Zugänge (+) / Abgänge (-)	– 0,1	– 0,1
Barwert der erdienten Pensionsansprüche 31. Dezember[1]	**216,2**	**170,6**
Veränderung im Zeitwert des Fondsvermögens		
Zeitwert des Fondsvermögens zum 1. Januar	7,5	5,5
Erwarteter Vermögensertrag	0,8	0,3
Versicherungsmathematische Gewinne (+)/Verluste (–)	—	—
Arbeitgeberbeiträge	14,9	0,8
Mitarbeiterbeiträge	1,1	0,9
Übertragungen	—	—
Zeitwert des Fondsvermögens zum 31. Dezember	24,3	7,5
Finanzierungsstatus zum 31. Dezember	191,9	163,1
Nicht getilgte versicherungsmathematische Gewinne (+)/Verluste (–)	– 64,3	– 27,6
Bilanzwert zum 31. Dezember	**127,6**	**135,5**

1 Davon von Konzernunternehmen zum 31. Dezember 2012 direkt zugesagt 178,9 Mio. Euro (Vorjahr: 163,7 Mio. Euro) sowie mit Fondsvermögen hinterlegt 37,3 Mio. Euro (Vorjahr: 6,9 Mio. Euro). Der beizulegende Zeitwert des zugehörigen Planvermögens betrug zum 31. Dezember 2012 24,3 Mio. Euro (Vorjahr: 7,5 Mio. Euro).

Die tatsächlichen Vermögenserträge aus dem Fondsvermögen beliefen sich im Geschäftsjahr 2012 auf 0,8 Mio. Euro (Vorjahr: 0,3 Mio. Euro).

Fondsvermögen

Bezogen auf den Zeitwert des Fondsvermögens, stellt sich die aktuelle Allokation der Vermögenswerte (gewichtete Durchschnitte) folgendermaßen dar:

%	2012	2011
Aktien	2,8	6,9
Anleihen	11,4	27,5
Immobilien	0,4	0,7
Sonstige	85,4	64,9
Gesamt	**100,0**	**100,0**

Der Großteil des unter der Position Sonstige ausgewiesenen Fondsvermögens entfällt auf Rückdeckungsversicherungen.

Die wichtigsten Kennzahlen für leistungsorientierte Pensionspläne:

Mio. Euro	2012	2011	2010	2009	2008
Barwert der erdienten Pensionsansprüche	216,2	170,6	160,8	133,2	112,4
Zeitwert des Fondsvermögens	24,3	7,5	5,5	1,5	—
Finanzierungsstatus	191,9	163,1	155,3	131,7	112,4
Versicherungsmathematische Gewinne (–)/Verluste (+) aus erfahrungsbedingten Anpassungen für:					
Verpflichtungsumfang	– 3,5	2,1	4,6	– 4,0	– 0,6
Fondsvermögen	—	—	– 1,2	—	—

Bewertungsprämissen

Bei den Berechnungen werden aktuelle, versicherungsmathematisch entwickelte biometrische Wahrscheinlichkeiten zugrunde gelegt. Des Weiteren kommen Annahmen über die künftige Fluktuation in Abhängigkeit von Alter und Dienstjahren ebenso zur Anwendung wie konzerninterne Pensionierungswahrscheinlichkeiten.

Die gewichteten Annahmen für die Ermittlung des Barwertes der erdienten Pensionsansprüche sowie für die Ermittlung des Netto-Pensionsaufwands stellen sich wie folgt dar:

%	2012	2011	2010	2009	2008
Zinsfuß für die Abzinsung	3,25	4,75	4,75	5,25	6,00
Erwarteter Vermögensertrag	4,58	4,70	4,70	5,40	—
Erwartete Gehaltssteigerung	2,50	2,50	2,50	2,30	3,30
Erwartete Rentensteigerung	1,90	1,90	1,90	1,70	2,30

Die Festlegung der langfristig erwarteten Vermögensrendite je Anlageklasse basiert auf Kapitalmarktstudien.

Für den Netto-Pensionsaufwand gelten die jeweiligen Annahmen zum Bilanzstichtag des vorhergehenden Geschäftsjahres. Bezüglich der Annahmen zum erwarteten Vermögensertrag ist der jeweilige Wert des aktuellen Jahres maßgeblich.

Die Annahmen zum Rechnungszins spiegeln die Marktverhältnisse am Bilanzstichtag für erstklassige festverzinsliche Anleihen entsprechend der Währung und der Duration der Pensionsverbindlichkeiten wider. Insbesondere der Rechnungszins führt zu einer Unsicherheit mit einem erheblichen Risiko. Eine Veränderung des Rechnungszinses um 0,25 Prozentpunkte hätte einen Effekt von 8,1 Mio. Euro auf den Barwert der erdienten Pensionsansprüche. Im Wesentlichen durch die Veränderung des Rechnungszinssatzes um 150 Basispunkte stieg der versicherungsmathematische Verlust von 27,6 Mio. Euro auf 64,3 Mio. Euro.

Als Rechnungsgrundlagen wurden die Allianztafeln „AT2010GA“ verwendet. Es handelt sich hierbei um unternehmensspezifisch modifizierte „Richttafeln 2005 G“ der Heubeck-Richttafeln-GmbH, Köln. Wie im Vorjahr galten die versicherungsmathematischen Annahmen sowohl für tariflich als auch für außertariflich Angestellte.

Zur Finanzierung der Pensionszusage durch Entgeltumwandlung wurden Rückdeckungsversicherungen bei der Allianz Lebensversicherungs-AG abgeschlossen. Die Leistungen aus der Pensionszusage entsprechen den Leistungen aus der Rückdeckungsversicherung. Die Leistungen aus dieser Rückdeckungsversicherung sind zur Sicherung der Versorgungsansprüche aus der Pensionszusage an die Mitarbeiter und ihre versorgungsberechtigten Hinterbliebenen verpfändet.

Beitragszahlungen

Für das Geschäftsjahr 2013 erwartet der Konzern für leistungsorientierte Pensionspläne Arbeitgeberbeiträge zum Fondsvermögen in Höhe von 3,9 Mio. Euro (Vorjahr: 14,5 Mio. Euro – das Vorjahr beinhaltet eine Einmaldotierung in Höhe von 11,9 Mio. Euro) sowie direkte Pensionszahlungen an Begünstigte in Höhe von 5,4 Mio. Euro (Vorjahr: 5,8 Mio. Euro).

Beitragszusagen

Beitragszusagen werden über externe Versorgungsträger oder ähnliche Institutionen finanziert. Dabei werden an diese Einrichtungen fest definierte Beiträge (z. B. bezogen auf das maßgebliche Einkommen) gezahlt, wobei der Anspruch des Leistungsempfängers gegenüber diesen Einrichtungen besteht und der Arbeitgeber über die Zahlung der Beiträge hinaus faktisch keine weitere Verpflichtung hat.

Im Geschäftsjahr 2012 wurden Aufwendungen für Beitragszusagen in Höhe von 3,7 Mio. Euro (Vorjahr: 4,0 Mio. Euro) als Beiträge für die Mitarbeiter an den Versicherungsverein des Bankgewerbes a. G., Berlin, gezahlt. An die gesetzliche Rentenversicherung wurden 12,5 Mio. Euro (Vorjahr: 13,1 Mio. Euro) Beiträge entrichtet.

32 Andere Rückstellungen

Mio. Euro	Restrukturierungsrückstellung	Rückstellung im Kreditgeschäft	Sonstige Rückstellungen im Personalbereich	Übrige Rückstellungen	Gesamt
Bestand zum 1. Januar 2012	**5,3**	**4,1**	**27,2**	**28,1**	**64,7**
Verbrauch	3,0	1,4	15,8	10,2	30,4
Auflösungen	0,1	0,9	4,4	7,1	12,5
Zuführungen	—	2,1	20,6	14,6	37,3
Umbuchungen	—	—	–0,4	0,3	–0,1
Bestand zum 31. Dezember 2012	**2,2**	**3,9**	**27,2**	**25,7**	**59,0**

In den Anderen Rückstellungen sind Rückstellungen in Höhe von 20,2 Mio. Euro (Vorjahr: 19,8 Mio. Euro) mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr enthalten, bei denen eine Abzinsung erfolgte. Ansonsten wurde keine Abzinsung vorgenommen. Der Zinseffekt bei den Anderen Rückstellungen ist per saldo ausgeglichen (Vorjahr: 0,7 Mio. Euro) und setzt sich zusammen aus 0,6 Mio. Euro Ertrag aus Zeiteffekten (Vorjahr: 0,5 Mio. Euro) und –0,6 Mio. Euro Aufwand aus der Veränderung des Zinssatzes (Vorjahr: –0,2 Mio. Euro).

Im Jahr 2012 bestand ausgelagertes Planvermögen in Höhe von 4,7 Mio. Euro (Vorjahr: 3,8 Mio. Euro) im Rahmen eines „Contractual Trust Agreement“ (CTA) für Altersteilzeitverpflichtungen in Höhe von 7,3 Mio. Euro (Vorjahr: 7,4 Mio. Euro) und wurde in der Position Andere Rückstellungen gegen Sonstige Aktiva saldiert.

33 Ertragsteuerschulden

Mio. Euro	2012	2011
Bestand zum 1. Januar	**11,4**	**13,5**
Verbrauch	6,8	—
Auflösungen	—	3,6
Zuführungen	2,5	1,5
Bestand zum 31. Dezember	**7,1**	**11,4**

Die Ertragsteuerschulden beziehen sich auf Steuerpositionen gemäß IAS 12, d. h., in dieser Bilanzposition werden Ertragsteuerschulden aus Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer als Steuern vom Einkommen und Ertrag gezeigt. Weitere Steuerverbindlichkeiten werden in der Bilanzposition Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten ausgewiesen.

34 Latente Steuern und Ertragsteuern

Aktive latente Steueransprüche bzw. Rückstellungen für latente Steuern sind für Differenzen zwischen den steuerlichen Wertansätzen und den bilanziellen Wertansätzen für folgende Bilanzpositionen gebildet worden:

34 a Latente Steueransprüche und Steuerverbindlichkeiten

Mio. Euro	Ausweis der Veränderung	2012 Ertragsteueranspruch	2012 Ertragsteuerverpflichtung	2012 Saldo	2011 Saldo
Finanzanlagen		17,7	– 32,4	– 14,7	1,8
darunter: AfS-Finanzinstrumente	Ergebnis aus Finanzanlagen	17,0	– 12,5	4,5	0,3
darunter: kumulierter Bewertungseffekt aus AfS-Finanzinstrumenten	Sonstiges Ergebnis	0,7	– 19,9	– 19,2	1,5
Handelsbestände	Handelsergebnis	1,2	—	1,2	—
Pensionsrückstellungen	Verwaltungsaufwand	5,3	—	5,3	8,2
Andere Rückstellungen	Verwaltungsaufwand	7,0	– 0,9	6,1	3,0
Sonstiges	Verwaltungsaufwand	10,0	—	10,0	6,0
Gesamt		**41,2**	**– 33,3**	**7,9**	**19,0**

Bilanzielle Aufrechnungen von aktivischen und passivischen Posten der Steuerabgrenzung wurden auf Gesellschaftsebene vorgenommen, soweit es sich um Ertragsteuern handelt, die an dieselbe Steuerbehörde zu entrichten sind und für die ein einklagbares Recht zur Aufrechnung besteht. Per saldo ergeben die Ertragsteueransprüche in Höhe von 41,2 Mio. Euro (Vorjahr: 33,6 Mio. Euro) und die Ertragsteuerverpflichtungen in Höhe von 33,3 Mio. Euro (Vorjahr: 14,6 Mio. Euro) einen latenten Steueranspruch in Höhe von 7,9 Mio. Euro (Vorjahr: 19,0 Mio. Euro).

Die Veränderung des Saldos der latenten Steuern i. H. v. –11,1 Mio. Euro (Vorjahr: 7,0 Mio. Euro) resultiert aus Veränderungen von temporären Differenzen und schlug sich mit 9,6 Mio. Euro (Vorjahr: 3,6 Mio. Euro) in der Gewinn- und Verlustrechnung und mit –20,7 Mio. Euro (Vorjahr: 3,5 Mio. Euro) im Sonstigen Ergebnis nieder.

34 b Ertragsteuern

Als Ertragsteuern werden die laufenden Steuern vom Einkommen und Ertrag sowie der Betrag des latenten Steueraufwands/-ertrags ausgewiesen:

Mio. Euro	2012	2011
Tatsächliche Steuern (lfd. Jahr)	19,8	2,5
Tatsächliche Steuern (Vorjahre)	– 0,7	– 2,3
Latente Steuern (lfd. Jahr)	– 6,9	– 1,1
Latente Steuern (Vorjahre)	– 2,7	– 2,5
Ausgewiesene Ertragsteuern	**9,5**	**– 3,4**

Die Berechnung der tatsächlichen Steuern für 2012 erfolgt unter Berücksichtigung eines effektiven Körperschaftsteuersatzes inklusive Solidaritätszuschlag von 15,8 % (Vorjahr: 15,8 %) zuzüglich eines effektiven Gewerbesteuersatzes von 13,9 % (Vorjahr: 13,9 %).

Die Berechnung der latenten Steuern für 2012 erfolgt unter Berücksichtigung eines effektiven Körperschaftsteuersatzes inklusive Solidaritätszuschlag von 15,8 % (Vorjahr: 15,8 %) zuzüglich eines effektiven Konzerngewerbesteuersatzes von 15,2 % (Vorjahr: 15,2 %).

34 c Überleitungsrechnungen

Die nachfolgende Tabelle zeigt eine Überleitung des erwarteten Ertragsteueraufwands auf den effektiv ausgewiesenen Steueraufwand.

Mio. Euro	2012	2011
Ergebnis vor Steuern	48,1	13,5
Anzuwendender Steuersatz in %	31,000	31,000
Rechnerische Ertragsteuern	14,9	4,2
Steuereffekte		
Gewerbesteuer	– 0,7	0,1
Steuerfreie Einnahmen	– 3,1	– 2,8
Sonstige steuerliche Zu- und Abrechnungen	2,1	0,2
Körperschaftsteuerguthaben	– 0,3	– 0,3
Steuern Vorjahre	– 3,4	– 4,8
Ausgewiesene Ertragsteuern	**9,5**	**– 3,4**

35 Nachrangige Verbindlichkeiten

Die Nachrangigen Verbindlichkeiten in Höhe von 274,3 Mio. Euro (Vorjahr: 274,2 Mio. Euro), die sich aus nachrangigen Schuldscheindarlehen von Kunden in Höhe von 186,3 Mio. Euro (Vorjahr: 186,3 Mio. Euro) sowie nachrangigen OLB-Inhaberschuldverschreibungen in Höhe von 88,0 Mio. Euro (Vorjahr: 87,9 Mio. Euro) zusammensetzen, dürfen im Falle der Insolvenz oder der Liquidation erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung besteht nicht. Der Zinsaufwand für die Nachrangigen Verbindlichkeiten erreichte im Geschäftsjahr 13,6 Mio. Euro (Vorjahr: 13,7 Mio. Euro). Die Zinssätze für Nachrangige Verbindlichkeiten mit Festsätzen liegen in der Bandbreite von 4,00 % bis 6,00 %. Der durchschnittliche Zinssatz beträgt 5,01 %.

	Inhaberschuldverschreibungen 2012	Schuldscheindarlehen 2012
Emissionsjahr	2010 – 2011	2003 – 2010
Nominalbetrag (Mio. Euro)	87,8	186,5
Emittent	OLB	OLB
Zinssatz in %	4,0 – 5,1	4,8 – 6,0
Fälligkeitsjahr	2017 – 2020	2013 – 2025

36 Angaben zum Eigenkapital

Gezeichnetes Kapital. Das gezeichnete Kapital war unverändert zum Vorjahr in Höhe von 60,5 Mio. Euro am 31. Dezember 2012 in 23.257.143 nennwertlose Stückaktien eingeteilt. Jede Aktie repräsentiert einen anteiligen Betrag am Grundkapital und gewährt in der Hauptversammlung eine Stimme. Die Aktien sind voll eingezahlt.

Gemäß IAS 27 ist die Bank ein mit der Allianz SE verbundenes Unternehmen und wird in den Konzernabschluss der Allianz einbezogen. Dieser ist bei der Allianz SE in 80802 München, Königinstraße 28, erhältlich und wird im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht.

Genehmigtes Kapital. Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 30. Mai 2017 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer Stückaktien gegen Bareinlagen einmalig oder mehrfach, jedoch insgesamt höchstens um bis zu 15 Mio. Euro, zu erhöhen. Dabei ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen; der Vorstand ist jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats Spitzenbeträge vom Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen. Der Vorstand ist ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats den weiteren Inhalt der Aktienrechte und die Bedingungen der Aktienausgabe festzulegen.

Von der ursprünglich bis zum 21. Mai 2012 befristeten und durch die Hauptversammlung bis zum 30. Mai 2017 verlängerten Ermächtigung, das Grundkapital durch Ausgabe neuer Aktien zu erhöhen, wurde im Geschäftsjahr kein Gebrauch gemacht.

Kapitalrücklage. In der Kapitalrücklage ist der Mehrerlös (Agio), der bei der Ausgabe eigener Aktien erzielt wird, enthalten.

Gewinnrücklagen. Die Gewinnrücklagen nehmen die thesaurierten Gewinne des Konzerns sowie sämtliche erfolgswirksamen Konsolidierungsmaßnahmen auf.

Gewinnverwendung des HGB-Einzelabschlusses. Für das Geschäftsjahr 2012 ergibt sich nach HGB ein maßgeblicher Jahresüberschuss von 43,1 Mio. Euro. Da es keine Vorträge oder Veränderungen der Rücklagen gibt, entspricht dies dem Bilanzgewinn. Zur Verwendung dieses Gewinnes soll den Aktionären in der Hauptversammlung am 05. Juni 2013 vorgeschlagen werden, für das Geschäftsjahr 2012 eine Dividende in Höhe von 0,25 Euro je Stückaktie auszuschütten und 37,3 Mio. Euro den Gewinnrücklagen zuzuführen.

36 a Kumulierter Bewertungseffekt aus Available-for-Sale-Finanzinstrumenten

Diese Position nimmt die Bewertungsänderungen aus den Available-for-Sale-Finanzinstrumenten auf; zum Zeitpunkt der tatsächlichen Realisierung sowie im Falle einer Wertberichtigung werden diese in die Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht. Ebenso werden im Kumulierten Bewertungseffekt zunächst erfasste Wertänderungen aus Finanzinstrumenten, die dem Hedge Accounting unterliegen, wieder in die Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht.

Mio. Euro	2012	2011
Bestand zum 1. Januar	**1,1**	**21,3**
unrealisierte Marktwertveränderungen brutto	86,2	0,1
Umbuchung in die Gewinn- und Verlustrechnung wegen Realisierung brutto		
wegen realisierter Gewinne (–) und Verluste (+)	– 22,4	– 26,9
wegen Wertberichtigungen	0,4	3,2
Steuern auf unrealisierte Marktwertveränderungen	– 26,2	– 1,2
Steuern auf Umbuchung in die Gewinn- und Verlustrechnung wegen Realisierung	5,6	4,6
Bestand zum 31. Dezember	**44,7**	**1,1**

36 b Kapitalsteuerung, Eigenmittel und Risikoaktiva nach § 10a KWG

Die OLB unterliegt hinsichtlich ihrer Ausstattung mit Eigenkapital den aufsichtsrechtlichen Vorschriften des Kreditwesengesetzes (KWG), die eine Unterlegung der Risikoaktiva mit mindestens 8 % Eigenmitteln vorschreiben. Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel setzen sich aus drei Kategorien zusammen: dem Kernkapital und dem Ergänzungskapital, die zusammen das haftende Eigenkapital bilden, sowie den Drittrangmitteln. Das Kernkapital beinhaltet das Eigenkapital des Konzerns sowie weitere Anpassungen. Das Ergänzungskapital besteht im Wesentlichen aus längerfristigen Nachrangigen Verbindlichkeiten zuzüglich nicht realisierter Reserven in Wertpapieren. Drittrangmittel bestehen zurzeit nicht. Für die Unterlegung der Risikoaktiva mit Kernkapital ist eine Quote von mindestens 4 % vorgeschrieben (Kernkapitalquote).

Bei der Steuerung des Kapitals und der Eigenmittel steht die Einhaltung der Mindestkapitalanforderungen im Konzern und in den Einzelgesellschaften der Gruppe im Vordergrund. Es wird angestrebt, durch geeignete Maßnahmen ausreichende Spielräume bei der Eigenmittelausstattung zu wahren, um die Handlungsfähigkeit und die Fortsetzung des Wachstumskurses zu gewährleisten.

Basis für die Kapitalallokation ist die geschäftspolitische Grundausrichtung der OLB. Die Schwerpunkte für die Kapitalallokation ergeben sich unter Berücksichtigung einer integrierten Risiko-Rendite-Betrachtung aus den Strategien, die in den jeweiligen Eigen- und Kundengeschäftsfeldern verfolgt werden.

Mio. Euro	2012	2011
Kernkapital	**544,0**	**550,0**
darunter: Abzugsposten[1]	7,0	—
Ergänzungskapital[2]	229,0	256,0
darunter: Nachrangige Verbindlichkeiten	203,0	232,0
darunter: Neubewertungsreserven auf Wertpapiere (davon 45 %)	33,0	7,0
darunter: Zurechnungsposten[3]	—	17,0
darunter: Abzugsposten[1]	7,0	—
Eigenmittel (§ 10a KWG)	**773,0**	**806,0**
Risikoaktiva Adressenrisiken	6.066,0	5.950,0
Risikoaktiva Marktrisiken	34,0	25,0
Risikoaktiva Operationelle Risiken	538,0	500,0
Risikoaktiva	**6.638,0**	**6.475,0**

1 Gemäß § 10 Absatz 6a KWG in Verbindung mit § 10a KWG
2 Maximal 100 % des Kernkapitals
3 Gemäß § 10 Absatz 2b, Nr. 9 KWG in Verbindung mit § 10a KWG

Die aufsichtsrechtlichen Erfordernisse zur Eigenkapitalausstattung wurden jederzeit eingehalten.

36 c Kapitalquoten nach § 10a KWG

%	2012	2011
Kernkapitalquote	8,2	8,5
Gesamtkapitalquote	**11,6**	**12,4**

Angaben zur Bilanz – Sonstiges

Für nachstehende Verbindlichkeiten wurden Vermögenswerte in der angegebenen Höhe als Sicherheiten übertragen:

37 Sicherheitsleistungen für eigene Verbindlichkeiten

Mio. Euro	2012	2011
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.668,0	3.002,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	654,2	0,9
Besicherte Verbindlichkeiten	**4.322,2**	**3.003,8**

Der Gesamtbetrag (zu Buchwerten) der übertragenen Sicherheiten setzt sich aus folgenden Vermögenswerten zusammen:

Mio. Euro	2012	2011
Forderungen an Kunden	2.838,9	2.686,5
Schuldverschreibungen	1.587,7	403,6
Übertragene Sicherheiten[1]	**4.426,6**	**3.090,1**

1 Beinhalten in Pension gegebene Vermögenswerte

Bei den übertragenen Forderungen an Kunden handelt es sich ausschließlich um refinanzierte Darlehen. Die OLB arbeitet maßgeblich mit den Refinanzierungsinstituten KfW, NBank und LRB zusammen. Nach deren Allgemeinen Bedingungen tritt die OLB grundsätzlich die Kundenforderung einschließlich aller Nebenrechte, auch Sicherheiten, die der Kunde für die refinanzierte Forderung gestellt hat, an das Refinanzierungsinstitut ab. Der Fair Value der als Sicherheit übertragenen Kundenforderungen betrug 3.111,4 Mio. Euro (Vorjahr: 2.930,8 Mio. Euro).

Der Fair Value der übertragenen Schuldverschreibungen entspricht dem oben angegebenen Buchwert.

38 Fremdwährungsvolumina

Mio. Euro	2012	2011
Vermögenswerte der Währung		
USD	87,8	74,6
GBP	1,1	2,6
Sonstige	22,7	26,3
Vermögenswerte insgesamt	**111,6**	**103,5**
Schulden der Währung		
USD	93,6	33,0
GBP	2,0	0,9
Sonstige	22,1	11,3
Schulden insgesamt	**117,7**	**45,2**

Die Beträge stellen jeweils Summen aus Euro-Gegenwerten der Währungen außerhalb des Euroraumes dar.

39 a Restlaufzeitengliederungen der Forderungen und Verbindlichkeiten

Forderungen und Verbindlichkeiten sind in dem Laufzeitraster nach Endfälligkeiten bzw. Kündigungsterminen gegliedert.

Mio. Euro	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	2012 Gesamt
Befristete Forderungen an Kreditinstitute	300,1	—	—	—	300,1
Forderungen an Kunden	1.432,8	649,5	2.604,8	5.729,2	10.416,3
Forderungen zum 31. Dezember 2012	**1.732,9**	**649,5**	**2.604,8**	**5.729,2**	**10.716,4**

Mio. Euro	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	2011 Gesamt
Befristete Forderungen an Kreditinstitute	695,0	—	—	—	695,0
Forderungen an Kunden	1.729,3	589,8	2.430,3	5.172,9	9.922,3
Forderungen zum 31. Dezember 2011	**2.424,3**	**589,8**	**2.430,3**	**5.172,9**	**10.617,3**

In den Forderungen an Kunden mit einer Restlaufzeit bis drei Monate sind Forderungen in Höhe von 977,9 Mio. Euro (Vorjahr: 1.159,7 Mio. Euro) mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Mio. Euro	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	2012 Gesamt
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	151,9	—	—	—	151,9
Befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	466,6	514,8	1.273,9	1.614,4	3.869,7
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.236,5	—	—	—	4.236,5
Spareinlagen	1.896,4	240,2	25,8	—	2.162,4
Andere befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	827,8	374,3	183,0	437,5	1.822,6
Verbriefte Verbindlichkeiten	170,9	147,6	90,6	403,8	812,9
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten	79,2	39,3	120,4	169,0	407,9
Ertragsteuerschulden[1]	—	—	7,1	—	7,1
Nachrangige Verbindlichkeiten	60,0	10,0	146,0	58,3	274,3
Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2012	**7.889,3**	**1.326,2**	**1.846,8**	**2.683,0**	**13.745,3**

1 Ertragsteuerschulden stellen keine Finanzinstrumente im Sinne des IFRS 7 dar, werden aber zwecks Übersichtlichkeit und Abstimmbarkeit in den Tabellen mit aufgeführt.

Mio. Euro	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	2011 Gesamt
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	102,8	—	—	—	102,8
Befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	313,4	182,1	1.205,1	1.593,6	3.294,2
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.656,6	—	—	—	3.656,6
Spareinlagen	1.368,3	543,8	171,4	—	2.083,5
Andere befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	589,1	365,2	375,0	475,1	1.804,4
Verbriefte Verbindlichkeiten	19,9	172,4	449,4	520,0	1.161,7
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten	95,4	40,0	84,6	169,7	389,7
Ertragsteuerschulden[1]	—	—	11,4	—	11,4
Nachrangige Verbindlichkeiten	—	—	132,9	141,3	274,2
Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2011	**6.145,5**	**1.303,5**	**2.429,8**	**2.899,7**	**12.778,5**

Gemäß IFRS 7 ist auch eine Restlaufzeitengliederung der Verbindlichkeiten nach Gesamtverbindlichkeiten anzugeben.

39 b Restlaufzeitengliederung der Verbindlichkeiten nach Gesamtverbindlichkeiten

Dies wird in den folgenden Tabellen dargestellt:

Mio. Euro	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	2012 Gesamt
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	151,9	—	—	—	151,9
Befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	468,3	516,7	1.278,6	1.620,4	3.884,0
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.236,5	—	—	—	4.236,5
Spareinlagen	1.896,4	240,2	25,8	—	2.162,4
Andere befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	827,8	374,3	183,0	437,5	1.822,6
Verbriefte Verbindlichkeiten	170,9	148,1	93,6	403,7	816,3
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten	79,2	32,4	41,5	102,3	255,4
Ertragsteuerschulden[1]	—	—	7,1	—	7,1
Nachrangige Verbindlichkeiten	60,0	10,0	145,8	58,5	274,3
Bilanzielle Posten	**7.891,0**	**1.321,7**	**1.775,4**	**2.622,4**	**13.610,5**
Eventualverbindlichkeiten und Andere Verpflichtungen	911,3	—	—	—	911,3
Gesamtverbindlichkeiten zum 31. Dezember 2012	**8.802,3**	**1.321,7**	**1.775,4**	**2.622,4**	**14.521,8**

Mio. Euro	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	2011 Gesamt
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	102,8	—	—	—	102,8
Befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	315,5	183,3	1.213,3	1.604,4	3.316,5
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.656,6	—	—	—	3.656,6
Spareinlagen	1.368,3	543,8	171,4	—	2.083,5
Andere befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	589,1	365,2	375,0	475,1	1.804,4
Verbriefte Verbindlichkeiten	19,9	172,4	456,5	520,1	1.168,9
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten	92,7	38,6	39,3	109,7	280,3
Ertragsteuerschulden[1]	—	—	11,4	—	11,4
Nachrangige Verbindlichkeiten	—	—	133,0	141,4	274,4
Bilanzielle Posten	**6.144,9**	**1.303,3**	**2.399,9**	**2.850,7**	**12.698,8**
Eventualverbindlichkeiten und Andere Verpflichtungen	831,2	—	—	—	831,2
Gesamtverbindlichkeiten zum 31. Dezember 2011	**6.976,1**	**1.303,3**	**2.399,9**	**2.850,7**	**13.530,0**

40 Derivategeschäfte

Derivative Finanzinstrumente, die die Übertragung von Markt- und Kreditrisiken zwischen verschiedenen Parteien ermöglichen, leiten ihren Wert unter anderem von Zinssätzen und Indizes sowie von Aktien- und Devisenkursen ab. Für Kontrahentenrisiken werden bei positiven Marktwerten Abschläge berücksichtigt. Die wichtigsten derivativen Produkte umfassen Swaps, Forward Rate Agreements, Devisentermingeschäfte, Aktienoptionen und Kreditderivate. Derivate können als standardisierte Kontrakte an der Börse oder in Form von bilateral ausgehandelten Transaktionen außerbörslich („Over The Counter“) abgeschlossen werden.

Derivate finden Verwendung sowohl im bankinternen Risikomanagement unserer Handelspositionen als auch im Rahmen unserer Aktiv-Passiv-Steuerung.

Hinsichtlich der Bewertung wird zwischen börsen- und außerbörslich gehandelten Produkten unterschieden.

Nach Abschluss von Index-Optionen findet bei börsengehandelten Kontrakten täglich ein Barausgleich statt.

Positive und negative Marktwerte werden dann ausgewiesen, wenn die Vertragsvereinbarungen eine vollständige Abwicklung erst zum Fälligkeitstag (nur bei europäischen Optionen; Eurex-Produkte = amerikanische Optionen) vorsehen oder die Variation Margin (nur bei Futures) am Bilanzstichtag (beispielsweise aufgrund der unterschiedlichen Zeitzonen der Börsenplätze) noch nicht reguliert wurde.

Falls keine Marktpreise notiert werden (OTC-Derivate), finden die an den Finanzmärkten etablierten Schätzverfahren (unter anderem Barwertmethode und Optionspreismodelle) Anwendung. Der Marktwert eines Derivats entspricht dabei der Summe aller auf den Bewertungsstichtag diskontierten zukünftigen Cashflows (Present-Value- bzw. Dirty-Close-Out-Wert). Die folgende Tabelle weist die Nominalvolumina nach Restlaufzeiten sowie die positiven und negativen Marktwerte (Fair Values) der von uns abgeschlossenen derivativen Geschäfte aus. Die Nominalbeträge dienen grundsätzlich nur als Referenzgröße für die Ermittlung gegenseitig vereinbarter Ausgleichszahlungen (beispielsweise Zinsansprüche und / oder -verbindlichkeiten bei Zinsswaps) und repräsentieren damit keine Bilanzforderungen und / oder -verbindlichkeiten.

Mio. Euro	Positive Fair Values	Negative Fair Values	Nominalvolumina / Fälligkeit bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt 2012	Gesamt 2011
Zinsbezogene Derivate	9,0	–161,1	200,6	823,8	659,5	1.683,9	1.382,4
davon Zinsswaps der Zinsbuchsteuerung	—	–152,5	173,0	630,0	595,0	1.398,0	1.018,0
Währungsbezogene Derivate	1,3	–1,4	136,0	5,0	—	141,0	375,3
davon Devisenoptionen: Käufe	0,1	—	5,5	1,0	—	6,5	7,2
davon Devisenoptionen: Verkäufe	—	–0,1	5,5	1,0	—	6,5	7,2
Aktien- / Indexbezogene Derivate	3,6	—	—	—	—	—	32,5
Kreditderivate	—	—	—	—	—	—	—
Sonstige Derivate	—	—	—	—	—	—	—
Derivate insgesamt	**13,9**	**–162,5**	**336,6**	**828,8**	**659,5**	**1.824,9**	**1.790,2**
davon Produkte EUR	11,9	–160,4	200,7	813,1	651,6	1.665,4	1.387,9
davon Produkte USD	1,6	–1,8	87,7	13,8	8,6	110,1	212,7
davon Produkte GBP	0,1	–0,1	11,5	—	—	11,5	48,2
davon Produkte JPY	0,2	—	2,7	—	—	2,7	22,4

Zum Jahresende waren Zinsswaps im Nominalvolumen von 1.398,0 Mio. Euro (Vorjahr: 1.018,0 Mio. Euro) für Hedge Accounting designiert.

Im Rahmen der Bildung von bilanziellen Sicherungsbeziehungen nach den Regeln des IAS 39 (Hedge Accounting) ergaben sich für Zinsswaps zur Steuerung des Zinsbuches negative bereinigte Marktwertveränderungen in Höhe von 31,3 Mio. Euro (Vorjahr: 33,2 Mio. Euro). Für korrespondierende Forderungen an Kunden und Finanzanlagen ergaben sich in der Summe positive bereinigte Marktwertveränderungen in Höhe von 28,3 Mio. Euro (Vorjahr: 31,5 Mio. Euro). Der Nettoeffekt von –3,0 Mio. Euro (Vorjahr: –1,7 Mio. Euro) wird im Laufenden Handelsergebnis ausgewiesen.

Außerbilanzielles Geschäft

41 Eventualverbindlichkeiten und Andere Verpflichtungen

Die Eventualverbindlichkeiten und Anderen Verpflichtungen enthalten potenzielle zukünftige Verbindlichkeiten des Konzerns, die aus den Kunden eingeräumten, jedoch noch nicht in Anspruch genommenen und terminlich begrenzten Kreditlinien erwachsen. Der Konzern ermöglicht seinen Kunden durch Kreditfazilitäten schnellen Zugriff auf Gelder, die von den Kunden zur Erfüllung ihrer kurzfristigen Verpflichtungen sowie der langfristigen Finanzierungsbedürfnisse benötigt werden. Ferner werden Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen sowie Akkreditive ausgewiesen. Die Erträge aus Bürgschaften werden im Provisionsergebnis erfasst und die Höhe wird durch Anwendung vereinbarter Sätze auf den Nominalbetrag der Bürgschaften bestimmt.

Aus den Zahlen kann nicht direkt auf die hieraus erwachsenden Liquiditätserfordernisse geschlossen werden. Weitere Ausführungen zu Liquiditätsrisiken und deren Steuerung und Überwachung enthält der Risikobericht.

Mio. Euro	2012	2011
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		
Kreditbürgschaften	15,1	15,6
Sonstige Bürgschaften und Gewährleistungen	299,5	316,8
Akkreditive	5,1	4,8
davon Akkreditiveröffnungen	5,1	4,6
davon Akkreditivbestätigungen	—	0,2
Eventualverbindlichkeiten	**319,7**	**337,2**
Unwiderrufliche Kreditzusagen		
Buchkredite	414,1	353,0
Avalkredite	95,5	96,9
Hypothekendarlehen / Kommunalkredite	82,0	44,1
Andere Verpflichtungen	**591,6**	**494,0**

Die Risikovorsorge für außerbilanzielle Verpflichtungen wurde unter Andere Rückstellungen ausgewiesen.

Die in den Tabellen dargestellten Zahlen reflektieren die Beträge, die im Falle der vollständigen Ausnutzung der Fazilitäten durch den Kunden und den darauf folgenden Zahlungsverzug – unter der Voraussetzung, dass keine Sicherheiten vorhanden sind – abgeschrieben werden müssten. Ein großer Teil dieser Verpflichtungen verfällt möglicherweise, ohne in Anspruch genommen zu werden. Die Zahlen sind nicht repräsentativ für das tatsächliche künftige Kreditengagement oder aus diesen Verpflichtungen erwachsende Liquiditätserfordernisse. Sicherheiten dienen ggf. dem Gesamtobligo von Kunden aus Krediten und Avalen. Daneben gibt es Unterbeteiligungen Dritter zu unwiderruflichen Kreditzusagen und Avalen. Der Fair Value der in den Eventualverbindlichkeiten und anderen Verpflichtungen enthaltenen Finanzinstrumente entspricht in der Regel den Anschaffungskosten.

42 Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Mio. Euro	bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	2012 Gesamt
Verpflichtungen aus Miet- und Nutzungsverträgen	34,1	69,3	23,2	126,6
Verpflichtungen für Instandhaltung von Informationstechnologie	0,8	3,4	0,8	5,0
Verpflichtungen aus begonnenen Investitionsvorhaben	1,8	—	—	1,8
Einzahlungsverpflichtungen und Mithaftungen	2,1	—	—	2,1
Sonstige finanzielle Verpflichtungen	**38,8**	**72,7**	**24,0**	**135,5**

Mio. Euro	bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	2011 Gesamt
Verpflichtungen aus Miet- und Nutzungsverträgen	43,1	92,4	23,6	159,1
Verpflichtungen für Instandhaltung von Informationstechnologie	1,5	3,4	0,9	5,8
Verpflichtungen aus begonnenen Investitionsvorhaben	2,9	—	—	2,9
Einzahlungsverpflichtungen und Mithaftungen	2,1	—	—	2,1
Sonstige finanzielle Verpflichtungen	**49,6**	**95,8**	**24,5**	**169,9**

Verpflichtungen aus Mietverträgen betreffen Miet- und Leasingverträge für Gebäude und Geschäftsausstattung. Sie führten im Berichtsjahr zu Aufwendungen in Höhe von 12,7 Mio. Euro (Vorjahr: 13,7 Mio. Euro). Die Mietverträge für Gebäude haben in der Regel eine Laufzeit von 10 Jahren. Leasingverträge für Geschäftsausstattung haben Laufzeiten zwischen 3 und 5 Jahren.

Einzahlungsverpflichtungen für Aktien, Anleihen und sonstige Anteile beliefen sich auf 0,1 Mio. Euro (Vorjahr: 0,1 Mio. Euro), Mithaftungen gemäß § 26 GmbH-Gesetz betrugen 2,0 Mio. Euro (Vorjahr: 2,0 Mio. Euro).

Die Mithaftungen betreffen eine Beteiligung des OLB-Konzerns. Der Beteiligungsbuchwert beläuft sich auf 0,3 Mio. Euro. Der OLB-Konzern haftet bedingt für Nachschussverpflichtungen gegenüber der Beteiligung bis zu einer Höhe von 2,0 Mio. Euro. Daneben bestehen gemäß Gesellschaftsvertrag der Beteiligung Mithaftungen für die OLB, die dann auftreten, wenn andere Gesellschafter ihren Verpflichtungen zur Leistung von Nachschusszahlungen nicht nachkommen. Soweit Mithaftungen bestehen, ist die Bonität der Mitgesellschafter in allen Fällen zweifelsfrei. Zudem ist die Oldenburgische Landesbank AG Mitglied des Einlagensicherungsfonds, durch den bis zu einem Höchstbetrag Verbindlichkeiten gegenüber Gläubigern gedeckt werden. Als Mitglied des Einlagensicherungsfonds, der selbst Gesellschafter der oben genannten Beteiligung ist, ist die Oldenburgische Landesbank AG zusammen mit den anderen Mitgliedern des Fonds gesondert haftbar für zusätzliche Kapitalleistungen, maximal in Höhe des unten aufgeführten Jahresbeitrags der Oldenburgische Landesbank AG.

Gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds haben wir uns außerdem verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V. von etwaigen Verlusten freizustellen, die durch Maßnahmen zugunsten von in unserem Mehrheitsbesitz stehenden Kreditinstituten anfallen. Gemäß gleichen Statuts hat sich die Allianz Deutschland AG verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V. von allen Verlusten freizustellen, die durch § 2 Absatz 2 zu Gunsten der Bank entstehen. Diese Erklärung ist unwiderruflich, solange die Allianz Deutschland AG zu uns in einer Verbindung gemäß § 5 Absatz 10 des Statuts steht. § 2 regelt die Aufgabe und den Zweck des Einlagensicherungsfonds. Der Einlagensicherungsfonds hat die Aufgabe, bei drohenden oder bestehenden finanziellen Schwierigkeiten von Banken, insbesondere bei drohender Zahlungseinstellung, im Interesse der Einleger Hilfe zu leisten, um Beeinträchtigungen des Vertrauens in die privaten Kreditinstitute zu verhüten. Gemäß § 2 Absatz 2 sind zur Durchführung dieser Aufgabe alle zur Hilfeleistung geeigneten Maßnahmen zulässig, und zwar insbesondere Zahlungen an einzelne Gläubiger, Leistungen an Banken, die Übernahme von Garantien oder die Übernahme von Verpflichtungen im Rahmen von Maßnahmen gemäß § 46a KWG.

Für das Jahr 2012 ist von der Oldenburgische Landesbank AG eine Umlage für den Einlagensicherungsfonds in Höhe von 5,3 Mio. Euro (Vorjahr: 4,8 Mio. Euro) erhoben worden.

Zusätzlich wurden 0,5 Mio. Euro (Vorjahr: 1,1 Mio. Euro) in den Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute (Bankenabgabe) eingezahlt.

Für eine weitere Beteiligung besteht eine wieder aufgelebte Haftung gemäß § 172 Abs. 4 HGB in Höhe von 0,1 Mio. Euro. Es bestehen außerdem mittelbare sonstige finanzielle Verpflichtungen gegenüber einer dritten Beteiligung in Höhe von 0,1 Mio. Euro.

43 Treuhandgeschäfte

Mio. Euro	2012	2011
Forderungen an Kunden	10,9	14,5
Treuhandvermögen[1]	**10,9**	**14,5**
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	8,0	10,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2,9	3,6
Treuhandverbindlichkeiten	**10,9**	**14,5**

1 Hierin sind 10,9 Mio. Euro (Vorjahr: 14,5 Mio. Euro) Treuhandkredite enthalten.

Ergänzende Angaben

Zu den Finanzinstrumenten der nachfolgenden Tabelle zählen im Wesentlichen bilanzierte und nicht bilanzierte finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten im Anwendungsbereich von IFRS 7. Für diese Finanzinstrumente werden Klassen gebildet, die eine Unterscheidung nach fortgeführten Anschaffungskosten und beizulegenden Zeitwerten als den relevanten Bewertungsmaßstäben von IAS 39 ermöglichen. Separat gezeigt werden die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente, da sie zum Nominalwert bilanziert werden und daher weder der Klasse der zu fortgeführten Anschaffungskosten noch der Klasse der zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerte zuzuordnen sind. Für jede Bewertungsklasse von Finanzinstrumenten werden die beizulegenden Zeitwerte den Buchwerten gegenübergestellt und eine Überleitung zu den Posten der Aktiv- und Passivseite der Bilanz vollzogen. Rückwirkende Anpassungen der Vorjahreswerte werden in Note 1 „Grundlagen der Rechnungslegung“ erläutert.

44 Fair Values und Buchwerte von Finanzinstrumenten nach Bewertungsklassen und Bilanzposten

44 a Finanzielle Vermögenswerte

Für jede Klasse wird ausgewiesen, ob diese zum Nominalwert (Nominal), zu fortgeführten Anschaffungskosten (fAK) oder zum Fair Value (FV) bilanziert wird.

									2012
	Kategorie[1]	Bilanziert zum Nominalwert		Bilanziert zu fortgeführten Anschaffungskosten		Bilanziert zum Fair Value		Summe	
Mio. Euro		Buchwert	Fair Value	Buchwert	Fair Value	Buchwert	Fair Value	Buchwert	Fair Value
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	LaR	84,1	84,1	—	—	—	—	84,1	84,1
Handelsaktiva	HfT	—	—	—	—	14,1	14,1	14,1	14,1
Forderungen an Kreditinstitute (netto nach Risikovorsorge)	LaR	—	—	414,5	415,8	—	—	414,5	415,8
Forderungen an Kunden (netto nach Risikovorsorge)	LaR	—	—	10.338,7	11.415,1	—	—	10.338,7	11.415,1
Finanzanlagen (Fair Value)	AfS	—	—	—	—	3.351,8	3.351,8	3.351,8	3.351,8
Finanzanlagen (At Cost)	AfS	—	—	2,1	2,1	—	—	2,1	2,1
Sonstige Aktiva[2]	LaR	—	—	40,8	40,8	—	—	40,8	40,8
Summe Loans and Receivables (LaR)		**84,1**	**84,1**	**10.794,0**	**11.871,7**	**—**	**—**	**10.878,1**	**11.955,8**
Summe Held-for-Trading (HfT)		**—**	**—**	**—**	**—**	**14,1**	**14,1**	**14,1**	**14,1**
Summe Available-for-Sale (AfS)		**—**	**—**	**2,1**	**2,1**	**3.351,8**	**3.351,8**	**3.353,9**	**3.353,9**
Summe aller Bewertungskategorien		**84,1**	**84,1**	**10.796,1**	**11.873,8**	**3.365,9**	**3.365,9**	**14.246,1**	**15.323,8**

1 LaR = Loans and Receivables, HfT = Held-for-Trading, AfS = Available-for-Sale
2 Zum Fair Value bilanzierte sonstige Aktiva beziehen sich mit 0,0 Mio. Euro auf positive Marktwerte aus Sicherungsgeschäften, die für Hedge Accounting nach IAS 39 qualifizieren.

									2011
	Kategorie[1]	Bilanziert zum Nominalwert		Bilanziert zu fortgeführten Anschaffungskosten		Bilanziert zum Fair Value		Summe	
Mio. Euro		Buchwert	Fair Value	Buchwert	Fair Value	Buchwert	Fair Value	Buchwert	Fair Value
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	LaR	144,3	144,3	—	—	—	—	144,3	144,3
Handelsaktiva	HfT	—	—	—	—	18,5	18,5	18,5	18,5
Forderungen an Kreditinstitute (netto nach Risikovorsorge)	LaR	—	—	924,1	924,7	—	—	924,1	924,7
Forderungen an Kunden (netto nach Risikovorsorge)	LaR	—	—	9.792,3	10.773,9	—	—	9.792,3	10.773,9
Finanzanlagen (Fair Value)	AfS	—	—	—	—	2.256,1	2.256,1	2.256,1	2.256,1
Finanzanlagen (At Cost)	AfS	—	—	2,8	2,8	—	—	2,8	2,8
Sonstige Aktiva[2]	LaR	—	—	45,1	45,1	—	—	45,1	45,1
Summe Loans and Receivables (LaR)		**144,3**	**144,3**	**10.761,5**	**11.743,7**	**—**	**—**	**10.905,8**	**11.888,0**
Summe Held-for-Trading (HfT)		**—**	**—**	**—**	**—**	**18,5**	**18,5**	**18,5**	**18,5**
Summe Available-for-Sale (AfS)		**—**	**—**	**2,8**	**2,8**	**2.256,1**	**2.256,1**	**2.258,9**	**2.258,9**
Summe aller Bewertungskategorien		**144,3**	**144,3**	**10.764,3**	**11.746,5**	**2.274,6**	**2.274,6**	**13.183,2**	**14.165,4**

1 LaR = Loans and Receivables, HfT = Held-for-Trading, AfS = Available-for-Sale
2 Zum Fair Value bilanzierte sonstige Aktiva beziehen sich mit 0,0 Mio. Euro auf positive Marktwerte aus Sicherungsgeschäften, die für Hedge Accounting nach IAS 39 qualifizieren.

Die Höhe des Wertminderungsaufwandes für Handelsaktiva ist in den Notesangaben zum Handelsergebnis ausgewiesen. Wertminderungsaufwand für Finanzanlagen ist aus den Notesangaben im Ergebnis aus Finanzanlagen und im Kumulierten Bewertungseffekt aus Available-for-Sale-Finanzinstrumenten im „Sonstigen Ergebnis“ ersichtlich. Die Wertminderungen für Forderungen an Kunden und an Kreditinstitute spiegeln sich in der Notesangabe zur Risikovorsorge im Kreditgeschäft wider.

44 b Finanzielle Verbindlichkeiten

Für jede Klasse wird ausgewiesen, ob diese zum Nominalwert (Nominal), zu fortgeführten Anschaffungskosten (fAK) oder zum Fair Value (FV) bilanziert wird.

		2012							
	Kategorie[1]	Bilanziert zum Nominalwert		Bilanziert zu fortgeführten Anschaffungskosten		Bilanziert zum Fair Value		Summe	
Mio. Euro		Buchwert	Fair Value	Buchwert	Fair Value	Buchwert	Fair Value	Buchwert	Fair Value
Handelspassiva	HfT	—	—	—	—	10,0	10,0	10,0	10,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	oL	—	—	4.021,6	4.168,9	—	—	4.021,6	4.168,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	oL	—	—	8.221,5	8.371,3	—	—	8.221,5	8.371,3
Verbriefte Verbindlichkeiten	oL	—	—	812,9	829,0	—	—	812,9	829,0
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten[2]	oL	—	—	198,6	198,6	152,5	152,5	351,1	351,1
Nachrangige Verbindlichkeiten	oL	—	—	274,3	304,4	—	—	274,3	304,4
Summe Held-for-Trading (HfT)		**—**	**—**	**—**	**—**	**10,0**	**10,0**	**10,0**	**10,0**
Summe other Liabilities (oL)		**—**	**—**	**13.528,9**	**13.872,2**	**152,5**	**152,5**	**13.681,4**	**14.024,7**
Summe aller Bewertungskategorien		**—**	**—**	**13.528,9**	**13.872,2**	**162,5**	**162,5**	**13.691,4**	**14.034,7**

1 HfT = Held-for-Trading, oL = other Liabilities

2 Zum Fair Value bilanzierte andere Verbindlichkeiten beziehen sich auf Zinsabgrenzungen und mit 152,5 Mio. Euro auf negative Marktwerte aus Sicherungsgeschäften, die für Hedge Accounting nach IAS 39 qualifizieren.

		2011							
	Kategorie[1]	Bilanziert zum Nominalwert		Bilanziert zu fortgeführten Anschaffungskosten		Bilanziert zum Fair Value		Summe	
Mio. Euro		Buchwert	Fair Value	Buchwert	Fair Value	Buchwert	Fair Value	Buchwert	Fair Value
Handelspassiva	HfT	—	—	—	—	15,7	15,7	15,7	15,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	oL	—	—	3.397,0	3.507,7	—	—	3.397,0	3.507,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	oL	—	—	7.544,5	7.525,2	—	—	7.544,5	7.525,2
Verbriefte Verbindlichkeiten	oL	—	—	1.161,7	1.079,9	—	—	1.161,7	1.079,9
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten[2]	oL	—	—	163,5	163,5	109,4	109,4	272,9	272,9
Nachrangige Verbindlichkeiten	oL	—	—	274,2	281,6	—	—	274,2	281,6
Summe Held-for-Trading (HfT)		**—**	**—**	**—**	**—**	**15,7**	**15,7**	**15,7**	**15,7**
Summe other Liabilities (oL)		**—**	**—**	**12.540,9**	**12.557,9**	**109,4**	**109,4**	**12.650,3**	**12.667,3**
Summe aller Bewertungskategorien		**—**	**—**	**12.540,9**	**12.557,9**	**125,1**	**125,1**	**12.666,0**	**12.683,0**

1 HfT = Held-for-Trading, oL = other Liabilities

2 Zum Fair Value bilanzierte andere Verbindlichkeiten beziehen sich auf Zinsabgrenzungen und mit 109,4 Mio. Euro auf negative Marktwerte aus Sicherungsgeschäften, die für Hedge Accounting nach IAS 39 qualifizieren.

Als Fair Value bezeichnet man den Betrag, zu dem ein Finanzinstrument zwischen sachverständigen, vertragswilligen und unabhängigen Parteien, die nicht unter Handlungszwang stehen, gehandelt werden kann. Der Fair Value wird am besten durch einen Marktwert ausgedrückt, soweit ein Marktpreis zur Verfügung steht. Zu den Finanzinstrumenten gehören in erster Linie Wertpapiere, Forderungen, Verbindlichkeiten und Derivate.

Für die Mehrzahl der Finanzinstrumente, hauptsächlich für Kredite, Einlagen und nicht börsengängige Derivate, stehen Marktpreise nicht unmittelbar zur Verfügung, da es keine organisierten Märkte gibt, auf denen diese Instrumente gehandelt werden. Für diese Instrumente erfolgte die Ermittlung des Fair Values unter Anwendung finanzmathematisch anerkannter Bewertungsverfahren mit aktuellen Marktparametern. Zur Anwendung kamen insbesondere die Barwertmethode und Optionspreismodelle. Der Fair Value ist demnach ein stichtagsbezogener Modellwert, der nur als Indikator für einen beim künftigen Verkauf realisierbaren Wert herangezogen werden kann. Weitere Ausführungen zu Methoden der Messung von mit den Finanzinstrumenten verbundenen Risiken enthält der Risikobericht im Kapitel Risikolage, Risikotragfähigkeit unter Adressrisiken.

Täglich fällige Finanzinstrumente wurden mit ihrem Nominalwert berücksichtigt. Zu diesen Instrumenten zählen der Kassenbestand sowie Kontokorrentkredite und Sichteinlagen gegenüber Kreditinstituten und Kunden.

Forderungen und Verbindlichkeiten. Für die Ermittlung der Marktwerte wurden die zukünftigen vertraglich festgelegten Zahlungsströme berechnet und mit den geeigneten Marktzinsen diskontiert. Der Bonität von Kreditnehmern wurde durch eine angemessene Adjustierung der Diskontierungssätze Rechnung getragen.

Der Konzern bilanziert *Handelsaktiva/-passiva* einschließlich Schuldtiteln, Aktien, derivativen Finanzinstrumenten und Devisengeschäften zum Marktwert bzw. zu abgeleiteten beizulegenden Zeitwerten. Sind keine Preisquotierungen erhältlich, werden die Marktwerte durch finanzmathematische Bewertungen ermittelt.

Wertpapiere der Finanzanlagen werden gemäß IAS 39 als „Available-for-Sale-Finanzinstrumente" klassifiziert und mit dem Fair Value bewertet. Sind keine Preisquotierungen erhältlich, werden die Marktwerte durch finanzmathematische Bewertungen ermittelt.

Langfristige Verbindlichkeiten. Die Bewertung von Verbrieften Verbindlichkeiten und Nachrangigen Verbindlichkeiten wird auf der Basis quotierter Marktpreise vorgenommen, sofern diese vorhanden sind, und berücksichtigt verschiedene Faktoren, unter anderem die aktuellen Marktzinsen und das Kreditrating des Konzerns. Sind keine Preisquotierungen erhältlich, werden die Marktwerte durch finanzmathematische Bewertungen ermittelt.

44 c Fair Value-Hierarchie

In der nachfolgenden Tabelle werden die zum Fair Value ausgewiesenen Finanzinstrumente in die drei Fair Value-Kategorien gemäß der IFRS Fair Value-Hierarchie eingeordnet.

Aktivische Finanzinstrumente

	2012			
Buchwert in Mio. Euro	An einem aktiven Markt gehandelte Finanzinstrumente (Level 1)	Auf Marktdaten beruhende Bewertungsmodelle (Level 2)	Nicht auf Marktdaten beruhende Bewertungsmodelle (Level 3)	Summe
Handelsaktiva (originär)	—	—	—	—
Handelsaktiva (derivativ)	—	14,1	—	14,1
Finanzanlagen (Fair Value)	1.943,4	1.408,4	—	3.351,8
Sonstige zum Fair Value bewertete aktivische Finanzinstrumente	—	—	—	—
Zum Fair Value bewertete aktivische Finanzinstrumente	**1.943,4**	**1.422,5**	**—**	**3.365,9**

Buchwert in Mio. Euro	An einem aktiven Markt gehandelte Finanzinstrumente (Level 1)	Auf Marktdaten beruhende Bewertungsmodelle (Level 2)	Nicht auf Marktdaten beruhende Bewertungsmodelle (Level 3)	2011 Summe
Handelsaktiva (originär)	0,7	—	—	0,7
Handelsaktiva (derivativ)	—	17,8	—	17,8
Finanzanlagen (Fair Value)	1.464,9	791,2	—	2.256,1
Sonstige zum Fair Value bewertete aktivische Finanzinstrumente	—	—	—	—
Zum Fair Value bewertete aktivische Finanzinstrumente	**1.465,6**	**809,0**	**—**	**2.274,6**

Passivische Finanzinstrumente

Buchwert in Mio. Euro	An einem aktiven Markt gehandelte Finanzinstrumente (Level 1)	Auf Marktdaten beruhende Bewertungsmodelle (Level 2)	Nicht auf Marktdaten beruhende Bewertungsmodelle (Level 3)	2012 Summe
Handelspassiva (derivativ)	—	10,0	—	10,0
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	—	152,5	—	152,5
Zum Fair Value bewertete passivische Finanzinstrumente	**—**	**162,5**	**—**	**162,5**

Buchwert in Mio. Euro	An einem aktiven Markt gehandelte Finanzinstrumente (Level 1)	Auf Marktdaten beruhende Bewertungsmodelle (Level 2)	Nicht auf Marktdaten beruhende Bewertungsmodelle (Level 3)	2011 Summe
Handelspassiva (derivativ)	0,2	15,5	—	15,7
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	—	109,4	—	109,4
Zum Fair Value bewertete passivische Finanzinstrumente	**0,2**	**124,9**	**—**	**125,1**

Im Berichtsjahr wurden 115,1 Mio. Euro an festverzinslichen Wertpapieren von Level 1 in Level 2 transferiert, im Wesentlichen, weil die Preisanbindung von Marktpreisen an Bewertungsmodelle des Marktpreisinformationsdienstes Bloomberg erfolgte.

Für alle Finanzinstrumente wurde die Preisanbindung überprüft. Bei Vorliegen von gehandelten Marktpreisen wurden diese zugrunde gelegt und eine Kategorisierung in Level 1 vorgenommen. Bei Verwendung von Preismodellen unter Hinzunahme von im Wesentlichen am Markt beobachtbaren Parametern wurde eine Einordnung in Level 2 vorgenommen.

45 Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Die Allianz Deutschland AG hält rund 90,2 % der Aktien an der Oldenburgische Landesbank AG. Alleingesellschafterin der Allianz Deutschland AG ist die Allianz SE.

Im Vorjahr (Stand 31. Dezember 2011) hielt die Allianz Deutschland AG rund 64,3 % der Aktien an der Oldenburgische Landesbank AG, die OLB-Beteiligungsgesellschaft mbH (OLB-B) hielt einen Anteil von rund 25,3 %. Mehrheitsgesellschafterin der OLB-Beteiligungsgesellschaft mbH war wiederum die Allianz Deutschland AG mit einer Beteiligung von rund 98,8 %.

Die Oldenburgische Landesbank AG und die OLB-Beteiligungsgesellschaft mbH, beide mit Sitz in Oldenburg, haben am 13. März 2012 einen notariell beurkundeten Verschmelzungsvertrag abgeschlossen, nach dessen Maßgabe die OLB-Beteiligungsgesellschaft mbH im Wege der Aufnahme durch Übertragung ihres Vermögens als Ganzes mit allen Rechten und Pflichten unter Auflösung der OLB-Beteiligungsgesellschaft mbH ohne Abwicklung auf die Oldenburgische Landesbank AG verschmolzen wurde (§§ 2 Nr. 1, 20 Abs. 1 Nr. 1, Nr. 2 und Nr. 3 Satz 1, 46 ff., 60 ff. Umwandlungsgesetz). Der Verschmelzungsvertrag wurde durch Zustimmung der Hauptversammlung der Oldenburgische Landesbank AG, der Gesellschafterversammlung der OLB-Beteiligungsgesellschaft mbH und der Eintragung im Handelsregister der Oldenburgische Landesbank AG wirksam.

Als Gegenleistung für die Übertragung des Vermögens gewährte die OLB den OLB-B-Gesellschaftern kostenfrei sämtliche OLB-Aktien, die sich bei Wirksamwerden der Verschmelzung im Vermögen der OLB-B befanden. Die entsprechenden OLB-Aktien wurden den OLB-B-Gesellschaftern unmittelbar durch Direkterwerb ohne Durchgangserwerb der OLB und in dem Verhältnis gewährt, in dem sie bei Wirksamwerden der Verschmelzung am Stammkapital der OLB-B beteiligt waren.

Des Weiteren haben die Allianz Deutschland AG als Hauptgesellschafterin der OLB-Beteiligungsgesellschaft mbH und die Oldenburgische Landesbank AG eine Freistellungsvereinbarung abgeschlossen, die sicherstellt, dass der Oldenburgische Landesbank AG aus der Verschmelzung keine wirtschaftlichen Nachteile und Kosten entstehen.

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit werden Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen zu marktüblichen Bedingungen und Konditionen abgeschlossen. Der Umfang dieser Transaktionen ist im Folgenden dargestellt, wobei im Rahmen der Konzernkonsolidierung eliminierte Transaktionen nicht Bestandteil der Darstellung sind. Bei den nahe stehenden Personen handelt es sich um Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrates der Oldenburgische Landesbank AG und der übergeordneten Gesellschaften Allianz Deutschland AG und Allianz SE sowie deren nahe Familienangehörige. Als Personen in Schlüsselpositionen werden Vorstand und Aufsichtsrat der Oldenburgische Landesbank AG angesehen. Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrates der übergeordneten Gesellschaften werden unter Sonstige nahe stehende Unternehmen und Personen mit einbezogen. Bei den nahe stehenden Unternehmen handelt es sich um nichtkonsolidierte Tochterunternehmen der Oldenburgische Landesbank AG (unter Tochterunternehmen ausgewiesen), Unternehmen, bei denen Aufsichtsratsmitglieder der Bank eine Position in der Geschäftsleitung bekleiden, die Mehrheitsgesellschafterin Allianz Deutschland AG (unter Mutterunternehmen ausgewiesen) sowie andere Konzerngesellschaften der Allianz unter dem Dach der Allianz SE.

Forderungen und Verbindlichkeiten

Mio. Euro	2012	2011
Forderungen an Kunden		
Personen in Schlüsselpositionen der OLB AG	0,3	0,5
Tochterunternehmen	0,4	0,7
Sonstige nahe stehende Unternehmen und Personen	20,2	35,5
Sonstige Aktiva		
Mutterunternehmen	12,4	9,6
Sonstige nahe stehende Unternehmen und Personen	25,8	24,3
Forderungen insgesamt	**59,1**	**70,6**
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
Personen in Schlüsselpositionen der OLB AG	0,5	0,8
Tochterunternehmen	0,2	0,2
Sonstige nahe stehende Unternehmen und Personen	133,7	105,1
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten		
Mutterunternehmen	1,6	2,2
Sonstige nahe stehende Unternehmen und Personen	8,9	14,1
Verbindlichkeiten insgesamt	**144,9**	**122,4**

Bei den oben genannten Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden handelt es sich um Geldmarkttransaktionen, Kredite und Einlagen sowie um Refinanzierungsgelder. Die Forderungen gegenüber Personen in Schlüsselpositionen der OLB AG sind nahezu vollständig grundpfandrechtlich besichert. Forderungen gegenüber den Mutterunternehmen und den Tochterunternehmen sind aufgrund des Konzernverbundes nicht besichert. Für Forderungen gegenüber sonstigen nahestehenden Unternehmen und Personen wurden der Bank Sicherheiten i. H. v. 39,9 Mio. Euro (Vorjahr: 27,0 Mio. Euro) gestellt. Für Verbindlichkeiten wurde keine Besicherung gegeben. Daneben existierten zum 31. Dezember 2012 Avalkredite zu Gunsten sonstiger nahe stehender Unternehmen und Personen in Höhe von 24,1 Mio. Euro (Vorjahr: 27,7 Mio. Euro). Außerdem wurden Dienstleistungs-, Wertpapier-, Devisenhandels- und Zinstermingeschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen getätigt.

Im Rahmen der Ergebnisrechnung schlugen sich diese Geschäfte gemäß folgender Tabelle nieder:

Mio. Euro	2012	2011
Zinsüberschuss		
Personen in Schlüsselpositionen der OLB AG	—	—
Mutterunternehmen	–0,3	—
Tochterunternehmen	—	—
Sonstige nahe stehende Unternehmen und Personen	–0,3	–0,3
Provisionsüberschuss		
Personen in Schlüsselpositionen der OLB AG	—	—
Mutterunternehmen	—	—
Tochterunternehmen	2,3	2,2
Sonstige nahe stehende Unternehmen und Personen	19,8	24,4
Sachaufwand		
Personen in Schlüsselpositionen der OLB AG	—	—
Mutterunternehmen	–8,4	–9,5
Tochterunternehmen	—	—
Sonstige nahe stehende Unternehmen und Personen	–14,8	–22,9
Sonstiges betriebliches Ergebnis		
Personen in Schlüsselpositionen der OLB AG	—	—
Mutterunternehmen	39,9	67,9
Tochterunternehmen	0,3	—
Sonstige nahe stehende Unternehmen und Personen	0,2	—
Ergebnis Gesamt	**38,7**	**61,8**

Die Oldenburgische Landesbank AG etablierte zum 1. Juni 2009 mit der Allianz Bank ein neues Geschäftssegment. Die Allianz Bank ist eine Zweigniederlassung der Oldenburgische Landesbank AG in der Gesamtverantwortung des OLB-Vorstands. Zwischen der Oldenburgische Landesbank AG und der Allianz Deutschland AG wurde vereinbart, dass die Allianz Deutschland AG die Verluste der Allianz Bank auszugleichen hat. Diese Vereinbarung gilt bis einschließlich 31. Dezember 2014.

Im Januar 2013 wurde beschlossen, die Geschäftstätigkeit der Allianz Bank mit Zieltermin 30.06.2013 einzustellen; gewisse Produkte werden allerdings aufgrund ihrer längeren Laufzeit über diesen Zeitpunkt fortzuführen sein. Die Kosten der vorzeitigen Einstellung der Geschäftstätigkeit sind unter der bestehenden Verlustübernahmevereinbarung von der Allianz Deutschland AG zu tragen.

Daneben wurde für bestimmte Kundengruppen aus dem Bereich der Allianz Bank, die künftig unter der Marke „Oldenburgische Landesbank“ weiterbetreut werden, vereinbart, dass auch das Neugeschäft mit diesen Kunden unter die Verlustübernahme fällt.

Im Rahmen der Ergebnisrechnung sind 92,6 Mio. Euro Erträge (Vorjahr: 127,3 Mio. Euro) und 53,8 Mio. Euro Aufwendungen (Vorjahr: 65,6 Mio. Euro) für Transaktionen mit nahe stehenden Unternehmen und Personen angefallen. Bei den Erträgen handelt es sich insbesondere um den Ausgleich des Verlustes aus dem laufenden Geschäft der Allianz Bank durch die Allianz Deutschland AG sowie um Provisionen von Konzerngesellschaften der Allianz für die Vermittlung und Bestandsführung von Fonds- und Versicherungsprodukten. Bei den Aufwendungen handelt es sich insbesondere um Kosten der Allianz Bank für Vertriebsvergütungen im Allianz Agenturvertrieb sowie für Serviceleistungen im Rahmen des Konzernverbundes der Allianz. Die Konditionen und Bedingungen für das Zins- und Provisionsgeschäft, einschließlich der Besicherung, sowie der konzerninternen Leistungsverrechnungen entsprechen marktüblichen Usancen.

Zur Freistellungserklärung der Allianz Deutschland AG zu Gunsten der Oldenburgische Landesbank AG gegenüber dem Bundesverband deutscher Banken e.V. verweisen wir auf die Ausführungen im Abschnitt Sonstige Finanzielle Verpflichtungen.

Die Kreditgewährung an Mitglieder des Vorstands stellt sich per 31. Dezember 2012 folgendermaßen dar: Die Einräumung von Dispositionslinien beträgt insgesamt 430 Tsd. Euro (Vorjahr: 524,3 Tsd. Euro), die per 31.12.2012 mit 21 Tsd. Euro (Vorjahr: 113 Tsd. Euro) in Anspruch genommen wurden. Die Zinssätze liegen jeweils bei 6,00 %. Die Verzinsung und die Ausgestaltung sind marktüblich. Kreditkartenlimite in Höhe von 75 Tsd. Euro (Vorjahr: 90,1 Tsd. Euro) wurden am Bilanzstichtag mit 0,5 Tsd. Euro (Vorjahr: 6 Tsd. Euro) ausgenutzt. Darlehenszusagen und Avalkreditzusagen an Mitglieder des Vorstands bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

Die Kreditgewährung an Mitglieder des Aufsichtsrats stellt sich per 31. Dezember 2012 folgendermaßen dar: Die Einräumung von Dispositionslinien beträgt insgesamt 241,1 Tsd. Euro (Vorjahr: 247,0 Tsd. Euro), die per 31.12.2012 mit 14,1 Tsd. Euro (Vorjahr: 15,4 Tsd. Euro) in Anspruch genommen wurden. Die Zinssätze liegen zwischen 4,74 % und 8,49 %. Daneben bestanden Avalkredite in Höhe von 46,6 Tsd. Euro (Vorjahr: 46,6 Tsd. Euro), für die Avalprovisionen zwischen 0,50 % und 3,25 % gezahlt wurden. Weiterhin bestanden Darlehenszusagen in Höhe von 730,3 Tsd. Euro (Vorjahr: 230,5 Tsd. Euro), die per 31.12.2012 mit 640,3 Tsd. Euro in Anspruch genommen wurden. Die Zinssätze liegen zwischen 1,51 % und 5,06 %. Die Verzinsung und die Ausgestaltung sind marktüblich. Kreditkartenlimite in Höhe von 126,5 Tsd. Euro (Vorjahr: 121,2 Tsd. Euro) wurden am Bilanzstichtag mit 3,9 Tsd. Euro (Vorjahr: 4,3 Tsd. Euro) ausgenutzt.

Die Vergütung des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2012 betrug 3,2 Mio. Euro (Vorjahr: 2,9 Mio. Euro). Hierin enthalten sind RSU mit einem Zeitwert von insgesamt 1,2 Mio. Euro (Vorjahr: 0,7 Mio. Euro). Zum 31.12.2012 betrug die Anzahl der von den Mitgliedern des Vorstands gehaltenen aktienbezogenen Rechte insgesamt 49.357 Stück SAR sowie 33.045 Stück RSU. Aus Mandaten bei konzerneigenen Gesellschaften erhielten die Mitglieder des Vorstands im Jahr 2012 insgesamt 11,2 Tsd. Euro (inklusive Umsatzsteuer; Vorjahr: 30,1 Tsd. Euro). Am 31. Dezember 2012 betrug der versicherungsmathematische Barwert auf Basis IFRS der Pensionsverpflichtungen für die Vorstandsmitglieder, die zu diesem Zeitpunkt aktiv waren, 0,8 Mio. Euro (Vorjahr: 3,2 Mio. Euro). Der Aufwand für Pensionsverpflichtungen betrug 0,3 Mio. Euro (Vorjahr: 0,3 Mio. Euro). Die Vergütungsbestandteile nach Kategorien sind in folgender Tabelle aufgeführt:

Mio. Euro	2012	2011
kurzfristig fällige Leistungen	1,8	2,1
andere langfristig fällige Leistungen	0,2	0,1
anteilsbasierte Vergütung	1,2	0,7
Summe	**3,2**	**2,9**
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	—	2,1
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	0,4	0,3

An frühere Mitglieder des Vorstands oder deren Hinterbliebene haben wir 1,3 Mio. Euro gezahlt (Vorjahr: 3,2 Mio. Euro). Der versicherungsmathematische Barwert der Pensionsverpflichtungen auf IFRS-Basis für diesen Personenkreis betrug 20,3 Mio. Euro (Vorjahr: 16,4 Mio. Euro).

Die Vergütung des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2012 betrug 0,7 Mio. Euro (Vorjahr: 0,7 Mio. Euro). Es handelt sich jeweils um kurzfristig fällige Leistungen.

Ein individualisierter Ausweis der Vergütung des Vorstands und des Aufsichtsrats findet sich im Konzernlagebericht.

46 Aktienbezogene Vergütung

Aktienkaufpläne für Mitarbeiter. Aktien der Allianz SE werden auch berechtigten Mitarbeitern des OLB-Konzerns innerhalb vorgegebener Frist zu vergünstigten Konditionen angeboten. Um teilnahmeberechtigt zu sein, müssen Mitarbeiter grundsätzlich mindestens sechs Monate vor dem Aktienangebot ununterbrochen in einem ungekündigten Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis beschäftigt gewesen sein; außerdem unterliegt der Kauf Einschränkungen bezüglich des Betrages, den Mitarbeiter in den Aktienkauf investieren können. Die Anzahl der durch diese Angebote ausgegebenen Aktien im OLB-Konzern belief sich im Geschäftsjahr auf 29.048 Stück (Vorjahr: 34.427 Stück); der Unterschiedsbetrag zwischen Ausübungs- und Marktpreis in Höhe von 0,2 Mio. Euro für 2012 (Vorjahr: 0,3 Mio. Euro) wurde unter dem Personalaufwand ausgewiesen.

Group-Equity-Incentive-Pläne. Die Group-Equity-Incentive-Pläne (GEI-Pläne) des OLB-Konzerns unterstützen die Ausrichtung des Top-Managements, insbesondere des Vorstands, auf die nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes. Bis 2010 umfassten die GEI virtuelle Optionen (Stock Appreciation Rights, SAR) und virtuelle Aktien (Restricted Stock Units, RSU). Ab der Gewährung im Jahr 2011 ersetzte der Allianz Equity-Incentive-Plan (AEI) die GEI-Pläne. Im AEI-Plan werden den Planteilnehmern nur noch virtuelle Aktien (Restricted Stock Units) gewährt.

Stock-Appreciation-Rights-Pläne. Die SAR, die einem Planteilnehmer gewährt wurden, verpflichten den OLB-Konzern in Bezug auf jedes gewährte Recht, den Unterschiedsbetrag zwischen dem Börsenkurs der Allianz Aktie am Tag der Ausübung und dem Referenzkurs als Barzahlung zu leisten. Der maximale Unterschied ist auf 150 % des Referenzkurses begrenzt. Der Referenzkurs entspricht dem Durchschnitt der Schlusskurse der Allianz SE Aktie an den zehn Börsentagen, die im Ausgabejahr der Bilanzpressekonferenz der Allianz SE folgen. Die bis 2008 gewährten SAR können nach einer Sperrfrist von zwei Jahren ausgeübt werden und verfallen nach sieben Jahren. Für SAR, die ab 2009 gewährt wurden, gilt eine Sperrfrist von vier Jahren, und sie verfallen ebenfalls nach sieben Jahren. Nach Ablauf der Sperrfrist können die SAR vom Planteilnehmer ausgeübt werden, sofern folgende Marktbedingungen erfüllt sind:

1. der Kurs der Allianz SE Aktie hat während der Laufzeit den Dow Jones Europe STOXX Price Index mindestens einmal für einen Zeitraum von fünf aufeinanderfolgenden Börsentagen übertroffen und
2. der Aktienkurs der Allianz SE übersteigt den Referenzkurs bei Ausübung um mindestens 20 %.

Darüber hinaus werden SAR vor dem Ablauf der Sperrfrist unter der Voraussetzung, dass die genannten Marktbedingungen erfüllt sind, durch das Unternehmen ausgeübt, wenn ein Planteilnehmer stirbt, sich die Mehrheitsverhältnisse ändern oder ein Planteilnehmer wegen betriebsbedingter Kündigung ausscheidet.

Die am letzten Tag des Plans nicht ausgeübten Rechte werden automatisch ausgeübt, sofern die obengenannten Bedingungen erfüllt sind. Wenn diese Bedingungen nicht erfüllt sind oder ein Teilnehmer des Plans aus dem Beschäftigungsverhältnis zum OLB-Konzern ausgeschieden ist, verfallen die Rechte.

Der Zeitwert der SAR zum Zeitpunkt der Gewährung wird mittels eines Cox-Rubinstein binomialen Optionsbewertungsmodells bestimmt. Die Volatilität wird aus beobachtbaren historischen Marktpreisen abgeleitet. Sind bezüglich des Ausübungsverhaltens der SAR keine historischen Informationen verfügbar (vor allem die Pläne, die von 2006 bis 2008 ausgegeben wurden, sind nicht im Geld), wird angenommen, dass die erwartete Laufzeit der Zeit bis zum Verfall der SAR entspricht.

Die folgende Tabelle stellt die Annahmen für die Berechnung des Zeitwertes der SAR zum Zeitpunkt der Gewährung dar:

	2012	2011	2010	2009	2008
Erwartete Volatilität in %	—	—	29,0	60,0	32,0
Risikofreier Zinssatz in %	—	—	2,7	2,6	3,6
Erwartete Dividendenrendite in %	—	—	5,6	6,2	5,3
Aktienkurs in Euro	—	—	88,09	55,19	112,80
Erwartete Laufzeit in Jahren	—	—	7	7	7

In den Jahren 2011 und 2012 wurden keine neuen Stücke gewährt.

Die SAR werden vom OLB-Konzern als Vergütungen mit Barausgleich bilanziert. Daher erfasst der OLB-Konzern den Zeitwert der SAR periodengerecht über die Sperrfrist als Personalaufwand. Nach Ablauf der Sperrfrist werden jegliche Änderungen des Zeitwertes der nicht ausgeübten Rechte als Personalaufwand erfasst. In dem zum 31. Dezember 2012 endenden Geschäftsjahr belief sich der gesamte Personalaufwand im Zusammenhang mit den nicht ausgeübten Rechten auf 64 Tsd. Euro (Vorjahr: 60 Tsd. Euro).

Zum 31. Dezember 2012 bildete der OLB-Konzern für die nicht ausgeübten SAR eine Rückstellung in Höhe von 413 Tsd. Euro (Vorjahr: 114 Tsd. Euro). Im Jahr 2012 sind 15.925 Stücke verfallen.

Die folgende Tabelle stellt die Entwicklung der SAR dar:

	Anzahl	Davon ausübbar	Gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis	Gewichteter durchschnittlicher Zeitwert am Bewertungsstichtag	Gewichtete durchschnittliche Restlaufzeit in Jahren
Bestand zum 31. Dezember 2010	**77.338**	**—**	**107,56**	**7,48**	**3,1**
Gewährt	—	—	—	—	—
Ausgeübt	– 10.995	—	83,47	—	—
Konzernversetzung	—	—	—	—	—
Bestand zum 31. Dezember 2011	**66.343**	**—**	**111,55**	**2,55**	**2,5**
Gewährt	—	—	—	—	—
Ausgeübt	—	—	—	—	—
Verfallen	– 15.925	—	—	—	—
Bestand zum 31. Dezember 2012	**50.418**	**—**	**117,46**	**9,99**	**2,2**

Restricted-Stock-Units-Pläne. Durch die einem Planteilnehmer gewährten RSU ist der OLB-Konzern verpflichtet, eine dem durchschnittlichen Börsenkurs der Allianz SE Aktie in den zehn Handelstagen, die dem Ablauf der Sperrfrist vorausgehen, entsprechende Barzahlung zu leisten oder für jedes gewährte Recht eine Allianz SE Aktie oder ein anderes gleichwertiges Eigenkapitalinstrument auszugeben. Die RSU haben eine Sperrfrist von fünf Jahren. Der OLB-Konzern übt die RSU am ersten Handelstag nach Ablauf ihrer Sperrfrist aus. Am Ausübungstag kann der OLB-Konzern die Erfüllungsmethode für die einzelnen RSU bestimmen.

Darüber hinaus werden RSU vor dem Ablauf der Sperrfrist durch das Unternehmen ausgeübt, wenn ein Planteilnehmer stirbt, sich die Mehrheitsverhältnisse ändern oder ein Planteilnehmer wegen betriebsbedingter Kündigung ausscheidet. Die RSU sind virtuelle Aktien ohne Berücksichtigung von Dividendenzahlungen. Die Berechnung des Zeitwertes erfolgt durch Substraktion der Barwerte der erwarteten künftigen Dividendenzahlungen vom jeweils herrschenden Kurs am Bewertungstag.

Die folgende Tabelle stellt die Annahmen für die Berechnung des Zeitwertes der RSU zum Zeitpunkt der Gewährung dar:

%	2012	2011	2010
Durchschnittlicher Zinssatz	—	—	1,40
Durchschnittlicher Dividendenertrag	—	—	5,50

In den Jahren 2011 und 2012 wurden keine neuen Stücke gewährt.

Die RSU werden vom OLB-Konzern als Vergütungen mit Barausgleich bilanziert, weil der OLB-Konzern einen Barausgleich plant. Daher erfasst der OLB-Konzern den Zeitwert der RSU periodengerecht über die Sperrfrist als Personalaufwand. In dem zum 31. Dezember 2012 endenden Geschäftsjahr belief sich der im Zusammenhang mit den nicht ausübbaren RSU stehende Personalaufwand auf 166 Tsd. Euro (Vorjahr: 320 Tsd. Euro).

Zum 31. Dezember 2012 bildete der OLB-Konzern für die nicht ausübbaren RSU eine Rückstellung in Höhe von 948 Tsd. Euro (Vorjahr: 857 Tsd. Euro).

Allianz Equity-Incentive-Plan. Ab dem Gewährungsjahr 2011 ersetzt der AEI-Plan die GEI-Pläne.

Aufgrund der neuen Vergütungsstruktur, die seit dem 1. Januar 2010 gültig ist, werden die RSU 2013 als den Teilnehmern gewährte Vergütung für das Jahr 2012 angesehen. Die zusätzliche Rückstellung und der Personalaufwand für die im März 2013 ausgegebenen RSU sind geschätzt und basieren auf einer Zielerreichung von 100 %, wie sie in der Zielvereinbarung für das Jahr 2012 für jeden einzelnen Planteilnehmer enthalten ist.

Der OLB-Konzern ist durch die einem Planteilnehmer gewährten RSU verpflichtet, eine dem durchschnittlichen Aktienkurs der Allianz SE Aktie am Ausübungstag und den vorangehenden neun Handelstagen entsprechende Barzahlung zu leisten oder jede virtuelle Aktie in eine Allianz SE Aktie umzutauschen. Die Auszahlung ist begrenzt und entspricht maximal einem 200 %-igen Aktienkursanstieg über dem Ausgabekurs.

Die RSU innerhalb des AEI-Plans unterliegen einer vierjährigen Sperrfrist. Die Freigabe der RSU erfolgt am letzten Tag der Sperrfrist. Der OLB-Konzern kann die Erfüllungsmethode für die einzelnen RSU bestimmen.

Darüber hinaus werden RSU vor dem Ablauf der Sperrfrist durch das Unternehmen ausgeübt, wenn ein Planteilnehmer stirbt, sich die Mehrheitsverhältnisse ändern oder ein Planteilnehmer wegen betriebsbedingter Kündigung ausscheidet.

Die RSU sind virtuelle Aktien ohne Dividendenauszahlung, die einer Auszahlungsbeschränkung unterliegen. Der Zeitwert ermittelt sich aus dem jeweils herrschenden Kurs am Bewertungstag abzüglich der Barwertsumme der bis zur Fälligkeit erwarteten künftigen Dividendenzahlungen und des Zeitwertes der Auszahlungsbeschränkung. Die Auszahlungsbeschränkung wird als Europäische Short Call Option auf Basis aktueller Marktdaten am Bewertungstag bewertet.

Die folgende Tabelle stellt die Annahmen für die Berechnung des Zeitwertes der RSU zum Zeitpunkt der Gewährung dar:

	2013	2012
Aktienkurs in Euro	105,70	88,29
Durchschnittlicher Dividendenertrag in %	4,60	5,30
Durchschnittlicher Zinssatz in %	0,60	1,20
Erwartete Volatilität in %	20,60	22,00

Die RSU 2013 werden als den Teilnehmern gewährte Vergütung für das Jahr 2012 angesehen. Folglich basieren die Annahmen für die im März 2012 ausgegebenen RSU auf bestmöglicher Schätzung.

Die RSU innerhalb der neuen Vergütungsstruktur werden vom OLB-Konzern als Vergütungen mit Barausgleich bilanziert, weil der OLB-Konzern einen Barausgleich plant. Daher erfasst der OLB-Konzern den Zeitwert der RSU periodengerecht über den Erdienungszeitraum von einem Jahr und anschließend über die Sperrfrist als Personalaufwand. In dem zum 31. Dezember 2012 endenden Geschäftsjahr belief sich der im Zusammenhang mit der RSU Komponente des AEI Plans stehende Personalaufwand auf 659 Tsd. Euro (Vorjahr: 357 Tsd. Euro).

Zum 31. Dezember 2012 bildete der OLB-Konzern für diese RSU eine Rückstellung in Höhe von 1.242 Tsd. Euro (Vorjahr: 430 Tsd. Euro).

Die folgende Tabelle stellt die Entwicklung der RSU dar:

	Anzahl	Gewichteter durchschnittlicher Zeitwert	Gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis
Bestand zum 31. Dezember 2010	**25.162**	**78,05**	—
Gewährt	11.591	60,12	—
Ausgeübt	– 6.348	—	100,11
Konzernversetzung	—	—	—
Bestand zum 31. Dezember 2011	**30.405**	**64,06**	**—**
Gewährt	11.316	90,42	—
Ausgeübt	– 5.591	—	90,01
Konzernversetzung	—	—	—
Bestand zum 31. Dezember 2012	**36.130**	**—**	**—**

Der im Berichtsjahr erfasste Gesamtaufwand betrug für die aktienbezogene Vergütung 1.128 Tsd. Euro (Vorjahr: 1.020 Tsd. Euro), der Gesamtbuchwert der Schulden lag zum Bilanzstichtag bei 2.603 Tsd. Euro (Vorjahr: 1.401 Tsd. Euro) und der Innere Wert der Schulden betrug 3.694 Tsd. Euro (Vorjahr: 3.270 Tsd. Euro).

47 Honorare für Abschlussprüfer

Mio. Euro	2012	2011
Abschlussprüfungsleistungen	1,1	0,8
Andere Bestätigungsleistungen	0,3	0,4
Gesamt[1]	**1,4**	**1,2**

1 Vom Gesamtbetrag 2012 betreffen 0,2 Mio. Euro das Vorjahr.

48 Marktpreisänderungsrisiken

Für die Marktrisiken des Handelsbuches und des Nichthandelsbuches verweisen wir aus Gründen der Übersichtlichkeit auf den Risikobericht innerhalb des Konzernlageberichts auf Kapitel Risikolage, Risikotragfähigkeit unter Marktpreisänderungsrisiken.

49 Kreditrisikokonzentration

Für die Kreditrisikokonzentration verweisen wir aus Gründen der Übersichtlichkeit auf den Risikobericht innerhalb des Konzernlageberichts auf Kapitel Definition der Risikoarten unter Konzentrationsrisiken.

50 Anteilsbesitzliste

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital %	Eigenkapital 31.12.2012 Mio. Euro	Periodenergebnis 1.1.–31.12.2012 Mio. Euro	Periodenergebnis 1.1.–31.12.2011 Mio. Euro
W. Fortmann & Söhne KG, Oldenburg	100,00	8,84	0,32	0,38
Münsterländische Bank Thie & Co. KG, Münster	100,00	8,24	0,55	0,62
Grundstücksgesellschaft mbH, Oldenburg[1]	—	—	—	—
OLB Service GmbH, Oldenburg	100,00	0,03	—	—
OLB-Immobiliendienst GmbH, Oldenburg	100,00	0,03	—	—
AGI-Fonds Ammerland[2]	100,00	k. A.	8,03	8,67
AGI-Fonds Weser-Ems[2]	100,00	k. A.	2,60	3,62

1 Mit Rückwirkung zum 1.1.2012 mit der OLB AG verschmolzen
2 Von der Allianz Global Investors, Frankfurt am Main verwaltet

Die Angabe der Anteilsbesitzliste stellt eine Zusatzangabe dar, die nach HGB erforderlich ist. Die Werte entstammen der Rechnungslegung nach IFRS.

Mit folgenden Tochtergesellschaften bestehen Ergebnisabführungsverträge:
- OLB-Immobiliendienst Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Oldenburg
- OLB Service Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Oldenburg

Neben der Oldenburgische Landesbank AG mit Sitz in 26122 Oldenburg, Stau 15/17 – eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Oldenburg unter der Nummer HRB 3003 – werden in den Konzernabschluss – wie in Note 1 beschrieben – die in der Anteilsbesitzliste genannten Unternehmen und Spezialfonds einbezogen. Hiervon ausgenommen sind die OLB-Immobiliendienst GmbH, Oldenburg und die OLB Service Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Oldenburg.

51 Mitarbeiter

Im Jahresdurchschnitt beschäftigte die Oldenburgische Landesbank 2.814 (Vorjahr: 2.926) Mitarbeiter. Sie verteilen sich wie folgt:

Anzahl	2012	2011
Mitarbeiter Vollzeit (Durchschnitt)		
weiblich	879	935
männlich	1.234	1.298
Mitarbeiter Teilzeit (Durchschnitt)		
weiblich	668	660
männlich	33	33
Mitarbeiter insgesamt	**2.814**	**2.926**

Am 31. Dezember 2012 betrug die Zahl der Mitarbeiter 2.785 (Vorjahr: 2.883), daneben waren 229 Auszubildende, davon 135 weiblich (Vorjahr: 226/132) im OLB-Konzern tätig.

52 Corporate Governance

Die von Vorstand und Aufsichtsrat nach § 161 Aktiengesetz abzugebende Erklärung zur Einhaltung der Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ wurde abgegeben und ist den Aktionären dauerhaft im Internet unter www.olb.de im Bereich Investor Relations (Pfad: www.olb.de/dieolb/2613.php) zugänglich.

53 Dividendenzahlung

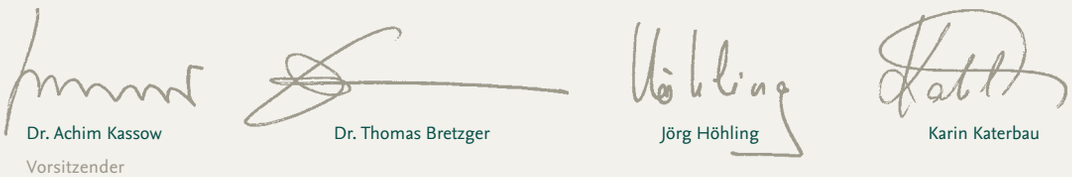
Für das Geschäftsjahr 2012 ergibt sich nach HGB ein maßgeblicher Jahresüberschuss von 43,1 Mio. Euro. Da es keine Vorträge oder Veränderungen der Rücklagen gibt, entspricht dies dem Bilanzgewinn. Zur Verwendung dieses Gewinnes soll den Aktionären in der Hauptversammlung am 05. Juni 2013 vorgeschlagen werden, für das Geschäftsjahr 2012 eine Dividende in Höhe von 0,25 Euro je Stückaktie auszuschütten und 37,3 Mio. Euro den Gewinnrücklagen zuzuführen.

54 Zeitpunkt der Freigabe zur Veröffentlichung

Der vorliegende Konzernabschluss wurde am 12. März 2013 durch den Gesamtvorstand der Oldenburgische Landesbank AG zur Veröffentlichung freigegeben. Bis zu diesem Datum können Ereignisse nach dem Bilanzstichtag Berücksichtigung finden. Änderungen des Konzernabschlusses können danach gemäß § 173 AktG nur noch durch Beschluss der Hauptversammlung vorgenommen werden.

Oldenburg, 12. März 2013
Oldenburgische Landesbank AG

Der Vorstand



Dr. Achim Kassow
Vorsitzender

Dr. Thomas Bretzger

Jörg Höhling

Karin Katerbau

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Oldenburg, 12. März 2013
Oldenburgische Landesbank AG

Der Vorstand

Dr. Achim Kassow
Vorsitzender

Dr. Thomas Bretzger

Jörg Höhling

Karin Katerbau

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Oldenburgische Landesbank AG, Oldenburg, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gesamtergebnisrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wie haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, den 14. März 2013
KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Madsen	König
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

141

Weitere Informationen

Mandate der Organmitglieder 142

Beirat 144

Leiter 146

Bericht des Aufsichtsrats 150

Niederlassungen 154

Das OLB-Geschäftsgebiet 155

Glossar 156

Impressum 160

Mandate der Organmitglieder

Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrats

Dr. Bernd W. Voss

Aufsichtsrat

Die Mitglieder des Aufsichtsrats bekleideten die aufgeführten Mandate.

Andree Moschner

Vorsitzender

Mitglied des Vorstands der Allianz Deutschland AG, München; Vorsitzender des Vorstands der Allianz Beratungs- und Vertriebs-AG, München

Mandate in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten:

Konzernmandat:

- Allianz Global Investors Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt a. M. (bis August 2012)

Manfred Karsten

Stellvertretender Vorsitzender

Bankkaufmann, Oldenburgische Landesbank AG, Oldenburg; Stellv. Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats

Dr. Werner Brinker

Vorsitzender des Vorstands der EWE Aktiengesellschaft, Oldenburg

Mandate in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten:

- VNG Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft, Leipzig (bis April 2012)
- Solutronic AG, Köngen (bis September 2012)

Konzernmandate:

- EWE Vertrieb GmbH (vorher EWE ENERGIE AG), Oldenburg (Vorsitzender)
- EWE TEL GmbH, Oldenburg (Vorsitzender)
- swb AG, Bremen (Vorsitzender)

Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien:

Konzernmandate:

- Kayserigaz AS / Türkei (bis Oktober 2012)
- Bursagaz AS / Türkei (bis Oktober 2012)
- EWE Turkey Holding A. S. (vorher EWE ENERJI A. S. Busa) / Türkei

Claas E. Daun

Vorsitzender des Vorstands der Daun & Cie. AG, Rastede

Mandate in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten:

- Mehler AG, Fulda (Vorsitzender)
- Stöhr & Co. AG, Mönchengladbach (Vorsitzender)

Konzernmandat:

- KAP Beteiligungs-AG, Stadtallendorf (Vorsitzender)

Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien:

- KAP International Holdings Ltd., Johannesburg / Südafrika (Vorsitzender) (bis Juni 2012)
- Steinhoff International Holdings Ltd., Johannesburg / Südafrika
- Zimbabwe Spinners & Weavers Ltd., Harare / Simbabwe

Carsten Evering

Filialleiter, Region Oldenburg-Süd, Oldenburgische Landesbank AG, Friesoythe und Gehlenberg

Prof. Dr. Andreas Georgi

Consultant, Starnberg

Mandate in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten:

- Asea Brown Boveri AG, Mannheim
- Rheinmetall AG, Düsseldorf
- RWE Dea AG, Hamburg (bis Februar 2012)

Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien:

- Felix Schoeller Holding GmbH & Co. KG, Osnabrück

Stefan Lübbe

Direktor, Mitglied der Geschäftsleitung Region Oldenburg-Süd, Oldenburgische Landesbank AG, Cloppenburg

Dr. Thomas Naumann (seit 20. Februar 2012)
Mitglied des Vorstands der Allianz Asset Management AG, München

Horst Reglin
Gewerkschaftssekretär, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Oldenburg
Mandate in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten:
- Öffentliche Lebensversicherungsanstalt Oldenburg
- Oldenburgische Landesbrandkasse

Uwe Schröder
Bankkaufmann, Oldenburgische Landesbank AG, Oldenburg
Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats

Rainer Schwarz
Ehem. Mitglied des Vorstands der Allianz Deutschland AG, München
Mandate in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten:
Konzernmandat:
- Vereinte Spezial Krankenversicherung AG, München (bis Dezember 2012)

Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien:
Konzernmandat:
- Allianz ProzessFinanz GmbH, München (bis Dezember 2012)

Jörg Thöle
Kundenbetreuer, Region Osnabrück / Osnabrücker Land, Oldenburgische Landesbank AG, Osnabrück;
Vertreter des Deutschen Bankangestellten Verbands

Vorstand

Die Mitglieder des Vorstands bekleideten die aufgeführten Mandate.

Dr. Achim Kassow
Vorsitzender des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG

Dr. Thomas Bretzger (seit 01. Juli 2012)
Mitglied des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG
Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien:
Konzernmandate:
- W. Fortmann & Söhne KG, Oldenburg (stellv. Vorsitzender des Verwaltungsrats) (seit 01. Juli 2012)
- Münsterländische Bank Thie & Co. KG, Münster (stellv. Vorsitzender des Verwaltungsrats) (seit 01. Juli 2012)

Dr. Stefan Friedmann (bis 30. Juni 2012)
Mitglied des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG
Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien:
Konzernmandate:
- W. Fortmann & Söhne KG, Oldenburg (stellv. Vorsitzender des Verwaltungsrats) (bis 30. Juni 2012)
- Münsterländische Bank Thie & Co. KG, Münster (Vorsitzender des Verwaltungsrats) (bis 30. Juni 2012)
- OLB-Immobiliendienst GmbH, Oldenburg (Vorsitzender des Verwaltungsrats) (bis 30. Juni 2012)

Jörg Höhling
Mitglied des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG

Karin Katerbau (seit 16. April 2012)
Mitglied des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG

Beirat

Dr. Carl Ulfert Stegmann – Vorsitzender
Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der Aktiengesellschaft Reederei Norden-Frisia, Norderney

Dr. Maria Apel – stellv. Vorsitzende
Komplementärin der Pöppelmann GmbH & Co. KG, Lohne

Werner zu Jeddeloh – stellv. Vorsitzender
Geschäftsführer der BÜFA GmbH & Co. KG, Oldenburg

Manfred Adrian
Verleger der Wilhelmshavener Zeitung, Wilhelmshaven

Prof. Dr. Heinz-W. Appelhoff
Gesellschafter der Treuhand Oldenburg GmbH, Oldenburg

Christian Basse
Geschäftsführender Gesellschafter SKN Druck und Verlag GmbH & Co. KG, Norden

Harald Beenen
Geschäftsführer der H. Beenen Vermögensverwaltung GmbH & Co. KG, Aurich

Dr. Jan Bernd Berentzen
Geschäftsführender Gesellschafter der Berentzen Mally Marketing plus Services GmbH, Greven

Clemens van den Berg
Gesellschafter der van den Berg GmbH & Co. KG, Lingen

Dr. Fritz Blume
Privatier, Jever

Dr. Franz J. Bönkhoff
Gesellschafter der Wirtschaftsprüfer- und Steuerberaterkanzlei Dr. Bönkhoff & Partner, Oldenburg

Dr. Bernhard Brons
Vorstand der Reederei Aktien-Gesellschaft „EMS“, Emden

Heiner Bröring
ehem. Geschäftsführer der H. Bröring GmbH und Co. KG, Dinklage

Heinz Buse
Inhaber und Geschäftsführer der Heinz Buse Unternehmensgruppe, Leer

Philip Freiherr von dem Bussche
Sprecher des Vorstands der KWS SAAT AG und Landwirt, Einbeck

Dr. Markus Connemann
Geschäftsführer der Hammerlit GmbH, Leer

Claas E. Daun
Vorsitzender des Vorstands der Daun & Cie. AG, Rastede

Stefan Delkeskamp
Geschäftsführer der Delkeskamp Verpackungswerke GmbH, Nortrup

Manfred-Wilhelm Göddeke
Geschäftsführer i. R. der Rhein-Umschlag GmbH & Co. KG, Oldenburg

Isabel Hüppe
Rechtsanwältin, Großenkneten-Huntlosen

Heinz Josef Imsiecke
Verleger der Münsterländische Tageszeitung, Cloppenburg

Tido Graf zu Inn- und Knyphausen
Selbstständig in den Bereichen Land- u. Forstwirtschaft, Erneuerbare Energien, Tourismus und Golf, Lütetsburg

Prof. Dr. Dr. h. c. Hans Kaminski
Institutsdirektor und Geschäftsführer des Instituts für Ökonomische Bildung, Oldenburg

Hans-Dieter Kettwig
Vorstandsvorsitzender der Aloys-Wobben-Stiftung, Aurich

Jörg-Peter Knochen
Ehem. Geschäftsführender Gesellschafter der Oldenburgische Volkszeitung Druckerei und Verlag KG, Vechta

Reinhard Köser
Verleger der Nordwest-Zeitung, Oldenburg

Dr. Dieter Köster
Vorsitzender des Aufsichtsrates der Köster Holding AG, Osnabrück

Angela Krüger-Steinhoff
Geschäftsführerin der Steinhoff Familienholding GmbH, Westerstede

Dr. Andreas Kühnl
Geschäftsführer der H. Kemper GmbH & Co. KG, Nortrup

Friedrich-Wilhelm Freiherr von Landsberg-Velen
Geschäftsführender Gesellschafter vom Ferienzentrum Schloss Dankern GmbH, Haren

Hermann Lanfer
Geschäftsführender Gesellschafter der Lanfer Logistik GmbH, Meppen

Johannes van der Linde
Geschäftsführender Gesellschafter der LUDWIG FREYTAG GmbH & Co. Kommanditgesellschaft, Oldenburg

Dirk Lütvogt
Geschäftsführender Gesellschafter der Friedrich Lütvogt GmbH & Co. KG, Wagenfeld

Peter Mager
Steinfeld

Bernd Meerpohl
Vorsitzender des Vorstands der Big Dutchman AG, Vechta

Bernard Meyer
Geschäftsführer der MEYER-WERFT GmbH, Papenburg

Konsul Friedrich A. Meyer
Geschäftsführender Gesellschafter der F. A. Meyer Beteiligungs-GmbH, Wilhelmshaven

Harald Müller
Geschäftsführender Gesellschafter der Erwin Müller Gruppe Lingen, Lingen

Markus Müller
Generalintendant des Oldenburgischen Staatstheaters, Oldenburg

Eske Nannen
Geschäftsführerin der Kunsthalle Emden Stiftung Henri und Eske Nannen und Schenkung Otto van de Loo, Emden

Holger Neumann
Geschäftsführer der Pallas Group, Diepholz

Dieter Niederste-Hollenberg
Vorsitzender des Aufsichtsrats der BauKing AG, Hannover

Fritz-Dieter Nordmann
Geschäftsführender Gesellschafter der Nordmann Unternehmensgruppe, Wildeshausen

Peter Pickel
Geschäftsführender Gesellschafter der August Pickel GmbH & Co. KG, Oldenburg

Christian Rauffus
Geschäftsführender Gesellschafter der Rügenwalder Wurstfabrik Carl Müller GmbH & Co. KG, Bad Zwischenahn

Hubert Rothärmel
Mitglied des Kuratoriums der Neumüller CeWe Color Stiftung, Oldenburg

Klaus Rücker
Geschäftsführender Gesellschafter der Rücker-Gruppe, Aurich / Wismar

Dr. Heiko Sanders
Mitglied des Vorstands der EWE AG, Oldenburg

Ralf Schu
Geschäftsführer der Papier- u. Kartonfabrik Varel GmbH & Co. KG, Varel

Dirk Schulte Strathaus
Verleger des Delmenhorster Kreisblatt, Delmenhorst

Herbert Siedenbiedel
Geschäftsführer der Nordwest Medien GmbH & Co. KG, Oldenburg

Prof. Dr. Babette Simon
Präsidentin der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Oldenburg

Carl Ulfert Stegmann
Vorstand der Aktiengesellschaft Reederei Norden-Frisia, Norderney

Franz Thiele jun.
Geschäftsführer der Thiele & Freese GmbH & Co. KG, Emden

Harald Vogelsang
Geschäftsführer der Hugo Vogelsang Maschinenbau GmbH, Essen (Oldb.)

Heidi Gräfin von Wedel
Wilhelmshaven

Manfred Wendt
Sprecher der Geschäftsführung der Johann Bunte Bauunternehmung GmbH & Co. KG, Papenburg

Doris Wesjohann
Mitglied des Vorstands der PHW-Gruppe, Visbek

Dr. Aloys Wobben
Geschäftsführer der ENERCON GmbH, Aurich

Roland Zerhusen
Geschäftsführer der ZERHUSEN Kartonagen GmbH, Damme

Stand: 15. März 2013

Leiter

Generalbevollmächtiger

Hilger Koenig

Mitglieder der Geschäftsleitung Regionalbank

Firmenkunden

Michael Glade
Region Weser

Ludger Greten
Region Aurich / Emden

Rainer Grewing
Region Oldenburg-Süd

Jürgen Hindersmann
Region Ems-Vechte

Josef Kordt
Region Oldenburg / Bad Zwischenahn

Diedrich Kück
Region Jade

Ralph Schröder
Region Münsterland / Grafschaft Diepholz

Peter Schulz
Region Osnabrück / Osnabrücker Land

Horst Söker
Region Ems-Hümmling

Wolfgang Thole
Region Küste

Fritz-Hannes van Beckum
Region Leer / Westerstede

Privatkunden

Joachim Fecht
Region Aurich / Emden

Günther Florack
Region Weser

Frank Glaubitz
Region Jade

Holger Kesten
Region Oldenburg / Bad Zwischenahn

Robert Kösters
Region Küste

Stefan Lübbe
Region Oldenburg-Süd

Andreas Poppen
Region Ems-Hümmling

Ludger Pott
Region Ems-Vechte

Rainer Schröder
Region Leer / Westerstede

Frank Uhlhorn
Region Osnabrück / Osnabrücker Land

Stefan Wichert
Region Münsterland / Grafschaft Diepholz

Leitung Vertrieb Allianz Bank

Rudi Fischer

Leitung Bankgeschäft Allianz Bank

Claudia Hamann
Christian Klee

Stefan Reder
Harald Schaal

Kurt Georg Weggler

Leitung Zentralabteilungen

Marc Arkenau
Personal

Katja Aus dem Moore
Compliance

Torsten Buja
Zentrale Geschäftsabwicklung

Peter Cordes
Informationstechnologie

Dr. Wolf-Dieter Flöge
Recht

Thomas Fritzsche
Vertriebsmanagement

Markus Graw
Organisation

Holger Heithorst
Risikocontrolling

Manfred Köckhuber
Sabine Lippl
Servicecenter Allianz Bank

Thomas Lotz
Finanzen / Controlling

Olaf Mohrschladt
Produktmanagement

Steffen Opitz
Private Banking &
Freie Berufe Gesamtbank

Dr. Thomas Ostendorf
Chefvolkswirt / Vorstandsbüro

Heiko Panning
Kreditmanagement

Thomas Rottinghaus
Kreditmanagement

Henning Rusch
Produkte und Formate Allianz Bank

Rainer Schulte-Göbel
Kundenbetreuung Zentrale

Britta Silchmüller
Unternehmenskommunikation

Michael Tietz
Revision

Helmut van Osten
Treasury

Alexander Walter
Online Banking Allianz Bank

Durch Tod verloren wir

Aus dem Kreis der Aktiven

Wolfgang Felsmann
gest. 30. November 2012

Jürgen Pahlmann
gest. 21. November 2012

Aus dem Kreis der Pensionäre

Hannelore Bank
gest. 22. August 2012

Edith Brand
gest. 29. Oktober 2012

Karl-Heinz Bretfeld
gest. 19. September 2012

Elsa Danielis
gest. 19. Mai 2012

Hanns-Detlev von Laue
gest. 7. August 2012

Ilse Domagalla
gest. 29. März 2012

Hermann Hermes
gest. 3. Februar 2013

Marlis Käutsch
gest. 27. Juli 2012

Otto Malz
gest. 1. Oktober 2012

Herbert Peters
gest. 22. November 2012

Heinz Pohl
gest. 27. Dezember 2012

Bernard Südbeck
gest. 20. Dezember 2012

Rolf Tempel
gest. 4. Februar 2013

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung der Bank im Berichtsjahr laufend überwacht, beriet den Vorstand bei der Leitung des Instituts und war bei Entscheidungen von grundlegender Bedeutung unmittelbar eingebunden. Die Organisation der Tätigkeit und die Zuständigkeiten des Aufsichtsrats sind in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats und der Geschäftsordnung des Vorstands festgelegt.

Überblick

Der Aufsichtsrat wurde regelmäßig vom Vorstand über den Gang der Geschäfte sowie über die Lage und die Entwicklung der Oldenburgische Landesbank AG (OLB) und ihrer Tochtergesellschaften unterrichtet. Wir ließen uns auch über die strategische Ausrichtung, wesentliche geschäftliche Ereignisse und die Risikosituation informieren. Außerdem befassten wir uns mit der Planung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2013. Uns wurden auch Abweichungen des tatsächlichen Geschäftsverlaufs von früher berichteten Zielen dargelegt; die hierfür genannten Gründe wurden von uns nachvollzogen. Auf Grundlage der schriftlichen Berichte und der mündlichen Auskünfte des Vorstands hat der Aufsichtsrat die Geschäftsführung überwacht und beraten. Angelegenheiten von besonderer Bedeutung wurden eingehend geprüft und mit dem Vorstand besprochen. Über die Vorstandsberichte hinaus haben wir uns auch Berichte der Internen Revision, von Compliance und der Wirtschaftsprüfer geben lassen.

Im Geschäftsjahr 2012 trat der Aufsichtsrat zu fünf Sitzungen zusammen. Die Sitzungen fanden im März, April, Mai, September und Dezember statt. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats stand auch außerhalb der Sitzungen in Verbindung mit dem Vorstand und besprach mit ihm regelmäßig die Strategie, die Geschäftsentwicklung, das Risikomanagement sowie weitere bedeutsame Themen.

Die Vorstandsberichte zur Geschäftslage und Referate zu besonderen Themen waren von schriftlichen Präsentationen und Unterlagen begleitet, die allen Aufsichtsratsmitgliedern zur Sitzungsvorbereitung rechtzeitig zur Verfügung gestellt wurden. Gleiches galt für alle Abschlussunterlagen und Prüfungsberichte des Abschlussprüfers. Soweit Geschäftsführungsmaßnahmen der Zustimmung des Aufsichtsrats oder eines seiner Ausschüsse bedurften, wurde hierüber Beschluss gefasst.

Die Themen im Aufsichtsratsplenum

Gegenstand regelmäßiger Beratungen waren die wirtschaftliche Lage der Oldenburgische Landesbank AG und des Konzerns. Der Aufsichtsrat ließ sich in allen Sitzungen die Ergebnisentwicklung darstellen und besprach mit dem Vorstand ausführlich den Gang der Geschäfte in den beiden Segmenten Regionalbank und Allianz Bank. Neben den regelmäßigen Berichten zur Risikolage und über die Tätigkeit der Internen Revision ließen wir uns in einem gesonderten Bericht die Geschäfts- und Risikostrategie der Gesellschaft erläutern und erörterten diese zusammen mit dem Vorstand.

Mehrfach beschäftigten wir uns mit Vergütungsthemen. So bestimmten wir unter anderem den Grad der Zielerreichung der einzelnen Vorstandsmitglieder für das Geschäftsjahr 2011 und legten die Ziele für die variable Vergütung im Jahr 2013, darunter auch die Ziele für den Mittelfristbonus des Vorstandsvorsitzenden für die Periode 2013 bis 2015, fest. Daneben haben wir das Vergütungssystem für den Vorstand einer Überprüfung unterzogen und ließen uns vom Vorstand über die Ausgestaltung der Vergütungssysteme für die Mitarbeiter der OLB näher informieren.

Eingehend widmete sich der Aufsichtsrat der Bestellung von Herrn Dr. Thomas Bretzger zum neuen Mitglied des Vorstands; Herrn Dr. Achim Kassow ernannten wir zum Vorsitzenden des Vorstands. Der Aufsichtsrat befasste sich zudem mit den Änderungen des Deutschen Corporate Governance Kodex und insbesondere mit den neu gefassten Empfehlungen zur Zusammensetzung des Aufsichtsrats. In diesem Zusammenhang haben wir die Ziele für die künftige Zusammensetzung des Aufsichtsrats angepasst, die im „Corporate Governance Bericht“ wiedergegeben sind.

In unseren Sitzungen haben wir uns auch im Geschäftsjahr 2012 mit der Kreditrisikosituation der Bank befasst. Wir haben uns vom Vorstand fortlaufend über die Entwicklung des Kreditportfolios, insbesondere

im Bereich der Schiffsfinanzierungen, berichten lassen. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse sowie abzuleitenden Handlungsalternativen haben wir intensiv mit dem Vorstand erörtert. In diesem Zusammenhang haben wir auch die geschäftlichen Abläufe bei Kreditentscheidungen und der laufenden Betreuung von Kreditengagements näher beleuchtet.

Die Geschäftsordnungen für den Vorstand und den Aufsichtsrat haben wir an aktuelle Entwicklungen angepasst. Die Verschmelzung der OLB-Beteiligungsgesellschaft mbH auf die OLB haben wir befürwortet und einen entsprechenden Beschlussvorschlag an die Hauptversammlung verabschiedet.

Schließlich befassten wir uns in einer außerordentlichen Sitzung im Januar 2013 mit der weiteren Entwicklung der Allianz Bank. Wir haben mit dem Vorstand die verschiedenen in Betracht kommenden Handlungsoptionen erörtert. Nach intensiver Diskussion haben wir der Entscheidung des Vorstands, die Allianz Bank zu schließen, zugestimmt.

Die Arbeit in den Ausschüssen des Aufsichtsrats

Zur effizienten Wahrnehmung seiner Aufgaben hat der Aufsichtsrat fünf Ausschüsse eingerichtet: den Präsidialausschuss, den Prüfungsausschuss, den Risikoausschuss, den Nominierungsausschuss und den Vermittlungsausschuss.

Die Ausschüsse bereiten Beschlüsse des Aufsichtsrats sowie die Arbeit des Plenums vor. Darüber hinaus sind Beschlusszuständigkeiten des Aufsichtsrats in geeigneten Fällen auf Ausschüsse übertragen worden, soweit dies rechtlich zulässig ist. Über die Arbeit der Ausschüsse ist der Aufsichtsrat von den jeweiligen Ausschussvorsitzenden regelmäßig und umfassend unterrichtet worden. Die personelle Zusammensetzung der einzelnen Ausschüsse ist im „Corporate Governance Bericht“ angegeben.

siehe Seite 012–014

Im Berichtsjahr 2012 hielt der *Präsidialausschuss* insgesamt sieben Sitzungen ab, davon eine im Wege einer Telefonkonferenz. Behandelt wurden vor allem Angelegenheiten, die den Vorstand betreffen, darunter unter anderem die Struktur und Höhe der Vorstandsvergütung. Der Präsidialausschuss bereitete die Überprüfung des Vergütungssystems für den Vorstand vor und erarbeitete einen Vorschlag an das Plenum für die Festsetzung der Ziele für die variable Vergütung für das aktuelle Geschäftsjahr. Darüber hinaus diskutierte er über den Erfüllungsgrad der Ziele, die den Vorstandsmitgliedern für das Geschäftsjahr 2011 gesetzt worden waren, und legte dem Plenum eine entsprechende Empfehlung vor. Ferner beriet der Ausschuss die Vorstandspersonalie von Herrn Dr. Bretzger. Schließlich erteilte der Ausschuss seine Zustimmung zu Organkrediten gemäß § 15 KWG und willigte in die Übernahme von Mandaten von Vorstandsmitgliedern in anderen Unternehmen und Institutionen ein.

Der *Prüfungsausschuss* tagte im Geschäftsjahr 2012 viermal, davon einmal im Wege einer Telefonkonferenz. Er erörterte in Gegenwart des Abschlussprüfers, der zunächst die wesentlichen Ergebnisse der Abschlussprüfung vorgestellt hatte, die Jahresabschlüsse der Oldenburgische Landesbank AG und des Konzerns sowie die Lage- und Prüfungsberichte und prüfte diese. Des Weiteren behandelte er den Abhängigkeitsbericht sowie den hierzu erstatteten Prüfungsbericht. Der Prüfungsausschuss hat weder zu den Abschlussunterlagen noch zum Abhängigkeitsbericht Anlass für Beanstandungen gesehen. Er überzeugte sich von der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers, legte die Prüfungsschwerpunkte fest und erteilte den Prüfungsauftrag. Ferner gab er dem Aufsichtsratsplenum eine Empfehlung für den Vorschlag des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung zur Wahl des Abschlussprüfers. Besonderes Augenmerk legte der Prüfungsausschuss erneut auf die internen Kontrollsysteme der Gesellschaft und beleuchtete in diesem Zusammenhang auch das Kontrollsystem für die Finanzbuchhaltung. Das System der Internen Revision und der Compliance unterzog der Ausschuss ebenfalls einer Überprüfung und ließ sich darüber hinaus die Tätigkeitsschwerpunkte in diesen beiden Bereichen darstellen. Des Weiteren wurde der Halbjahresfinanzbericht vom Vorstand mit dem Prüfungsausschuss vor der Veröffentlichung erörtert. Schließlich unterbreitete der Prüfungsausschuss dem Aufsichtsratsplenum einen Vorschlag für die Abgabe der Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex.

Der *Risikoausschuss* hielt im abgelaufenen Geschäftsjahr insgesamt neun Sitzungen ab, davon fünf im Wege der Telefonkonferenz. Er erörterte mit dem Vorstand die Geschäfts- und Risikostrategie, überprüfte das Risikomanagementsystem und befasste sich eingehend mit der aktuellen Risikolage der Bank. Im Rahmen von vierteljährlichen Risikoberichten wurden unter anderem Kredit-, Marktpreis-, Liquiditäts- und operationelle Risiken erörtert. Ausführlich befasste sich der Risikoausschuss auch im Jahr 2012 mit Krediten für Schiffsfinanzierungen und besprach mit dem Vorstand weitere Maßnahmen zur Risikoreduzierung. Der Ausschuss ließ sich das Großkreditgeschäft, insbesondere auch die in diesem Geschäftssegment bestehenden Kontroll- und Reportingsysteme, detailliert darstellen. Ferner informierte er sich umfassend über die Kreditportfolios Erneuerbare Energien sowie See- und Binnenschiffe. Weiterer Gegenstand seiner Beratungen waren der Investitionsplan für das Geschäftsjahr 2013 sowie einzelne Kreditanträge.

Der *Nominierungsausschuss* stimmte sich in einer Telefonkonferenz über den Kandidatenvorschlag für die Nachfolge von Herrn Thomas Fischer ab, der sein Aufsichtsratsmandat zum Ablauf des 31.12.2011 niedergelegt hatte.

Es gab keinen Anlass, den nach § 31 Abs. 3 MitbestG gebildeten *Vermittlungsausschuss* zusammentreten zu lassen.

Corporate Governance und Entsprechenserklärung

Aufsichtsrat und Vorstand haben sich ausführlich mit der Umsetzung der Regelungen des Deutschen Corporate Governance Kodex befasst. Ende des Jahres 2012 haben beide Organe eine Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex gemäß § 161 AktG abgegeben. Die Gesellschaft hat den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex seit Abgabe der letzten Entsprechenserklärung mit der einen Ausnahme entsprochen, dass die von der Hauptversammlung am 9. Juni 2011 beschlossene Vergütungsregelung für den Aufsichtsrat keine erfolgsorientierten Vergütungskomponenten vorsieht. Da die entsprechende Empfehlung im Deutschen Corporate Governance Kodex gestrichen wurde, wird die OLB künftig wieder sämtlichen Empfehlungen entsprechen. Die Entsprechenserklärung vom Dezember 2012 wurde auf der Internetseite der OLB veröffentlicht und ist auch in der „Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB“ wiedergegeben. Die vorgenannte Erklärung zur Unternehmensführung enthält zudem zusammen mit dem Corporate-Governance-Bericht weitergehende Erläuterungen zur Corporate Governance der Oldenburgische Landesbank AG.

siehe Seite 016–017

Auch im abgelaufenen Berichtsjahr überprüfte der Aufsichtsrat die Effizienz seiner Tätigkeit. Hierbei besprachen wir insbesondere die Umsetzung der im Vorjahr beschlossenen Maßnahmen zur Verbesserung der Effektivität.

Jahres- und Konzernabschlussprüfung

Die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, hat den Jahres- und Konzernabschluss der Oldenburgische Landesbank AG zum 31. Dezember 2012 sowie die Lageberichte der AG und des Konzerns geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des HGB, der Konzernabschluss nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt.

Die Abschlussunterlagen und die Prüfungsberichte der KPMG für das Geschäftsjahr 2012 wurden allen Aufsichtsratsmitgliedern rechtzeitig zugeleitet. Über diese Unterlagen wurde in Sitzungen des Prüfungsausschusses am 8. März 2013 und des Aufsichtsratsplenums am 14. März 2013 ausführlich beraten. An diesen Erörterungen nahmen die Abschlussprüfer jeweils teil. Sie berichteten uns über die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfungen und standen für Fragen und ergänzende Auskünfte zur Verfügung. Die Abschlussprüfer stellten überdies fest, dass die internen Kontrollsysteme der OLB angemessen sind und der Vorstand geeignete Maßnahmen getroffen hat, Entwicklungen, welche den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, frühzeitig zu erkennen.

Aufgrund eigener Prüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses, des Lageberichts und des Konzernlageberichts sowie des Gewinnverwendungsvorschlags hat der Aufsichtsrat keine Einwendungen erhoben und dem Ergebnis der KPMG-Abschlussprüfung zugestimmt. Den vom Vorstand aufgestellten Jahres- und Konzernabschluss hat der Aufsichtsrat gebilligt; der Jahresabschluss ist damit festgestellt. Dem Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstands schließen wir uns an.

Abhängigkeitsbericht

Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat darüber hinaus den Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen (den sogenannten Abhängigkeitsbericht) sowie den hierzu von der KPMG erstellten Prüfungsbericht vorgelegt. Aufgrund der ohne Beanstandungen abgeschlossenen Prüfung hat der Abschlussprüfer das folgende Testat erteilt:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass
1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war,
3. bei den im Bericht aufgeführten Maßnahmen keine Umstände für eine wesentlich andere Beurteilung als die durch den Vorstand sprechen."

Der Abhängigkeitsbericht und der hierzu erstattete Prüfungsbericht wurden allen Mitgliedern des Aufsichtsrats übermittelt. Diese Unterlagen wurden im Prüfungsausschuss und im Plenum in Gegenwart des Abschlussprüfers erörtert. Der Abschlussprüfer hat über die wesentlichen Erkenntnisse seiner Prüfung berichtet. Auf Basis seiner eigenen Prüfung hat der Aufsichtsrat den Abhängigkeitsbericht gebilligt. Den hierzu erstatteten Bericht des Abschlussprüfers haben wir zustimmend zur Kenntnis genommen.

Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung erhebt der Aufsichtsrat gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Abhängigkeitsberichts keine Einwendungen.

Veränderungen im Aufsichtsrat und Vorstand

Herr Dr. Thomas Naumann, der bereits im Februar 2012 gerichtlich zum Aufsichtsratsmitglied bestellt worden war, wurde in der ordentlichen Hauptversammlung am 1. Juni 2012 durch die Aktionäre der OLB in den Aufsichtsrat gewählt. Mit der Hauptversammlung am 5. Juni 2013 endet die Amtsperiode des amtierenden Aufsichtsrats.

Herr Dr. Stefan Friedmann schied mit Ablauf seines Mandats am 30. Juni 2012 aus dem Vorstand aus. Der Aufsichtsrat hat Herrn Dr. Friedmann für seine langjährige Tätigkeit im Vorstand der OLB seinen Dank ausgesprochen. Neu in den Vorstand eingetreten sind Frau Karin Katerbau am 16. April 2012 sowie Herr Dr. Thomas Bretzger am 1. Juli 2012.

Der Aufsichtsrat dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Oldenburgische Landesbank AG und der OLB-Gruppengesellschaften für ihr Engagement und die geleistete, erfolgreiche Arbeit.

Oldenburg, den 14. März 2013
Für den Aufsichtsrat

Andree Moschner
Vorsitzender

Niederlassungen

A
Affinghausen
Ahlhorn
Ankum
Apen
Aschendorf
Augustfehn
Aurich
Aurich-Esenser Str.

B
Bad Bentheim
Bad Essen
Bad Zwischenahn
Badbergen
Bakum
Barnstorf
Barßel
Bassum
Berne
Bersenbrück
Bockhorn
Bohmte
Börger
Borkum
Brake
Bramsche
Bramsche-Engter
Bramsche-Gartenstadt
Bremen
Bremerhaven
Brinkum
Bunde

C
Cloppenburg

D
Damme
Delmenhorst
Delmenhorst-Bremer Str.
Delmenhorst-Hasporter Damm
Delmenhorst-Oldenburger Str.
Delmenhorst-Stedinger Str.
Diepholz
Dinklage
Ditzum
Dornum
Dörpen

E
Edewecht
Elsfleth
Emden
Emden-Auricher Str.
Emden-Borssum
Emlichheim
Emsbüren
Emstek
Esens
Essen

F
Freren
Friedrichsfehn
Friesoythe
Fürstenau

G
Ganderkesee
Garrel
Gehlenberg
Goldenstedt
Großefehn
Großenmeer
Großheide

H
Hage
Hagen
Hahn-Lehmden
Haren
Harpstedt
Haselünne
Heide
Herzlake
Holdorf
Holte-Lähden
Horumersiel
Hude

J
Jaderberg
Jemgum
Jever
Juist

K
Kirchweyhe

L
Langeoog
Lastrup
Lathen
Leer
Leer-Heisfelde
Leer-Loga
Lemwerder
Lindern
Lingen
Lingen-Georgstr.
Lohne
Löningen
Lorup

M
Marienhafe
Melle
Meppen
Meppen-Esterfeld
Merzen
Molbergen
Moordorf

N
Neuenhaus
Neuenkirchen
Neuenkirchen
Norden
Nordenham
Nordenham-Blexen
Nordenham-Ellwürden
Nordenham-Friedr.-Aug.-Hütte
Norderney
Nordhorn
Nordhorn-Blanke
Nortrup

O
Ocholt
Oldenburg
Oldenburg-Bloherfelde
Oldenburg-Bürgerfelde
Oldenburg-Donnerschweer Str.
Oldenburg-Eversten
Oldenburg-Haarentor
Oldenburg-Kreyenbrück
Oldenburg-Lange Str.
Oldenburg-Nadorst
Oldenburg-Ofenerdiek
Oldenburg-Osternburg
Osnabrück
Osnabrück-Lüstringen
Osnabrück-Rosenplatz
Osnabrück-Sedanplatz
Osterfeine

P
Papenburg
Papenburg-Obenende
Pewsum

Q
Quakenbrück
Quakenbrück-Friedrichstr.

R
Rastede
Remels
Rhauderfehn
Rheine
Riepe
Rodenkirchen

S
Sande
Sandkrug
Saterland
Schortens
Schüttorf
Sögel
Spelle
Steinfeld
Stuhr
Sulingen
Syke

T
Twistringen

U
Uelsen

V
Varel
Varel-Dangast
Vechta
Vechta-Langförden
Verden
Visbek

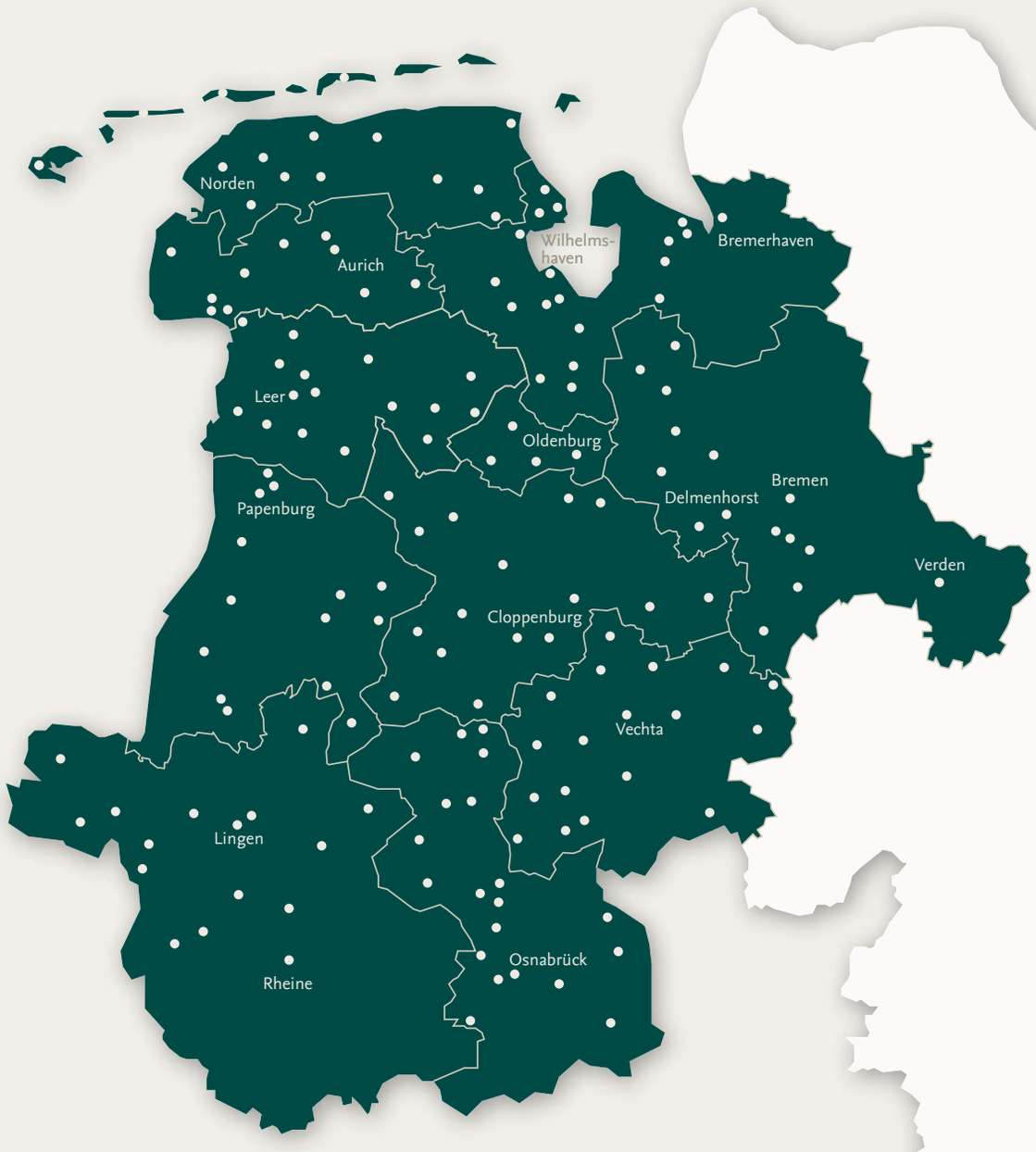
W
Wagenfeld
Wallenhorst
Wardenburg
Warsingsfehn
Weener
Werlte
Westerholt
Westerstede
Westoverledingen
Wiefelstede
Wiesmoor
Wietmarschen-Lohne
Wildeshausen
Wilhelmshaven
Wilhelmshaven-Altengroden
Wilhelmshaven-Fedderwardergroden
Wittmund

Z
Zetel

Zusätzliche Geldausgabeautomaten

Bad Zwischenahn, AVIA-Tankstelle · Bösel · Eltern · Harkebrügge, AVIA-Station · Hohenkirchen · Jever, Tankstelle · Lingen, Famila-Markt · Lutten · Neulehe, Bäckerei Norddeich, Mole · Oldenburg, Alexanderstraße · Oldenburg, Edewechter Landstraße · Oldenburg, IKEA (bis 18. Dezember 2012) · Oldenburg, Scheideweg · Oldenburg-Wechloy · Osnabrück, L+T Markt · Papenburg, Dever-Park · Rhede · Rostrup · Sedelsberg, bft-Tankstelle · Wildeshausen, Famila-Markt · Wilhelmshaven, Bismarck Wilhelmshaven, Gökerstraße · Wilhelmshaven, Leffers · Wilhelmshaven, Voslapp · Varel-Obenstrohe, Filiale (ab 01. Juli 2012)

Das OLB-Geschäftsgebiet



Hauptverwaltung

Oldenburgische Landesbank AG
Stau 15/17 · 26122 Oldenburg

Telefon (0441) 221–0
Telefax (0441) 221–1457
E-Mail olb@olb.de
Internet www.olb.de

Telegramme: Landesbank Oldenburgoldb
S.W.I.F.T.: OLBO DE H2

Sitz der Gesellschaft: Oldenburg
Registergericht: Oldenburg
HR-Nummer: HRB 3003

OLB-Service-Center

Postfach 26 05 · 26016 Oldenburg
Telefon (0441) 221–0
Telefax (0441) 221–2470
E-Mail service.center@olb.de

Glossar

Agio In Prozent oder Geldeinheiten angegebener Aufschlag u. a. bei Wertpapieren oder Darlehen. Bei der Neuausgabe von Wertpapieren ist es der Betrag, um den der Ausgabepreis deren Nennbetrag überschreitet bzw. der Betrag, um den der Börsenkurs den inneren Wert der Anlage übersteigt. Beim Erwerb vieler Fonds handelt es sich dabei um die Vergütung für die Beratungsleistung oder auch Vertriebsgebühr, die als prozentualer Anteil an Bank, Finanzberater oder Fondsgesellschaft gezahlt wird. Bei Darlehen ist das Agio der für den Schuldner neben den zu zahlenden Zinsen anfallende Aufschlag. Das Gegenteil ist das Disagio.

Allianz Equity Incentive = AEI Instrument zur langfristigen Bindung von Führungskräften durch ein Unternehmen, indem Aktien vom Unternehmen an diese ausgegeben werden und somit die Identifikation mit dem Unternehmen gestärkt wird bzw. ein Interessenabgleich stattfindet.

Allianz Sustained Performance Plan Alle Bestandteile der erfolgsabhängigen Vergütung werden anhand eines vereinfachten, einheitlichen Zielvereinbarungsbogens geregelt und in einem im Allianz Konzern geltenden Modell, dem Allianz Sustained Performance Plan (ASPP), beschrieben. Sowohl die Jahresziele als auch die dreijährigen Mittelfristziele werden in diesem Zielvereinbarungsbogen fixiert.

Available-for-Sale Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte.

Aval Bürgschaft oder Garantie.

Backtesting Methode zur Qualitätssicherung von Value-at-Risk-Modellen (VaR). Dabei wird die Vorhersage der potenziellen Verluste durch VaR mit den tatsächlichen Verlusten verglichen. Über einen längeren Zeitraum wird geprüft, ob die potenziellen Verluste im Rückblick nicht wesentlich häufiger überschritten wurden, als es gemäß der festgelegten Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) zu erwarten gewesen wäre.

Bankbuch Risikotragende Positionen, die nicht dem Handelsbuch zugeordnet werden.

Basel II / III Neue regulatorische Standards des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht.

Basis Point Value Der Basis Point Value (BPV) gibt die absolute Veränderung des Anleihepreises an, wenn sich die Anleiherendite um einen Basispunkt bzw. 0,01 Punkte verändert.

Bruttoinlandsprodukt Alle im Inland erbrachten Wirtschaftsleistungen in einer Periode.

CDAX Banken Aktien-Index, der von der Deutsche Börse AG berechnet und veröffentlicht wird. Er enthält mehrere im amtlichen Börsenhandel notierte deutsche Bankaktien.

Cost-Income-Ratio Kennzahl, die den Verwaltungsaufwand ins Verhältnis zur Summe aus Zins- und Provisionsüberschuss sowie Handelsergebnis setzt.

COX-Rubinstein-Binominalmodell Eigentlich Cox-Ross-Rubinstein-Modell (1979) oder Binominalmodell. Modell zur Berechnung marktgerechter Optionspreise, das auf einer binären Struktur basiert, die das Fallen oder Steigen des Aktienkurses pro Zeiteinheit abbildet.

Credit Spread Unter dem Credit Spread wird die Risikoprämie, die der Emittent dem Käufer einer ausfallrisikobehafteten Anleihe bezahlen muss, verstanden. Sie kann in Form von Preisabschlägen auf die Anleihe oder Renditezuschlägen vorkommen, deren Höhe durch die Bonität des Emittenten bestimmt wird.

Current Service Cost Laufender Dienstzeitaufwand, der sich aus den Pensionsansprüchen der Arbeitnehmer ergibt und durch versicherungsmathematische Annahmen linear auf Perioden der Arbeitsleistung verteilt wird, woraus ein Barwert für die jeweiligen Perioden, z. B. ein Geschäftsjahr, ermittelt wird.

Delta Das Delta einer Option gibt an, wie der Optionspreis auf Kursänderungen des Underlyings (Basispapier oder Preis) reagiert.

Delta-Plus-Ansatz Der Delta-Plus-Ansatz besagt, dass Optionspositionen mit ihren Deltaäquivalenten zu berücksichtigen sind und zusätzliche Anrechnungsbeträge für Gamma- und Vega-Risiken errechnet werden müssen, um den Gesamteigenkapitalbedarf zu ermitteln.

Disagio Unter Disagio versteht man den Betrag, um den der Ausgabepreis z. B. einer Aktie ihren Nennwert unterschreitet. Mit Disagio bezeichnet man auch das Abgeld auf ein Darlehen.

Dow Jones EURO STOXX Price Index Aktienindex, der die 50 größten und wichtigsten Aktienwerte der europäischen Währungsunion umfasst. Der Index wird seit dem 26. Februar 1998 in Zürich geführt.

Expected Loss Der Expected Loss bezeichnet den erwarteten Verlust einer Risikoposition innerhalb einer vorgegebenen Haltedauer.

Fair Value Betrag, zu dem ein Finanzinstrument zwischen sachverständigen, vertragswilligen und unabhängigen Geschäftspartnern gehandelt werden kann.

Future Hinsichtlich Menge, Qualität und Liefertermin standardisierter Terminkontrakt, bei dem zu einem bestimmten zukünftigen Zeitpunkt ein dem Geld- und Kapital-, Edelmetall- oder Devisenmarkt zugehöriges Handelsobjekt zu einem festgesetzten Kurs zu liefern beziehungsweise abzunehmen ist.

Gamma Das Gamma einer Option drückt aus, wie das Delta auf Kursänderungen des Underlyings (Basispapier oder Preis) reagiert.

GLLP General Loan Loss Provision, siehe Risikovorsorge.

Group-Equity-Incentive-Plan (GEI-Plan) Dieses Allianz Programm zur aktienbezogenen Vergütung galt nur bis zum Jahr 2010 und wurde durch das neue aktienbasierte Programm Allianz Equity Incentive (s. S. 156 des Glossars) abgelöst.

Handelsbuch Bankaufsichtsrechtlicher Begriff für Positionen in Finanzinstrumenten, Anteilen und handelbaren Forderungen, die von Kreditinstituten zum Zwecke des kurzfristigen Wiederverkaufs unter Ausnutzung von Preis- und Zinsschwankungen gehalten werden.

Hedge Accounting Das Hedge Accounting wird in der OLB im Rahmen der Risiko-Strategie zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken eingesetzt. Hierzu werden die Grundgeschäfte (z. B. Kredite oder Wertpapiere) den Sicherungsgeschäften (z. B. Zinsswaps) gegenübergestellt.

Nach den internationalen Bilanzierungsvorschriften gelten für Grund- und Sicherungsgeschäfte unterschiedliche Bewertungsansätze. Um diese Bewertungsunterschiede ökonomisch angemessener in der Gewinn- und Verlustrechnung abzubilden, nutzt die OLB die gesondert geltenden Bilanzierungsregeln des IAS 39 für das Hedge Accounting. Hiernach werden Grund- und Sicherungsgeschäfte zu einer Bewertungseinheit zusammengefasst und erfolgswirksam zum Marktwert (Fair Value) bewertet, sodass sich die Wertänderungen gegenseitig kompensieren.

Die OLB setzt ausschließlich die Methode des „Fair Value Hedge Accounting“ ein.

Hedging Absicherung von Vermögenspositionen gegen Aktienkurs-, Zinsänderungs- und Währungsrisiken. Durch Einnahme einer entgegengesetzten Position an den Terminmärkten (Einsatz von Futures, Optionen) soll ggf. die Wertminderung einer Kassaposition (Kauf von Wertpapieren, Devisen, Waren) kompensiert werden. Hedging-Strategien mit Futures oder Optionen unterliegen vielfältigen Unwägbarkeiten; die Effizienz der Gesamtposition muss ständig kontrolliert werden.

IAS/IFRS 1973 wurde das International Accounting Standards Committee (IASC) als privatrechtlicher Verein nationaler Verbände von Rechnungslegern und Wirtschaftsprüfern gegründet, um die internationale Vergleichbarkeit der Rechnungslegung voranzutreiben. Im Jahr 2000 beschloss die EU, bei der Fortentwicklung von Rechnungslegungsvorschriften mit dem IASC zusammenzuarbeiten. Nach der Umstrukturierung des IASC im Jahr 2001 kam es zur Umbenennung in IASB (International Accounting Standards Board). Sämtliche bis dahin vom IASC verabschiedeten International Accounting Standards (IAS) bleiben zunächst bestehen und werden sukzessive verändert oder vom IASB durch neue Standards ersetzt. Diese neuen vom IASB entwickelten Rechnungslegungsstandards sind die International Financial Reporting Standards (IFRS). Damit diese Standards wirksam werden, verabschiedet die Europäische Union sie im sogenannten Endorsement-Prozess. Eine Ratifizierung durch die jeweilige nationale Gesetzgebung ist nicht erforderlich, da die EU-Direktiven unmittelbar für alle Beitrittsländer der Europäischen Union Gültigkeit erlangen.

Impairment Nicht planmäßige Wertherabsetzung von Aktiva, wie zum Beispiel Geschäfts- oder Firmenwert, Kreditforderungen, Wertpapieren und Sachanlagen, aufgrund voraussichtlich dauerhafter Wertminderung der entsprechenden Positionen.

Konfidenzniveau Ausdruck für die Wahrscheinlichkeit, mit der ein potenzieller Verlust eine durch den Value-at-Risk definierte Verlustobergrenze nicht überschreitet.

Loss Notification Die Loss-Notification-Regelung (Avis eines Verlustes) ist ein Frühwarn- und Meldesystem zur Erkennung und Vermeidung negativer Ergebnisentwicklungen in den Eigenhandelsportfolios. Die Berechnung erfolgt aus dem prozentualen Verhältnis vom wirtschaftlichen Jahresergebnis zur individuellen Bemessungsgrundlage je Portfolio.

Nichthandelsbuch Eigentlich Anlagebuch oder Bankbuch; hier werden alle Bankgeschäfte verbucht, die nicht dem Handelsbuch zuzurechnen sind, also Geschäfte, die nicht handelbar sind.

Option Das Recht, ein Handelsobjekt (beispielsweise Wertpapiere und Devisen) vom Vertragspartner zu einem festgelegten Preis innerhalb eines bestimmten Zeitraums oder zu einem bestimmten Termin zu kaufen (Kaufoption / Call) beziehungsweise an diesen zu verkaufen (Verkaufsoption / Put).

OTC (Over-the-counter) Finanzinstrumente (Derivate), die nicht standardisiert sind und nicht an einer Börse, sondern direkt zwischen den Marktteilnehmern (Over-the-counter) gehandelt werden.

PLLP Portfolio Loan Loss Provision, siehe Risikovorsorge.

Projected-Unit-Credit-Method Anwartschaftsbarwertverfahren, ein versicherungsmathematisches Bewertungsverfahren für Pensionsrückstellungen.

Rating Standardisiertes Verfahren zur Beurteilung der Bonität von Unternehmen (Emittentenrating) sowie der von ihnen begebenen Anleihen und Geldmarktpapiere (Emissionsrating) durch unabhängige Agenturen. Auch die in Banken eingesetzten Verfahren zur Bestimmung der Bonität von Kreditnehmern werden als Rating bezeichnet.

Repo-Geschäft Bei einem Repo-Geschäft verkauft der Konzern Wertpapiere und vereinbart gleichzeitig, diese Wertpapiere zu einem bestimmten Termin zu einem vereinbarten Kurs zurückzukaufen. Die mit den Wertpapieren verbundenen Chancen und Risiken bleiben während der gesamten Laufzeit der Geschäfte im Konzern. Entsprechend werden die Wertpapiere weiterhin in der Bilanz des Konzerns als Handelsaktiva oder Finanzanlagen ausgewiesen. Der Gegenwert aus dem rechtlichen Verkauf ist in der Bilanzposition Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bzw. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden enthalten und als Verbindlichkeit aus Repo-Geschäft ausgewiesen.

Restricted Stock Units (RSU) Virtuelle Aktien, die z. B. im Rahmen eines Group-Equity-Incentive-Plans als aktienbezogene Vergütung vom Unternehmen an seine Arbeitnehmer ausgegeben werden. Die Ausübung der RSU erfolgt in der Regel nach dem Eintreffen von vom Unternehmen festgelegten Zielen oder dem Ablaufen einer Haltefrist. Die Ausübung kann auch in Form eines entsprechenden Barbetrages oder sonstiger Ersatzwerte erfolgen.

Reverse-Repo-Geschäfte Bei einem Reverse-Repo-Geschäft kauft der Konzern Wertpapiere und vereinbart gleichzeitig, diese Wertpapiere zu einem bestimmten Termin zu einem vereinbarten Kurs zurückzugeben. Die mit den Wertpapieren verbundenen Chancen und Risiken aus Zinsänderung und Adressausfall bleiben während der gesamten Laufzeit der Geschäfte beim Kontrahenten. Entsprechend werden die Wertpapiere nicht in der Bilanz des Konzerns als Handelsaktiva oder Finanzanlagen ausgewiesen. Der Gegenwert aus dem rechtlichen Kauf ist in der Bilanzposition Forderungen an Kreditinstitute bzw. Forderungen an Kunden enthalten und als Forderung aus Reverse-Repo-Geschäften ausgewiesen.

Risikocontrolling Laufende Risikomessung und -überwachung inklusive Methodenentwicklung sowie entsprechende Risikoanalyse / Berichtswesen durch eine neutrale, unabhängige Einheit.

Risikomanagement Operative Geschäftssteuerung spezifischer Portfolios unter Risiko- / Rendite-Gesichtspunkten.

Risikovorsorge Durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen wird den erkennbaren Ausfallrisiken Rechnung getragen. Die Einzelwertberichtigungen (Specific Loan Loss Provision; SLLP) werden unter Berücksichtigung aller zukünftig erwarteten, abgezinsten Zahlungsströme ermittelt. Für potenziell bereits eingetretene, zum Bilanzstichtag jedoch noch nicht identifizierte Adressrisiken aus Kreditgeschäften werden Portfoliowertberichtigungen gebildet, deren Höhe auf der empirischen Ermittlung historischer Ausfallwahrscheinlichkeiten und Verlustquoten des nicht bereits anderweitig vorgesorgten Kreditportfolios basiert. Pauschalierte Einzelwertberichtigungen (Particular Loan Loss Provisions; PLLP) werden für das homogene Kreditportfolio gebildet. General Loan Loss Provisions (GLLP) werden auf das inhomogene Portfolio gebildet.

Scoringverfahren Verfahren, bei denen anhand der Risikofaktoren eines Investments oder Kredits nach qualitativen und quantitativen Methoden eine Bewertung durch ein Risikoprofil vorgenommen wird.

SLLP Specific Loan Loss Provision, siehe Risikovorsorge.

Stock Appreciation Rights (SAR) Virtuelle Optionen, die z. B. im Rahmen eines Group-Equity-Incentive-Plans als aktienbezogene Vergütung vom Unternehmen an seine Arbeitnehmer vergeben werden. Dabei ist die Ausübung der Optionen direkt an den Erfolg des Unternehmens, üblicherweise dessen Aktienkurs, geknüpft. Die Ausübung der Optionen kann in Form von Barzahlungen, Aktien oder sonstigen Ersatzwerten erfolgen.

Stückaktie Nennwertloser Anteilschein an einer Aktiengesellschaft. Durch Division des nominalen Grundkapitals durch die Zahl der insgesamt ausgegebenen Stückaktien lässt sich ein rechnerischer Nennwert ermitteln, der nach dem Stückaktiengesetz einen Mindestwert von einem Euro haben muss.

Swap Allgemeine Bezeichnung für den Austausch von Objekten, Rechten etc., insbesondere für den Austausch von Zahlungsströmen in gleicher Währung (= Zinsswap) oder in verschiedenen Währungen (= Währungsswap).

True-and-fair-View-Prinzip Gemäß § 264 Abs. 2 HGB Anforderung an Rechnungslegungsdaten wie z. B. eines Jahresabschlusses, dass sie ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild von der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermitteln.

Value-at-Risk (VaR) Der Value-at-Risk bezeichnet den potenziellen Verlust einer Risikoposition, der unter üblichen Marktbedingungen mit einer festgelegten Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) in einer vorgegebenen Haltedauer nicht überschritten wird.

Vega Das Vega einer Option gibt an, wie der Optionspreis auf die Veränderung der Volatilität (Schwankungsbreite des Underlyings) reagiert.

Volatilität Maß für die vergangene (historische) oder erwartete (implizite) Schwankungsbreite des Kurses von Aktien, Devisen und Zinssätzen. Schwankt der Kurs einer Aktie stark, hat die Aktie eine hohe Volatilität. Für den Anleger bedeutet das die Chance auf schnelle und hohe Kursgewinne – aber auch die Gefahr ebenso schneller Verluste.

Herausgeber
Oldenburgische Landesbank AG
Stau 15/17
26122 Oldenburg
Telefon (0441) 221–0
Telefax (0441) 221–1457
E-Mail olb@olb.de

Kontakt
Unternehmenskommunikation

Veröffentlichungsdatum
28. März 2013

Dieser Bericht ist in deutscher und englischer Sprache verfügbar. Beide Fassungen sind im Internet unter www.olb.de abrufbar.

www.olb.de